



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

56. Sitzung

6. Wahlperiode

Mittwoch, 11. Dezember 2013, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Beate Schlupp,
Vizepräsidentin Regine Lück und Vizepräsidentin Silke Gajek

Inhalt	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses (2. Ausschuss) – Drucksache 6/2434 – 25
Feststellung der Tagesordnung gemäß § 73 Abs. 3 GO LT 3	Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 6/2455 – 25
Erweiterung der Tagesordnung 3	Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE – Drucksache 6/2456 – 25
Aktuelle Stunde	Marc Reinhardt, CDU 25, 33
Koalitionsvertrag in Berlin – Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern 3	Minister Lorenz Caffier 27
Heinz Müller, SPD 3, 24	Heinz Müller, SPD 27
Ministerpräsident Erwin Sellering 5	Jeannine Rösler, DIE LINKE 29
Helmut Holter, DIE LINKE 8, 21	Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 30
Vincent Kokert, CDU 11	Michael Andrejewski, NPD 32
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 15	B e s c h l u s s 34
Udo Pastörs, NPD 18	Änderung der Tagesordnung 35
Minister Lorenz Caffier 19	
Jochen Schulte, SPD 23	
Gesetzentwurf der Landesregierung	Erweiterung der Tagesordnung
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur	gemäß § 74 GO LT 35
Änderung des Finanzausgleichsgesetzes	Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE
Mecklenburg-Vorpommern	(zur Geschäftsordnung) 35
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)	B e s c h l u s s 35
– Drucksache 6/2210 – 25	

Gesetzentwurf der Landesregierung

**Entwurf eines Haushalts-
begleitgesetzes 2014/2015**

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– Drucksache 6/1999 – 36

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses (4. Ausschuss)

– Drucksache 6/2399 – 36

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

– Drucksache 6/2518 – 36

Gesetzentwurf der Landesregierung

**Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2014/2015
und eines Verbundquotenfestlegungs-
gesetzes 2014/2015**

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)

– Drucksache 6/2000(neu) – 36

Unterrichtung durch die Landesregierung

**Mittelfristige Finanzplanung 2013 bis 2018
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
einschließlich Investitionsplanung**

– Drucksache 6/1998 – 36

Beschlussempfehlungen und Bericht

des Finanzausschusses (4. Ausschuss)

– Drucksachen 6/2400, 6/2401, 6/2402,
6/2403, 6/2404, 6/2405, 6/2406, 6/2407,
6/2408, 6/2409, 6/2410, 6/2411, 6/2412,
6/2413, 6/2414, 6/2415 und 6/2416 – 36

Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE

– Drucksachen 6/2519 bis 6/2526, 6/2527(neu),
6/2528 bis 6/2538, 6/2541 und 6/2542 – 36

Änderungsanträge der Fraktionen

DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksachen 6/2539 und 6/2540(neu) – 36

Änderungsanträge der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksachen 6/2543 bis 6/2552 – 36

Änderungsanträge der Fraktion der NPD

– Drucksachen 6/2458 bis 6/2517 – 36

Torsten Koplin, DIE LINKE 36

Tilo Gundlack, SPD 38

Helmut Holter, DIE LINKE 43, 82

Vincent Kokert, CDU 53

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 60

Udo Pastörs, NPD 64, 86

Ministerin Heike Polzin 65, 85

Jeannine Rösler, DIE LINKE 70

Egbert Liskow, CDU 72

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 76, 91

Minister Lorenz Caffier 78

Jochen Schulte, SPD 80

Heinz Müller, SPD 86

Peter Ritter, DIE LINKE 88

Wolf-Dieter Ringguth, CDU 89

Rainer Albrecht, SPD 93

Regine Lück, DIE LINKE 94

Wolfgang Waldmüller, CDU 96

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 98

Rudolf Borchert, SPD 99

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE 100

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 101

Nächste Sitzung

Donnerstag, 12. Dezember 2013 102

Beginn: 10.02 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 56. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die vorläufige Tagesordnung der 56., 57. und 58. Sitzung liegt Ihnen vor. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 56., 57. und 58. Sitzung gemäß Paragraf 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Gemäß Paragraf 4 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung benenne ich für die 56., 57. und 58. Sitzung die Abgeordneten Herrn Dr. Hikmat Al-Sabty und Frau Dr. Ursula Karlowski sowie für die 57. und 58. Sitzung den Abgeordneten Herrn Professor Dr. Fritz Tack zu Schriftführern.

Die Fraktion DIE LINKE hat einen Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 6/2553 zum Thema „Kinderland M-V weiter vorantreiben!“ vorgelegt. Wir werden diese Vorlage, um die die Tagesordnung erweitert werden soll, nach gemessener Zeit für eine Verständigung innerhalb und zwischen den Fraktionen nach dem Tagesordnungspunkt 2 aufrufen. Ich werde das Wort zur Begründung dieses Dringlichkeitsantrages erteilen sowie die Abstimmung über dessen Aufsetzung durchführen. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Aktuelle Stunde. Die Fraktion der SPD hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Koalitionsvertrag in Berlin – Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern“ beantragt.

Aktuelle Stunde
Koalitionsvertrag in Berlin – Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Heinz Müller für die Fraktion der SPD.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir die Presseberichterstattung der letzten Wochen unvoreingenommen noch einmal vor unser geistiges Auge nehmen, wenn wir uns anschauen – und ich glaube, da ist es nicht nur mir so gegangen, sondern auch den allermeisten in diesem Hause –, wenn wir uns einmal anschauen, über welche Themen wir in den letzten Wochen geredet haben, sei es untereinander, sei es mit der Bevölkerung, dann kommen wir sehr schnell zu dem Schluss, es kann für diese Aktuelle Stunde hier und heute in diesem Hause nur ein Thema geben, und das ist das Thema „Koalitionsvertrag in Berlin“, das ist das Thema „Auswirkungen dieses Koalitionsvertrages auf das Land Mecklenburg-Vorpommern“.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Meine Damen und Herren, dass diese Entscheidung so eindeutig und so alternativlos ist, hat natürlich nicht nur etwas mit der öffentlichen Meinung zu tun, sondern auch mit der Sache selbst. Ein Koalitionsvertrag, der auf der Bundesebene verabschiedet wird, ein Koalitionsvertrag für die Arbeit der Bundesregierung der nächsten vier Jahre, er hat, selbst wenn nicht alle Formulierungen sehr

eindeutig sind, er hat die Funktion von, ich sage jetzt mal, Leitplanken für die Politik im Bund für die nächsten vier Jahre und hat damit massive Auswirkungen auf die Situation in Deutschland insgesamt, auf das Leben der Menschen in unserem Land und selbstverständlich auch auf unser Land Mecklenburg-Vorpommern und die Menschen bei uns. Von daher kann es, denke ich, kein anderes Thema geben.

Dieser Koalitionsvertrag liegt nun vor. Selbstverständlich ist er, wenn zwei oder, wenn wir genau sind, ja sogar drei Parteien einen solchen Vertrag aushandeln, ein Kompromiss. Und zwei – CDU und CSU – haben mit ihren Gremien ja bereits zugestimmt. Der Mitgliederentscheid der SPD, wie Sie wissen, läuft.

(Vincent Kokert, CDU: Haben Sie da einen Zwischenstand, Herr Müller? –
 Dr. Norbert Nieszery, SPD:
 Keine Angst, Vincent!)

Lieber Kollege Kokert, einen Zwischenstand in dem Sinne, dass wir schon einige Umschläge aufgemacht hätten und gezählt hätten, den gibt es selbstverständlich nicht. Aber ich bin ziemlich sicher, dass wir in unserer Partei eine Mehrheit für diesen Vertrag haben werden. Ich bin vor allen Dingen auch sicher, dass es gut ist und dass es sinnvoll ist, dass die SPD diesen Weg gegangen ist für diese für die SPD nicht einfache Entscheidung, die Mitglieder unmittelbar zu fragen. Das ist ein Stück gelebte innerparteiliche Demokratie und ich bin ganz sicher, das wird für die Zukunft Maßstäbe setzen, auch für andere Parteien.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
 Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Wenn mir die Bemerkung gestattet sei, auch wenn sie sich nicht auf Mecklenburg-Vorpommern bezieht: Ich bin zum Beispiel sehr gespannt, ob die GRÜNEN im Bundesland Hessen den Mut haben werden, eine mögliche Koalition mit der CDU ihren eigenen Mitgliedern zu einem Mitgliederentscheid vorzulegen,

(Zuruf von Jürgen Suhr,
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und ob dort die gleiche innerparteiliche Demokratie herrschen wird. Das finde ich schon eine sehr spannende Entwicklung.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns nach Mecklenburg-Vorpommern zurückkommen. Dieser Vertrag, der dort in Berlin ausgehandelt worden ist, ist, ich sagte es bereits, von erheblicher Bedeutung für unser Land. Aber spannend ist ja auch, dass eine Reihe von Persönlichkeiten aus unserem Land bei der Aushandlung dieses Vertrages unmittelbar beteiligt waren. Mehrere Regierungsmitglieder, an der Spitze Ministerpräsident Selling, haben unmittelbar mitverhandelt, und ich bin sicher,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

ob es nun Erwin Selling war oder Lorenz Caffier, Manuela Schwesig oder Till Backhaus, Sie haben hier natürlich für ihre Parteien verhandelt, sie haben aber auch für das Land Mecklenburg-Vorpommern verhandelt und sie haben die Positionen und die Interessen unseres Landes

in diese Verhandlungen mit eingebracht. Ich denke, dafür gebührt Ihnen unser Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und wenn dies so ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann halte ich es für selbstverständlich, dass wir bei der nächsten Möglichkeit – und das ist diese Landtagssitzung, das ist diese Aktuelle Stunde – die Gelegenheit geben, dass sie hier berichten über diese Verhandlungen und über das, was in diesen Verhandlungen erreicht worden ist. Auch dieses ist eine Selbstverständlichkeit. Ich gehe sogar so weit, zu sagen, dieser Landtag und die Öffentlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern haben einen Anspruch darauf, dass es einen solchen Bericht gibt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr richtig, genau.)

und genau dies stellen wir hier und heute sicher.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Wenn ich dann am gestrigen Tage in einer Pressemitteilung lesen musste, das Ganze sei also wörtlich „Schauspielerei“, lieber Kollege Ritter, dann weiß ich nicht, wie man zu einer solchen Einschätzung kommen kann.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na das
werden Sie noch erleben, Herr Müller.)

Ich glaube, das disqualifiziert sich selbst.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Der blanke Neid. – Heiterkeit
vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Das ist eine Position des Neides, selber nicht dabei sein zu können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau.
So ist es. Sehr richtig, Herr Müller. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ich brauche mal ein
Taschentuch, mir kommen gerade die Tränen. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ja, und wenn wir beim Taschentuch und bei den Tränen sind, lieber Herr Kollege Ritter: Das kleinkarierte Gezeter, das ich da gestern habe lesen müssen, ob Erwin Selle ring jetzt als Ministerpräsident oder als SPD-Abgeordneter spricht, ich glaube, das geht völlig an der Sache vorbei,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein, nein.)

sondern wichtig ist, dass hier der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern, unser Ministerpräsident spricht und dass er uns berichtet, was in diesem Vertrag steht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig.)

Und das Gezeter über die Rolle, ob als Ministerpräsident, als Regierungsmitglied oder als Abgeordneter,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Deswegen
war der Innenminister ja auch
so erschrocken, dass ...)

ist völlig neben der Sache.

(Andreas Butzki, SPD: Wer lacht
schon über seine eigenen Witze?!)

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Schmierentheater. – Zuruf von
Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Herr Ritter, da wäre ich Ihnen mal dankbar, was Sie damit meinen, mit dem Schmierentheater. Wenn Sie diesen Landtag meinen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja,
was hier stattfindet, Herr Müller.)

dann, finde ich,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Was hier stattfindet.)

sollte ein PGF einer demokratischen Fraktion in seiner Wortwahl vielleicht doch ein bisschen vorsichtiger und ein bisschen sachlicher sein.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Vielleicht meint er damit auch
die Pressemitteilung, wer weiß. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber gut, aber gut. Sie werden sich dann nicht unbedingt wundern müssen, wenn wir Ihre Äußerungen auch entsprechend werten.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben einen Vertrag vorliegen, der sicherlich aus verschiedener politischer Richtung unterschiedlich bewertet wird, an dem es sicherlich auch die eine oder andere Kritik gibt, auch das ist bekannt, der aber – und davon bin ich überzeugt – für Mecklenburg-Vorpommern nicht nur große Auswirkungen hat, sondern in vielen Punkten auch positive Auswirkungen auf unser Land haben wird, der für unser Land eine Reihe von Verbesserungen mit sich bringen wird. Deswegen war und ist es richtig, dass wir dies zum Gegenstand der Aktuellen Stunde gemacht haben,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Kommen
Sie mal endlich zum Thema!)

einer Aktuellen Stunde, in deren Kern der Bericht des Ministerpräsidenten über diesen Vertrag steht. Ich freue mich darauf, erwarte ihn jetzt und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr gut, Heinz, sehr gut. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Müller.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sehr inhaltsschwanger. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nur kein Neid, nur kein Neid!)

Das Wort hat jetzt der Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern Erwin Sellering.

(Udo Pastörs, NPD: Erwin, richte das jetzt mal! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Seit wann duzen
Sie den Ministerpräsidenten, Sie Pfeife?)

Ministerpräsident Erwin Sellering: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Udo Pastörs, NPD:
Genossen duzen sich.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Einen Moment mal bitte, Herr Ministerpräsident.

Also ich bitte doch, beleidigende Äußerungen zu unterlassen. Das gilt sowohl für eine nicht sachgemäße Anrede, die Ihnen nicht zusteht, Herr Pastörs, das gilt aber im Gegenzug natürlich auch für die Verwendung nicht parlamentarischer Ausdrücke, die ich an dieser Stelle zurückweisen muss.

Ministerpräsident Erwin Sellering: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! An den Verhandlungen zum Koalitionsvertrag haben aus Mecklenburg-Vorpommern der Ministerpräsident und drei Minister teilgenommen. Das gab es noch nie und das ist gut für Mecklenburg-Vorpommern, denn bei dieser Koalitionsvereinbarung geht es um die zukünftige Bundespolitik, aber eben mit großen Auswirkungen auf die Länder.

Ich möchte unter all den guten Vereinbarungen dieses Koalitionsvertrages auf drei Bereiche näher eingehen, in denen wir gute Verbesserungen erreicht haben, die gerade auch den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zugutekommen. Das sind die Themen gute Arbeit, dabei vor allem der Mindestlohn, die Vereinbarungen zur Rente und das, was wir zur Energiewende vereinbart haben. Und ich möchte zusätzlich etwas dazu sagen, was die Länder an finanziellen Hilfen und Entlastungen zu erwarten haben.

Meine Damen und Herren, beginnen wir mit guter Arbeit. Deutschland steht nahezu als einziges Land in Europa in der Finanz- und Wirtschaftskrise gut da. Unseren Unternehmen geht es gut, der Dax eilt von einem Allzeithoch zum nächsten.

(Udo Pastörs, NPD: Ha!)

Die Koalition stellt jetzt die Weichen dafür, dass diese positive Entwicklung noch mehr bei den Menschen ankommt, dass dies nicht auf Kosten niedriger Löhne und prekärer Beschäftigung geht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wollen weiter wirtschaftlich vorankommen, aber es soll dabei gerechter zugehen. Deshalb gibt es die Verbesserungen bei der Leiharbeit, deshalb haben sich die Koalitionäre vorgenommen, entschieden gegen Scheinwerkverträge vorzugehen. Und in

dem Feld Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Gleichstellung, Familien insgesamt ist ebenfalls sehr viel erreicht worden. Ich will nur eine Regelung nennen: Es wird sichergestellt, dass diejenigen, die aus familiären Gründen zeitlich befristet in Teilzeit gegangen sind, dass die wieder zu ihrer früheren Arbeitszeit zurückkehren können, wenn sie wollen.

Liebe Frau Gajek, das ist sehr wichtig. Wenn Sie mit verhandelt hätten, wären Sie eifersüchtig und würden stolz darauf sein, dass wir das erreicht haben.

(Beifall und Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Außerdem – ich komme zu einem der wichtigsten Punkte –, außerdem haben wir einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro in ganz Deutschland verabredet. Keine Unterschiede in Ost und West! Das war mir besonders wichtig

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist auch richtig so.)

und dafür habe ich mich auch massiv eingesetzt gegen alle Bedenken. Und zwar habe ich mich deshalb dafür massiv eingesetzt, weil der Mindestlohn sich eben nicht nur für die direkt davon Betroffenen auswirkt, sondern die Höhe des Mindestlohnes beeinflusst natürlich auch das gesamte Lohngefüge darüber. Ein unterschiedlicher Mindestlohn in Ost und West hätte deshalb auf lange Zeit ein unterschiedliches Lohnniveau in Ost und in West zementiert. Wenn das der Fall gewesen wäre, dann – davon bin ich überzeugt – hätten wir nicht mithalten können in dem immer schärfer werdenden Wettbewerb um Fachkräfte. Und der Wettbewerb um Fachkräfte, das ist die Zukunftsfrage, an der sich in den nächsten Jahren entscheiden wird, ob wir im Osten weiter aufholen oder im Gegenteil zurückfallen.

Ich freue mich sehr, dass ich sagen kann, es wird diesen einheitlichen Mindestlohn in Ost und West geben. Und ich sage auch, es ist gut, wie das jetzt im Einzelnen ausgestaltet sein wird. Beginn 01.01.2015 – das gibt allen Zeit, sich darauf einzustellen. Und weiter: Es sind Abweichungen möglich durch Tarifvertrag bis 01.01.2017 – das muss man erklären –, wobei selbstverständlich nur die Tarifverträge wirklicher Tarifpartner gelten, nicht diese Scheingeschichten, die wir auch schon erlebt haben. Diese Regelung ist deshalb gut, weil sie für die Unternehmen einen großen Anreiz bietet, Tarifverträge abzuschließen, und weil das endlich zu mehr Tarifbindung auch bei uns im Osten führen wird. Übrigens mit einer sehr starken Stellung der Gewerkschaften bei den Verhandlungen, weil die immer sagen können, wenn wir uns nicht einigen, dann gelten eben 8,50 Euro.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Tilo Gundlack, SPD: Genau.)

Meine Damen und Herren, diese Regelung ist wirklich gut, weil eine starke Tarifbindung langfristig für gute Löhne wichtiger ist als alles andere. Deshalb entspricht diese Regelung im Koalitionsvertrag auch eins zu eins dem, was Gewerkschaften und DGB sich von den Koalitionären gewünscht haben.

(Heinz Müller, SPD: Aha! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Hört, hört!)

Das haben nicht alle sofort verstanden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das wissen bloß die LINKEN nicht.)

Vorige Woche gab es eine Demonstration vor der Staatskanzlei gegen die Regelung mit fast, ich glaube, zwölf Demonstranten,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Organisiert vom DGB.)

darunter auch oder fast nur Abgeordnete und Mitarbeiter der LINKEN-Fraktion hier im Landtag.

(Vincent Kokert, CDU: Was?!
Heinz Müller, SPD: Schau einer an! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ach, schau an!)

Und dazu muss ich Ihnen sagen, lieber Herr Foerster, Sie hatten sich ja so schön ausgestattet mit Blaumann und Reinigungsutensilien.

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Ich muss Ihnen mal sagen, wenn man die Interessen der Menschen hier im Land, der Menschen, die hart arbeiten müssen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, wenn man deren Interessen wahrnehmen will, dann reicht es nicht aus, sich als Arbeiter zu verkleiden und Klamauk zu machen.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. Sehr richtig, Herr Ministerpräsident. Sehr gut. –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Dann muss man mit denen reden, um die es geht, und da muss man wirklich deren Interessen vertreten und nicht Parteiinteressen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr richtig. –
Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und
Henning Foerster, DIE LINKE)

Zweites Thema, Rente, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren, diese Koalition unternimmt bei der Rente sehr große Anstrengungen, um zu mehr Gerechtigkeit zu kommen und um Altersarmut zu verhindern – zwei große Ziele. Dem dient die Mütterrente, dem dient die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren. Das ist übrigens die dringend notwendige Ergänzung der Rente mit 67.

Selbstverständlich brauchen wir bei der demografischen Entwicklung, die wir haben, da brauchen wir insgesamt eine längere Lebensarbeitszeit in der Gesellschaft, aber das muss differenziert erfolgen, nur dann ist es gerecht. Wer erst mit 25 oder 27 anfängt zu arbeiten und dann sein Leben lang am Schreibtisch sitzt, der kann das,

denke ich, selbstverständlich sehr viel länger tun als jemand, der mit 16 anfängt und körperlich arbeitet. Die Krankenschwester, der Dachdecker, die dürfen nach meiner festen Überzeugung nicht mit Abschlagen bestraft werden, wenn sie so lange gearbeitet haben, 45 Jahre, und dann mit 63 nicht mehr können. Das vereinbaren wir jetzt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Das ist eine Regelung, die übrigens im Osten anders als im Westen auch sehr vielen Frauen zugutekommt, eine gute Regelung.

Und, meine Damen und Herren, wir haben die solidarische Lebensleistungsrente vereinbart. Das hilft besonders denen hier bei uns, die nach der Wende lange arbeitslos waren, die dann Jobs angenommen haben mit geringem Verdienst, manchmal wieder arbeitslos waren und die deshalb am Ende eine Rente unterhalb des Lebensminimums zu erwarten hätten. Dafür gibt es jetzt eine Lösung, lieber Herr Kokert, und diese Lösung sieht vor, dass für alle, die 40 Beitragsjahre, aber nicht 850 Euro im Monat haben, dass für die die Rentenpunkte erhöht werden, sodass sie diesen Betrag in etwa erreichen.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Erklären Sie das der CDU mal!)

40 Jahre sind viel hier im Osten. Deshalb ist es uns gelungen, eine Übergangsregelung zu vereinbaren. Und die Übergangsregelung sagt, es reichen übergangsweise, bis diejenigen, um die es hier geht, dann soweit in Rente sind, bis dahin reichen 35 Jahre. Das ist immer noch viel, weil wir viele Zeiten von Arbeitslosigkeit haben. Deshalb zählen bei diesen 35 Jahren fünf Jahre Arbeitslosigkeit mit. Das ist eine gute Regelung, die bei uns sehr viele hier erfassen wird und vielen hilft.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
So ist es.)

Meine Damen und Herren, das sind insgesamt sehr weitgehende Verbesserungen bei der Rente, die gerade den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern viel bringen, und wir haben außerdem bei der Ost-West-Angleichung der Renten einen verbindlichen, durch Gesetz festgeschriebenen Fahrplan beschlossen. Ende 2019 wird der Rentenwert Ost auf 100 Prozent festgelegt. Vorher wird in 2016 geprüft, wie weit das, was da stufenweise jetzt immer ansteigt, wie weit wir da vorangekommen sind, ob man einen Zwischenschritt machen muss. Auch das, meine ich, ist eine vernünftige Lösung. Das ist nämlich ein guter Ausgleich zwischen den Interessen der jetzigen Rentner und denen, die im Moment noch arbeiten und die noch längere Zeit die Höherwertung brauchen, damit nicht am Ende sie die Verlierer sind bei der Rente – auch das ist eine gute Lösung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, schließlich zu Plänen bei der Energiewende, ein für uns sehr wichtiges wirtschaftliches Thema. Das, was jetzt vereinbart ist, ist ein wirklich guter Kompromiss. Einen Kompromiss, das müssen wir uns ja klarmachen, man wird einen Kompromiss brauchen,

allein zwischen den Interessen der Länder. Es gibt ein Interesse zwischen dem Ziel Klimaschutz auf der einen Seite und industrieller Wettbewerbsfähigkeit auf der anderen Seite, zwischen Bezahlbarkeit für Verbraucher auf der einen Seite und Investitionsanreiz für die, die die Wende vorantreiben sollen. Das, was jetzt vereinbar ist, damit kommt die Energiewende gut voran, und zwar planbar und bezahlbar.

Ich muss allerdings sagen, das werden Sie in der Presse verfolgt haben, zwischendurch musste der Norden heftig kämpfen, vor allem um gute Rahmenbedingungen für Offshore, für Windparks auf See, denn das erste Ergebnis der Verhandlungsgruppe Energie, das sah so aus: Reduzierung der Ausbauziele und schwierige Förderbedingungen. Und dazu ist uns, glaube ich, allen klar, Offshore darf nicht gefährdet werden,

(Vincent Kokert, CDU:
Das kam aber nicht von uns.)

Offshore darf nicht gefährdet werden.

Hier kommt gerade der Zwischenruf des Fraktionsvorsitzenden der CDU. Das Thema, das wir da hatten, ist kein Thema zwischen den Parteien, sondern es ist ganz klar ein Thema zwischen den Ländern. Das muss man ganz deutlich sagen.

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Und deshalb ist es ja auch so, dass wir gesagt haben, wir hier im Norden, wir müssen da zusammenhalten und zusammenstehen, denn ohne Offshore wird die Energiewende nicht gelingen. Offshore, also Windkraft auf See, ist nahezu grundlastfähig das ganze Jahr über, und deshalb braucht man auch nicht – das ist ein ganz wichtiger Schritt – wie bei anderen erneuerbaren Energien, man braucht nicht Reservekapazitäten mit fossilen Kraftwerken, die dann irgendwo im Süden oder Westen stehen. Da sieht man natürlich, wo die Probleme liegen. Aber Offshore ist der große Zukunftsbereich, Offshore ist der industrielle Teil der Energiewende und im Grunde die große wirtschaftliche Chance für den ganzen Norden und damit auch für uns.

Deshalb war es wichtig, und das ist sehr gut gelungen, dass ich zusammen mit den anderen vier Ministerpräsidenten im Norden, dass wir diese Zwischenergebnisse, die uns nicht gefallen haben, zurückgekoppelt haben mit den Unternehmen, die investieren wollen, die Milliardenbeträge investieren wollen, und mit denen geredet haben und gesagt haben, kommt ihr mit diesen Förderbedingungen klar. Man muss hier mal sagen, das ist ja seit Jahren ein guter Schulterschluss im Norden, dass wir politisch zusammenhalten und mit der Wirtschaft. Das haben wir auch dieses Mal getan, auch dieses Mal wieder erfolgreich. Wir haben Förderbedingungen vereinbart, das ursprüngliche Ergebnis sozusagen geändert, wir haben jetzt Förderbedingungen vereinbart – die Experten werden es wissen, das sogenannte Stauchungsmodell ist verlängert worden –, Förderbedingungen, die sicherstellen, dass alle bis 2020 geplanten Windparks auf See, alle, die geplant sind und die gebaut werden sollen, dass die finanziert und gebaut werden können. Das ist ein wirklich großer Erfolg.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Ich will allerdings auch sagen, wir werden in der Ausgestaltung weiter aufpassen müssen. Es wird weiter einen Wettbewerb geben, zum Beispiel bei Windkraft an Land. Wenn man sagt, windschwächere Standorte müssen ein bisschen stärker gefördert werden, dann müssen wir aufpassen, dass diese Förderung, das ist ja soweit okay, dass sie nicht so stark ist, dass es am Ende lukrativer ist, in einem windschwachen Gebiet zu investieren anstatt bei uns in einem windstarken. Das darf nicht sein.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und der zweite Punkt, auf den wir aufpassen müssen: Ich habe gerade gesagt, bis 2020, alles okay, wir können die Planung umsetzen, aber ich bin nicht mit dem zufrieden, was an Ausbauzielen zwischen 2020 und 2030 bisher aufgeschrieben ist. Das ist aber in erster Linie jetzt Papier und da müssen wir aufpassen, wenn sich Offshore durchsetzt, werden wir da auch mehr bauen können. Nur müssen wir jetzt die Weichen stellen, dass dann der Leitungsbau da ist. Das ist ein wichtiger Punkt, auf den wir weiter aufpassen müssen.

Also, meine Damen und Herren, gute Entscheidungen im Bereich Energie, aber noch viel zu tun.

Als Letztes zu den finanziellen Hilfen für die Länder. Da wissen Sie schon, es gibt 6 Milliarden mehr für Kita, Schule, Hochschule, 5 Milliarden pro Jahr für die Kommunen, allerdings nicht sofort, sondern im Rahmen der Entlastung bei der Eingliederungshilfe. Es gibt mehr Städtebauförderungsmittel, es gibt 4 Milliarden mehr für bessere Pflege und Pflegekräfte. Das haben Sie alles schon gelesen, ich will Ihnen das Wichtigste daran aber erläutern. Diese Vereinbarungen, die stehen nicht unter Finanzierungsvorbehalt, sondern die haben wir als finanziell prioritär vereinbart. Die kommen auf jeden Fall, die werden umgesetzt, darauf können wir uns verlassen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Vincent Kokert, CDU)

Das bedeutet zum Beispiel – ich will ein kleines aktuelles Beispiel rausgreifen –, das bedeutet zum Beispiel, dass wir Mittel haben werden, um etwas für die Hochschulen im Land tun zu können. Da will ich aber jetzt schon sagen, das Geld, was da zusätzlich kommt, das werden wir nicht nach Lautstärke verteilen und auch nicht danach, wer mehr Demonstranten auf die Straße bringt, sondern wir werden sehr sorgfältig prüfen, welcher Bedarf tatsächlich besteht. So, wie das jetzt aktuell vereinbart ist zwischen dem Bildungsminister und den beiden Universitäten, dass man sagt, wir streiten darüber, wie viel ihr braucht, also das klären wir durch eine objektive Instanz.

Meine Damen und Herren, gute Arbeit, Rente, Energiewende – drei Themen mit großer Auswirkung auf Mecklenburg-Vorpommern, zusätzlich finanzielle Entlastung in erheblicher Höhe. Also das sind gute Regelungen, die viel bringen für uns in Mecklenburg-Vorpommern, und deshalb sage ich, das ist ein guter Koalitionsvertrag für unser Land. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da bleibt jetzt
ja gar nichts mehr übrig für die Opposition.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie werden sich fragen, wo wir denn eigentlich leben:

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
In Mecklenburg-Vorpommern. –
Vincent Kokert, CDU: In einem
wunderschönen aufstrebenden
Land mitten in Europa.)

Am 9. Oktober dieses Jahres haben wir an dieser Stelle ebenfalls in der Aktuellen Stunde auf Antrag meiner Fraktion über einen erforderlichen Politikwechsel sowie notwendige Maßnahmen der künftigen Bundesregierung aus Sicht des Landes Mecklenburg-Vorpommern debattiert.

(Egbert Liskow, CDU: Thema verfehlt.)

Ich habe einige Positionen aufgemacht, über die ich im Einzelnen noch sprechen will, und Sie, Herr Nieszery, haben uns damals unterstellt, dass wir eine Nachlese des Wahlkampfes betrieben hätten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Zu Recht.)

Darum ging es gar nicht. Sie haben nämlich gar nicht begriffen, dass es uns um das Land Mecklenburg-Vorpommern geht, um seine berechtigten Interessen

(Vincent Kokert, CDU: Natürlich.)

und vor allem um seine Einwohnerinnen und Einwohner.

(Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aua, aua!)

Ihre billige Polemik von damals wie auch die Polemik von heute Morgen von Herrn Müller hat mit Inhalten gar nichts zu tun.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und wenn Sie sich mal hier hinstellen würden und Ihre Leitlinien für Mecklenburg-Vorpommern darlegen würden, Herr Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Die Leute
wollen aber gar nicht Ihre Politik.
Haben Sie das nicht mitgekriegt?)

als Vorsitzender der SPD-Fraktion,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben Sie
dem Ministerpräsidenten zugehört?)

dann wäre ich schon dankbar, von Ihnen eine politische Auseinandersetzung zu hören.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben
Sie mit verhandelt?)

Nein,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben Sie
dem Ministerpräsidenten zugehört?)

nein, das machen Sie nicht. Sie machen eins, Herr Nieszery, Sie machen einen 24-Stunden-Wahlkampf, damit auch der letzte Sozialdemokrat, die letzte Sozialdemokratin dem Koalitionsvertrag in der Mitgliederbefragung zustimmt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das machen die sowieso.)

Darum geht es Ihnen doch.

Und die Berichterstattung – also ich brauche keine Berichterstattung von Regierungsmitgliedern, die in Berlin mit verhandelt haben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Natürlich, aber die Bürger
im Land brauchen das.)

denn das, was hier berichtet wurde, das kann ich in den Zeitungen lesen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Das ist hier nicht notwendig. Sie wollen nur eins,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Sie wollen nur eins,

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

den Vertrag, der in Berlin ausgehandelt wurde, rechtfertigen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der ist gut.)

denn die SPD ist am Gängelband geführt worden von Frau Merkel und Herrn Seehofer,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Hören Sie auf!)

ganz klar.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Hören Sie auf, Herr Holter!)

Sie rechtfertigen einen Vertrag, Herr Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Hören Sie auf!)

von dem Sie vor gut vier Wochen noch gesagt haben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist der Neid der Besitzlosen. –
Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

ich zitiere: „Und natürlich werden wir versuchen, die für uns maßgeblichen Punkte durchzusetzen.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, haben wir auch gemacht.)

„Dazu gehört selbstverständlich auch die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns, ein Umsteuern in der Familien- und Bildungspolitik“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hat der Ministerpräsident eben vorgestellt.)

„hin zu mehr Ganztagskitas und mehr Bildungsinvestitionen“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und?)

„sowie mehr Geld für die Kommunen.“ Ende des Zitats.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und wo ist das Problem? Wo ist das Problem?)

Nur, meine Damen und Herren,

(Beifall Dr. Norbert Nieszery, SPD: Alles gut, Herr Holter.)

schauen wir uns mal die beschworenen Selbstverständlichkeiten heute in der Realität an.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Was lange währt, wird eben nicht immer gut.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Doch.)

Die längsten Koalitionsverhandlungen in der Geschichte der Bundesrepublik mit dem wahrscheinlich längsten Finale haben ein erbärmliches Ergebnis gebracht.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Eine Koalition, Herr Nieszery, eine Koalition, die die soziale Spaltung im Land vertieft und lobbyhörig ist,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, das ist doch, Herr Holter!)

die Koalition aus Union und SPD

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist jetzt aber die manifestierte Hilflosigkeit, oder?)

ist nicht nur von dem Politikwechsel, den sie, die Sozialdemokratie, im Wahlkampf versprochen hat, himmelweit entfernt, Sie setzen im Grunde, und da sind Sie verantwortlich,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich?)

meine Damen und Herren der SPD, Sie setzen die Politik von Schwarz-Gelb fort.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch Quatsch.)

Das ist nämlich nichts anderes als dieser Koalitionsvertrag,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist doch völliger Quatsch, was Sie da erzählen.)

da hat die CDU sich Ihnen gegenüber durchgesetzt, gepaart und geschmückt mit Sonderwünschen von Herrn Seehofer

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh Gott, oh Gott, oh Gott!)

und im Übrigen auch mit schwerwiegenden Abschlüssen für die neuen Länder. Mehr Gerechtigkeit wird die entworfene Politik nicht bringen. Anders, als sie im Wahlkampf verkündet, lässt die SPD die Chance verstreichen, einen Umstieg in die Umverteilung von oben nach unten einzuleiten.

Steuergerechtigkeit, Herr Ministerpräsident, Steuergerechtigkeit? Nicht ein Wort haben Sie darüber gesprochen. Konnten Sie auch nicht, weil Sie sich nicht durchsetzen konnten gegenüber der CDU. Und was bleibt am Ende? Die Menschen werden künftig weniger Netto vom Brutto haben. Darum geht es nämlich auch bei diesem Koalitionsvertrag.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie wollen Sie denn umverteilen?)

Er ist nicht sozial gerecht, er ist auch nicht gerechter, er greift den Menschen in die Tasche. Das werden Sie erleben. Und wenn es denn schon mal einen positiven Ansatz gibt, dann stößt man sofort auf einen Pferdefuß.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Und schauen wir uns mal die Selbstverständlichkeit des flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns an.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh, ja, ja! – Vincent Kokert, CDU: Ja, da kommen wir auch noch ran. Ich hab noch nichts aufgeschrieben.)

Mecklenburg-Vorpommern ist bundesweit das Land mit den niedrigsten Löhnen. Viele Niedriglöhner und Auswanderer warten seit Jahren auf den Mindestlohn. Nun soll der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn kommen, das haben wir eben noch mal gehört. Er hat überhaupt Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden. Das ist gut so, daran haben wir sicherlich auch einen Anteil, Herr Nieszery.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Verhandlungserfolg, Verhandlungserfolg.)

Als wir über den Mindestlohn hier gesprochen haben, da wussten Sie noch gar nicht, wie der geschrieben wurde.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Und seit Jahren,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach Gott, ach Gott!)

doch, seit Jahren haben wir hier unermüdlich immer wieder gefordert, ein Mensch muss von seiner Hände Arbeit auch leben können.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das hat heute der Ministerpräsident für Mecklenburg-Vorpommern noch mal ausdrücklich unterstrichen, dass hier in Mecklenburg-Vorpommern Menschen von ihrer Arbeit nicht leben können. Und es wird endlich Zeit, dass

das geändert wird, und nicht erst 2017 und später, sondern sofort.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Deswegen machen wir das ja, Herr Holter. Sie haben das nicht begriffen, Herr Holter.)

Schaue ich mir den Koalitionsvertrag an, dann folgt unweigerlich Ernüchterung. Zwar soll es ab dem nächsten Jahr einen Mindestlohn geben, aber es gibt viele, viele Schlupflöcher.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, es gibt den Zwang für Tarifverträge, Herr Holter. Haben Sie das immer noch nicht begriffen?!)

Gerade Niedriglöhne in tarifgebundenen Branchen werden zunächst ausgenommen und alle anderen Formulierungen sind schwammig. Und dass es auch ab 2017 Ausnahmen geben wird, das kann man in dem entsprechenden Vertrag nachlesen.

Sie wissen, dass die 8,50 Euro pro Stunde heute schon zu niedrig sind, um auch später eine auskömmliche Rente zu haben, und erstmals in sage und schreibe fünf Jahren darf dann erhöht werden. Ja, was ist denn das? Hat das was mit sozialer Gerechtigkeit zu tun?

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie wissen doch, dass die Inflation und die steigenden Lebenshaltungskosten die 8,50 Euro und die Erhöhung schon längst aufgefressen haben. Und deswegen werden viele Menschen darauf angewiesen sein, auch in Zukunft darauf angewiesen sein aufzustocken.

Meine Damen und Herren, ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn sieht anders aus.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist endlich verhandelt.)

Und Sie von der SPD, meine Damen und Herren, haben sich sauber reinlegen lassen durch die CDU.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gar nichts haben wir gemacht, Herr Holter. Wir haben einen flächendeckenden Mindestlohn. Das ist viel mehr, als Sie gefordert haben vorhin.)

Und was die vielen prekär Beschäftigten in Mecklenburg-Vorpommern betrifft, auch in Mecklenburg-Vorpommern wird denen nun wahrlich nicht geholfen. Die Regelungen bei Leiharbeit, Werkverträgen und anderen undurchsichtigen Beschäftigungsverhältnissen bleiben annähernd genauso mies, wie sie waren. Also da bauen Sie wirklich Fassaden auf. Schauen wir uns mal die gesetzlichen Regelungen an, was dann ganz konkret damit verbunden ist.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gucken Sie mal genau rein und orakeln Sie hier nicht rum!)

Und dann kommen wir mal zu Ihrem Lieblingsthema, Herr Nieszery, dem Betreuungsgeld.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, bitte. – Vincent Kokert, CDU: Ich hab schon darauf gewartet. Endlich!)

Aber selbstverständlich! Sie brauchen ja meiner Rede nicht zu folgen, Sie ahnen ja schon, worüber ich reden werde, das Betreuungsgeld.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dafür gibt es ja auch einen extra Antrag von Ihnen.)

Diese Herdprämie wurde von vielen Expertinnen und Experten, aber auch von Politikerinnen und Politikern, allen voran von Manuela Schwesig, der Sozialministerin dieses Landes, als wirkungslos und sogar kontraproduktiv gewertet, immer wieder.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ist es ja auch, ja, richtig.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, das ist fest unsere Meinung. Das haben Sie bloß nicht mitgekriegt, Herr Holter.)

So, und zu Recht, denn mit dem Betreuungsgeld werden Anstrengungen im sozial-, bildungs-, gleichstellungs- und integrationspolitischen Bereich konterkariert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das tut weh, das verstehe ich. Das tut richtig weh.)

Bei dem Versuch, dieses Gesetz über das Betreuungsgeld auszuhebeln, sind die Sozialdemokraten und Sie, Frau Schwesig, grandios gescheitert. Im Koalitionsvertrag finden wir davon keine Spur mehr.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Das sinnlose und untaugliche Betreuungsgeld wird bleiben. Und genauso verhält es sich mit den Kinderrechten. Wie oft haben wir hier gehört von Frau Ministerin Schwesig, dass die Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden müssen. 2010 im Dezember haben wir uns hier interfraktionell darauf verständigt, dass die Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden sollen. Wo haben Sie sich denn nun durchgesetzt?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat der Ministerpräsident eben alles aufgezählt.)

Wo ist das denn überhaupt in den Koalitionsverhandlungen thematisiert worden?

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Und heute? Keine Spur ist davon im Koalitionsvertrag zu finden.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Nein, nein, die Kinderrechte werden nicht im Grundgesetz verankert und insbesondere der Schutz, die Förderung und die Beteiligung von Kindern sind dort nicht zu finden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dafür seid ihr ja da. Das haben wir mit euch ja alles durchgespielt.)

Gute Familienpolitik, eine gute Politik für die Kinder und die Jugend, Frau Ministerin, sehen nun wirklich anders aus.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das Wort „Kompromiss“ kennt ihr gar nicht in der Politik.)

Und dann kommen wir mal zu dem Thema, meine Damen und Herren, Bildungs- und Wissenschaftspolitik. Ja, ich habe das gelesen und gelesen, ich habe mir die Augen gerieben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das hilft ja manchmal.)

denn wir finden hier rein gar nichts, nichts. Die SPD hat keines ihrer Versprechen, kein Vorhaben hier im Koalitionsvertrag verankern können.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ach, nicht?)

Im Koalitionsvertrag ist keine Spur mehr davon zu finden.

Der Masterplan Ganztagschule, können Sie sich erinnern, Herr Nieszery?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na klar.)

Masterplan Ganztagschule – das Wort „Ganztagschule“ taucht im Koalitionsvertrag nicht einmal auf.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Und auch das Vorhaben, das BAföG zu erhöhen, ist unter den Verhandlungstisch gefallen. Alles Ihre Wahlversprechen! Alles Ihre Wahlversprechen!

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Aber geblieben sind lediglich 3 Milliarden, die der Bund für Forschung und die Weiterführung der Exzellenzinitiative und fehlende Studienplätze beisteuern will.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist das denn nichts, ist das denn nichts?!)

Das hilft den Hochschulen in Deutschland – 3 Milliarden in Deutschland –,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, wollen Sie die für Mecklenburg haben, oder was?)

das hilft den Hochschulen und den Wissenschaftseinrichtungen auch in Mecklenburg-Vorpommern nicht wirklich weiter und ist lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ach ja, und dann gibt es noch das vage Versprechen, die Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja und?)

Wie, wann und in welchem Umfang dies geschehen soll, darüber schweigt der Koalitionsvertrag.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Aber es wird ja passieren.)

Es sind also vollmundige Ankündigungen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nächster Punkt, Herr Holter.)

Und wie ist es denn nun eigentlich mit dem Kooperationsverbot? Immer wieder debattiert, wir haben das in der letzten Aktuellen Stunde beim Thema „Hochschulfinanzierung“ hier diskutiert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie ist es denn mit der Entlastung der Kommunen, Herr Holter?)

Sie haben sich darüber gestritten, Sie haben darum gekämpft, wer denn nun am besten für die Abschaffung des Kooperationsverbotes gestritten habe. Die CDU meinte, die SPD hätte im Bundesrat ihrem Antrag zustimmen können. Die SPD meinte, dieser ginge nicht weit genug. Jetzt sind sich ja beide einig. Es gibt nämlich gar nichts. Nichts! Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene ist nichts zu finden. Hier haben Sie halbherzig gekämpft.

Sie haben jetzt bei der Haushaltsberatung die Chance, die Gelegenheit zu beweisen, wie Sie zu dem Kooperationsverbot stehen. Wir haben einen entsprechenden Antrag eingebracht. Stimmen Sie unserem Entschließungsantrag zu,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, klar.)

ich habe ihn in der Finanzausschusssitzung angekündigt, wir halten Wort. Ich bitte Sie also, entsprechend dann auch dazu zu stehen.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wird auch Zeit.)

Die Zeitschrift, das sei mir noch gestattet,

(Vincent Kokert, CDU: Sie haben noch nichts zur CDU gesagt, Herr Holter.)

„Cicero“ spricht von Einfallslosigkeit und einem Rückfall in die kohlsche Klientelpolitik der 80er-Jahre, ein Zukunftsversprechen sei der Koalitionsvertrag nicht, und das trifft den Nagel auf den Kopf. Die Zukunft gestalten mit Union und SPD bedeutet einen Rückfall in alte Zeiten und gegenseitige Blockaden. Da hätten die verhandelnden Personen nur nach Mecklenburg-Vorpommern zu schauen brauchen. – Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Tolle Rede.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Holter.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der CDU-Fraktion Herr Kokert.

Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Gäste!

Lieber Herr Holter, ich bin jetzt ein bisschen planlos, weil ich tatsächlich mit dieser Rede nicht gerechnet habe. So ein bisschen hört sich das an, als wenn Ihr Brautwerber Gregor Gysi seinen ganzen Frust, den er im Deutschen Bundestag schiebt, einfach auf Sie übertragen hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Der hat ihm einen Brief geschickt.)

So war auch Ihre Rede. Ich kann im Augenblick noch nicht so richtig greifen, wofür eigentlich DIE LINKE in diesem Land steht. Sie spielen sich einerseits auf, da war ich auch etwas erheitert über den Kollegen Foerster, der als Reinigungskraft verkleidet vor der Staatskanzlei stand. Und ich glaube, Sie müssen sich als LINKE auch einfach mal entscheiden: Für wen in Deutschland sprechen Sie eigentlich? Sprechen Sie für die kleinen Leute und für die sozial Schwachen oder sprechen Sie eigentlich schon für die Mittelschicht? Und da haben Sie, glaube ich, in Ihrer eigenen Partei das größte Problem.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Nein, haben wir nicht.)

Doch, ich habe mir das gestern Abend tatsächlich noch einmal angetan und habe ein bisschen in dem gelesen, was Sie zur Bundestagswahl so alles gefordert haben. Das ist wirklich ein Sammelsurium von Kuriositäten. Und wissen Sie, was ich wirklich kurios finde?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja? –
Helmut Holter, DIE LINKE: Reden
wir noch über den Koalitionsvertrag,
oder worüber reden wir heute?)

DIE LINKE, das habe ich gefunden, ist die einzige Partei, die Steuern für niedrige und mittlere Einkommen senken will. Das habe ich noch verstanden. Das hätte man fast aus dem CDU-Wahlprogramm abschreiben können.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Regine Lück, DIE LINKE:
Da muss ich aber lachen.)

Sie haben allerdings noch einen Halbsatz hinterhergeschrieben. DIE LINKE ist die einzige Partei, die Steuern für niedrige und mittlere Einkommen bis 6.000 Euro im Monat spürbar senken will.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Also, lieber Kollege Holter, für wen reden Sie in Deutschland eigentlich noch? Für die sozial Schwachen, für die Mittelschicht oder für wen?

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da haben Sie
ein ganz anderes Problem, Herr Kokert.)

Ich sage Ihnen, wenn Sie schon so weit weg von Gut und Böse sind, dass Sie kleinere und mittlere Einkommen mit 6.000 Euro klassifizieren, dann haben Sie sich aber lange nicht mit Leuten unterhalten, die in Mecklenburg-Vorpommern noch einer geregelten Tätigkeit nachgehen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Das müssen Sie sich als LINKE erst mal selbst beantworten.

Und, meine Damen und Herren, wir haben ja heute das eine oder andere darüber gehört ...

(Regine Lück, DIE LINKE:
Das ist ein schwaches Argument.)

Können Sie den Zwischenruf noch mal wiederholen, den habe ich nicht verstanden.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist
ein schwaches Argument gewesen.)

Ich finde das Argument überhaupt nicht schwach. Wenn Sie sagen, kleine und mittlere Einkommen sind monatlich bis 6.000 Euro,

(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

dann sage ich Ihnen, Sie haben hier in Mecklenburg-Vorpommern wahrscheinlich einen Schnitt von einem Prozent, der vielleicht bei 6.000 Euro liegt. Und wenn Sie da von kleinen und niedrigen Einkommen sprechen, dann wissen Sie schlicht und ergreifend nicht, was los ist. Und wenn sich Herr Foerster als Reinigungskraft verkleidet, dann hätte er vorher mal fragen sollen, was die tatsächlich verdienen. 6.000 Euro sind es nicht, und das muss einfach mal klargestellt werden.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jawoll. –
Zuruf von Henning Foerster, DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben ja die letzte Aktuelle Stunde schon dazu genutzt, um uns mit Ihren heilbringenden Argumenten überzeugen zu wollen. Und ich finde, von dem, was Sie gesagt haben, was Sie von uns gefordert haben, haben wir jetzt geliefert.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Ich hoffe, Sie haben sich die 158 Seiten dieses Koalitionsvertrages durchgelesen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: 185!)

158 Seiten des Koalitionsvertrages durchgelesen. Da liegt er. Guck mal nach, wie viel das sind!

(Helmut Holter, DIE LINKE:
185, ich habe 185 gelesen.)

Und wenn Sie ihn gelesen haben,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und wenn Sie ihn gelesen haben, dann haben Sie festgestellt ...

(Zurufe aus dem Plenum: 185!)

Fürs Protokoll, Herr Holter hatte recht, es waren 185. Damit Sie wenigstens einmal heute recht haben, Herr Holter, gestehe ich Ihnen das zu.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: 185 habe ich gelesen. –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Einmal hat er recht.)

Aber wenn Sie den Koalitionsvertrag gelesen haben, dann haben Sie doch festgestellt, dass da sehr, sehr viel auch für Mecklenburg-Vorpommern drinsteht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Bestreitet er ja gerade.)

Das Schlechtreden, was Sie hier immer wieder versuchen, das hat Ihnen schon bei der Bundestagswahl nichts genützt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Gar nichts.)

Und ich bin froh darüber, ich bin wirklich froh darüber,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Platz zwei. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

dass jetzt auch unser Koalitionspartner anerkennt, dass Deutschland zu den erfolgreichsten Industrienationen auf der Welt gehört

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Jawohl.)

und dass es den Menschen in den letzten vier Jahren deutlich besser ging als davor. Und ich sage Ihnen, ich bin auf dem kleinen Parteitag gewesen der CDU/CSU, da gab es bei uns harte Debatten. Ich weiß gar nicht, ob Sie die so bei den LINKEN führen. Das weiß ich nicht, das weiß ich nicht.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Harte Debatten, da, wo alle zugestimmt haben. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Es gab harte Debatten auch über inhaltliche Differenzen mit der SPD.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Mit welchem Ergebnis?)

Aber wissen Sie, was übrigens Volksparteien auszeichnet? Dass man Verantwortung für Deutschland übernimmt, wenn man Verantwortung übernehmen muss.

(Zurufe vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

Und davor, meine sehr geehrten Damen und Herren von den LINKEN, ducken Sie sich immer weg. Da schwenken wir mal ein bisschen weiter rüber in dem Fall nach rechts zu den Kollegen von den GRÜNEN.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Da habe ich die
ganze Zeit schon drauf gewartet.)

Sie haben hinterher versucht, die Deutungshoheit über die Themen zu gewinnen. Dabei haben Sie sich ganz klammheimlich intern aus den Sondierungsgesprächen mit der CDU verabschiedet, weil Sie Angst hatten, Verantwortung für Deutschland zu übernehmen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Das stimmt ja nicht.)

Und da müssen Sie sich selbst auch mal fragen: Wofür haben Ihre,

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wofür haben Ihre Wählerinnen und Wähler Sie eigentlich gewählt? Ich bin mir sicher, dass die meisten zur Wahl

gegangen sind, weil Sie wollten, dass die GRÜNEN sich an einer Bundesregierung beteiligen. Und da haben Sie sich einen schlanken Fuß gemacht,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Aber nicht mit der CDU.)

sind weggelaufen und haben sich in die Schmollecke gestellt. Insofern ist an dem heutigen Tag anzuerkennen, dass die Sozialdemokratie Verantwortung übernommen hat. Das ist ihr auch nicht leichtgefallen. Sie macht jetzt einen großen Mitgliederentscheid, davor habe ich meine Hochachtung.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Da werden wir mal sehen, wie das wird.)

Davor habe ich Hochachtung, Herr Kollege Suhr. Sie haben sich das ja nicht getraut, wenigstens mal darüber abstimmen zu lassen bei Ihren Mitgliedern,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nee, wir wollten nicht.)

weil Sie wahrscheinlich auch nicht wahrhaben wollen, dass bei Ihnen der Mittelstand in der Partei schon längst angekommen ist.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Natürlich, viel mehr als bei der CDU.)

Ich glaube, Ihr Problem ist, dass Ihre Führungsspitze immer noch linksalternative Träume hat, Ihre Wählerinnen und Wähler aber links in der Mittelschicht von Deutschland angekommen sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Problem klären Sie mal bis zur nächsten Bundestagswahl, dann klappt es vielleicht auch mit einer Regierungsbeteiligung.

Und jetzt will ich Ihnen einen Punkt sagen, weil er heute noch nicht angesprochen wurde. Man kann sich ja viel über die sogenannten Big Points aus diesem Koalitionsvertrag verständigen,

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

aber es stehen natürlich Selbstverständlichkeiten zwischen zwei Volksparteien CDU und SPD da nicht drin, weil es für uns selbstverständlich ist. Und selbstverständlich waren wir uns sehr schnell einig über das Thema, wie machen wir mit Europa weiter, meine sehr geehrten Damen und Herren von den LINKEN.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Selbstverständlich.)

Da Ihnen das ja nicht wichtig ist, haben Sie dazu heute auch nicht ein einziges Wort gesagt, Frau Kollegin Rösler.

(Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Wenn Sie mich dazu reizen, was zur Europapolitik zu sagen, dann sage ich Ihnen,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Der Ministerpräsident auch nicht, Herr Kokert.
Dem ist das offensichtlich auch nicht wichtig.)

der entscheidende Unterschied zwischen der Haltung von CDU und SPD und der Haltung der LINKEN ist, dass wir keine Verallgemeinerung der Schulden auf dem Rücken der Sparerinnen und Sparer von Deutschland wollen.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Das ist der entscheidende Unterschied zwischen der Europapolitik, die Sie immer propagieren, und dem, was jetzt auch durch diesen Koalitionsvertrag zementiert wurde, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Helmut Holter, DIE LINKE: Gut nacherzählt.)

Und wenn Sie in dem Koalitionsvertrag weiterblättern, werden Sie feststellen, dass es sehr wohl zu merken war, dass es vier Verhandler aus Mecklenburg-Vorpommern gab, die dort mitverhandelt haben. Da können Sie die Ergebnisse kleinreden, wie Sie wollen, ich sage Ihnen, die Menschen kaufen Ihnen das nicht mehr ab, Sie kaufen es Ihnen nicht mehr ab.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Die Zeit wird es bringen.)

Und der Kollege Foerster hat mir heute schon mehrfach quasi – er versteckt sich immer ein bisschen,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

ich muss ein bisschen zur Seite gehen – in unrechtmäßiger Weise damit geholfen, die Argumente richtig aufzubauen. Aber die Frage müssen Sie sich natürlich in der Zukunft wirklich beantworten: Für wen sprechen Sie eigentlich noch bei den LINKEN? Sie haben ja gesagt, der Osten wählt rot. Das ging dann ein bisschen in die Hose. Der Osten hat nämlich CDU gewählt, weil er der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland abkauft, dass sie weiter vernünftige Politik für Deutschland macht, und Gregor Gysi ganz klar in die Schranken verwiesen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Welche
Partei hat denn den Platz zwei in
Mecklenburg-Vorpommern, Herr Kokert?)

Herr Holter, hören Sie doch mit diesem Kinderkram auf! Ich habe Ihnen das letzte Mal in der Aktuellen Stunde herzlich dazu gratuliert, dass Sie den zweiten Platz in Mecklenburg-Vorpommern hatten.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, dann
müssen Sie das doch mal sagen!)

Wenn Sie es noch mal hören wollen, da haben Sie es: Herzlichen Glückwunsch zum zweiten Platz!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Kannst du uns noch mal das
Landtagswahlergebnis sagen?)

Es hat aber nicht für den ersten gereicht und insofern sind Sie natürlich an Regierungsverantwortung in Berlin nicht beteiligt.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Wir wollten auch gar nicht.)

Und der entscheidende Punkt ist doch, dass die Leute in Deutschland auch keinen Politikwechsel wollten.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das stimmt allerdings.)

Sie fangen hier wieder von Ihrem Wahlkampfschlager Betreuungsgeld an. Ich sage Ihnen, ich weiß gar nicht, wer das noch hören will.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Ja, das müssen Sie den
Sozialdemokraten sagen, nicht mir.)

An den Wahlständen, an denen ich war – ich weiß nicht, an wie viel Sie teilgenommen haben –, hat mich niemand, aber auch wirklich niemand auf das Betreuungsgeld angesprochen.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Die Leute haben ganz andere Sorgen, als sich damit zu beschäftigen, ob Sie gegen das Betreuungsgeld sind oder nicht. Hören Sie doch endlich auf mit diesem Quatsch! Reden Sie doch über die tatsächlich wichtigen Themen, die in Deutschland eine Rolle spielen, und davon habe ich von Ihnen heute nichts gehört.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Kinderrechte ins Grundgesetz.)

Davon habe ich heute von Ihnen nichts gehört.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Sie haben lediglich den Koalitionsvertrag analysiert und haben gesagt, was Ihnen alles nicht passt und was da vielleicht noch reingemusst hätte.

(Henning Foerster, DIE LINKE:
Sie haben sich bisher nur selbst gelobt.)

Auch wieder – genauso wie im Wahlprogramm – ein Sammelsurium von Kuriositäten, was Sie hier heute abgeliefert haben. Und ich sage Ihnen, das hat natürlich irgendwann Folgen, auch für Ihre politische Zukunft.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Spätestens bei der Landtagswahl
werden wir das sehen. –
Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Auch für Ihre politische Zukunft werden die Leute Sie irgendwann fragen, was Sie denn in der ganzen Zeit eigentlich umgesetzt haben. Und was Sie da immer so herzlich aufschreiben, daran glauben Sie selbst nicht mal. Ich habe Ihnen nur ein besonders klassisches Beispiel heute noch mal hier zur Kenntnis gegeben.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Welches war das noch, Herr Kokert?)

Ich werde Ihnen das nicht noch mal sagen. Sie sind schlau genug, Ihr eigenes Wahlprogramm noch mal nachzulesen. Die wenigsten kennen das wahrscheinlich von Ihnen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Aber Sie verstehen wahrscheinlich
die Bedeutung des Wortes „bis“ nicht.)

Ich habe Ihnen das letzte Mal schon das eine oder andere vorgehalten, wo Sie erst so getan haben, als wenn das nicht von Ihnen kommt. Es ist ja tatsächlich aus Ihrer Feder. Insofern sollten Sie sich mal alle als Fraktion zurückziehen und erst mal ihre eigenen Papiere lesen, bevor Sie hier solche unqualifizierten Zwischenrufe machen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE,
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bravo!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben drei Schwerpunkte als Koalition gesetzt für diesen Koalitionsvertrag.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Der erste Schwerpunkt war, wir wollen, dass die kommunale Ebene entlastet wird. Und wenn Sie hier so tun, als wenn 4,5 Milliarden für die kommunale Ebene einfach so ein Witz sind, dann, das sage ich Ihnen, haben Sie auch lange nicht mehr mit ehrenamtlichen Bürgermeistern gesprochen.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Feierabend, Herr Kokert!)

Und da meine Redezeit zu Ende ist, kann ich Ihnen nur sagen, ich bin froh, dass auch zukünftig die große Mehrheit des Landtages froh ist, dass Angela Merkel die alte und die neue Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Kokert.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Suhr.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist nun in der Tat nicht verwunderlich, dass sich der Ministerpräsident hier in seinem Redebeitrag lobend über die Ergebnisse des Koalitionsvertrages äußert.

(Vincent Kokert, CDU: Ich habe auch gelobt.)

Und dass das der CDU-Fraktionsvorsitzende tut, hat mich nun in der Tat auch nicht überrascht.

(Vincent Kokert, CDU: Ich muss
doch einmal deutlich werden. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Wenn ich das machen würde, Herr Nieszery, dann würde es Sie in der Tat überraschen. Deshalb will ich das an dieser Stelle auch nicht tun.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ich bin gern überrascht.)

Aber ich will zumindest mal ein paar Wochen zurückgehen und daran erinnern, mit welcher Situation wir nach der Bundestagswahl konfrontiert waren. Die Mehrheiten

für die vorher ausdrücklich erwünschten Koalitionsoptionen Schwarz-Gelb oder Rot-Grün waren verfehlt. Und es war – und da schließe ich uns, lieber Vincent Kokert,

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

übrigens ausdrücklich nicht aus – aus gewissen Gründen, unterschiedlichen Gründen eine gewisse Lustlosigkeit zur Regierungsbildung wahrnehmbar.

(Vincent Kokert, CDU: Von Ihnen.)

Von uns, von Ihnen,

(Vincent Kokert, CDU:
Nee, das stimmt nicht.)

weil Ihnen der Wunschkoalitionspartner fehlte von der SPD,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

die lange herumgehampelt hat. Und zum ersten Mal, Herr Müller, fand in der Tat das statt, was wir schon seit Jahrzehnten praktizieren, basisdemokratisch mal die Mitglieder zu befragen, was man machen soll,

(Vincent Kokert, CDU:
Haben Sie aber nicht gemacht. –
Heinz Müller, SPD: Wir warten auf Hessen.)

um einen Koalitionsvertrag in eine Akzeptanz hineinzubringen. Das ist auch für die SPD kein leichtes Geschäft gewesen. Und vor dem Hintergrund, Herr Ministerpräsident, hält sich unsere Eifersucht, die hat Frau Gajek angesprochen, durchaus in Grenzen. Wollen wir doch mal sehen, ...

(Vincent Kokert, CDU:
Weil Ihnen der Mut fehlt.)

Ich komme gleich zum Mut.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

... wollen wir doch mal sehen, wo die SPD steht, wenn Sie in den vorhin beschriebenen Leitplanken des Koalitionsvertrages vier Jahre Regierung in einer Großen Koalition gemacht hat. Ich wage zu prophezeien, das wird ein schwieriges Geschäft.

Und ich will auf das eingehen, was Vincent Kokert hier vorhin gesagt hat, er hat nämlich gesagt, uns fehlt der Mut.

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Nee.

(Vincent Kokert, CDU:
Nee? Das ist Weisheit.)

Wir wollten nicht mit der CDU in eine Koalition hineingehen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Oh! Das ist Weisheit.)

weil wir seinerzeit schon die Befürchtungen hatten, und das stellte sich bei den Sondierungsgesprächen heraus,

dass so was Ähnliches rauskommt, wie jetzt bei CDU und SPD rausgekommen ist. Und das ist keine GRÜNEN-Politik schlicht und ergreifend.

(Beifall Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hört sich
bei Göring-Eckardt aber ganz anders an.)

Und wenn wir das miteinander machen wollen, lieber Vincent Kokert, dann muss sich in allererster Linie die Christdemokratische Union bewegen und nicht die Bündnisgrünen.

(allgemeine Unruhe –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das macht Herr Bouffier. –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wenn herausgekommen ...

(Unruhe vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Vincent Kokert, CDU: Was erzählen
Sie denn für Märchen? –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ich freue mich extrem darüber,

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

mit welchem Engagement und mit welcher Aufmerksamkeit insbesondere die Kollegen von SPD und CDU diesem Beitrag folgen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Also wenn
Sie Ihre Unschlüssigkeit als Weisheit
verkaufen wollen, Herr Suhr?!)

Nein, ich will die Schlüssigkeit, Herr Nieszery, nicht als Weisheit verkaufen, aber ich will darauf aufmerksam machen, dass jetzt im Rahmen der Großen Koalition, im Rahmen des Koalitionsvertrages ein Werk herausgekommen ist,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

dass beide Partner nicht wirklich wollten. Die logische Konsequenz, sehr geehrte Damen und Herren, ist ein Koalitionsvertrag, der a), und das muss niemanden verwundern, wenig ambitioniert ist, der keine visionären Perspektiven aufweist, der Politik – und das werden Sie erleben in den nächsten vier Jahren und das wird der SPD insbesondere schaden –,

(Vincent Kokert, CDU: Sie sind ja
ein richtiges Orakel, Herr Suhr.)

der Politik auf verwalten anstatt auf gestalten ausrichtet und der eine nachhaltige Politik im Sinne der Fürsorge für unsere Kinder und Kindeskinde – ich sage mal, Generationenfürsorge – nicht bedient. Das werden, sehr geehrte Damen und Herren, vier verlorene Jahre werden.

(Vincent Kokert, CDU:
Das wissen Sie vorher schon? –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sie sollten Orakel werden.)

Diese Große Koalition, und ich habe mich gewundert, dass der Ministerpräsident hier die Energiewende angesprochen hat, diese Große Koalition wird die Transformation

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Braunkohle in Brandenburg.)

zu einer klimaschonenden, emissionsarmen und ressourcensparenden Wirtschaft nicht weiter vorantreiben.

(Vincent Kokert, CDU: Also das trifft
uns jetzt wirklich hart, Ihre Bemerkung.)

Na, Sie haben es die ganze Zeit schon nicht gemacht, insofern muss der Vorwurf Sie ja nicht treffen.

Sie wird das Alte erhalten und sie schlägt die riesigen Chancen auf zukunftsfähige Arbeitsplätze und eine nachhaltige Wirtschaftspolitik aus.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Welche denn?)

Mit diesem Koalitionsvertrag, ...

Ich komme da gleich drauf zu sprechen.

... mit diesem Koalitionsvertrag wird die Klimaschutzpolitik in Deutschland praktisch beendet. Und übrigens saßen in Ihren Reihen, Herr Dr. Nieszery, diejenigen – ich denke an die Ministerpräsidentin aus Nordrhein-Westfalen – die wesentlich dazu beigetragen haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Und die GRÜNEN aus Baden-
Württemberg nicht, ne?)

Ich will das an ein paar Beispielen deutlich machen. Sie haben ja gerade gefragt, wo das der Fall ist. Der Emissionshandel wird nicht novelliert. Das begünstigt, das wissen Sie genau, auf unabsehbare Zeit die klimaschädliche Kohlenutzung, und das war gewollt von Ihrer Seite. Auch im Wärme- und Verkehrssektor gibt es keine Impulse für mehr Effizienz und CO₂-Einsparung. Der Strommarkt bleibt wesentlich auf die Nutzung fossiler Brennstoffe ausgerichtet, auch das war von Ihrer Seite gewollt. Die Kohlenutzung, und das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen, wird weiter subventioniert.

(Vincent Kokert, CDU:
Was hat denn Baden-Württemberg für
eine Meinung dazu, Herr Kollege Suhr?)

Und das wichtigste Projekt des Klimaschutzes, die Energiewende, bremst Schwarz-Rot mit diesem Vertrag schlicht und ergreifend aus. Der Ministerpräsident hat das so ein bisschen abgetan vorhin: Na ja, das steht nur auf dem Papier.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da waren die
GRÜNEN in Baden-Württemberg aber
auch keine großen Helden.)

Fakt ist, die Beschränkung des Ökostromanteils auf höchstens 45 Prozent bis 2025 und 60 Prozent bis 2030 halbiert faktisch das heutige Ausbautempo.

(Udo Pastörs, NPD: Das ist auch richtig so.)

Das ist übrigens ein Aspekt, der auch nachteilig ist für ein Land wie Mecklenburg-Vorpommern. Und das Ganze, sehr geehrte Damen und Herren, wird noch nicht mal billiger als bisher – das war ja immer das zentrale Argument –,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Genau.)

denn für die aufgeblähten Privilegien der Industrie gibt es nur einen Prüfauftrag, wie übrigens an vielen anderen Stellen in diesem Koalitionsvertrag auch.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Vier Jahre Zeit.)

Sehr geehrte Damen und Herren, übrigens bin ich ziemlich sicher, dass es nach vier Jahren, liebe Kollegin Gajek, bei der Prüfung geblieben sein wird und nicht bei einer Umsetzung von Ergebnissen, die man möglicherweise aufzuweisen hat.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, für Mecklenburg-Vorpommern ist diese falsche politische Ausrichtung wirtschaftsschädlich. Unsere wirtschaftlichen Potenziale liegen vor allem auch bei den erneuerbaren Energien. Die Landesregierung hat das immer wieder propagiert.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Mit dieser angekündigten Politik der Großen Koalition werden diese Potenziale nicht genutzt werden können.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist doch Quatsch.)

Der Ministerpräsident hat vorhin davon gesprochen, dass der Norden gekämpft hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Die Ausbauziele sind rückgekoppelt mit der Industrie.)

Das Schlimmste verhindert haben Sie, aber nach vorne ausgerichtet ist diese Politik nicht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr wohl ist sie ausgerichtet.)

Sehr geehrte Damen und Herren, auch im Wärmebereich, das wäre ja der nächste Aspekt der Energiewende, zeigt die Große Koalition ihr Desinteresse an der Energiewende. Klimaschutz im Gebäudebereich wird vertagt, die Aufstockung der KfW-Programme zur Gebäudesanierung ist nicht verbindlich geregelt, der Steuerbonus für die energetische Sanierung ist vom Tisch, der ursprünglich vorgesehene Heizkosten- und Energiezuschuss zum Wohngeld ist gestrichen. All dies, sehr geehrte Damen und Herren – das zum Thema soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftspolitik –, all dies wird vor allem die zahlreichen Handwerksbetriebe in unserem Land treffen, die bisher davon profitiert haben und die sich in den letzten Jahren mehr und mehr auf die Potenziale der Energiewende ausgerichtet haben. Das war auch gut so und wird jetzt durch diese Politik konterkariert.

Und im Klima- wie auch im umweltpolitisch so zentralen Feld der Landwirtschaft ist kein Unterschied zwischen

der bisherigen Politik von Schwarz-Gelb und Schwarz-Rot zukünftig zu erkennen.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Ich will das auch an ein paar Beispielen deutlich machen. Konsequenter setzt Schwarz-Rot auf die Intensivierung und Exportorientierung, keine konkreten Aussagen zu Massentierhaltung oder industrieller Tierhaltung oder Pestizideinsatz. Zum Anbau gentechnisch veränderter Organismen sagt Schwarz-Rot nicht Nein.

(Egbert Liskow, CDU:
Definieren Sie das mal!)

Ein Bekenntnis zum Schutz der Landwirte, Lebensmittelproduzenten und ImkerInnen, die gentechnikfrei produzieren wollen, fehlt völlig. Für ein Agrarland wie Mecklenburg-Vorpommern, sehr geehrte Damen und Herren, mit seinen großen Potenzialen für den ökologischen Landbau und die regenerative Vermarktung, ist das schlicht und ergreifend die falsche Politik.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Endlich
mal. Endlich klatscht mal einer.)

Ich will an dieser Stelle auch auf die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik eingehen. Einigen kann ich versprechen, ich komme nachher zum Betreuungsgeld, etwas später, das erwarten Sie ja geradezu.

(Torsten Renz, CDU: So viel
Zeit haben Sie gar nicht mehr.)

Von sozialer Gerechtigkeit, dieser Vertrag wird ja so als sozial gerecht definiert

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ist er ja auch.)

und der Mindestlohn nach vorne geschoben – auch das hat der Ministerpräsident getan –, von sozialer Gerechtigkeit keine Spur. Die Verlierer am Arbeitsmarkt werden weiter ignoriert. Soziale Wohltaten werden mit einem tiefen Griff in die Rentenkasse – und das ist die Wahrheit, sehr geehrter Herr Sellering –,

(Torsten Renz, CDU: Können Sie
sich noch an Hartz IV erinnern?)

mit einem tiefen Griff in die Rentenkasse zulasten der Beitragszahler und langfristig zulasten unserer Kinder und Kindeskinde finanziert.

(allgemeine Unruhe –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das hätten Sie ja nie zugelassen.)

Der Mindestlohn ...

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Der Kollege Nieszery hat jetzt gerade gesagt, wir hätten das nie zugelassen. Genau in diese Situation wollten wir nicht kommen und deshalb haben wir uns auf Schwarz-Grün nicht eingelassen, weil sich an der Stelle etwas bewegen soll.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

Das ist ein Gebot, lieber Kollege, der Vernunft.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Eine Bankrotterklärung, eine politische.)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich könnte das jetzt noch lange,

(Torsten Renz, CDU: Betreuungsgesetz
schaffen Sie nicht mehr. Wenn Sie heute
schon Probleme beim Zeitmanagement
haben, wie wollen Sie das kompensieren?)

ich könnte das noch lange fortsetzen. Ich wage zu prognostizieren, diese Große Koalition ist nicht nur ein Übergangsmode

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Gehen Sie doch nach Delphi,
da ist eine Planstelle frei geworden.)

sondern sie wird insbesondere der SPD nachhaltig schaden. Innovative Politik ist mit diesem Koalitionsvertrag nicht zu erwarten und dieses Land wird eher geschädigt, als dass es profitiert. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Suhr.

Das Wort hat jetzt der Vorsitzende der NPD-Fraktion Herr Pastörs.

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Die Bundeskanzlerin hat sich geäußert wie folgt: Man kann nicht davon ausgehen, dass das, was vor den Wahlen versprochen wird, auch noch danach gilt. Und ich möchte das ergänzen mit dem Satz: Wenn Wahlen etwas ändern könnten, dann wären sie verboten.

Was wir hier zu besprechen haben, Inhalt der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und SPD, ist nichts anderes als die Fortführung der Politik, die sich in den letzten 20 Jahren im Wesentlichen nicht verändert hat, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben hier eben von Herrn Ministerpräsident Söller gehört, was für ein tolles Papier dort in Berlin verabredet worden sei. Und der Herr Ministerpräsident sagte, die deutsche Wirtschaft wäre in bester Verfassung, der Dax würde von einem zum nächsten Höchststand eilen.

Ja, das ist so, Herr Söller, aber auf wessen Kosten geschieht das denn? Das geschieht ganz klar auf Kosten der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen hier in der Bundesrepublik Deutschland. Die Druckmaschinen sind angeworfen, das Papiergeld wird produziert und landet wenige Tage später eben nicht bei den Unternehmen zu günstigen Konditionen, sondern findet seinen Hafen in den großen Dax-Konzernen und treibt die Aktienkurse gegen 10.000.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was haben wir nicht hier an dieser Stelle auch von der SPD gehört?

Die SPD erklärte: Wir brauchen Steuererhöhungen, um eine solide Finanzausstattung des Bundes zu halten, wir brauchen den Mindestlohn, wir brauchen eine klare, bessere Versorgung der Hochschulen als Grundversorgung. Steuererhöhungen – ich habe nichts gefunden, nichts. Masterplan, Ganztagschulen – nichts. Grundversorgung Hochschulen – nichts. Mindestlohn, ein großes Fragezeichen, Herr Söller, denn der Mindestlohn ist explizit nicht beschlossen, sondern sehr verklausuliert in Ihren Papieren zur Disposition gestellt. Und wenn Sie sich dann hier als Ministerpräsident aufbauen und sagen, die 8,50 Euro Mindestlohn sind die Grundlage für einen guten Wettbewerb um die besten Köpfe in der Wirtschaft, dann frage ich Sie: 8,50 Euro Mindestlohn als Grundlage für Wettbewerb um die besten Köpfe?!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da hilft es auch nicht, wenn Herr Söller ergänzend hinzufügt, dass ja dann auf dieser Untergrenze die Gewerkschaften gestärkt in Tarifverhandlungen gehen würden. Da frage ich Sie, Herr Söller: Wo sind denn die organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hier in diesem Bundesland? Hier gibt es keine Gewerkschaften in der Fläche, hier gibt es in der Masse gar keine Einflussnahme der Gewerkschaften in dem Ausmaß, wie das nötig wäre, um zu vernünftigen Lohnabschlüssen zu kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch in der Europapolitik – schauen wir uns einmal das Papier an. Das ist eine Fortsetzung der sogenannten Freizügigkeit für jene Länder – Bulgarien, Rumänien –, die ab nächstes Jahr hier durch die Attraktivität des Mindestlohnes nach Deutschland einsickern werden zum Nachteil der Geringbeschäftigten und zum Nachteil der Niedriglohnbereiche.

Dann schauen wir mal in die Verteidigungskonzeption in diesem Papier. Hier hörten wir immer: Ja, die Atomwaffen in Deutschland, darüber muss geredet werden, die müssen abgezogen werden, das werden wir im Rahmen der Koalitionsverhandlungen in Berlin besprechen. Ein Blick auf das Papier sagt ganz klar: Das Verteidigungskonzept der NATO, insbesondere das System oder das Konzept der Smart Defence, wird fortgeführt. Die Einkreisung Russlands durch ein geplantes Raketenschild wird fortgeführt. Kein Wort konkret zum Abzug amerikanischer Truppen von deutschem Gebiet. Ganz im Gegenteil, die Atombewaffnung wird als Bestandteil eines gesamten Verteidigungskonzeptes, ohne dass eine deutsche Mitsprache gewährleistet ist, fortgeführt.

Und dann schauen wir uns die kommunale Ebene an. Die Infrastruktur, die nach 1989 geschaffen wurde, verrottet. Und dann steht in dem Papier, das Sie als Segnung hier im Land verkaufen wollen, lapidar: 4,5 Milliarden für die kommunale Ebene.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ist das nix, oder was?)

Legen Sie das einmal um!

Ja, selbstverständlich ist das eine Zahl, Herr Dr. Nieszery,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Eine ganz große
Zahl. Können Sie die überhaupt schreiben?)

aber ins Verhältnis gesetzt zu dem Bedarf, der notwendig wäre allein in unserem Bundesland – um die 1 Milliarde –,

ist das nichts, und hier wird das verkauft als der große Durchbruch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die Energiewende sprach der Ministerpräsident an. Sie sagten, Offshore ist abgesichert. Über die Finanzierung sprachen Sie nicht. Es ist abgesichert in erster Linie durch die hohen Kosten, die der kleine Mann jeden Monat aufgrund seines Zählerstandes an die Großkonzerne abzuführen hat.

Die Koalitionsvereinbarungen sind nichts anderes als politischer Betrug. Sie sind weder gewollt von den CDU-Wählern noch von den SPD-Wählern.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und der Einzige, der das weiß, sind Sie, ne, Herr Pastörs?)

Sie führen nicht den Auftrag aus, den die Wähler den Parteien erteilt haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD –
Peter Ritter, DIE LINKE:
War hier einer aufmerksam?)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete!

Lieber Herr Holter, zunächst zu Ihren Ausführungen. Ich war schon etwas enttäuscht, denn man hatte an und für sich den Eindruck, dass Sie zu keiner Zeit mitregiert haben, dass Sie nie Verantwortung übernommen haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Auch nie Verhandlungen geführt haben.)

Sie wissen selber ganz genau aus Ihrer Zeit, eine Koalition bedingt immer, dass man aufeinander zugeht.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Erwarten Sie, dass ich Verständnis für die Koalitionäre zeige? Mein Gott noch mal!)

Ich bin nur so erstaunt, dass Sie in Ihren Ausführungen hier tun, als wenn Sie noch nie regiert haben.

(Vincent Kokert, CDU: Jawohl! Jawohl!)

Zweite Bemerkung: In Ihren Ausführungen geht es nur ums Geldausgeben,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Nein.)

ausschließlich. Die Verantwortung für zukünftige Generationen spielt überhaupt keine Rolle.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Das hat man daran gemerkt,
was die SPD alles eingefordert hat.)

Sie sind in einem System groß geworden, in dem man sich ausschließlich um die Ausgabe Seite gekümmert hat und nicht um ein ausgewogenes System.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da haben Sie doch fleißig mitgeholfen, Herr Kollege.)

Das Ergebnis davon ist uns doch allen bekannt, und ich glaube nicht, dass wir dahin wieder zurückwollen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da wäre ich mal sehr vorsichtig bei der Vergangenheit.)

Insofern, glaube ich, ist der Koalitionsvertrag ein guter Aufschlag.

Herr Holter, ich bin Ihnen ja sehr dankbar, Sie haben darauf verwiesen, dass es durchaus positive Beispiele von Großen Koalitionen gibt. Das sieht man hier in Mecklenburg-Vorpommern,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da haben Sie mich wohl missverstanden. –
Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

auch darauf haben Sie verwiesen. Insofern, glaube ich, haben wir auch einen guten Ausgangspunkt, von dem wir ausgehen können.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Vorratsdatenspeicherung durchgesetzt.)

Was die Prognose von Ihnen betrifft, Herr Suhr: Wir prognostizieren, dass wir für vier Jahre eine stabile Koalition in Berlin haben, die zum Wohle der Menschen Politik im Interesse der Menschen gemeinsam gestalten wird. Dass das auch positive Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern haben wird, steht ja vollkommen außer Zweifel. Insofern kann ich die Diskussion über die Aktuelle Stunde überhaupt nicht verstehen. Es ist erstens ein aktuelles Thema und zweitens gibt es viele Bezüge zum Land Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und dass wir möglicherweise bei zwei Prozent der Gesamtbevölkerung zehn Prozent der zukünftigen Kabinettsmitglieder stellen, ist ja für Mecklenburg-Vorpommern durchaus auch ein positives Signal und zeigt, dass hier solide Arbeit gemacht wird.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Warum haben sie dich eigentlich nicht gerufen?)

Aber zu den Inhalten, lieber Herr Ritter. Natürlich haben beide Koalitionspartner innerhalb der Wahlen Ziele vertreten und beide finden sich darin wieder. Das Thema „Mindestlohn“ wurde angesprochen, das Thema „Keine Steuererhöhung“ wurde angesprochen,

(Udo Pastörs, NPD:
Jetzt kommt die Inflation.)

und das ist auch Bestandteil eines Koalitionsvertrages.

Aus Sicht der Landes-CDU Mecklenburg-Vorpommern darf ich mir zum Thema „Mindestlohn“ allerdings eine Bemerkung erlauben: Bei den Koalitionsverhandlungen auf Landesebene 2011 haben wir damals – also wir, jetzt sage ich, die Landes-CDU aus Berlin – im Hinblick auf die 8,50 Euro im Vergabegesetz relativ viel Unverständnis geerntet.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist ein Euphemismus.)

Aber damals war ein flächendeckender Mindestlohn – und 2011 ist ja noch nicht so lange her – zumindest ein Tabuthema.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Bei der CDU, ja.)

Insofern kann ich für mich und für unsere Mitglieder feststellen, so ändern sich die Zeiten, und ich glaube, zum Positiven. Das hat man jetzt in der Frage auch mit aufgenommen und ich glaube, das ist ein guter Kompromiss aller Seiten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut, lernfähig.)

Aus dem ausgehandelten Vertragswerk ergeben sich viele Chancen für die Bundesrepublik Deutschland, aber auch viele Chancen besonders für Mecklenburg-Vorpommern. Ich mache gerne noch mal darauf aufmerksam, weil das gerade in der Frage der kommunalen Diskussion häufig wieder untergeht, dass die Gemeinden, Städte und Landkreise durch die geplanten Maßnahmen im Koalitionsvertrag von Union und SPD in erheblichem Maße entlastet werden. Allein durch die Übernahme der letzten Stufe der Grundsicherung werden die Kommunen um 1,1 Milliarden Euro entlastet. Außerdem werden die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von 5 Milliarden Euro jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet – Mittel, die unmittelbar auf die kommunale Ebene zufließen, nicht Mittel, wo das Land möglicherweise eine Umverteilung vornehmen kann oder Geld zurückhalten kann, Geld, das unmittelbar den Kommunen zur Verfügung steht.

In den Bereichen Kita, Krippen, Schulen, Hochschulen – der Ministerpräsident hat schon darauf verwiesen – gibt es Entlastungen in Höhe von 6 Millionen Euro. Die Mittel für die Verkehrsinfrastruktur sind um 4,5 Millionen Euro aufgestockt worden und auch im Bereich Wohnungsbau sind zusätzlich 600 Millionen Euro mit aufgelegt worden. Ich glaube, das sind alles positive Signale, um die Entwicklungen in Deutschland und damit auch in Mecklenburg-Vorpommern weiter positiv voranzutreiben.

Und eins geht in der Diskussion auch immer wieder unter: Von all diesen Entlastungen werden natürlich auch die Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern in Gänze profitieren. Es ist im Vertrag klargestellt, dass das Ende des Solidarpaktes, welches 2020 ins Haus steht, nicht das Ende der Förderung strukturschwacher Regionen bedeutet. Das ist ein wichtiges Zeichen für Mecklenburg-Vorpommern, das ist ein wichtiges Zeichen für die Länder, in denen es auch strukturschwache Gegenden gibt. Das betrifft ja nicht nur Mecklenburg-Vorpommern, es gibt auch andere Länder, wo das so ist. Zu dieser Entwicklung hat sich die Koalition in ihrem Koalitionsvertrag klar bekannt und wir werden auch in Zukunft unser Handeln aufbauen können auf der Aussage: Wir lassen euch bei der Lösung dieser Probleme nicht allein.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Die Große Koalition bekennt sich auch dazu, die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen steuerrechtlich

nicht zu behindern. Kommunale Bestandsleistungen sollen umsatzsteuerlich nicht belastet werden. Dies ist ein Punkt, den wir vor Kurzem hier noch im Landtag diskutiert haben,

(Egbert Liskow, CDU: Sehr richtig.)

dass wir das einfordern. Ich bitte zur Kenntnis zu nehmen, dass im Koalitionsvertrag steht, dass genau das, was die Kommunen auch wünschen, hier in Zukunft Bestand haben wird, eben keine zusätzlichen Belastungen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Vincent Kokert, CDU: Sehr gut.)

Meine Damen und Herren, auch im Bereich Inneres und Justiz – das hat mich allerdings nicht sehr überrascht – war es für einen Innenminister einfacher, mit den Kollegen der SPD einen Konsens zu finden, als das vorher mit den Kollegen der FDP zum Teil der Fall war.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Großer
Pluspunkt für die Sozialdemokratie.)

Insbesondere im Bereich der Ermittlungsfragen und im Bereich der Vorratsdatenspeicherung sind hier klare Regelungen getroffen worden, die dafür Sorge tragen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern, in Deutschland auch wieder sicher fühlen können,

(Udo Pastörs, NPD:
Jeder kann sich sicher fühlen.)

und dass wir in die Lage versetzt werden, Straftäter ermitteln zu können, die gerade im Bereich Cybercrime in den letzten Jahren zumindest einen gewissen Vorsprung hatten, weil es uns einfach nicht möglich war, bei schweren Straftaten mit Richtervorbehalt die Straftaten auf der Grundlage der Telekommunikationsverbindungsdaten zu ermitteln. Ich glaube, das ist ein großer Fortschritt gerade im Bereich solcher schweren Fälle wie Kindesmissbrauch, Kinderpornografie und Ähnliches.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Meine Damen und Herren, ein Thema ist mir noch sehr wichtig im Zusammenhang mit dem Koalitionsvertrag, weil es hier im Parlament immer wieder eine Rolle gespielt hat und jetzt so getan wird, als wenn der Koalitionsvertrag unwichtig war. Ein wesentlicher Bestandteil des Koalitionsvertrages ist die Konsequenz des NSU-Untersuchungsausschusses. Hier ist vereinbart worden, dass es zahlreiche Reformen für den Bereich Polizei, für den Bereich Justiz, für den Bereich Verfassungsschutz geben wird beziehungsweise dass sie schon in Auftrag gegeben sind. Hier haben wir als Mecklenburg-Vorpommern durchaus schon eine Reihe von Hausaufgaben gemeinsam mit den Mitgliedern aus der PKK gelöst. Dafür bin ich sehr dankbar, aber wir sind am Anfang dieser Hausaufgaben. Insofern bildet der Koalitionsvertrag eine gute Grundlage, um uns auf diesem Weg aus den Fehlern und Unzulänglichkeiten der NSU-

(Udo Pastörs, NPD:
Verstrickungen.)

und anderer Ermittlungen für die Zukunft so aufzustellen, dass wir eine verlässliche Sicherheitsarchitektur haben. Wir haben bereits mit der Einrichtung des Rechtsextremismus-Abwehrzentrums begonnen, die Errichtung der Datei ist fortgeschritten und insofern bildet auch hier der Koalitionsvertrag eine gute Grundlage.

Ich denke und bin überzeugt, dass beide Koalitionspartner mit dem ausgehandelten Vertragswerk insgesamt zufrieden sein können. Natürlich ist es bei einem Koalitionsvertrag notwendig, dass jeder auf jeden ein wenig zugeht, sonst muss der eine von beiden 50 Prozent plus x haben, dann kann er alles reinschreiben. Insofern liegt es bei den Koalitionsverhandlungen nun mal in der Natur der Sache, dass beide Koalitionspartner Kompromisse eingegangen sind, und ich meine, gute Kompromisse.

Der ausgehandelte Koalitionsvertrag ist ein guter Kompromiss, auch in Zukunft die vor uns liegenden Probleme, die nicht weniger werden, gemeinsam zu lösen. Probleme bedürfen großer Mehrheiten und deswegen ist die Entscheidung in Berlin eine gute Entscheidung. Ich bin optimistisch, dass wir in vier Jahren ein Resümee ziehen können, das dann lautet: Deutschland – und auch Mecklenburg-Vorpommern – hat sich weiterhin auch auf der Grundlage dieses Vertrages positiv entwickelt. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE Herr Holter.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Aber nicht das letzte Wort. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Thema der Aktuellen Stunde heißt: „Koalitionsvertrag in Berlin – Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern“.

Herr Kokert, davon habe ich in Ihrer Rede nun wirklich nichts vernommen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ohren auf!)

Ich habe zwar vernommen, dass der Ministerpräsident und Sie sich mit meinem Kollegen und Freund Henning Foerster auseinandersetzen, weil er – weil der DGB zu einer spontanen Demonstration aufgerufen hat – als Gewerkschafter, als aktiver Gewerkschafter zu einem Mittel gegriffen hat, was meines Erachtens erlaubt ist. Aber ihn dafür zu kritisieren?!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Heinz Müller, SPD: Die Verkleidung
hatte er spontan bei sich.)

Ich bin ihm dankbar, dass er das gemacht hat, weil er sich in dieser Form an die Seite der Niedriglöhner in Mecklenburg-Vorpommern und ganz Deutschland gestellt hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Oh, mir kommen die Tränen. Hilfe!)

Und wenn die Frage steht, für wen wir eigentlich Politik machen –

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

nun können Sie unser Wahlprogramm, das haben Sie schon ein paar Mal gemacht, hoch- und runterdeklinieren ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sind wir schon ganz gespannt drauf. –
Vincent Kokert, CDU: Wollen Sie
das haben? Ich hab es hier.)

Danke, danke! Würden Sie es auch anstreichen und unterschreiben, ja?

(Vincent Kokert, CDU:
Was grün ist, hab ich vorgelesen.)

Das können Sie gerne tun, man kann die linken Positionen nicht oft genug in der Öffentlichkeit präsentieren. Danke, Herr Kokert, dass Sie das machen.

(Vincent Kokert, CDU: Gern geschehen!)

Sie reden aber hier über bundespolitische Positionen und uns ist natürlich vollkommen klar,

(Vincent Kokert, CDU: Sie haben nur über
das Land geredet, ich lach mich ja kaputt!)

welches Lohnniveau wir hier in Mecklenburg-Vorpommern haben. Nicht umsonst haben wir immer gefordert, nicht 8,50 Euro,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Ihr habt gar nichts verstanden.
„Bis“ heißt das, „bis“.)

10,00 Euro sind wichtig und entscheidend für den gesetzlichen Mindestlohn.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Überbietungswettbewerb.)

Selbstverständlich, Herr Nieszery.

Und selbstverständlich haben wir immer darauf hingewiesen, dass Leiharbeit, Werkverträge, Zeitverträge in Mecklenburg-Vorpommern zu prekärer Beschäftigung führen

(Vincent Kokert, CDU: Das
gestehe ich Ihnen auch zu.)

und dazu führen, dass Menschen in Armut leben und auch in Zukunft in der Rente nicht das entsprechende Einkommen haben werden.

(Vincent Kokert, CDU: Das gestehe ich
Ihnen zu, aber dafür haben Sie auch
ein Wahlergebnis gekriegt, Herr Holter.)

Wir haben Platz zwei, wir sind jetzt Oppositionsführer im Bundestag und das ist auch gut so.

(Vincent Kokert, CDU: Da haben Sie die Silbermedaille. Herzlichen Glückwunsch!)

Wollen wir mal was zu der Rente sagen. Darüber haben wir sehr oft gesprochen.

(Torsten Renz, CDU: Eine Million Stimmen weniger! Eine Million Stimmen weniger in Deutschland, trotz des tollen Programms.)

Wie oft wurden hier Anträge gestellt? Hatten Sie nicht mit der FDP damals in der vorherigen Legislaturperiode in dem Koalitions...

(Vincent Kokert, CDU: Jetzt sind Sie aber auch die ganze Zeit bei der Bundespolitik. Kommen Sie mal zur Landespolitik!)

Herr Kokert, hatten Sie nicht mal in dem Koalitionsvertrag zwischen FDP und CDU in der letzten Legislaturperiode versprochen, dass die Rentenangleichung zwischen Ost und West bis zum Ende der Legislaturperiode erfolgt? Nicht mal das hat die SPD geschafft, Sie zu zwingen, das in Ihren Koalitionsvertrag aufzunehmen. Nicht mal das!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ja, die Mütterrente, die Mütterrente hört sich ja gut an,

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Torsten Renz, CDU)

aber die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler werden sie bezahlen.

(Torsten Renz, CDU: 40 plus x war unser Ergebnis.)

Ja, und die Lebensleistungsrente hört sich auch gut an, aber die Zugangsbedingungen, 45 Arbeitsjahre, also die Zugangsbedingungen, wer soll die denn bringen? Ich weiß ja, dass Sie da auch entsprechende andere Positionen haben,

(Torsten Renz, CDU: 40 plus x sage ich nur.)

und deswegen bleibt es bei der Rente ab 67. Es bleibt bei dem Rentenkürzungsprogramm.

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

Selbstverständlich bleibt es beim Rentenkürzungsprogramm. Herr Kokert nickt, meine Damen und Herren Zuschauerinnen und Zuschauer, Herr Kokert bestätigt,

(Vincent Kokert, CDU: Ich habe gesagt, es bleibt bei der Rente mit 67.)

es bleibt beim Rentenkürzungsprogramm.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Das wollen wir mal hier festhalten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie reden doch wider besseres Wissen!)

Ich rede nicht wider besseres Wissen. Ich rede das, was im Koalitionsvertrag steht, nur das dekliniere ich hier durch.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hören Sie doch auf!)

Und wenn ich mir das anschau,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

was mit der Energiewende verbunden ist ...

(Marc Reinhardt, CDU: Sie scheinen ja Analphabet zu sein. – allgemeine Unruhe)

Meine Damen und Herren, also der Zwischenruf war: Da spricht ein Analphabet. Ich will das bloß für die Zuschauerinnen und Zuschauer wiederholen.

(Marc Reinhardt, CDU: „Scheinen“ habe ich gesagt.)

Wie bitte?

(Marc Reinhardt, CDU: „Scheinen“.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Moment, Moment! Ich habe genau zugehört. Das war jetzt nicht eine direkte Aussage im Bezug, sondern es hieß: „scheint“. Auch das finde ich fragwürdig. Ich weise das als unparlamentarisch zurück. Ich bitte, sich doch in der Debatte so zu verhalten, dass wir uns trotzdem hinterher noch mit Achtung und Ehre begegnen können in diesem Hause.

(Udo Pastörs, NPD: Das sind ja Widersprüche.)

Ich verbitte mir auch entsprechende Kommentare von der Seite der NPD-Fraktion.

Helmut Holter, DIE LINKE: Danke, Frau Präsidentin!

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen aus dem Koalitionsvertrag zitieren, Zitat: „Die Energiewende ist ein richtiger und notwendiger Schritt auf dem Weg in eine Industriegesellschaft, die dem Gedanken der Nachhaltigkeit und der Bewahrung der Schöpfung verpflichtet ist.“ – Unterschreibe ich sofort.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dann ist ja alles gut.)

Ein Allgemeinplatz, den wir hier mehrfach diskutiert haben, weil Herr Kokert ja sagte, Selbstverständlichkeiten, wo sich beide einig sind, die stehen gar nicht im Koalitionsvertrag. Die Frage ist doch, ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Mann, Herr Holter!)

Also, Herr Nieszery, entweder wir führen hier eine Auseinandersetzung, dann müssen Sie sie auch aushalten und ertragen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber Herr Kokert hat gesagt, das, was selbstverständlich ist, müssen wir doch nicht reinschreiben. Also beim Aufsatz oder so würde ich sagen, das hätte nicht funktioniert.

Die Frage ist, ob die Chancen, die der Ministerpräsident für die Energiewende hier angesprochen hat, tatsächlich so aufgehen. Die Offshorewindenergie, das ist vereinbart bis 2020, aber die Große Koalition steht beim Ausbau der Offshorewindenergie in den Jahren danach auf der Bremse. Und diejenigen, die sich in der Offshorewindenergie auskennen – und wir haben das als Energie- und Wirtschaftsausschuss gerade erlebt –, brauchen Planungssicherheit, und diese nicht nur bis 2020, das sind noch sechs Jahre, sondern darüber hinaus, weil dort Planungszeiträume von mindestens zehn, fünfzehn Jahren auf der Tagesordnung stehen. Herr Albrecht, Herr Schulte, das wissen Sie genauso wie ich, und deswegen ist das ein Vertrag, der der Windenergiebranche hier in Mecklenburg-Vorpommern schadet und diese nicht unterstützt.

(allgemeine Unruhe)

Genau. Doch, das ist der Punkt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Fragen Sie mal die Industrie!)

Sie bremsen mit diesem Koalitionsvertrag den Ausbau der erneuerbaren Energien in Mecklenburg-Vorpommern im Speziellen aus. Und lesen Sie mal, was darin steht: Braunkohle. Sie erwähnen explizit die Braunkohle. Was sind denn das für Dreckschleudern, die hier zukünftig wieder durch die Bundesregierung unterstützt werden? So wollen Sie die Klimaschutzziele in Deutschland erreichen?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Erzählen Sie das
doch mal den Kollegen in Brandenburg!
Mit gespaltener Zunge hier reden,
verdammst noch mal!)

Das wird doch vorne und hinten nicht funktionieren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Erzählen Sie
das doch den Kollegen in Brandenburg!)

Wir reden hier über Mecklenburg-Vorpommern!

Ich bin schon mal gespannt, wie ganz konkret der Ausbau der Windkraftenergie an Land vorankommen wird. Ja, es wird schon spannend, ob sich der Ministerpräsident und die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern hier durchsetzen können.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das wird sie.)

Ich kann nur sagen, der Koalitionsvertrag, und so heißt das Thema „Auswirkungen auf Mecklenburg-Vorpommern“: Alles bleibt beim Alten, frei nach Fritz Reuter. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dann haben
Sie nicht richtig gelesen, Herr Holter.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Holter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Schulte für die Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte jetzt

nicht auf die Äußerungen zur Offshorewindenergie eingehen, die der Kollege Holter eben gemacht hat. Wir haben ohnehin noch den Tagesordnungspunkt auf dieser Landtagssitzung und ich glaube, das ist dem Thema nicht angemessen, wenn man jetzt versuchen würde, es im Rahmen einer Aktuellen Stunde zum Schlagabtausch in zwei, drei Minuten abzuhandeln. Dafür ist mir das auch persönlich zu wichtig.

Aber, Herr Kollege Suhr, deswegen bin ich eigentlich heute hier noch mal hingegangen, ich möchte etwas zu Ihnen, zu Ihrem Redebeitrag sagen. Ich finde es schon bemerkenswert, Herr Kollege Suhr, dass Sie sich hier hinstellen als Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN, energiepolitische Krokodilstränen an dieser Stelle vergießen ...

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Zu Recht.)

Na, dazu kommen wir gleich.

... und das mit dem Vorwurf an die SPD verbinden, dass sie im Rahmen der Koalitionsverhandlungen das Thema Energiewende ausgebremst hätte und – das ist ja Ihre sinnngemäße Ausführung gewesen – eine Kehrtwende hin zu fossilen Brennstoffen vollzogen habe.

Und, Herr Kollege Suhr,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Verantwortet durch den Ministerpräsidenten
aus Nordrhein-Westfalen.)

Herr Kollege Suhr, dann will ich Ihnen einfach mal sagen, was Ihre Parteifreunde in der Bundesrepublik Deutschland jetzt zu dieser Zeit machen. In der letzten Woche hat das nordrhein-westfälische Kabinett unter ausdrücklicher Zustimmung der GRÜNEN-Kabinettsminister seine Zustimmung erteilt zu einem sogenannten Zielabweichungsverfahren im Hinblick auf den fast fertiggestellten Steinkohleleiler Datteln IV.

(Torsten Renz, CDU: Das ist
ja interessant. Das ist ja interessant.)

Dieser Steinkohleleiler ist – gerichtlich festgestellt – rechtswidrig, ist gerichtlich festgestellt rechtswidrig

(Heinz Müller, SPD: Schau an! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: So, so.)

und ohne die Zustimmung zu einem solchen Zielabweichungsverfahren hätte er zu keinem Zeitpunkt fertiggestellt werden dürfen.

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD:
Oi, oi, oi, das ist ja ein Ding!)

Ihre Minister, Ihr Umweltminister in Nordrhein-Westfalen hat ausdrücklich zugestimmt.

(Heinz Müller, SPD: Der ist für Umwelt zuständig.)

Die Konsequenz davon ist, Herr Kollege Suhr, dass dieses rechtswidrig festgestellte Investitionsvorhaben, wenn es ans Netz gehen wird – und das wird nicht mehr allzu lange dauern –, jährlich nach Feststellung des BUND 8,4 Millionen Tonnen Kohlendioxid ausstoßen wird.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ist das die Initiative
der SPD in Nordrhein-Westfalen
gewesen, Herr Schulte, oder
wer hat das angeschoben?)

Und das, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen ...

Herr Kollege Suhr, die nordrhein-westfälische SPD hat immer gesagt, sie sind für fossile Brennstoffe, aber Ihr früherer Parteivorsitzender, Herr Trittin, hat im Bundestagswahlkampf noch erklärt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig.)

mit den GRÜNEN wird es nie eine Inbetriebnahme des Steinkohlekraftwerkes Datteln IV geben. Und so schnell, Herr Kollege Suhr, so schnell geht das bei den GRÜNEN, dass man die Position, die man gestern noch vertreten hat, aufgibt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist aber sehr
glaubwürdig. Das ist aber sehr glaubwürdig.)

Herr Kollege Suhr, dann lassen Sie mich zum Schluss sagen, das ist vielleicht etwas überspitzt,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Macht nichts.)

aber in der Zeit, in der Sie hier versuchen, am energiepolitischen Windrad zu drehen,

(Torsten Renz, CDU: Ich sag
nur, Wolf im Schafspelz.)

ziehen sich offensichtlich Ihre Parteifreunde in Nordrhein-Westfalen schon die entsprechende Kokospur rein. – Danke schön.

(Beifall und Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heinz Müller noch mal für die Fraktion der SPD.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Holter, Sie haben den Koalitionsvertrag insgesamt

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Nee, hat er nicht.)

in Ihren ersten Ausführungen mit den Worten bewertet – ich habe das mitgeschrieben extra auf einer hellroten Karteikarte, hellrot –: Erbärmliches Ergebnis setzt Schwarz-Gelb fort. Rückfall in alte Zeiten. Gegenseitige Blockade. Und in der zweiten Rede, die Sie hier gehalten haben, hieß es, alles bleibt beim Alten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir, dass ich diese Äußerungen einmal mit der Wahrheit konfrontiere, und zwar an einem Teilaspekt dieses Koalitionsvertrages, nämlich dem Bereich Kommunales.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Das ist beim Ministerpräsidenten kurz angeklungen, bei Herrn Kokert ist es kurz angeklungen, der Innenminister ist schon darauf eingegangen, aber ich will dies noch ein wenig vertiefen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Erste, was in diesem Bereich Kommunales herausragt, ist die Übernahme der Kosten der Eingliederungshilfe für Behinderte durch den Bund. Und wenn wir uns über Kommunalfinanzen unterhalten und eine fachlich fundierte Diskussion führen, dann ist diese Diskussion inzwischen immer auch eine Diskussion, die nicht bei der Ebene der Einnahmen stehen bleibt, sondern die vor allem auch die Ausgaben der Kommunen in den Blick nimmt, und hier verspricht dieser Koalitionsvertrag etwas, was genau dies umsetzt. Er entlastet nämlich, wenn er denn in Gesetzgebung umgesetzt ist, die Kommunen auf der Ausgabe-seite ganz massiv, und zwar um 5 Milliarden Euro jährlich.

Und meine Damen und Herren, diese 5 Milliarden Euro, die sollten wir vielleicht einmal von ihrer Größenordnung her versuchen einzuordnen. Wir haben bislang keine Regionalisierung, also Herunterbrechung, wie viel dies für Mecklenburg-Vorpommern bedeutet. Ich will deshalb eine Grobabschätzung vornehmen und einfach mal sagen, wir haben etwa zwei Prozent der Bevölkerung in Deutschland, dann werden wir vielleicht auch zu zwei Prozent von dieser Übernahme von Kosten profitieren. Dann wären dies – wie gesagt, überschlägig gerechnet – 100 Millionen Euro für unsere Kommunen Jahr für Jahr.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist ja nix. –
Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Torsten Renz, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf das mal vorwegnehmen, wir werden im nächsten Tagesordnungspunkt über das Finanzausgleichsgesetz reden und Sie werden feststellen, dass wir uns dort im Kern insbesondere um Übernahme von Kosten im Bereich der übertragenen Aufgaben streiten und dass es dabei um 36 Millionen Euro jährlich geht. Das ist unser Streit auf der Landesebene, heftig ausgetragen – 36 Millionen Euro, und hier würde, abgeschätzt, eine Entlastung von 100 Millionen Euro jährlich auf uns zukommen. Ich glaube, schon dieser Vergleich macht deutlich, wie wichtig es ist, dass diese Entlastung für unsere Kommunen kommt, und wie viel wir hier tatsächlich an Entlastung hätten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und deswegen, Herr Holter,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da steht also
doch etwas im Koalitionsvertrag, was?)

erbärmliches Ergebnis, alles bleibt beim Alten – nein, keineswegs. Das kann sich sehen lassen, das ist hervorragend. Und wenn ich vorhin so formuliert habe, „wenn das dann in Gesetz umgesetzt ist“, das wird etwas dauern, das wissen wir, aber wir haben für die Zwischenzeit eine Zwischenlösung, die uns immerhin um 1 Milliarde jährlich entlastet, und auch das ist echtes Geld.

Wenn wir weitergucken: Wir haben in diesem Koalitionsvertrag eine Garantie der Gewerbesteuer. Und wenn

man dann sagt, das ist doch alles nur das, was wir bei Schwarz-Gelb schon hatten, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen alle, wie sehr die steuersenkungsfanatisierte FDP versucht hat, die Gewerbesteuer als eine der wesentlichen Säulen der Kommunalfinancen zu zerstören. Wir haben jetzt in diesem Koalitionsvertrag – einem Koalitionsvertrag von zwei Parteien oder, wenn man genau ist, drei Parteien, die wirklich Kommunalparteien sind im besten Sinne des Wortes –, wir haben jetzt eine Garantie der Gewerbesteuer und ich denke, das ist für die Kommunen viel wert.

Wir werden, der Innenminister hat es bereits gesagt, keine Behinderungen von kommunaler Zusammenarbeit insbesondere durch steuerliche Regelungen haben. Damit setzt dieser Koalitionsvertrag etwas um, was wir in diesem Landtag, übrigens mit den Stimmen aller demokratischen Fraktionen, gefordert haben, und das ist gut so.

Und wenn wir weitergucken in die kommunale Diskussion, dann wissen wir, dass eine weitere wichtige Säule unserer kommunalen Finanzausstattung, die Grundsteuer, von ihren rechtlichen Regelungen her ein ziemlich angestaubtes Instrument ist und dass wir hier dringend eine Modernisierung benötigen. Natürlich können wir im Moment noch nicht im Detail sagen, wie diese Modernisierung aussieht, aber wir haben in diesem Koalitionsvertrag eine Festschreibung, dass es eine solche Modernisierung der Grundsteuer gibt.

Herr Holter, wie können Sie dann zu einer Einschätzung kommen, es bleibt alles beim Alten? Haben Sie den Vertrag nicht gelesen oder haben Sie ihn nicht lesen wollen?

Und ein Letztes, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Aufstockung der Städtebauförderung um 600 Millionen Euro: Ich glaube, wir haben mit Städtebaufördermitteln in diesem Land in den letzten Jahren sehr viel Gutes erreicht. Damit sind unsere großen und mittleren Städte sehr viel schöner, sehr viel ansehnlicher geworden. Wir brauchen dieses Instrument weiterhin und wenn dieses Instrument nicht nur erhalten wird, sondern wenn es finanziell ausgebaut wird, dann ist das etwas sehr Gutes für unsere Städte und Gemeinden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr richtig. Sehr gut, Heinz. –
Jochen Schulte, SPD: Sehr richtig.)

Aus der kommunalen Sicht, denke ich, bringt dieser Koalitionsvertrag sehr viel Gutes und wir sollten dieses auch sehen, wir sollten dieses auch würdigen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das
hat Herr Holter wohl nicht gelesen.)

Wir sollten wenigstens die Kraft haben, Herr Holter, hier zu einem ausgewogenen Ergebnis zu kommen und zu einer objektiven Betrachtung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aber darum
gehts doch gar nicht. Das ist nur Polemik.)

Dieser Vertrag ist gut für unsere Städte und Gemeinden. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Müller.

Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 6/2210, und hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Innenausschusses auf Drucksache 6/2434. Hierzu liegen Ihnen zwei Änderungsanträge auf den Drucksachen 6/2455 und 6/2456 vor.

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur
Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
Mecklenburg-Vorpommern**
(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– **Drucksache 6/2210** –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Innenausschusses (2. Ausschuss)**
– **Drucksache 6/2434** –

**Änderungsantrag der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– **Drucksache 6/2455** –

**Änderungsantrag der Fraktionen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE**
– **Drucksache 6/2456** –

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Innenausschusses Herr Marc Reinhardt. Bitte schön.

Marc Reinhardt, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In seiner 50. Sitzung am 9. Oktober 2013 hat der Landtag den Gesetzentwurf der Landesregierung – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes – auf der eben genannten Drucksache in Erster Lesung beraten und federführend an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss und den Bildungsausschuss überwiesen.

Der Innenausschuss hat sich in der anschließenden Beratung darauf verständigt, am 7. November 2013 eine Beratung mit den kommunalen Landesverbänden durchzuführen. In dieser Sitzung haben die kommunalen Landesverbände insbesondere angemahnt, den Kommunen eine aufgabengerechte und auskömmliche Finanzausstattung zur Verfügung zu stellen und eine Neuausrichtung des FAG bis 2016 zu erreichen.

Der Landkreistag hat erklärt, dass der vorliegende Gesetzentwurf der Landesregierung zu weiteren massiven Verschlechterungen der Finanzausstattung der Landkreise führe. Dies resultiere aus der vorgesehenen Verschiebung der Teilschlüsselmassen sowie insbesondere aus den nicht ausfinanzierten Kostensteigerungen im Bereich des übertragene Wirkungskreises, so der Landkreistag. Auch der Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern kritisierte insbesondere die Erhöhung der Kosten für die Aufgaben des übertragene Wirkungskreises. Darin sehen beide Landesverbände eine wesentliche Änderung im Finanzausgleichssystem.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ziel des Gesetzentwurfes ist es, die Regelungen des FAG anzupassen, die immer wieder hinsichtlich ihrer Verteilungswirkung und Angemessenheit zu prüfen sind. So standen nunmehr unter anderem die Verteilung der Finanzzuweisungen zwischen Land und Kommunen, die Verteilung der Teilschlüsselmasse und der Zuweisungen für die Wahrnehmung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises auf dem Prüfstand.

Das Innenministerium hat sich der Kritik der kommunalen Landesverbände gestellt und zu einzelnen Kritikpunkten ausgeführt. Das Innenministerium hat im Rahmen dessen betont, dass mit dem vorgelegten Entwurf nur die notwendigen Anpassungen vorgenommen wurden. Eine grundsätzliche Änderung der Finanzverteilung erfolge nicht. Der FAG-Beirat habe jedoch die Erstellung eines umfassenden Gutachtens zur Überprüfung des vertikalen und horizontalen Finanzausgleiches beschlossen. Grundsätzliche Fragen der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen sowie zwischen den Kommunen sollen dann gutachterlich überprüft werden.

Das Innenministerium hat weiterhin erklärt, dass gemäß dem Beschluss des FAG-Beirates bezüglich der Überprüfung der Verteilung der Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2014 bis 2016 die kommunale Beteiligungsquote von 33,99 Prozent bestehen bleibe. Die Überprüfung der Verteilung der Teilschlüsselmasse nach Paragraph 11 Absatz 2 Satz 3 FAG habe aufgrund der gestiegenen Steuerkraft und der Einwohnerverluste der kreisangehörigen Gemeinden eine moderate Veränderung der prozentualen Anteile an der Schlüsselmasse für die kreisangehörigen Gemeinden, die kreisfreien und die großen kreisangehörigen Städte und die Landkreise um jeweils weniger als einen Prozentpunkt ergeben.

Die Überprüfung der Verteilung der Zuweisungen für die Wahrnehmung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises und der unteren staatlichen Verwaltungsbehörden nach Paragraph 15 Absatz 5 FAG habe eine Kostensteigerung um insgesamt 36,3 Millionen Euro von 207 auf 243,3 Millionen Euro ergeben. Die von kommunaler Seite an dieser Verfahrensweise geäußerte Kritik sei ebenfalls zurückzuweisen, erklärte das Innenministerium. Es liege weder ein Verstoß gegen das strikte Konnexitätsprinzip vor, noch sei die Umschichtung verfassungsrechtlich bedenklich. Eine entsprechende Anhebung der Finanzausgleichsmasse aus dem Landeshaushalt sei abzulehnen.

Erstens finde das strikte Konnexitätsprinzip bei den Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises nach Paragraph 15 keine Anwendung, da diese Aufgaben bereits vor der Einführung des Konnexitätsprinzips in der Landesverfassung im Jahre 2000 übertragen worden seien. Zweitens seien bei der Überprüfung der Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen nach Paragraph 7 Absatz 3 FAG auch diese Ausgaben für die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises mit enthalten, da sämtliche Ausgaben und Aufgaben der Kommunen in die Überprüfung einbezogen würden, sodass sich bei einer Neuberechnung keine Ansprüche der Kommunen auf eine Erhöhung der Beteiligungsquote ableiten lassen, erklärte das Innenministerium.

Die Kritik, die Landkreise würden aufgrund der neuen Verteilungsregelungen nach Paragraph 11 Absatz 2 und Paragraph 15 FAG erhebliche Verluste erleiden, da sie

über die Kreisumlage von den kreisangehörigen Gemeinden zu finanzieren seien, sei nicht richtig, erklärte das Innenministerium. Ein Vergleich der Zuweisungssumme des Jahres 2013 mit der aufgrund des Änderungsgesetzes zu erwartenden Zuweisung im Jahr 2014 ergebe einen Zuweisungsgewinn von plus 331.307 Euro für alle Landkreise. Da jedoch die Schlüsselzuweisung insgesamt im Jahr 2013 aufgrund der vorzeitigen Auskehrung eines positiven Abrechnungsbetrages in Höhe von 55 Millionen Euro höher ausgefallen sei, reduziere sich die Schlüsselmasse im Jahr 2014, erklärte das Innenministerium.

Schlussendlich betonte das Innenministerium, dass das FAG-Änderungsgesetz in der vorliegenden Fassung nicht in Kraft treten würde, hätten die Landkreise im Jahr 2014 einen Zuweisungsverlust von insgesamt 15,4 Millionen Euro zu erwarten. Mit der neuen Verteilungsregelung wird dieser Zuweisungsverlust ausgeglichen.

Der Bildungsausschuss hat für seinen Zuständigkeitsbereich die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfes empfohlen. Der Finanzausschuss hat in seiner Stellungnahme eine Änderung vorgeschlagen, weil das Land voraussichtlich Anfang 2014 Gewerbesteuererinnahmen aus gemeindefreien Gebieten in Küstengewässern und dem Festlandsockel der Ostsee erzielen wird. Es gehe um die Einbeziehung der Gewerbesteueranteile. Diese Empfehlung hat sich der Innenausschuss zu eigen gemacht und mehrheitlich befürwortet.

Nach einer intensiven Debatte mit den kommunalen Landesverbänden und der ausführlichen Erwiderung des Innenministeriums hat der Innenausschuss den Gesetzentwurf in seiner 43. Sitzung am 28. November 2013 abschließend beraten und dem Gesetzentwurf mit der gerade beschriebenen Änderung zugestimmt. Dazu hat er Ihnen auf Drucksache 6/2434 seine Beschlussempfehlung und seinen Bericht vorgelegt.

Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE sowie jeweils ein Entschließungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN konnten keine Mehrheit im Ausschuss finden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Innenausschuss empfiehlt Ihnen im Ergebnis mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und CDU, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf der Drucksache 6/2210 in der von ihm geänderten Fassung und im Übrigen unverändert anzunehmen. Ich bitte um Ihre Zustimmung und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Reinhardt.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Da kommt er.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Direkt von den kommunalen
Spitzenverbänden.)

Bitte, Herr Caffier.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Heute sprechen wir erneut und abschließend über den Entwurf der Landesregierung, über ein Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes.

Noch einmal möchte ich vorab klarstellen, weil es in der Diskussion immer wieder verlorengeht – und ich habe gerade auch mit Vertretern des Städte- und Gemeindetages darüber noch mal kurz gesprochen –, die jetzigen Anpassungen des Dauergesetzes stehen nicht im Zusammenhang mit der geplanten umfassenden Überprüfung des kommunalen Finanzausgleichssystems. Hierzu hat es ja Gespräche mit dem Ministerpräsidenten und den kommunalen Landesverbänden gegeben und die wird es auch in Zukunft geben, wo wir uns über die weitere Verfahrensfrage zu dieser geplanten Komplexuntersuchung verständigen. Hierzu wird es, wie vereinbart, dieses Gesamtgutachten geben, aber dazu gibt es auch Gesetzmäßigkeiten und Normen. Und was wir als Landesregierung nicht tun werden, ist, eine Untersuchung, ein Gutachten und eine Umstellung zu erwägen, die möglicherweise beim Verfassungsgericht schon deswegen nicht standhält, weil wir keine solide Zahlenbasis, keine validen Zahlen verwenden konnten, sondern einfach Zahlen, die uns irgendwo zur Verfügung standen. Das wird mit dieser Koalition so nicht machbar sein. Wir brauchen ein belastbares, ein vor Gericht bestandsfähiges FAG. Und insofern führen wir in diesem FAG die Normanpassung, die in der regelmäßigen Überprüfung notwendig ist.

Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf für 2014 und 2015 werden wiederum 1,1 Milliarden Euro für die Kommunen bereitgestellt. Mit den eigenen Steuereinnahmen, die bei der Diskussion immer wieder vergessen werden – natürlich haben auch Kommunen Eigensteuereinnahmen –, stehen den Kommunen derzeit rund 2 Milliarden Euro jährlich zur Verfügung, um ihre Aufgaben zu finanzieren. Hinzu kommen die verschiedenen Fördermittel aus den unterschiedlichen Ressorts der Landesregierung für Investitionen, insbesondere in die kommunale Infrastruktur.

Ich kann dazu immer wieder nur wiederholen, was gerade die Opposition nicht gern hört, aber was letztendlich Realität ist: Trotz rückläufiger Zuweisungen von Bund und EU hält die Landesregierung die hohe Finanzausstattung nach wie vor stabil und berechenbar. Das heißt nicht, dass wir mit den Entwicklungen, bestimmten Kostenblöcken als Abgeordnete, als Kommunalvertreter zufrieden sind, und wir müssen sehen, wie wir uns mit diesen Kostenblöcken befassen. Aber die Zuweisungen, trotzdem wir absenkende Mittel kriegen, sind nach wie vor hoch.

Meine Damen und Herren, im Abstand von vier Jahren ist die Verteilung der nach den Vorwegabzügen für bestimmte kommunale Aufgaben verbleibenden allgemeinen Schlüsselmasse zu untersuchen. Diese wird auf die kommunalen Gruppen in Abhängigkeit von Einwohnerkraft und Steuerkraft verteilt. Die Überprüfung der Zuweisung für den übertragenen Wirkungskreis nach Paragraph 15 FAG hat eine Kostensteigerung um insgesamt 36,3 Millionen Euro von 207 Millionen auf 243 Millionen Euro ergeben. Daraus ergibt sich unter Berücksichtigung des Selbstbehaltes von 7,5 Prozent eine Erhöhung des Vorwegabzuges für bestimmte kommunale

Aufgaben um 18,1 Millionen Euro zulasten der allgemeinen Schlüsselmasse.

Bei der Gegenüberstellung von Gesamteinnahmen und -ausgaben des Landes einerseits und der Kommunen andererseits wurden hingegen keine wesentlichen Änderungen festgestellt, die eine Verschiebung der Verteilungsquote erforderlich machen würden. Es bleibt daher hinsichtlich der Finanzausweisungen, der Verteilung bei der Quote für die Kommunen von 33,99 Prozent und für das Land von 66,01 Prozent.

Meine Damen und Herren, eine grundlegende Überprüfung der geltenden Finanzausgleichsarchitektur ist, wie gesagt, erst auf Grundlage belastbarer Zahlen und Untersuchungen möglich. Neu geregelt wird in diesem FAG, wie gesagt und wie alle auch wissen, die Zuweisung für die Theater. Diese umfasst nach dem FAG insgesamt 35,8 Millionen Euro. Von diesen Zuweisungsmitteln für Theater und Orchester sollen ab dem Jahr 2014 zunächst 24 Millionen Euro aus dem FAG an das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur zur Finanzierung der Theater und Orchester im Land zurückübertragen werden. Zurück, betone ich, denn es war schon mal da. Ab dem Jahr 2016 werden sie komplett aus dem FAG herausgelöst. Die restlichen 10,9 Millionen Euro verbleiben im FAG und werden im Rahmen der Zuweisung für übergemeindliche Aufgaben an die Oberzentren als Träger der sogenannten Mehrspartentheater verteilt.

Dies wurde zwischen den Koalitionspartnern zur Reform der Theaterstruktur so vereinbart und wird folgerichtig dementsprechend umgesetzt. Und dazu stehen wir auch. Neu aufgenommen ist die Regelung des kommunalen Ausbaufonds. Die Möglichkeit, hieraus Zuschüsse zu erhalten, entlastet die betroffenen Landkreise nach unserer Einschätzung erheblich.

Meine Damen und Herren, auf Empfehlung des Innenausschusses werden als einzige Änderung zum bisherigen Gesetzentwurf die zukünftigen Gewerbesteuererinnahmen aus gemeindefreien Gebieten in Küstengewässern und dem Festlandsockel der Ostsee, also zum Beispiel auch aus Offshoreanlagen, in die Berechnung zum Finanzausgleich mit einbezogen.

Im Übrigen wurde im Innenausschuss dem Gesetzentwurf – der Vorsitzende hat es bereits vorgetragen – mehrheitlich zugestimmt. Ich bitte daher um Zustimmung zum Gesetz und bedanke mich für die intensive Beratung in den zurückliegenden Wochen. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Heinz Müller für die Fraktion der SPD.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben es in der Ersten Lesung dieses Gesetzentwurfes mehrfach betont und auch heute haben meine beiden Vorredner es herausgestellt: Bei dem vorliegenden Gesetzentwurf handelt es sich nicht um die große, um die grundlegende Novelle des FAG, sondern es handelt sich lediglich um die im Gesetz vorgeschriebenen periodischen Überprüfungen und An-

passungen. Dieses ist eigentlich inzwischen eine Selbstverständlichkeit und man müsste es nicht immer wieder betonen. Dennoch möchte ich es noch einmal erwähnen, weil ich gern auch sagen möchte, dass ich insofern überhaupt nicht verstehe, was in manchen veröffentlichten Äußerungen, in manchen Presseerklärungen zum Ausdruck kommt, dass hier laut Wehklagen angestimmt wird, dass dieses ja nicht die große Novelle sei und dass dieses nicht die Probleme der kommunalen Finanzausstattung im Grundsatz löse.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann solche Äußerungen weiß Gott nicht verstehen, weil das ist nicht der Anspruch dieses Gesetzes und für eine solche große Novelle haben wir nicht die zahlenmäßigen Grundlagen, die wir dafür brauchen. Dieses Gesetz kann gar nicht die grundsätzlichen Probleme lösen. Und dieses zu beklagen, spricht eigentlich nur dafür, dass derjenige, der es tut, sich mit der Gesetzesarchitektur, mit dem Fahrplan nicht hinreichend auseinandergesetzt hat. Ich glaube aber auch, dass die Beratungen im Innenausschuss deutlich gemacht haben, wieder einmal deutlich gemacht haben, wie notwendig eine solche große, eine solche grundlegende Novelle ist und wie richtig es ist, dass wir mit einem Gutachten, von dem ich hoffe, dass seine Ergebnisse dann von allen akzeptiert werden, mit einem wissenschaftlichen Gutachten diese große Novelle untersetzen und angehen. Dieses ist der richtige Weg und wir sollten ihn weitergehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum bestehenden, vorliegenden Gesetzentwurf zurückkommen. Entscheidendes Merkmal dieses Gesetzes ist, was nicht drin ist, nämlich keine Veränderung der Beteiligungsquote der kommunalen Ebene an den insgesamt zur Verfügung stehenden Finanzmitteln. Ich habe bereits in der Ersten Lesung auf das Thema der Stimmenthaltung des Landkreistages im FAG-Beirat hingewiesen. Wir haben dies selbstverständlich im Innenausschuss angesprochen. Ich persönlich finde allerdings, dass wir hier keine hinreichende Erklärung bekommen haben, und aus meiner Sicht bleibt hier ein Rest an Unverständnis. Es bleibt aber auch ein Gesetzentwurf, der insofern natürlich keine Veränderung dieser Beteiligungsquote vorsieht.

Und so standen im Innenausschuss zwei Themen nach meiner Wahrnehmung im Mittelpunkt: Das erste ebenfalls etwas, was im Gesetzentwurf gar nicht angesprochen worden ist, aber in einem Vorentwurf enthalten war, nämlich die Frage der Ausgleichsquote zwischen steuerstärkeren und steuerschwächeren Städten und Gemeinden, das, was man im Jargon 60/65 nennt. Alle wollen wir diese Quote von 60 Prozent auf 65 Prozent anheben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, die Diskussion zu diesem Thema ist sehr dadurch befeuert worden, dass wir tatsächlich Zahlenmaterial auf den Tisch bekommen haben, was eine solche Veränderung der Quote für jede einzelne Gemeinde im Land Mecklenburg-Vorpommern bedeuten wird. Und ich möchte gern beispielhaft an einigen Gemeinden aus dem Kreis Ludwigslust-Parchim – ich wollte bewusst nicht meinen eigenen Kreis nehmen – deutlich machen, was hier passieren würde, wenn wir dieser Anhebung auf 65 Prozent gefolgt wären, eine Anregung, die insbesondere unter dem Aspekt der Gerechtigkeit uns immer wieder vorgetragen worden ist. Da würden wir für Alt-Zachun mit seinen 366 Einwohnern jetzt eine höhere Schlüsselzuweisung

von jährlich 2.395 Euro bekommen. Auch Brunow mit 329 Einwohnern bekäme 1.218 Euro jährlich mehr und Leussow mit seinen 265 Einwohnern 977 Euro.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich frage Sie: Was würde durch eine solche Veränderung strukturpolitisch eigentlich für unser Land bewegt? Ich kann gut verstehen, dass die in diesen Gemeinden Wohnenden sich natürlich über jeden Euro freuen, aber die Frage ist, ob dies strukturpolitisch der richtige Weg ist. Ist es der richtige Weg, wenn wir auf der anderen Seite sehen, dass eine Stadt wie Ludwigslust mit ziemlich genau 12.000 Einwohnern jährlich 117.000 Euro weniger hätte, die Stadt Hagenow mit 11.300 Einwohnern 120.000 Euro weniger oder die Stadt Parchim mit 17.000 Einwohnern jährlich einen Verlust von 152.000 Euro hinnehmen müsste?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, strukturpolitisch ist es meines Erachtens der völlig falsche Weg, diesen mittelgroßen Städten, die für ihr Umland vieles leisten und vieles an Dienstleistungen anbieten, das Geld wegzunehmen in dem Versuch, damit die Probleme der Kleinstgemeinden zu lösen. Letzteres würde nicht gelingen, aber Ersteres würde dazu führen, dass diese mittleren Städte noch weiter in ihrer Leistungsfähigkeit eingeschränkt würden. Davon würde auch das Umland Schaden nehmen und das kann nicht unser Ziel sein.

Nun will ich gern einräumen, dass es Ausreißer gibt, dass es auch bei den Kleinstgemeinden reichere gibt und bei den mittleren ärmere, aber in der großen Linie, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das so. Und ich denke, dieses kann nicht der Weg sein, zukünftig kommunale Finanzausstattung zu betreiben. Ich will hier ganz ausdrücklich sagen, weil das klang ja teilweise mal anders in einem Papier des Innenministeriums, ich habe mich extra noch mal beim Städte- und Gemeindetag bei Michael Thomalla rückversichert: Diese Veränderung, die Ausgleichsquote von 60 auf 65 Prozent anzuheben, ist ausdrücklich keine Forderung des Städte- und Gemeindetages und es ist deshalb gut, dass wir es im Gesetz auch nicht vorsehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das zweite Problem, es war im Bericht des Ausschussvorsitzenden sehr deutlich, ist die Finanzierung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises. Hier hat es eine Kostensteigerung – einvernehmlich festgestellt zwischen Innenministerium und kommunalen Verbänden – von 36 Millionen Euro gegeben. Diese 36 Millionen sollen etwa zur Hälfte, etwa 18 Millionen, dadurch finanziert werden, dass ein sogenannter Selbstbehalt eingeführt wird, die Kommunen die übertragenen Aufgaben ausführen, dieses also – ich sage das mal in aller Deutlichkeit – aus der eigenen Tasche bezahlen. Und die zweiten 18 Millionen sollen durch eine Erhöhung des Vorwegabzuges bereitgestellt werden, was aber die Schlüsselzuweisungen, die insgesamt zur Verfügung stehen, schmälert.

Diese Lösung, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist – Sie können es ahnen – im Innenausschuss kontrovers diskutiert worden. Das war eine sehr schwierige Debatte und ich muss Ihnen sagen, dass wir, wenn wir die Gesamtmasse, die zur Verfügung steht, beibehalten – und dafür hat die Stimmenthaltung des Landkreistages den Weg gebahnt –, wohl kaum eine Chance haben, zu einer anderen Lösung zu kommen. Ich hätte hier sehr gern eine andere Lösung gehabt, aber ich sehe

zumindest derzeit leider keine Möglichkeit, dies anders zu regeln. Und da wir ansonsten in diesem Gesetz eine Reihe von sehr positiven, vernünftig umgesetzten Dingen haben, möchte ich hier ganz ausdrücklich für Ihre Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf werben. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Müller.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Rösler für die Fraktion DIE LINKE.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch mal ganz kurz zurückkommen auf das Thema der Aktuellen Stunde.

(Marc Reinhardt, CDU, und
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Nö!)

Die Koalitionsvereinbarung von CDU, CSU und SPD für die 18. Wahlperiode greift Forderungen der kommunalen Ebene durchaus auf,

(Heinz Müller, SPD: Richtig.)

sodass vorweihnachtliche Freudengefühle entstehen können. Aber auch auf Bundesebene ist Politik kein Krippenspiel, in dem nur Heilige und unschuldige Viecher auftreten und die anderen andächtig zuschauen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Nein, viele angekündigte Maßnahmen müssen noch finanziell untersetzt und dann vor allem zügig und konsequent umgesetzt werden. Ich gehe davon aus, dass hierfür deutliche Signale auch aus Mecklenburg-Vorpommern notwendig sein werden.

Meine Damen und Herren, zunächst bekennt sich die Große Koalition auf Bundesebene zur Sicherstellung kommunaler Handlungsfähigkeit. Ich darf zitieren: „Die Kommunen sind ein zentraler Bestandteil unseres Gemeinwesens. Sie nehmen wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge und der lokalen Infrastruktur wahr.“ Und jetzt kommt die zentrale Botschaft für unsere heutige Debatte: „Um die grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung zu sichern, müssen die Kommunen handlungsfähig sein. Voraussetzung dafür sind auch gesunde Finanzen.“

Meine Damen und Herren, wenn uns bereits eine solche Selbstverständlichkeit, um nicht zu sagen Banalität, das kommunalpolitische Herz höher schlagen lässt, dann wissen wir, dass es um die Realität nicht zum Besten bestellt ist. Und wir wissen auch, dass wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf die kommunalpolitischen Zeichen der Zeit nicht erkennen, sondern deutlich verkennen. Meine Fraktion wird dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Fassung selbstverständlich nicht zustimmen.

Meine Damen und Herren, selten zuvor wurden aus dem kommunalen Raum Erwartungen direkt an den Landtag gerichtet in der Hoffnung, hier fraktionsübergreifend und aus kommunalpolitischer Vernunft und Verantwortung heraus in ein Vorhaben der Landesregierung

korrigierend einzugreifen und deutliche Nachbesserungen zu erreichen – vergeblich. Und ebenfalls selten zuvor hat ein Gesetzentwurf, der im Grunde lediglich vorgeschriebene Prüfpflichten aufgreift und Prüfergebnisse umsetzt, so hohe politische Wellen geschlagen.

Meine Damen und Herren, über das vorliegende FAG-Änderungsgesetz zu sprechen heißt, über Tun und Unterlassen dieser Koalition zu sprechen. Tun und Unterlassen, beides ist heftig kritisiert worden, und zwar zu Recht, wie ich meine. Auf das eine zielt unser Änderungsantrag, auf das andere die vorliegende Entschließung.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich meine Anmerkungen in drei Punkten zusammenfassen:

Erstens zeigt dieser Gesetzentwurf, dass die Anwendung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes an ihre Grenzen gestoßen ist.

(Regine Lück, DIE LINKE: Völlig richtig. –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Der Gleichmäßigkeitsgrundsatz blockiert nämlich eine aufgabengerechte Ausfinanzierung unserer Kommunen,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Eingeführt ist er unter Rot-Rot.)

da er die kommunale Einnahmesituation und zusätzliche Kostenbelastungen weitgehend ausblendet.

Der zentrale Prüfbericht hat bekanntlich im FAG-Beirat keine kommunale Stimme erhalten.

(Heinz Müller, SPD: Das ist sehr schön
formuliert bei der Stimmenthaltung.)

Lediglich die Stimmenthaltung durch den Landkreistag hat diesen Bericht zur Grundlage des Gesetzentwurfes werden lassen.

(Heinz Müller, SPD: Warum
hat er sich denn enthalten?)

Ohne an dieser Stelle Verschwörungstheorien entwickeln zu wollen, werfen die landkreisfreundlichen Regelungen zur Vermögensauseinandersetzung zumindest Fragen auf, inwiefern auf eine Stimmenthaltung durch wen möglicherweise hingearbeitet wurde.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Oh, oh, oh, das sind aber wilde
Theorien! Da müssen Sie aber
ganz vorsichtig damit sein.)

Für die Zukunft jedenfalls wünsche ich mir ein noch abgestimmteres Agieren der kommunalen Landesverbände, ohne dabei zu verkennen, dass auch Kommunalpolitik kein Krippenspiel ist.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, die zweite Anmerkung bezieht sich selbstverständlich auf die Erstattung beziehungsweise Nichterstattung der Kostensteigerungen für die Wahrnehmung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskrei-

ses. Diese Räuberpistole hat die Gemüter parteiübergreifend erregt. Ich erinnere an den offenen Brief und an den Hilferuf der großen Städte. Und unter anderem bekundeten erst kürzlich auch SPD-Kommunalpolitiker in Schwerin beispielsweise oder CDU-Kommunalpolitiker in meinem Landkreis, dass sie sich den gemeinsamen Positionen der kommunalen Spitzenverbände durchaus anschließen. Der Städte- und Gemeindetag bemühte sogar die geöffnete Büchse der Pandora.

Nun ist dieser Gesetzentwurf sicherlich kein Gefäß, das alle kommunalpolitischen Übel dieser Welt enthält, aber etwas Unheilbringendes für die Kommunen unseres Landes befindet sich dennoch drin. Nach Berechnungen der Landesregierung haben sich die Kosten der von den Kommunen im Auftrag des Landes wahrgenommenen Aufgaben um rund 36 Millionen Euro erhöht. Es ist bereits ausgeführt worden, es handelt sich hier um den übertragenen Wirkungskreis. Diese zusätzlichen Kosten, welche die Kommunen nicht zu verantworten haben, diese Kosten will der Gesetzentwurf nicht durch Landesmittel ausgleichen. Nein, meine Damen und Herren, dieser Kostenausgleich soll zulasten der Schlüsselzuweisungen erfolgen. Der vorgesehene Selbstbehalt von 7,5 Prozent ist dann noch das landespolitische i-Tüpfelchen.

Meine Damen und Herren, wenn ich dann höre und lese, die anderen Länder machen das ähnlich und unsere Kommunen sollen sich mal nicht so anstellen, oder aber auch, wir haben das schon immer so gemacht, aber nicht öffentlich gesagt, dann ist das allein schon ein Grund für die Ablehnung solcher Regelungen. Ich hoffe auf Zustimmung für unseren entsprechenden Änderungsantrag.

Meine Damen und Herren, die letzte Anmerkung zielt auf die anstehende grundlegende FAG-Novelle, auf die derzeit von Opposition und Koalition gleichermaßen mitunter wie auf eine Heilsbringerin verwiesen wird. Mit dem vorliegenden Entschließungsantrag, um dessen Zustimmung ich an dieser Stelle bitte, mit diesem Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, den Entwurf für eine grundlegende FAG-Novelle so rechtzeitig vorzulegen, dass dieser zum 1. Januar 2016 in Kraft treten kann.

Wenn ich die Beratungen dazu im Innenausschuss noch richtig vor Augen habe, kann ich mit breiter Zustimmung rechnen. Neben LINKEN und GRÜNEN erwartet auch die SPD ein neues Gesetz noch in dieser Wahlperiode, zumindest der Innenstaatssekretär hat einen ähnlichen Standpunkt vertreten.

(Heinz Müller, SPD:
Der nicht der SPD angehört.)

Man darf also gespannt sein.

Ähnlich haben auch Sie, Herr Müller, sich geäußert, ich erinnere nur an die öffentliche Finanzausschusssitzung beim Landkreistag.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend meine Kritik und meine Erwartungen zusammenfassen: Die Kostensteigerungen im übertragenen Wirkungskreis sind voll auszugleichen. Dies darf nicht zulasten der Schlüsselzuweisungen erfolgen und ein sogenannter Selbstbehalt ist nicht gerechtfertigt. Die grundlegende

Novelle des FAG muss eine aufgabengerechte Finanzausstattung und Finanzverteilung gewährleisten und spätestens zum 1. Januar 2016 umgesetzt sein. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Herr Saalfeld.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst entschuldigen Sie meine Stimme, aber manchmal schlägt die Krankheit zu, ich kann es nicht ändern.

(Heinz Müller, SPD: Das
ist der Jahreszeit geschuldet.)

Es begann hoffnungsvoll und endete typisch für diese Große Koalition, nämlich ernüchternd und ungerecht. Auf der Sitzung des Finanzausschusses des Landkreistages erklärten die Vertreter von CDU und SPD noch vollmundig, dass ihnen die Nöte und Sorgen der Kommunen bewusst seien und die Probleme, die dieses FAG mit sich bringt, natürlich auch bekannt seien. Kollege Heinz Müller von der SPD erklärte sogar, dass es natürlich dem Geiste des Konnexitätsprinzips widerspräche,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Der Geist war willig.)

wenn ein Loch von ungefähr 36 Millionen Euro bei den Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises klappte, also eben bei den Aufgaben, die die Kommunen für das Land übernehmen.

Na, das hörte sich doch hoffnungsvoll an und auch die umfangreiche Bestellung von Zahlenmaterial durch die SPD beim Innenminister für den Innenausschuss ließ noch kurz hoffen, doch dann nichts mehr, Schweigen im Walde. Die ganzen Zahlen wurden nicht mal im Ausschuss thematisiert. GRÜNE und LINKE legten im Ausschuss Änderungsanträge vor, doch kein Wort von der Koalition dazu.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Warum auch?!)

Die Anträge wurden kommentarlos abgelehnt, bis eben auf eine minimale Änderung, die die Gewerbesteuerentnahmen aus gemeindefreien Gebieten in Küstengewässern mit einbezieht. Das FAG wurde unverändert durch die Ausschüsse durchgewunken.

In diesem Sinne bin ich ja froh, dass es zumindest hier und heute eine Debatte zu diesem Thema gibt. Ich hatte nämlich schon ein bisschen Angst, dass die Kollegen und Kolleginnen der Koalition gar keine Redezeit für sich beantragen. Es begann also hoffnungslos und endete, wie so häufig, ernüchternd. Ist der CDU eigentlich bewusst, dass sich gerade ihr größter politischer Erfolg in dieser Legislaturperiode in Luft auflöst?

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Das wollen wir jetzt auch mal hören.)

Das von der CDU der SPD abgerungene 100-Millionen-Euro-Soforthilfepaket für die Kommunen

(Vincent Kokert, CDU:
Erzählen Sie das bitte weiter,
was Sie eben gesagt haben!)

wird durch das 36-Millionen-Euro-Loch im FAG wieder aufgefressen. Da verpufft der große politische Erfolg der CDU,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

und zwar in ziemlich genau dem Zeitraum, für welchen auch das Soforthilfepaket vorgesehen war. Nämlich in den nächsten drei Jahren fressen diese 36 Millionen Euro Ihr Soforthilfeprogramm restlos wieder auf.

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also entweder war die Soforthilfe für die Kommunen ein lang angelegter großer Budenzauber der Koalition oder aber das Finanzministerium hat das Innenministerium über den Tisch gezogen. Ich weiß jetzt nicht, was besser wäre.

Wie dem auch sei, wie Sie aus dem vorliegenden Änderungsantrag und der vorliegenden Entschließung der Fraktionen DIE LINKE und GRÜNEN erkennen können, halten wir unabhängig von der Notwendigkeit einer grundlegenden Novellierung des FAG bereits heute einige dringende Änderungen am vorliegenden Gesetzentwurf für notwendig.

Erstens muss das Land die Kostensteigerung der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises vollständig ausgleichen. Das bedeutet, dass die Finanzaufweisungen des Landes um 36,7 Millionen Euro aufzustocken sind. Warum halten wir das für notwendig? In seinen eigenen Berechnungen kommt das Ministerium auf einen Finanzbedarf nach Paragraph 15 Absätze 1 bis 3 von etwa 216 Millionen Euro, aber es billigt den Kommunen nur eine Zuweisungssumme von rund 200 Millionen Euro zu. Da fehlen 16 Millionen.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei Paragraph 15 Absatz 4, den Kosten der Katasterämter. Das Ministerium ermittelt einen Finanzbedarf von 27,4 Millionen Euro, stellt den Kommunen aber nur 25,4 Millionen Euro zur Verfügung. Wieder fehlen 2 Millionen Euro. Noch mal zum Verständnis: Das Land weiß also, dass die Finanzaufweisungen für die Aufgaben, die die Kommunen für das Land erledigen, nicht ausreichen, und lässt die Kommunen damit dennoch im Regen stehen, denn einen vollständigen Ausgleich gibt es nicht.

Dabei bedient sich die Regierung zweier Tricks:

Zum einen wird gesagt, dass das Land einen Selbstbehalt von 7,5 Prozent abzieht, damit die Kommunen die Aufgaben auch wirtschaftlich erledigen würden. Dies sei schon immer so gewesen, sagt die Landesregierung, und sei auch plausibel. Allein konnte von der Landesregierung nicht begründet werden, warum ausgerechnet 7,5 Prozent abgezogen werden. Auch konnten sich die kommunalen Spitzenverbände in ihren Stellungnahmen an ein ähnliches Vorgehen in der Vergangenheit nicht erinnern. Fraglich ist auch, warum 7,5 Prozent für alle Aufgaben für alle Kommunen angemessen sein sollen. Soll das etwa heißen, dass in den Augen des Innenministeriums alle Kommunen gleich unwirtschaftlich arbeiten?

Eine Antwort ist die Landesregierung bis heute schuldig geblieben.

Zum anderen besteht das Problem darin, dass der Vorwegabzug zulasten der Schlüsselzuweisung aufgestockt wird, das heißt, die Kommunen haben die Kostensteigerungen allein zu tragen.

Zur Erinnerung: Es handelt sich um Aufgaben, die für das Land wahrgenommen werden, und dennoch tragen die Kommunen die Kostensteigerungen. Da nützt es auch nichts, darauf zu verweisen, dass das Konnexitätsprinzip nicht greife, da die Aufgaben bereits vor der Einführung des Konnexitätsprinzips in der Landesverfassung im Jahr 2000 an die Kommunen übertragen wurden. Das mag zwar formal korrekt sein, entspricht aber weder dem Geist des Konnexitätsgedankens, wie es der Abgeordnete Heinz Müller so schön beim Landkreistag formulierte, noch wird die Landesregierung der Verantwortung für die Kommunen gerecht. Oder soll etwa, wie gesagt, das jüngste 100-Millionen-Soforthilfepaket als Ausgleich für die gestiegenen Kosten der Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises dienen? Dann wäre diese zusätzliche Hilfe aber nach drei Jahren, wie gesagt, aufgebraucht.

So kann man natürlich auch Politik machen: vorn die Geschenke verteilen und durch die Hintertür das Geld von den Beschenkten gleich wieder einsammeln.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Schade, dass
Sie keine Geschenke verteilen können.)

Das widerspricht nicht nur dem Geist des Konnexitätsprinzips, sondern auch dem Geist der Weihnachtszeit.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Zweitens fordern wir in unserem Änderungsantrag mit der LINKEN die Landesregierung auf, endlich eine verfassungskonforme Neuordnung der Stadt-Umland-Umlage vorzulegen. Ein entsprechendes Gutachten liegt der Landesregierung vor, nur es passiert nichts. Worauf warten Sie eigentlich? Wahrscheinlich gilt auch hier die Devise: Einfach aussitzen, nicht darüber sprechen, vielleicht wird es dann irgendwann vergessen. So löst man aber keine Probleme, meine Damen und Herren.

Drittens fordern wir einen Ausgleich für die Landkreise für die Mehrkosten der Schülerbeförderung in den ehemals kreisfreien und nun eingekreisten Städten des Landes. Auch hier scheuen die Landesregierung und die Koalition keinen argumentativen Klimmzug, um sich auch ja vor dem Konnexitätsprinzip zu drücken. Da wird dann gesagt, dass die Landkreise auch vorher bereits die Aufgabe des Schülertransportes zu erledigen hatten, das heißt, es handele sich um gar keine neue Aufgabe, sodass das Land auch nicht mehr Geld zur Verfügung stellen müsste.

Nun können Sie doch aber nicht die Augen davor verschließen, dass die Ausgaben für die Schülerbeförderung durch die Einkreisung der vier Städte für die Kreise offensichtlich gestiegen sind, und zwar nicht, weil es die Kreise und die Städte so wollten, sondern weil das Land es so beschlossen hat. Mit einer so albernen Argumentation bekommt die Landesregierung doch niemanden im Land überzeugt.

Für wie blöd, meine Damen und Herren, das muss ich mal wirklich fragen, halten Sie eigentlich unsere kommu-

nen Mandatsträger im Land, dass Sie glauben, dass sie auf einen solchen argumentativen Quatsch hereinfallen?! Ich bin wirklich entsetzt.

(Vincent Kokert, CDU:
Ich merke Ihnen das richtig an.)

Ja, das liegt daran, dass meine Stimme heute nicht so viele Sprünge machen kann, sonst würde ich hier natürlich mehr umherhopsen. Tut mir leid.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Viertens sind wir gegen eine Übertragung der Mittel des Vorwegabzugs für die Theater und Orchester an das Bildungsministerium. Die Kriterien der Verteilung sind unklar und solange die nicht klar sind, sollte der Landesgesetzgeber keiner Mittelübertragung zustimmen. Diesem Bildungsminister ist nicht mehr über den Weg zu trauen.

(Zurufe aus dem Plenum: Oh!)

Das werden wir an anderer Stelle noch zu debattieren haben. Auch zum Selbstschutz sollte die Landesregierung alles vor Herrn Brodkorb sichern und retten, was zu sichern und zu retten ist.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Fünftens fordern wir die Landesregierung auf, eine grundlegende Novellierung des FAG so rechtzeitig vorzulegen, dass diese bis zum 01.01.2016 auch wirklich in Kraft treten kann. Ich appelliere an alle Beteiligten, eine grundlegende Novellierung des FAG noch in dieser Legislatur zu ermöglichen, da anderenfalls nur eine Fortsetzung der Politik der ständigen Hilfspakete droht.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, bitte ich um Zustimmung zu unseren Änderungsanträgen. Wir werden dem Gesetzentwurf anderenfalls nicht zustimmen können. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Andrejewski.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieser Gesetzentwurf kommt daher wie eine routinemäßige Feinjustierung innerhalb einer stabilen, positiven Entwicklung. Im Wesentlichen, so die Grundaussage, sei alles in Ordnung. Ein bisschen neu berechnen, ein wenig umverteilen, fertig ist die Erfolgsgeschichte, die aber nicht so großartig ausfällt, wie es den fantastischen Versprechungen entspräche, die damals die Kreisgebietsreform begleitet haben.

Wo sind die erwarteten Einsparungen? Der Städte- und Gemeindetag erklärte in einer offiziellen Stellungnahme zu diesem Gesetzentwurf, aus den Landkreisen sei zu vernehmen, dass es durch die Landkreisordnung auch dauerhaft nicht zu den angestrebten Einsparungen kommen werde. Das war ja eines der Hauptziele, die damit verfolgt werden sollten.

Und wenn man mal als Kreistagsabgeordneter in seinem Landkreis, in meinem Fall Vorpommern-Greifswald, die Landrätin fragt nach zwei Jahren, können Sie denn

schon mal sagen, wo Einsparungen erzielt wurden, oder wie ist Ihre Prognose, welche Einsparungen werden wohl erzielt werden können, dann ist die Antwort, können wir nicht sagen. Die Wahrheit ist, es gibt keine. Stattdessen gibt es Mehrbelastungen, wie schon öfters gesagt wurde, vor allen Dingen durch Aufgaben im Rahmen des übertragenen Wirkungskreises, die den Landkreisen auferlegt worden sind.

160 Millionen Euro neue Defizite haben die Landkreise und die kreisfreien Städte in den zwei Jahren seit der sogenannten Kreisgebietsreform neu angehäuft. Der Landkreistag beklagt Kostensteigerungen bei gleichzeitigem Rückgang der Finanzausgleichleistungen. Durch den Gesetzentwurf, so der Landkreistag, käme es zu einer massiven Verschlechterung der Finanzausstattung der Landkreise. Trotzdem verlangt die Landesregierung von den Landkreisen, sie sollten gefälligst ihre Haushalte sanieren.

Nach Vorpommern-Greifswald und nach Schwerin wurden sogar als kleine Drohgeste sogenannte beratende Beauftragte geschickt. Deren Rat kann man sich jetzt schon mal vorstellen. Die werden natürlich nicht viel Einsparpotenzial finden, die Landkreise laufen auch schon auf dem Zahnfleisch, Schwerin erst recht als kreisfreie Stadt. Die Ratschläge werden lauten: die Kreisumlage kräftig erhöhen, die Beitragsumlage erheben, möglichst hoch, das heißt, die Gemeinden abzocken und sich auf deren Kosten sanieren.

Wenn die Kreistage nicht parieren, steht die Zwangsverwaltung vor der Tür. Damit wird ja auch schon so ein bisschen gedroht. Leider sind in den Kreistagen mehrheitlich Parteisoldaten der Etablierten, die vielleicht hin und wieder mal vor einer Wahl eine rebellische Lippe riskieren, aber wenn es ernst wird, letztendlich doch nicht die Kraft für einen anständigen Aufstand aufbringen.

Es wäre natürlich schon mal was, wenn sich alle Kreistage wehren würden und sagen würden, kommt doch mit eurer Zwangsverwaltung, da möchte ich die Landesregierung mal sehen. Aber es sind leider überall dieselben Parteien, die ganze Aufteilung in Bund, Länder und Kommunen ist nur fiktiv. Es ist alles im Würgegriff dieser Parteien und die Parteiinteressen gehen vor die Kommunalinteressen. Deswegen werden die Mehrheiten in den Kreistagen leider auch einknicken und das heißt, die Gemeinden werden zusätzlich belastet.

Sie sind sowieso schon gebeutelt durch die Zusatzbelastungen infolge der absurden Doppik, die nur Ärger bringt und sonst gar nichts. Allerdings haben die Gemeinden das auch den kommunalen Verbänden zu verdanken, die diese Doppik unbedingt einführen wollten. Wenn die Gemeinden jetzt auch noch den Haushaltsausgleich für die Landkreise finanziell zu tragen haben, dann mag die Landesregierung das als Erfolg feiern, doch letztendlich zahlen die Kommunen, die Gemeinden und damit die Bürger die Zeche. Die Gemeinden werden ganz langsam abgewürgt, jedenfalls solange, wie die Bürger als Wähler sich nicht dagegen wehren. Und solange sie sich nicht dagegen wehren, sollen sie sich auch nicht beschweren. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Reinhardt.

Marc Reinhardt, CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Die wesentlichen Inhalte des Gesetzes sind durch mich und auch alle meine Vorredner bereits erwähnt worden. FAG-Debatten gehören ja immer für unsere Kommunalvertreter – und auch von Städte- und Gemeindetag und Landkreistag kann ich ja hier Anwesenheit sehen – dazu. Das ist das Existenzielle, was wir hier im Landtag machen, und nach außen vermitteln wir mit Sicherheit immer den Eindruck, als ob es um das Ziehen an einer zu kurzen Tischdecke geht.

Ich möchte aber trotzdem an dieser Stelle auf Frau Rösler und Herrn Saalfeld ein wenig eingehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der Schein trügt nicht. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Frau Rösler, Sie haben ja gesagt, und da kann ich Ihnen zustimmen, dieser Entwurf ist nicht dazu angelegt oder ist ja auch nicht dazu geeignet, die großen und alle Probleme der kommunalen Ebene zu lösen. Das ist richtig, das haben auch wir von Anfang an immer gesagt, dass es hier nur um eine routinemäßige Überprüfung des FAG,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Erwartungshaltung.)

wie sie alle zwei Jahre vorgenommen werden soll, geht, Herr Ritter. Dann passt aber auch, Frau Rösler, Ihr zweiter Punkt und auch der Ausbruch von Herrn Saalfeld nicht, wenn Sie sagen, dass dieser Entwurf von einem Tun und einem Unterlassen geprägt ist. Ich glaube, so haben Sie das gesagt. Diese beiden Aussagen passen nicht zusammen. Und Herr Saalfeld hat, glaube ich, gesagt, wir nehmen die Nöte und Sorgen nicht ernst und die Koalition hätte das nicht erkannt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da hat er recht.)

Herr Holter?

(Helmut Holter, DIE LINKE: Da hat er recht, hab ich gesagt. – Simone Oldenburg, DIE LINKE: Da hat er recht.)

Ja, ich werde jetzt aber sofort in die Beweisführung gehen und Ihnen darstellen, dass dem natürlich nicht so ist. Ich möchte uns allen dann nämlich noch mal in Erinnerung rufen, was diese Große Koalition alles auf den Weg gebracht hat.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Da sind wir aber gespannt.)

Ich fange mal an beim kommunalen Ausgleichsfonds,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das hat mit dem Gesetzentwurf auch nichts zu tun.)

für dessen Kredite das Land die Zinsen übernommen hat, wie Sie alle wissen, was in der Phase des konjunkturellen Abschlusses sicherlich eine gute Hilfe war.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich will weitergehen. Ich will den kommunalen Konsolidierungsfonds in Höhe von 100 Millionen Euro nennen, Herr Holter, von dem Sie alle hören und der mehr und mehr zur Anwendung kommt.

(Zurufe von Helmut Holter, DIE LINKE, und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Ich will das Kofinanzierungsprogramm in Höhe von 50 Millionen Euro zur Unterstützung der Investitionsfinanzierung nennen, ich will auch noch mal die Sonderhilfen in Höhe von 100 Millionen verteilt auf drei Jahre nennen und nicht zum Schluss die Sonderhilfen für die Vermögensauseinandersetzung. Zusammen kommen wir auf einen Betrag zwischen 350 bis 400 Millionen Euro, die diese Koalition in den letzten Jahren zusätzlich der kommunalen Ebene zur Verfügung zu stellen hat.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und dann von einem „Tun und Unterlassen“ oder von „Nöten und Sorgen nicht erkannt“ zu sprechen, finde ich grob fahrlässig und muss ich aufs Schärfste zurückweisen, meine Damen und Herren.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Ich will dann noch zu einem Punkt kommen, das ist ja so, wie es gesagt wurde, immer die Quintessenz auf diesen Gesetzentwurf. Da geht es um die Erhöhung des Vorwegabzuges von 36,3 Millionen Euro. Hier haben die kommunalen Spitzenverbände, wie ich finde, gute Argumente vorgebracht.

Auch die Landesregierung hat ihre Argumente dagegen gestellt und ich will zumindest an dieser Stelle für die CDU-Fraktion sagen – und von meinem Kollegen Heinz Müller habe ich das auch gehört –, wir werden hier weiterhin Gesprächsbereit bleiben

(Heinz Müller, SPD: Jawohl. – Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und versuchen, zusammen mit der Fraktion der SPD und zusammen mit anderen Beteiligten, also nicht allein, das muss man an dieser Stelle sagen, die kommunalen Finanzprobleme unserer Gemeinden und Landkreise zu lösen. Da ist, auch das haben wir heute schon gehört, der Bund mit in der Verantwortung und hat das ja auch in der Vergangenheit schon bewiesen mit der Übernahme der Grundsicherung.

Mein Kollege Heinz Müller hat es Pi mal Daumen vorgechnet, was bei der Eingliederungshilfe in den nächsten Jahren dort möglich ist. Und deshalb möchte ich an dieser Stelle zum Schluss mit dazu beitragen und sagen, die CDU-Fraktion hat es in den letzten Jahren auch schon getan mit ihren Bürgermeisterkonferenzen. Wir werden diese Kommunikation ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das hat einmal der Bürgermeister gemacht.)

Hören Sie gut zu! Hören Sie gut zu, Herr Holter!

Wir werden diese Kommunikation mit der kommunalen Ebene, ...

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ich kann auch lesen, ich kann auch zuhören.)

Scheinbar ja nicht.

... mit der kommunalen Ebene fortsetzen und wir werden vor allem versuchen, zusammen mit allen Beteiligten auch in den nächsten Jahren die kommunale Finanzausstattung der Kommunen zu verbessern.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sie müssen nicht versuchen, Sie müssen es machen! – Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Dazu sind Sie herzlich eingeladen und ich freue mich schon auf Ihre Mitarbeit. Ansonsten steht Ihnen bestimmt noch Redezeit zur Verfügung und Sie müssen nicht immer dazwischenbrüllen, sondern können jetzt sofort darauf antworten. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung über den von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichgesetzes Mecklenburg-Vorpommern auf Drucksache 6/2210. Der Innenausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 6/2434, den Gesetzentwurf der Landesregierung entsprechend seiner Beschlussempfehlung anzunehmen.

Ich rufe auf Artikel 1 Nummer 1 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Ich bin mir jetzt nicht sicher, wie die Fraktion der GRÜNEN abgestimmt hat.

(Michael Andrejewski, NPD:
Die sind geistig abwesend. –
Zurufe vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also dafür.

Damit sind Artikel 1 Nummer 1 sowie die Überschrift entsprechend der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Ich rufe auf Artikel 1 Nummer 2 entsprechend der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2455 vor, soweit er die Nummer 2 betrifft, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2455, soweit er die Nummer 2 betrifft, zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Druck-

sache 6/2455, soweit er die Nummer 2 betrifft, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer in Artikel 1 der Nummer 2 entsprechend der Beschlussempfehlung zustimmen wünscht, den bitte ich nun um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist in Artikel 1 die Nummer 2 entsprechend der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Gegenstimmen der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD angenommen.

Ich rufe auf Artikel 1 Nummer 3 entsprechend der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2455 vor, soweit er die Nummer 3 betrifft, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2455, soweit er die Nummer 3 betrifft, zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2455, soweit er die Nummer 3 betrifft, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer in Artikel 1 der Nummer 3 entsprechend der Beschlussempfehlung zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist in Artikel 1 die Nummer 3 entsprechend der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Gegenstimmen der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Nummern 4 bis 6 entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind in Artikel 1 die Nummern 4 bis 6 entsprechend der Beschlussempfehlung bei gleichem Stimmverhalten angenommen.

Ich rufe auf Artikel 1 Nummer 7 entsprechend der Beschlussempfehlung.

Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2455 vor, soweit er die Nummer 7 betrifft, über den ich zunächst abstimmen lasse. Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2455, soweit er die Nummer 7 betrifft, zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 6/2455, soweit er die Nummer 7 betrifft, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer in Artikel 1 der Nummer 7 entsprechend der Beschlussempfehlung zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimm-

enthaltungen? – Damit ist in Artikel 1 die Nummer 7 entsprechend der Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Gegenstimmen der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD angenommen.

Ich rufe auf in Artikel 1 die Nummern 8 bis 18 entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind in Artikel 1 die Nummern 8 bis 18 entsprechend der Beschlussempfehlung bei gleichem Stimmverhalten angenommen.

Ich rufe auf die Artikel 2 und 3 entsprechend der Beschlussempfehlung. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit sind die Artikel 2 und 3 entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses bei gleichem Stimmverhalten angenommen.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Wer dem Gesetzentwurf im Ganzen entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 6/2434 zustimmen wünscht, den bitte ich nun um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf entsprechend der Beschlussempfehlung des Innenausschusses auf Drucksache 6/2434 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Gegenstimmen der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD angenommen.

An dieser Stelle lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE auf Drucksache 6/2456 abstimmen, der die Einführung einer Entschließung in die Beschlussempfehlung beinhaltet. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE auf Drucksache 6/2456 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und NPD, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zwischen den Fraktionen ist folgende Änderung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte vereinbart worden: Tagesordnungspunkt 21 wird nach Tagesordnungspunkt 15, Tagesordnungspunkt 16 wird nach Tagesordnungspunkt 23 und Tagesordnungspunkt 24 wird zu Beginn der Sitzung am Freitag vor Tagesordnungspunkt 22 eingereiht. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, von der Fraktion DIE LINKE liegt Ihnen auf Drucksache 6/2553 ein Antrag zum Thema „„Kinderland M-V“ weiter vorantreiben!“ vor. Auf Wunsch der Antragsteller soll die Tagesordnung um diesen Antrag erweitert werden. Gemäß Paragraph 74 Ziffer 1 unserer Geschäftsordnung kann diese Vorlage beraten werden, wenn zwei Drittel der Mitglieder des Landtages die Dringlichkeit bejahen. Zugleich muss die Einreihung in die Tagesordnung beschlossen werden.

Das Wort zur Dringlichkeit wird gewünscht. Bitte schön, Frau Bernhardt.

Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE (zur Geschäftsordnung): Danke, sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Die Dringlichkeit des vorliegenden Antrages

begründet sich daraus, dass der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD für die 18. Legislaturperiode uns erst nach Antragsschluss für die Landtagssitzung vorlag. Entgegen dem ersten Entwurf des Koalitionsvertrages haben weder die Abschaffung des Betreuungsgeldes noch die Verankerung von Kinderrechten ins Grundgesetz Eingang in diesen Koalitionsvertrag gefunden. Das können wir nicht hinnehmen und fordern die Landesregierung auf, mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag unverzüglich dafür einzuschreiten und eine weitere Verzögerung auf Kosten der Kinder zu verhindern.

(Torsten Renz, CDU: Begründen Sie mal bitte die Dringlichkeit!)

Wir haben uns hier im Hohen Haus mehrfach zu diesen Themen verständigt. Die Sozialministerin plädierte immer wieder für die Abschaffung des untauglichen Betreuungsgeldes

(Torsten Renz, CDU: Dringlichkeit begründen! – Helmut Holter, DIE LINKE: Gerade gemacht. – Torsten Renz, CDU: Im Ansatz.)

und auch zu den Kinderrechten hatten wir uns im Dezember 2010 zu einem interfraktionellen Antrag von SPD, CDU und LINKEN entschlossen.

(Zurufe von Torsten Renz, CDU, und Helmut Holter, DIE LINKE)

Ich gehe also davon aus, dass sowohl die Landesregierung als auch der Landtag ein großes Interesse daran haben,

(Zuruf von Helmut Holter, DIE LINKE)

ihre Möglichkeiten zu nutzen, um diese notwendigen Vorhaben weiter voranzubringen. Jetzt direkt nach Verabschiedung des Koalitionsvertrages sollten der Landtag und die Landesregierung klar Stellung beziehen.

Die Abschaffung des Betreuungsgeldes und die Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz haben hohe Priorität für unser Land und ein weiteres Aufschieben ist nicht zu vertreten, weshalb wir diesen Antrag einreichen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht?

(Helmut Holter, DIE LINKE: Nein.)

Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um diese Vorlage zu? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? –

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Damit ist die Erweiterung der Tagesordnung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und CDU, bei Zustimmung der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und NPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3**: a) Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2014/2015, Drucksache 6/1999, hierzu Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses, Drucksache 6/2399, in Verbindung mit b) Zweite Lesung und Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2014/2015 und eines Verbundquotenfestlegungsgesetzes 2014/2015, Drucksache 6/2000(neu), sowie Beratung der Unterrichtung durch die Landesregierung – Mittelfristige Finanzplanung 2013 bis 2018 des Landes Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung, Drucksache 6/1998, hierzu Beschlussempfehlungen und Bericht des Finanzausschusses, Drucksachen 6/2400, 6/2401, 6/2402, 6/2403, 6/2404, 6/2405, 6/2406, 6/2407, 6/2408, 6/2409, 6/2410, 6/2411, 6/2412, 6/2413, 6/2414, 6/2415 und 6/2416. Hierzu liegen Ihnen Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE auf den Drucksachen 6/2518 bis 6/2538 sowie 6/2541 und 6/2542, Änderungsanträge der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 6/2539 und 6/2540(neu), Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Drucksachen 6/2543 bis 6/2552 sowie Änderungsanträge der Fraktion der NPD auf den Drucksachen 6/2458 bis 6/2517 vor.

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2014/2015**

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 6/1999 –

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Finanzausschusses (4. Ausschuss)**
– Drucksache 6/2399 –

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
– Drucksache 6/2518 –

**Gesetzentwurf der Landesregierung
Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2014/2015
und eines Verbundquotenfestlegungsgesetzes 2014/2015**

(Zweite Lesung und Schlussabstimmung)
– Drucksache 6/2000(neu) –

**Unterrichtung durch die Landesregierung
Mittelfristige Finanzplanung 2013 bis 2018
des Landes Mecklenburg-Vorpommern
einschließlich Investitionsplanung**
– Drucksache 6/1998 –

**Beschlussempfehlungen und Bericht
des Finanzausschusses (4. Ausschuss)**
– Drucksachen 6/2400, 6/2401, 6/2402,
6/2403, 6/2404, 6/2405, 6/2406, 6/2407,
6/2408, 6/2409, 6/2410, 6/2411, 6/2412,
6/2413, 6/2414, 6/2415 und 6/2416 –

Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE
– Drucksachen 6/2519 bis 6/2526, 6/2527(neu),
6/2528 bis 6/2538, 6/2541 und 6/2542 –

**Änderungsanträge der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksachen 6/2539 und 6/2540(neu) –

**Änderungsanträge der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
– Drucksachen 6/2543 bis 6/2552 –

Änderungsanträge der Fraktion der NPD
– Drucksachen 6/2458 bis 6/2517 –

Zunächst wird das Wort zur Berichterstattung erteilt. Hieran schließt sich die allgemeine Aussprache zum Haushaltsgesetz 2014 und 2015 an. Danach folgt die Beratung über alle Einzelpläne insgesamt und den Stellenplan, soweit hierzu Wortmeldungen vorliegen. Abstimmungen zu allen Einzelplänen und zum Gesetz einschließlich der Unterrichtung zur Mittelfristigen Finanzplanung finden am Ende der Aussprache nacheinander statt.

Sind Sie mit diesem Verfahren einverstanden?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr, Frau Präsidentin.)

Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Im Ältestenrat wurde weiterhin vereinbart, für die Aussprache insgesamt eine Dauer von 240 Minuten vorzusehen. Auch hierzu sehe und höre ich keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort zur Berichterstattung hat der Vorsitzende des Finanzausschusses Herr Koplin.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! In den vergangenen drei Monaten haben sich die Ausschüsse des Landtages intensiv mit den Einzelplänen, dem Haushaltsgesetz sowie dem Haushaltsbegleitgesetz befasst. Der Finanzausschuss hat als Federführer allein elf Sitzungen, davon acht Sondersitzungen und zwei mehrstündige öffentliche Anhörungen benötigt, um Ihnen heute die 17 Beschlussempfehlungen vorlegen zu können. Darüber hinaus enthält die Drucksache des Landtages 6/2416 den Bericht über die Haushaltsberatungen. Den rund 150 Seiten können Sie sowohl die thematischen Schwerpunkte der Beratungen zu den Einzelplänen als auch die vielfältigen Änderungs- und Entschließungsanträge entnehmen.

Ohne auf jede einzelne empfohlene Änderung eingehen zu wollen, möchte ich kurz zu einigen Aspekten der Beratungen im Ausschuss etwas sagen. Zum allerersten Mal empfiehlt Ihnen der Finanzausschuss, an jedem der insgesamt 14 Einzelpläne sowie dem Stellenplan Änderungen vorzunehmen. Eine in Gänze unveränderte Annahme, wie es bei den vergangenen Haushaltsberatungen bei einzelnen Einzelplänen üblich war, konnte der Finanzausschuss dieses Mal nicht befürworten. Aber Sie kennen ja den landläufigen Spruch: „Kein Gesetz verlässt das Parlament so, wie es hineingekommen ist.“ Zumindest in diesem Falle ist dieser Spruch zutreffend.

Im Einzelplan 04, sehr geehrte Damen und Herren, Geschäftsbereich des Innenministeriums, sehen die Empfehlungen des Finanzausschusses neben der Aufstockung des Investitionszuschusses an den Landessportbund auch die Einrichtung einer Reihe neuer Titel vor, beispielsweise zur Stärkung des Ehrenamtes in der Sportförderung oder zur Unterstützung des Tierparks

Ueckermünde bei notwendigen Instandsetzungsarbeiten. Das Letztgenannte gehört zu einer Reihe von wahlkreisbezogenen Einzelprojekten, die die Koalitionäre noch in die Beratung einspeisen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ist das jetzt eine Wertung? Das
ist aber eine starke Wertung, ne?)

Im Einzelplan 06, Geschäftsbereich des Wirtschaftsministeriums, empfiehlt der Finanzausschuss insbesondere die Einrichtung eines neuen Titels mit dem Ansatz von jeweils 5 Millionen Euro in 2014 und 2015 für das zweijährige Sonderprogramm „Lifte und Fahrstühle, barrierearmes Wohnen“. Damit soll mehr bezahlbarer barrierearmer Wohnraum in den Grund-, Mittel- und Oberzentren geschaffen werden.

Die Empfehlungen des Finanzausschusses sehen im Einzelplan 07, Geschäftsbereich des Bildungsministeriums, unter anderem die Einrichtung mehrerer neuer Titel, etwa für ein Modernisierungskonzept der kommunalen Bibliotheken oder zur Unterstützung des Projekts „DemokratieLaden Anklam“ sowie einer neuen Maßnahmengruppe „Archäologische Grabungen Tollensetal“ vor. Zudem empfiehlt Ihnen der Finanzausschuss die Verabschiedung einer Vielzahl von Entschlüssen. Beispielsweise soll die Landesregierung aufgefordert werden, die Auskömmlichkeit der Erstattungen des Landes an die Studentenwerke zur Umsetzung des BAföG zu überprüfen.

Für den Einzelplan 08, Geschäftsbereich des Landwirtschaftsministeriums, möchte ich als Beispiel für die vom Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen lediglich die Anhebung des Zuschusses für die Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern e. V. erwähnen. Damit soll der Verbraucherzentrale ermöglicht werden, zum Schutze der Verbraucher erforderliche Unterlassungsklagen erheben zu können.

Im Einzelplan 09, Geschäftsbereich des Justizministeriums, empfiehlt der Finanzausschuss, die Ansätze bei einer Vielzahl von Titeln kapitelübergreifend zu erhöhen. Diese Ansatzserhöhungen hatte der Europa- und Rechtsausschuss dem Finanzausschuss vor dem Hintergrund des auf Bundesebene zum 1. August dieses Jahres in Kraft getretenen 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes empfohlen.

Zum Einzelplan 10, Geschäftsbereich des Sozialministeriums, empfiehlt der Finanzausschuss unter anderem eine Ansatzserhöhung für die Förderung des Kinderschutzes um jeweils 10.000 Euro in 2014/2015 sowie die Fortführung der Jugendberufshilfe mit einem Ansatz von jeweils 50.000 Euro in den beiden Jahren.

Für den Einzelplan 15, Geschäftsbereich des Energieministeriums, empfiehlt Ihnen der Finanzausschuss, den Ansatz für Maßnahmen zur Landesentwicklung und Raumordnung um jeweils 20.000 Euro in beiden Haushaltsjahren zu erhöhen.

Sehr geehrte Damen und Herren, wie Sie dem Bericht auf der Drucksache 6/2416 entnehmen können, hat einen größeren Teil der Beratungen im Finanzausschuss der Bereich der Hochschulfinanzierung eingenommen. Hierzu haben wir eine mehrstündige öffentliche Anhörung durchgeführt sowie in mehreren Sitzungen beraten. Dabei wurde seitens der Universitäten und Hochschulen

unter anderem darauf gedrängt, die zur Verfügung gestellten Landesmittel nicht in der Relation zur Einwohnerzahl darzustellen. Diese Darstellung führe zwar zu besseren Werten, sei im Ergebnis aber nicht geeignet, da keine unmittelbare Korrelation zwischen der Einwohnerzahl unseres Bundeslandes und den Bedarfen der Hochschulen bestehe. Die Grundmittel in Relation zu den Studierenden und den Professoren seien im Ländervergleich zudem unterdurchschnittlich.

Die Fraktion der SPD hat erklärt, dass bei der Verteilung der insgesamt im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel Schwerpunkte gesetzt werden müssten. Insoweit müsse bei der Mittelverteilung letztlich auf die Relation der Mittel zu den Einwohnern abgestellt werden.

Mit Besorgnis haben die Abgeordneten zur Kenntnis genommen, dass viele Hochschulen erfolgreich eingeworbene Drittmittel nur noch aus der Rücklage kofinanzieren können. Dieses Problem wird umso größer, wenn man berücksichtigt, dass sich laut Aussagen der Anzuhörenden die Drittmiteleinnahmen aller Hochschulen des Landes je Professur von 2004 bis 2010 nahezu verdoppelt haben. Dabei ist die Quote der Drittmittel in Mecklenburg-Vorpommern sogar schneller als im Bundesdurchschnitt angestiegen.

In Bezug auf die Ausfinanzierung des Stellenplans haben mehrere Anzuhörende darauf verwiesen, dass die Personalmittel gemessen am Personalbedarf entsprechend dem Stellenplan nicht auskömmlich seien. Der Rektor der Hochschule Wismar hingegen hat erklärt, dass der Personalbestand nach dem Stellenplan zwar ausfinanziert sei, das vorhandene Personal allerdings nicht ausreiche.

Insoweit ist sicherlich zu berücksichtigen, dass die Universitäten und Hochschulen über einen Globalhaushalt verfügen, wodurch ihnen die Verschiebung von finanziellen Mitteln zwischen Sach- und Personalkosten möglich ist. Insofern können die Hochschulen auch Mittel für kleine Baumaßnahmen oder für die Kofinanzierung von Drittmitteln einsetzen, wodurch in der Folge dann allerdings weniger Mittel zur Ausfinanzierung des Stellenplans zur Verfügung stehen. Letztlich haben die Anzuhörenden den Globalhaushalt dennoch grundsätzlich begrüßt, da er die notwendige Flexibilität schafft. Moniert wurde allerdings auch, dass Defizite und echte Mehrbedarfe anders als bei titelscharfen Haushalten nicht ohne Weiteres erkennbar sind.

Im Rahmen der Anhörung sowie in den anschließenden Beratungen wurde auch das Thema der prekären Beschäftigung von Lehrbeauftragten diskutiert. Dabei stellte sich heraus, dass Lehrbeauftragte an einigen Hochschulen nur zwischen 15 und 35 Euro die Stunde bekommen. Diese Beträge werden noch erschreckender, wenn man berücksichtigt, dass davon sowohl die An- und Abfahrten als auch die Vor- und Nachbereitungszeiten der freiberuflich tätigen Lehrbeauftragten umfasst sind, ganz zu schweigen davon, dass hiervon auch noch Steuern abgeführt sowie die eigene Altersvorsorge bestritten werden müssen. Insofern kommen wir zumindest bei einem Stundensatz von 15 Euro sehr schnell unter die Grenze des Mindestlohnes von 8,50 Euro.

Meine Damen und Herren, was die Frage der Auskömmlichkeit der Hochschulfinanzierung insgesamt betrifft, so bestehen unterschiedliche Auffassungen, wie Sie ja aus den Pressemeldungen der letzten Zeit entnehmen

konnten. Da ich davon ausgehe, dass dieses Thema gleich in der Debatte eine größere Rolle spielen wird, möchte ich auf weitere Ausführungen hierzu an dieser Stelle verzichten und stattdessen noch einige Ausführungen zum Haushaltsgesetz und zum Haushaltsbegleitgesetz machen:

Der Finanzausschuss empfiehlt Ihnen in Artikel 1 des Gesetzes auf Drucksache 6/2000(neu), verschiedene Änderungen vorzunehmen. Einerseits sollen die Eurobeträge in Paragraph 1 unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Finanzausschusses zu den Einzelplänen aktualisiert werden. Ferner soll der Paragraph 8 Absatz 13 dahingehend neu gefasst werden, dass entgegen Paragraph 49 Absatz 3 Landeshaushaltsordnung für freigestellte Personalratsmitglieder insgesamt bis zu 17 Stellen mit einer weiteren Kraft besetzt werden dürfen. Bisher mussten stets im Einverständnis mit dem Finanzausschuss zusätzliche und mit einem entsprechenden Kw-Vermerk versehene Stellen geschaffen werden. Insofern würde auf der Grundlage unseres Vorschlages das Verfahren vereinfacht werden. Zudem soll der Paragraph 14 gleich in mehrfacher Hinsicht geändert werden: Zum einen soll die Obergrenze im Absatz 1 von 1 Milliarde Euro auf 1,2 Milliarden Euro erhöht werden. Zum anderen soll in den Absatz 13 ein neuer Satz eingefügt werden, der klarstellt, dass vor dem 7. Juni 2013 zur Förderung der Werften ausgegebene Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen auf diesen Höchstbetrag nicht angerechnet werden.

Lassen Sie mich nun noch einige Wörter zu der zum Artikel 1 des Haushaltsbegleitgesetzes, dem Werftenförderungsgesetz, durchgeführten öffentlichen Anhörung verlieren:

Der Staatsrechtler Herr Professor Dr. Kischel von der Universität Greifswald hat erklärt, dass die Übertragung der Letztentscheidungsbefugnis bei der Vergabe von Bürgschaften für die Werften auf den Finanzausschuss des Landtages verfassungswidrig ist. Zwar könne der Finanzausschuss Beschlussempfehlungen vorbereiten, jedoch müsse am Ende das Parlament in seiner Gesamtheit entscheiden. Zumindest müsste aber eine Klausel ins Gesetz aufgenommen werden, wonach der Landtag jede einzelne Bürgschaftsentscheidung an sich ziehen könnte.

Auch wenn diese verfassungsrechtlichen Bedenken aus Sicht der Opposition nach wie vor nicht ausgeräumt wurden, vertritt neben der Koalition zumindest auch der Landesrechnungshof die Auffassung, dass der Gesetzesentwurf durch die Ihnen nunmehr vorgeschlagenen Änderungen verfassungskonform wird.

Ferner haben mehrere Anzuhörende betont, dass keine der Werften in Mecklenburg-Vorpommern derzeit das im Gesetzesentwurf enthaltene Kriterium der Vollausslastung über einen Zeitraum von zwei Jahren erfüllt. Damit wäre aber keine Werft förderfähig im Sinne des Werftenförderungsgesetzes.

Unabhängig von den in der Anhörung vorgebrachten Bedenken haben die Anzuhörenden aber auch betont, dass Landesbürgschaften zur Ermöglichung einer Finanzierung dringend erforderlich sind, da sich die Banken aus dem Bereich der Schiffbaufinanzierung zurückgezogen haben. Vor diesem Hintergrund haben mehrere Anzuhörende das große Engagement des Landes für die Werften sowie den politischen Willen, dieses fortzusetzen, positiv hervorgehoben.

Im Ergebnis der Anhörung und seiner Beratungen empfiehlt der Finanzausschuss wesentliche Änderungen in den Paragraphen 3 und 11 des Gesetzesentwurfes. Danach soll nunmehr bis zu einer Höhe von 5 Millionen Euro allein die Lenkungsgruppe der Landesregierung entscheiden und der Finanzausschuss erst beteiligt werden – ich komme gleich zum Schluss –, wenn dieser Betrag überschritten wird. An der Letztentscheidungsbefugnis des Finanzausschusses wird in diesen Fällen dann allerdings weiterhin festgehalten. Zudem können Bürgschaften über den Sockelbetrag von 200 Millionen Euro bis zur Obergrenze von 400 Millionen Euro vergeben werden, sofern sich der Bund im Wege einer Rückgarantie an möglichen Ausfallzahlungen des Landes, die den Sockelbetrag übersteigen, mit 50 Prozent beteiligt. – So weit mein Bericht.

Frau Präsidentin, wenn Sie das noch kurz gestatten, ich möchte mich als Finanzausschussvorsitzender recht herzlich nicht nur bei Ihnen, Kolleginnen und Kollegen, bedanken, sondern auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien, die eine immense Arbeit geleistet haben. Aber ganz besonders ist es mir ein Bedürfnis, Danke zu sagen gegenüber den MitstreiterInnen im Finanzausschusssekretariat. Herr Albrecht hat eine rollende Woche, sieben Tage, gehabt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Denzer hat trotz gesundheitlicher Widrigkeiten das Fähnchen hochgehalten und auch Frau Ehrendreich hat sich mächtig reingekniet, dass wir Ihnen das alles vorlegen können.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, sehr geehrte Damen und Herren, der Landtag und der Finanzausschuss können stolz sein auf ein solches Ausschusssekretariat. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Ich eröffne die allgemeine Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Gundlack.

Tilo Gundlack, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Bevor ich zum allgemeinen Teil komme, möchte ich mich auch bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss, für die konstruktive Arbeit und das trotz vielfältiger Differenzen verantwortungsvolle Miteinander in den Beratungen bedanken. Bedanken möchte ich mich auch, wie der Kollege Koplin, bei den Mitarbeiterinnen im Finanzausschusssekretariat, bei Frau Denzer und Frau Ehrendreich. Dem Referatsleiter Herrn Patrick Albrecht gebührt an dieser Stelle ein besonderer Dank für seine Arbeit – Sie sagten es schon –, er hatte eine rollende Woche. Ich glaube, er hat es verdient, in den Urlaub zu gehen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Weiterhin möchte ich natürlich einen Dank an die Landesregierung richten, insbesondere an die Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeiter im Finanzministerium, die stets auch unter Zeitdruck zu unseren Fragen Rede und Antwort standen. Ich glaube, dem gebührt auch mal ein Applaus. Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das Hauptaugenmerk des Finanzausschusses liegt natürlich auf der finanziellen Situation unseres Landes und der weiteren Konsolidierung der Landesfinanzen. Die Koalitionsfraktionen und der Landesrechnungshof stimmen darin überein, dass das Ziel der Schuldenbremse nur durch eine Finanzpolitik der konsequenten Konsolidierung der Haushalte erreicht werden kann – dies auch vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, die Fachausschüsse des Landtages haben es geschafft, den Doppelhaushalt 2014/2015 rechtzeitig zu Ende zu beraten. Damit haben wir sichergestellt, dass die gesamte Landesregierung, alle nachgeordneten Einrichtungen, die kommunale Ebene, alle Zuwendungsempfänger und letztlich alle Investitionsvorhaben durchstarten können.

Meine Damen und Herren, Mecklenburg-Vorpommern kommt in den nächsten zwei Haushaltsjahren wieder ohne Neuverschuldung aus. Dies ist ein Grundsatz, den wir uns als SPD-Fraktion gesetzt haben, keine Neuverschuldung, und diesem Grundsatz wollen wir auch treu bleiben. Dies sage ich Ihnen nicht nur als verantwortungsbewusster Abgeordneter, meine Damen und Herren – einige von Ihnen sind es ja auch –, sondern auch als Vater einer fünfjährigen Tochter. Wir wissen ganz genau, die Zukunft liegt bei unseren Kindern und denen möchten wir natürlich keine neuen Schulden hinterlassen. Von der Warte her ist es halt so.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, ist es auch. Bravo!)

Meine Damen und Herren, auch wenn unsere solide Haushaltspolitik oft von der Opposition als ideenlos und langweilig betitelt wird – wir haben ein Ziel, wir haben eine Idee, und diesen gehen wir kontinuierlich nach.

Mecklenburg-Vorpommern wird noch gerechter werden.

(Michael Andrejewski, NPD:
Geht ja gar nicht mehr. –
Gelächter bei Udo Pastörs, NPD)

Wir werden dafür sorgen, dass kein Kind zurückgelassen wird, und wir setzen uns mit unserer vorausschauenden Politik dafür ein, dass die Haushalte nachhaltig saniert werden und es auch bleiben, aber wir setzen auch Schwerpunkte für morgen.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Wir investieren in Bildung. Da wären zu nennen das 50-Millionen-Bildungspaket mit Lehrerverbeamtung und Abminderungsstunden für lebensältere Lehrerinnen und Lehrer sowie der Sonderzahlung von 29 Millionen Euro in die Versorgungsrücklage für die Lehrerverbeamtung und weiterhin die bessere Betreuung in den Kindertagesstätten durch Absenkung der Fachkraft-Kind-Relation auf

eins zu fünfzehn. Ich weiß, einigen reicht das immer noch nicht. Vielleicht wird in den nächsten Jahren, in den nächsten Doppelhaushalten da ja noch eine Änderung herbeigeführt.

Für die Kommunen gibt es – das wurde schon kritisiert, ist aber nicht zu kritisieren – 100 Millionen Euro Konsolidierungshilfe über drei Jahre. Wir investieren in die Infrastruktur wie Straßenbau und Wohnraumförderung – letztlich mit einem Sonderprogramm von 10 Millionen Euro für Fahrstühle und Lifte für altersgerechtes Wohnen. Zu den einzelnen Aspekten werden meine geschätzten Fraktionskolleginnen und -kollegen ihre Einzelbeiträge liefern.

Meine Damen und Herren, mit den vorgenannten Schwerpunkten habe ich Ihnen verdeutlicht – zumindest habe ich es versucht –, dass die SPD-Fraktion und die Landesregierung ihren Kurs der soliden und machbaren Politik weiterführen und einen klaren Kurs fahren. Meine Damen und Herren, auf der anderen Seite habe ich mich seit der Ersten Lesung gefragt: Wo ist eigentlich der Oppositionskurs?

(Vincent Kokert, CDU: Gibt keinen.)

Zum Teil reden Sie das Land schlecht, zum Teil haben Sie wahre Schreckensgemälde an die Wand gemalt,

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

frei nach dem Motto: „Die Regierung tut nichts für das Land.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Die Anträge haben Sie schon gelesen,
Herr Gundlack?)

Doch sie tut es, aber im Rahmen des Machbaren, den Blickwinkel auf 2019 gerichtet.

Zu den Anträgen können wir ja nachher noch mal kommen, Herr Kollege Suhr.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Meine Damen und Herren der Opposition, Schlechtreden ohne eigene bezahlbare Konzepte ist keine gute Oppositionsarbeit und Strategie. Es ist unredliches Handeln und verantwortungslos. Machen Sie seriöse Vorschläge und wir werden sie prüfen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ha, ha!)

denn die uns heute vorliegenden Änderungsanträge spiegeln eher Ihre eigene Hilflosigkeit wider.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Richtig. –
Vincent Kokert, CDU: Genau.)

Bisher kamen Ihre Forderungen nach dauerhaften Mehrbedarfen, zum Beispiel nach noch weitergehender Absenkung der Fachkraft-Kind-Relation – ich sagte es bereits – und noch mehr Geld für die Universitäten und Hochschulen – wobei Sie eigentlich nur von Universitäten reden, nicht von Hochschulen. Der Kollege Saalfeld spricht in seinen Äußerungen immer nur von Universitäten und nicht von den Hochschulen, die lässt er einfach mal aus.

Hier möchte ich mal kurz auf das eingehen, was heute Morgen über den Ticker lief. Herr Kollege Holter, Sie meinten heute Morgen, hier würde billige Polemik abgeliefert. Dessen kann ich Sie jetzt aber auch bezichtigen. Was Sie heute hier abgeliefert haben in der Presse,

(David Petereit, NPD: Selber! Selber!)

wo Sie dem Minister unredliches Verhalten vorwerfen und sagen, das Maß ist voll, da glaube ich, Ihr Maß ist auch langsam voll, denn Sie wissen ganz genau, wie das gekommen ist – vielleicht legen Sie sogar wissentlich hier ein falsches Zeugnis ab –,

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass das unredlich ist und Sie sich eigentlich mal zurückhalten sollten.

(Heiterkeit bei Helmut Holter, DIE LINKE:
Da kann ich ja nur lachen. –
Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Wer hat ein falsches Zeugnis abgelegt? –
Udo Pastörs, NPD: Was faseln
Sie da alles?)

Es ging um die Zahlen des Statistischen Bundesamtes und Sie wissen ganz genau, wie das Verfahren gelaufen ist, dass das Ministerium angefragt hat und dass es Zahlen bekommen hat, die – wie sich im Nachhinein herausgestellt hat – falsch waren,

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber ohne einen Zusatz hat das Statistische Bundesamt diese Zahlen geliefert. Ich glaube nicht, dass Sie, Herr Kollege Holter, ein Recht dazu haben, den Minister dafür zu verurteilen und sogar den Rücktritt zu fordern.

Herr Kollege Saalfeld, zu Ihnen möchte ich eigentlich gar nichts mehr sagen, weil es lohnt sich einfach nicht mehr, was zu sagen. Sie fordern ...

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Beifall Egbert Liskow, CDU –
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das war ja ein Argument.)

Das kommt ja erst noch.

Herr Kollege Saalfeld, Sie fordern immer von uns, von der Regierungskoalition fordern Sie immer parlamentarisches Verhalten ein. Was Sie manchmal an den Tag legen, das widerspricht dem in Gänze, das haben wir heute Morgen wieder erleben dürfen.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Ach!)

Aber ich möchte noch mal zurückkommen ...

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben Sie nicht verstanden? Das ist mir schon klar, Herr Kollege Suhr, dass Sie das nicht verstanden haben.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Nein, „verpasst“ war das Wort, nicht
„verstanden“, Herr Kollege.)

Weiterhin fordern Sie noch mehr Geld für das Wohnraumprogramm, noch mehr Geld für die Studentenwerke, und ich muss auch hier noch mal sagen, Herr Kollege Saalfeld – jetzt muss ich doch noch mal zu Ihnen kommen –, wir muten im Land den Kindern und Jugendlichen längere Wege zu den Schulen zu, aber dass die Studenten zu den Hochschulen oder den Universitäten mal fünf Meter laufen müssen, das darf in Ihren Augen nicht sein.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Was? Was meint er denn damit?)

Ich sage, Sie müssen mal aus Ihrem Tunnelblick herauskommen und sich den Realitäten stellen. Ich glaube schon, dass man den Studenten zumuten kann, mal ein paar Meter zu laufen oder mit der S-Bahn, der Straßenbahn oder dem Bus zu fahren.

Meine Damen und Herren, dies haben Sie abgeliefert und wollen alles mit ungedeckten Schecks und Neuverschuldung bezahlen, oder? Aber nein, Sie sind ja kreativ geworden – das haben wir heute Morgen wieder erlebt oder gestern Abend zumindest – bei dem Bearbeiten Ihrer Anträge. Sie wollen gleich die Ausgleichsrücklage schröpfen und den Zinstitel killen. Wahrscheinlich hat der Kollege ...

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Killen, killen.

(Udo Pastörs, NPD: Was killen?)

Den Zinstitel killen.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, und Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Konkret berechnet ...

Ja, ja, Herr Kollege Suhr, ich weiß, dass Sie die Glaskugel zu Hause haben oder im Fraktionsraum oben,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

wo Sie reingucken können, wie sich die Zinsen in diesem und im nächsten Jahr ...

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Waren Sie schon mal da?)

Ich hatte noch keine Einladung. Ich vermute es, habe ich gesagt.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Na, jetzt haben Sie die Einladung.)

Dann komme ich nachher mal bei Ihnen vorbei in Ihrem Büro, da können wir uns darüber unterhalten.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Aber, wie gesagt, anscheinend haben Sie die Glaskugel, um reinzusehen, wie sich der Zinstitel oder wie sich die Zinsen im europäischen Raum entwickeln.

Um noch mal zur Ausgleichsrücklage zu kommen: Wir wissen alle nicht nur, dass der Bund der Steuerzahler dazu etwas geliefert hat. Dem bin ich auch sehr dankbar dafür, in diesem Punkt zumindest.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, sonst sieht das nicht so doll aus, ne? – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Sonst sieht das nicht so doll aus, nein, Herr Kollege Kokert.

Und vor allen Dingen, lesen Sie in der Mittelfristigen Finanzplanung auf Seite 46 mal die Übersicht oder betrachten Sie die Übersicht, wofür die Ausgleichsrücklage eventuell benutzt werden müsste, wenn es zu keinen Mehreinnahmen kommen könnte

(Egbert Liskow, CDU: Oder ein Defizit.)

oder wenn die Einnahmen zurückgehen – noch schlimmer.

Aber, meine Damen und Herren von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Sie wollen ja lieber gleich Arbeitsplätze vernichten.

(Zurufe aus dem Plenum: Aha!? Was?)

Das haben Sie selber gesagt, Herr Kollege Saalfeld. Haben Sie das schon vergessen? Ich glaube, der Herr Kollege Backhaus ist ja auch noch da. Gehen wir doch mal in einen Ausschuss zurück, wo gesagt worden ist, Sie wollen zum Beispiel Redefin komplett zumachen. Sie wollen die Arbeitsplätze vernichten, Sie wollen die Leute auf die Straße jagen

(Heiterkeit bei Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und die Pferde meinetwegen zum Abdecker bringen.

(Vincent Kokert, CDU: Rossschlächter!)

Wenn Sie das so machen wollen, dann müssen Sie es hier auch mal klar und deutlich sagen!

(allgemeine Unruhe – Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf der anderen Seite, über das lustige Thema Hub-schrauber brauchen wir uns, glaube ich, gar nicht mehr zu unterhalten.

(Vincent Kokert, CDU: Das ist aber interessant und unterhaltsam.)

Das ist sehr interessant, das haben wir aber jedes Jahr und jeden Tag oder jeden Monat mindestens einmal auf der Tagesordnung.

(Zuruf von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, die GRÜNEN wollen ja gleich den Flughafen Rostock-Laage schließen –

(Vincent Kokert, CDU: Ach, auch noch?)

ist vielleicht besser, ne? – und die Polizei in ihren Handlungsspielräumen einschränken, indem sie die Ausstattung runterfahren wollen, zum Beispiel auch die Kfz-Ausstattung. Oder wir nehmen die Pferde, die wir vielleicht in Redefin einsparen,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

dann dazu, dass die Polizisten wieder berittene Polizisten werden und durchs Land reiten können. Vielleicht bringt das auch mal was.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach, Herr Gundlack! – Zuruf von Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zu dem Thema der kommenden Jahre. Ich weiß, es ist schlimm für einige. Wenn Sie die Wahrheit nicht hören können,

(Zurufe von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dann sollten Sie sich doch lieber mal die Ohren zuhalten.

Komme ich zu den kommenden Jahren oder besser Jahrzehnten, dann wird die größte Herausforderung für uns in der Schuldentilgung liegen. Neben den normalen Landesschulden von circa 10,4 Milliarden Euro beläuft sich die implizite Verschuldung durch angehäuften Versorgungslasten auf circa 4,5 Milliarden Euro. Diese Tatsachen können einen Finanzpolitiker nicht wirklich richtig glücklich machen, denn wir haben, ...

(Udo Pastörs, NPD: 4,8 sind es.)

4,5.

... denn wir haben im vorliegenden Doppelhaushalt keine planmäßige Schuldentilgung mehr drin. Angesichts der anhaltenden Niedrigzinsphase mag das Problem relativ harmlos erscheinen, ich plädiere aber doch dafür, mögliche Haushaltsüberschüsse 2013 und in den Folgejahren für die Schuldentilgung einzusetzen, denn das Koalitionsziel, die Pro-Kopf-Verschuldung – aktuell bei 6.352 Euro pro Einwohner – nicht weiter anwachsen zu lassen, erfordert jährliche Rückzahlungen von circa 80 bis 100 Millionen Euro. Denken Sie bitte auch daran, dass die jährlich etwa 346 Millionen Euro Zinslasten unsere Handlungsspielräume gewaltig einschränken. Bei einem Haushaltsvolumen von 7,3 Milliarden sind 10,4 Milliarden Euro Schulden doch schon eine gewaltige Summe.

(Egbert Liskow, CDU: Das stimmt.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu den Schwerpunkten in den jeweiligen Einzelplänen sowie zu den vorliegenden Oppositionsanträgen werden meine Fraktionskollegen gegebenenfalls noch mal Erläuterungen geben. Insofern lassen Sie mich nun mein Augenmerk auf das Haushaltsbegleitgesetz legen, die Gesetzesänderung im Haushaltsbegleitgesetz: in Artikel 1 das Werftenförderungsgesetz, in Artikel 2 die Änderung

des Landwirtschaftssondervermögensgesetzes und in Artikel 3 die Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Sanierung ökologischer Altlasten in Mecklenburg-Vorpommern“. Ich möchte mich in meinen Ausführungen insbesondere auf das Werftenförderungsgesetz beschränken.

Meine Damen und Herren, erstmals wird es in Mecklenburg-Vorpommern ein Werftenförderungsgesetz geben. Darin werden der Gesamtrahmen für Bürgschaften, das Verfahren und die Kriterien für Bürgschaften und Kredite des Landes für die Werften in M-V festgeschrieben. Der Gesamtbürgschaftsrahmen des Landes beträgt maximal 400 Millionen Euro, wobei sich der Bund mit maximal 100 Millionen Euro beteiligen wird, wenn die Bürgschaft des Landes mit 200 Millionen Euro fällig werden sollte. Insofern steht ein Gesamtbürgschaftsrahmen von 500 Millionen Euro der öffentlichen Hand bereit, um den Industriekern – den maritimen Industriekern wohlbermerkt – Werften in Mecklenburg-Vorpommern zu unterstützen.

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist aus unserer Sicht eine wirklich angemessene Summe. Es wird im Werftenförderungsgesetz auch klar definiert, dass es Bürgschaften nur für die Bauzeitfinanzierung geben wird. Das Land kann und will nicht die Risiken der Reedereien übernehmen, die sich bei Bürgschaften für Endzeitfinanzierungen ergeben würden. Das liegt weder im Landesinteresse, noch ist es die Aufgabe des Steuerzahlers, das unternehmerische Risiko von international agierenden Reedereien zu übernehmen.

Zukünftig wird es im Wirtschaftsverfahren ein dreistufiges Verfahren geben. Nach Vorentscheidung der Landesregierung werden die Entscheidungsunterlagen der Lenkungsgruppe „Großbürgschaften und -kredite für die maritime Wirtschaft“ zugeleitet, die wiederum die Bürgschaftsfähigkeit einschätzen wird. Danach muss der Finanzausschuss im Landtag die endgültige Entscheidung treffen. Erst dann ist die Landesregierung befugt, die Bürgschaft auszureichen. Damit soll mehr Transparenz der Vergabeverfahren hergestellt werden und – ja, ich sehe es zumindest so – wir stärken auch unsere Werften damit. Es wird sichergestellt, dass auch die Oppositionsfaktionen des Landtages jeweils alle Entscheidungsunterlagen und -grundlagen zur Kenntnis erhalten und sich an den Entscheidungen beteiligen können.

Nun gab es im Finanzausschuss und über die Presse doch einige Kritik von der Opposition. Offenbar sehen sich die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE außerstande,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

solche weitreichenden Entscheidungen mitzutragen.

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Immerhin geht es um ein Bürgschaftsvolumen und damit um ein Haushaltsrisiko von 400 Millionen Euro.

Meine sehr geehrten Damen und Herren und Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN, nicht nur ich frage mich, warum es Ihnen nicht gelingen mag und soll, die Entscheidungen nach demselben Gutachten und demselben Kenntnis-

stand zu treffen, wie sie der Landesregierung zur Entscheidungsfindung vorliegen. Wir erhalten im Finanzausschuss genau dieselben Gutachten von PwC und dieselben Bewertungen des Schiffbausachverständigen wie die Landesregierung und die neu zu gründende Lenkungsgruppe „Großbürgschaften“,

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

um uns auch eine detaillierte Meinung bilden zu können.

Ich lese Ihnen das noch mal vor, Herr Saalfeld, falls Sie das noch nicht wissen. Sie machen manchmal so den Eindruck, dass Sie das noch nicht wissen, worum es eigentlich geht.

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Entscheidungen werden nun mal von Menschen getroffen, dort in der Landesregierung genauso wie im Finanzausschuss. Was, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, soll da jetzt anders sein? Für mich ist das Gebaren der Opposition allein ein sich Drücken vor der Verantwortung.

(Zuruf vonseiten der Fraktion
der SPD: So ist es. Richtig.)

Ich muss mich allerdings fragen, warum beispielsweise Herr Saalfeld im Untersuchungsausschuss so tut, als hätte er bei den Bürgschaften für die P+S Werften schon vorher alles besser gewusst.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

In der Zukunft wird er ja zeigen können, welch brillanter Entscheidungsträger er ist,

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

denn nur, weil er mal ein Seminar „Bilanzen richtig lesen“ mitbekommen hat, muss das noch lange nicht heißen, dass er auch ein guter Entscheidungsträger wird.

(Udo Pastörs, NPD:
Wie Sie zum Beispiel.)

Aber wir werden uns überraschen lassen.

(Zurufe von Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, und Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Fraktion DIE LINKE sieht sich offenbar gänzlich außerstande, eine Bürgschaftsentscheidung für die Werften mitzutragen. Donnerwetter, kann ich da nur sagen, und das bei Herrn Holter! Aber die Klinge haben wir ja schon einmal gekreuzt, das will ich hier nicht noch mal machen.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Das kennen Sie nicht? Doch, ich habe mal Herrn Holter, er hat sich auch dafür bedankt, wenn Sie sich noch erinnern, dass ich ihm ...

(Udo Pastörs, NPD: Mal gesagt
haben, die Bilanz zu lesen.)

Nee, das habe ich nicht gesagt. Ich habe zu ihm gesagt, immer wenn ich über die Werft gehe oder mit Werftmitarbeitern rede, egal aus welcher Abteilung und welcher Ebene, fällt der Name Herr Holter, und dass er nun nicht mehr entscheiden kann über die Werften, das finde ich dann schon ein bisschen merkwürdig, weil bei dem Sachverstand, den er über die Jahre gewonnen hat, muss er doch eigentlich auch entscheiden können.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Also Helmut, reden wir mit den Leuten, ist es auch verkehrt.)

Nein, das ist nicht verkehrt, Herr Kollege Ritter. Es ist löblich, aber er soll sich dann nicht hinstellen und sagen, er kann darüber nicht entscheiden, denn das kann ihm keiner mehr abnehmen in diesem Hohen Hause.

Und, meine Damen und Herren, wir sehen auch der von den LINKEN lauthals angekündigten Verfassungsklage gelassen entgegen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Das hat schon mal einer gesagt. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Das hat schon mal einer gesagt, aber wir sehen ihr wirklich so gelassen entgegen. Dazu kann ja mein Kollege Herr Schulte noch nähere Ausführungen machen, wenn Sie noch mehr Redebedarf haben.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ist gerade nicht da.)

Der kommt aber nachher noch.

Meine Damen und Herren, zur Mittelfristigen Finanzplanung 2013 bis 2018 möchte ich nur kurz ausführen, auch weil dazu keine Debatten und Anträge im Finanzausschuss stattgefunden haben beziehungsweise gestellt wurden.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, darauf komme ich nachher noch mal zurück.)

Die Mittelfristige Finanzplanung macht klar, dass es für den Fortbestand unseres Bundeslandes unbedingt notwendig ist, weiterhin die strukturellen Defizite abzubauen. Die Handlungsbedarfe werden für das Jahr 2016 mit 40,3 Millionen Euro, für das Jahr 2017 mit 54,4 Millionen Euro und für das Jahr 2018 mit 75,9 Millionen Euro ausgewiesen. Das bedeutet, dass die jetzt bei den einzelnen Titeln ausgewiesenen Finanzplandaten in den nächsten Jahren nicht unbedingt fortgeschrieben werden können. Auch im heute abzuschließenden Haushaltsplan ist das strukturelle Defizit durch den Rückgriff in die Ausgleichsrücklage zu erkennen. Im Jahr 2014 werden etwa 60,2 Millionen Euro und im Jahr 2015 etwa 46,3 Millionen Euro Entnahmen aus der Rücklage erfolgen. Wie Sie sehen, dieses Land lebt schon teilweise von der Substanz.

(Udo Pastörs, NPD: Teilweise?!)

Aber das Problem drückt und wird immer stärker, wenn wir unseren Weg der Haushaltskonsolidierung nicht konsequent weiterverfolgen. Damit ist klar, dass der Gesetzgeber auch weiterhin Schwerpunkte setzen muss. Zu den Haushaltsrisiken zählen die demografische Entwicklung und hierdurch erhebliche Mindereinnahmen bei den Steuern, die Zinsentwicklung – ich sprach vorhin davon –, die Neuausrichtung des Länderfinanzausgleiches – noch ist

das ein Buch mit sieben Siegeln –, der Rückgang der EU-Subventionen, die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung – es kann auch zu Konjunktüreinbrüchen kommen, einige interessiert das anscheinend ja nicht –

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und damit die Entwicklung der Steuereinnahmen.

Wichtig bleibt es für unsere regionale Wirtschaft aber, dass das Investitionsniveau möglichst hoch gehalten wird.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Der Rückgang der Investitionen von 2013 bis 2018 ist insbesondere durch den Wegfall von Solidarpakt- und EU-Mitteln bestimmt und daher unvermeidlich. Das Investitionsniveau konnte gegenüber der alten Mittelfristigen Finanzplanung etwas aufgestockt werden. Investitionen werden im Jahr 2018 wegen der Solidarpaktmittel noch über dem Niveau der westlichen Flächenländer liegen. Der Angleichungsprozess muss aber bis 2019 abgeschlossen sein, da ab 2020 der Solidarpakt ausläuft und nicht mit einer Neuauflage zu rechnen ist. Vielleicht gibt es ja auch noch bei der neuen Bundesregierung Änderungen.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, der uns vorliegende Haushaltsentwurf ist eine solide Basis für diese Jahre 2014/2015. Er lässt unsere Schwerpunkte deutlich erkennen und gibt der Landesregierung den Auftrag zu sparsamer und wirtschaftlicher Haushaltsführung mit auf den Weg.

An dieser Stelle möchte ich zunächst meine Ausführungen beenden und bitte Sie um Zustimmung zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Fraktionsvorsitzende Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für die Bewertung des vorliegenden Doppelhaushaltes 2014/2015 lohnt sich zunächst ein Blick zurück: Die ersten zwei Jahre der Koalition waren durch Ankündigungen und Versprechungen durch die Regierung auf der einen Seite und Frust und Enttäuschung bei den Menschen auf der anderen Seite geprägt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wichtige Baustellen wurden eröffnet, zu Ende gebracht wurden viele nicht, einige dagegen nur entgegen dem Willen der Bürgerinnen und Bürger. Eine Theater- und Orchesterreform wurde angekündigt – bis heute außer Frust nichts Konkretes. Ein Zukunftsvertrag mit den Kommunen sollte abgeschlossen werden – bis heute liegt er nicht vor.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wir arbeiten daran. Das kriegen wir schon hin. –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie haben ja Schweißperlen auf
der Stirn vor lauter Arbeit!)

An den Hochschulen und den Schulen brennt es lichterloh, aber der Bildungsminister greift nicht ein, sondern zur Politikermathematik, und schon belegt Mecklenburg-Vorpommern vordere Rankingplätze. Die Beamten sind frustriert, weil ihre Besoldung nicht an den Tarifabschluss der Angestellten angepasst wurde. Menschen gehen für die Südbahn auf die Straße, aber die Koalition nimmt dieses nicht zur Kenntnis.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wir stehen ja kurz vor der
Revolution, nicht wahr, Herr Holter?)

Gegen die Gerichtsstrukturreform regte und regt sich breiter Widerstand, aber die Koalition peitscht ihr Gesetz durch. Der Osten von Mecklenburg-Vorpommern fühlt sich abgehängt und meldet sich zu Wort. Da er nicht gehört wird, schreiben Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Unternehmerinnen und Unternehmer Brandbriefe.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Die Energiewende kommt nicht voran. Und wie müssen sich die Menschen in Stralsund gefühlt haben, als im Sommer 2012 die Volkswerft Insolvenz anmeldete? Wie muss den Stralsundern zumute gewesen sein, als Ende Oktober die Transfergesellschaft auf der insolventen Volkswerft endete

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

und die Regierung, der Ministerpräsident und die Arbeitsministerin schwiegen?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist unfair, was Sie da sagen.)

Proteste, Demonstrationen, Anhörungen, Briefe, E-Mails, Bitten, Fürbitten –

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Holter,
Sie sind sich für nichts zu schade! Sie
sind sich wirklich für nichts zu schade!)

die Menschen wollen gehört und erhört werden. Sie wollen sich in der Politik wiederfinden, sie treffen aber auf eine lächelnde Maske des Schweigens.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Mann, oh Mann!
Das ist aber bitterböse, was Sie da erzählen! –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Meine Damen und Herren, als die Koalition von SPD und CDU den Haushalt im September dieses Jahres in den Landtag einbrachte, habe ich darauf hingewiesen, dass die Regierung immer nach demselben Muster verfährt, der Redebeitrag von Herrn Gundlack bildet dafür das Beispiel. Ich darf kurz zitieren: „Hinter uns liegen schwierige Zeiten, wir haben das aber gut gemeistert. Wir haben noch schwierige Zeiten vor uns, aber auch das werden wir gut meistern. Wir müssen Schwerpunkte setzen, die richtigen Schwerpunkte setzen nur wir. Wir können mit Geld umgehen, die Opposition kann“ es nicht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Stimmt.)

Ja, Herr Gundlack, genau das haben Sie eben noch mal hier referiert.

(Tilo Gundlack, SPD: Das ist auch
richtig. Das ist auch richtig so. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Meistersinger.)

Ihr Muster hat sich heute wieder bestätigt,

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

wenn wir uns mit dem Haushalt für die nächsten zwei Jahre befassen werden und er heute durch die Mehrheit der Koalition verabschiedet wird.

Ich frage Sie, meine Damen und Herren der Koalition, wie es denn mit Ihrem Verständnis und noch mehr mit Ihrem Selbstbewusstsein als Abgeordnete aussieht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gut. –
Tilo Gundlack, SPD: Wir haben
Selbstbewusstsein.)

Ich kann mich gut erinnern, dass Kollege Kokert hier mal eine selbstbewusste CDU-Fraktion angekündigt hat.

(Vincent Kokert, CDU:
Wir haben Wort gehalten.)

Was haben Sie aber getan?

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Sie haben den Haushalt in einem Eilverfahren durchgepeitscht.

(Vincent Kokert, CDU, und
Egbert Liskow, CDU: Was?! Was?! Was?! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oooh!)

Ja, natürlich. Viel Zeit und Kraft haben wir für Anhörungen aufgewendet.

(Tilo Gundlack, SPD, Vincent Kokert, CDU,
und Egbert Liskow, CDU: Jooo!)

Aber ich darf Sie fragen, meine Damen und Herren der Koalition, wozu. Einer inhaltlichen Diskussion, Herr Gundlack, Herr Kokert

(Vincent Kokert, CDU: Ja.)

und Herr Nieszery, haben Sie sich nämlich nicht gestellt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Doch, haben wir. –
Tilo Gundlack, SPD: Sie waren bei den
Anhörungen doch dabei.)

Ich war bei den Anhörungen dabei.

(Tilo Gundlack, SPD: Ich war bei allen
dabei. Ich war bei allen dabei, ja, jaja.)

Ich habe gesehen, wie Sie sich gegenüber den Werftkolleginnen und -kollegen, gegenüber den Sachverständigen benommen haben: arrogant, ignorant. Sie haben SMS geschrieben, Sie haben sonst was mit Ihren Smartphones und iPhones gemacht, aber nicht zugehört,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wer denn? Wer denn?)

weil Sie Ihr Ding durchpeitschen wollten. Das ist Ihre Haltung zu dem Haushalt! Das ist Ihre Haltung zu Sachverständigen!

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, Herr Holter!)

Und die Ignoranz und die Arroganz werden im Folgenden klar,

(Tilo Gundlack, SPD: Wo sind denn
Ihre Argumente, Herr Holter?)

genau bei diesen Anhörungen. Es ist noch nie so viel Kritik vorgetragen worden wie in dieser Haushaltsdebatte.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Von wem
denn? – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Verbesserungen wurden eingefordert, Alternativen wurden aufgezeigt. Sie,

(Tilo Gundlack, SPD: Wo haben Sie denn
Alternativen aufgezeigt? Gar keine!)

Sie blieben stumm und beharrten stur auf Ihrer Auffassung. Sie handeln nach dem bekannten Bild der drei Affen – nichts hören, nichts sehen und nichts sagen –

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Gucken Sie sich
mal die Zahlen an, Herr Holter! Wer lesen
kann, ist klar im Vorteil. Gucken Sie sich
mal die Zahlen im Haushalt an!)

und das haben Sie bis zur Perfektion einstudiert.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU)

Meine Fraktion hat dagegen zahlreiche Anregungen aus den öffentlichen Anhörungen aufgegriffen. Wir haben zahlreiche Anträge formuliert.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ja, das stört Sie, das ärgert Sie,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Everybody's
Darling! Everybody's Darling! –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

dass wir uns heute nun lange damit beschäftigen müssen, auch mit den anderen Anträgen von den Fraktionen, aber das ist unser Verständnis von einer aktiven Haushaltsberatung.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Immer schön Geld
fordern und nicht wissen, woher es kommt.
Das ist Ihre Haushaltspolitik! –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wir haben diese Anträge formuliert und haben die Anregungen aus den Beratungen aufgenommen. So haben wir uns zum Beispiel für Modernisierungs- und Bauzuschüsse für die Wohnraumförderung eingesetzt.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach?!)

Ja.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und wer
hat das am Ende verwirklicht, Herr Holter?)

Ein Riesenproblem,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wer hat das am
Ende verwirklicht? Wer hat das verwirklicht?)

das CDU und SPD und allen voran Minister Harry Glawe völlig unzureichend angehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nun bleiben Sie
mal bei der Wahrheit! Wer hats gemacht?)

Kennen Sie das Verfahren,

(Rainer Albrecht, SPD:
Wer hats gemacht?)

kennen Sie ...

Ja, ja, Herr Albrecht, kennen Sie das Verfahren?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ja, wer? Wer hats gemacht? –
Tilo Gundlack, SPD: Nicht die Schweizer.)

Also da fragen Sie mal Herrn Schulte, wie wir das Verfahren gemacht haben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Wir! Wir! Wir! Wir habens gemacht!)

und dann seien Sie jetzt mal ganz still.

(Zurufe aus dem Plenum: Oooh!)

Nicht Sie, sondern Herr Nieszery.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bitte! Bitte!)

Erklären Sie ihm, wie wir das im Bauausschuss gemacht haben mit diesen Anträgen.

(Heiterkeit und Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU)

Im Haus des Bildungsministers gibt es so viele Baustellen, da könnte Mathias Brodkorb glatt als Bauminister durchgehen.

(Tilo Gundlack, SPD: Fürchterlich.)

Manche sprechen auch vom Minister für Pleiten, Pech und Pannen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ohne
Sie hätte es alles nicht gegeben.)

Und Herr Gundlack, ich will auf den Gipfel des Ganzen eingehen.

(Tilo Gundlack, SPD:
Ja, gehen Sie mal rauf!)

Am letzten Donnerstag, ich war ja anwesend im Finanzausschuss, öffentliche Sitzung,

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

und wie ich gehört habe, hat der Minister darauf bestanden, dass diese Sitzung öffentlich ist.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Zum Ende, nachdem Herr Saalfeld und andere ihre Fragen gestellt haben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Zwei Fragen, und dann
waren die so still.)

auch ich, und Herr Koplin als Vorsitzender die Sitzung schon beenden wollte, meldete sich Herr Brodkorb, der zuständige Minister, noch mal zu Wort, um den Anwesenden anhand von Zahlen des Statistischen Bundesamtes zu beweisen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

dass doch Mecklenburg-Vorpommern im Länderranking vordere Plätze bei der Finanzierung der Hochschulen und Universitäten einnehme.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Wie sich jetzt herausstellte, entbehrten diese Zahlen jeglicher Grundlage.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ist das
die Schuld von Herrn Brodkorb?)

Auf Forderung, auf Forderung, ...

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Warten Sie doch mal!

... auf Forderung des Statistischen Bundesamtes wurde jetzt die Pressemitteilung aus der Internetseite des Ministeriums entfernt. Aber Herr Brodkorb muss Zahlen, die geliefert werden – das ist seine Verantwortung – kritisch begutachten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Vom
Bundesamt? Sagen Sie mal, Herr Holter,
was fordern Sie hier eigentlich?!)

Ja, auch vom Statistischen Bundesamt.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Und wer versucht, meine Damen und Herren, wer versucht, den Vorwurf der Täuschung mit falschen Zahlen auszuräumen, ist mehr als ein Täuscher.

(Tilo Gundlack, SPD: Hören Sie doch auf! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das war doch
keine Täuschung! Was Sie hier abdrehen!)

Und in der Tat, Herr Gundlack, das Maß ist voll!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Mann, Mann, Mann! Was ist aus
Ihnen geworden, Herr Holter?!)

Herr Ministerpräsident, Sie sind gefordert, Konsequenzen zu ziehen, wo Sie doch gerade bei der Neubesetzung von Ministerposten in Ihrem Kabinett sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Durch den politischen Notstand im Bildungsministerium musste meine Fraktion besonders viele Initiativen im Bildungsbereich ergreifen.

(Vincent Kokert, CDU: Ja,
auf die haben wir gewartet.)

Die erheblichen finanziellen Probleme haben wir mit unseren Anträgen zumindest lindern wollen. Und, Herr Kokert, da müssen Sie jetzt aber wirklich mal der Kollegin Frau Oldenburg recht geben,

(Vincent Kokert, CDU: Das tue ich. Ich schätze
sie sehr, die Kollegin. Sie würde so eine Rede
wie Sie auch nicht halten, Herr Holter.
Das ist ihr schon peinlich.)

dass sie eine Vielzahl von Themen, von Defiziten und Mängeln aufgezeigt hat, und auch aufgezeigt hat, wie diese Probleme behoben werden können. Einige sind auch angepackt worden,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ach?! Ist doch schön.)

dank der Initiative von Simone Oldenburg. Das, glaube ich, gehört zur Wahrheit dazu.

(Vincent Kokert, CDU: Nennen
Sie doch mal ein paar!)

Aber wir haben Anträge,

(Vincent Kokert, CDU:
Nennen Sie doch einfach mal ein
paar! Nicht so viele Allgemeinplätze.)

wir haben Anträge eingebracht, beispielsweise zum Ausbau der Ganztagschule beziehungsweise der vollen Halbtagsschule,

(Vincent Kokert, CDU: Aha!)

zu Schulabschlüssen an Volkshochschulen,

(Tilo Gundlack, SPD: Frau Oldenburg
hat zugestimmt, öffentlich zugestimmt.)

zur individuellen Förderung der Schülerinnen und Schüler an den Grundschulen, zum Ausgleich für Lehrerinnen und Lehrer, die Herr Brodkorb nicht verbeamtet will, zur Weiterentwicklung der Theater- und Orchesterstrukturen, zur Kulturförderung öffentlicher und nicht öffentlicher Träger,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und was
kostet das alles? Was kostet das?)

zu den Hochschulen und Universitäten und, und, und. Ich könnte die Liste fortsetzen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Was kostet das denn? –
Tilo Gundlack, SPD: Da sagen Sie
jetzt nichts dazu, was das kostet. Da
entziehen Sie sich der Verantwortung.)

Meine Damen und Herren, wie sieht es im Haus der Sozialministerin aus? Frau Schwesig weilt schon seit Längerem in Berlin, doch wir haben nicht locker gelassen, wir haben immer wieder drängende Probleme thematisiert und angesprochen, zum Beispiel die Arbeitsmarktpolitik. Entgegen den vollmundigen Ankündigungen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Jaja, da kommt nix!)

hat Frau Schwesig die Arbeitsmarktpolitik komplett vernachlässigt.

(Vincent Kokert, CDU: Warum?
Sinkende Zahlen! Pauschalvorwurf.
Untersetzen Sie das doch mal!)

Nicht anders ist zu erklären,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Genau! Untersetzen Sie doch
mal diesen Pauschalvorwurf!)

dass sie das Dauerproblem der sich verfestigenden Langzeitarbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern einfach nicht anpackt.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Oder haben Sie sich einmal dafür interessiert – sie ist ja nicht da, interessiert sie auch nicht mehr hier –,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

oder haben Sie sich einmal dafür interessiert, welche Auswirkungen Ihre KiföG-Novelle auf die Träger und die Eltern ganz konkret vor Ort hat? Fahren Sie nach Rügen, gehen Sie nach Schwerin und fragen Sie mal, was es bedeutet, was in diesem Gesetz konkret formuliert wurde!

Und wie sieht es im Bereich des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung aus? Wir haben hier, von diesem Pult aus, bei der Einbringung des Haushalts einen Vorschlag eingebracht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja? Toll!)

Wir wollten ein „Regionalbudget für Strukturentwicklung“, dieses ist ja in der Haushaltsberatung abgelehnt worden.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Nun hören Sie doch erst mal zu, Herr Nieszery, bevor Sie sich überhaupt dazu äußern!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich äußere mich dazu. Ich äußere mich, wann ich das will, nicht wann Sie das wollen, Herr Holter. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen, auch wenn Ihnen das nicht gefällt, Herr Holter!)

Wir haben auf einen Vorschlag des Ministeriums zurückgegriffen – Landesentwicklungsprogramm 2016. Zahlreiche ländliche Räume mit besonderen demografischen Herausforderungen sind hier ausgewiesen worden.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Damit diese Orte und diese Regionen nicht abgehängt werden, wollte meine Fraktion für 2014 und 2015 insgesamt 100 Millionen Euro in die Hand nehmen.

(Vincent Kokert, CDU:
Woher soll das Geld kommen? –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja toll! Toll!
Bei dem, was Sie vorher aufgezählt haben!
Bei wie viel sind wir jetzt, 300, 400?)

Die betroffenen Kommunen sollten die Chance erhalten, diese Mittel eigenverantwortlich einzusetzen. Sie müssen doch in der Lage sein, Leistungen der Daseinsvorsorge zukünftig überhaupt gewährleisten zu können.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Haben Sie mal eine Zwischensumme gemacht?)

Wir denken beispielsweise an nicht investive Maßnahmen wie den Ausbau der Zusammenarbeit

(Tilo Gundlack, SPD: Sie denken überhaupt nicht mehr.)

zwischen den Kommunen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Machen Sie doch mal eine Zwischensumme, Herr Holter! Jetzt!)

Möglich sollten aber auch Investitionen sein,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Aha,
Sie drücken sich vor einer Aussage.
Das ist eine Klasse Haushaltspolitik!)

zum Beispiel zur Stabilisierung und Erneuerung sozialer und technischer Infrastruktur

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Keine Zahlen. Wunschkonzert ohne Zahlen.)

wie Abwasserentsorgung, Wasserversorgung oder Verbesserung der Barrierefreiheit.

(allgemeine Unruhe –
Regine Lück, DIE LINKE: Ich verstehe
den Redner bald nicht mehr.)

Wir haben unsere Vorschläge in den Regionen vorgestellt, wo sie auf großes Interesse stießen und viel Zuspruch fanden,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Zwischensumme!
Wo sind wir jetzt? 300 Millionen, Herr Holter?)

gerade auf der Ämterebene, die wir für die Zuständigkeit beziehungsweise Koordinierung im Blick haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: 300?
Wo sind wir ungefähr? 300 Millionen jetzt?)

Aber was sagen, meine Damen und Herren, SPD und CDU zu diesen und allen konstruktiven Vorschlägen der Linksfraktion?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie sagen uns keine Zahlen, Herr Holter. Nicht bezahlbar.)

Na ja, was die drei Affen eben so sagen – nichts.

(Tilo Gundlack, SPD: Ja, aber Sie sagen nichts zur Bezahlung.)

Sie hören nicht zu, Sie sehen nicht hin und Sie sagen nichts.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ihr Deckungsvorschlag, Herr Holter!
Wo ist die Summe, über die wir reden?)

Und wenn Sie,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Null, kommt nix. Nur heiße Luft!)

und wenn Sie etwas sagen, dann kommt der stereotype Vorwurf, die Vorschläge der LINKEN seien nicht zu finanzieren.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja eben.
Dann sagen Sie doch mal was dazu! –
Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,
und Vincent Kokert, CDU)

Populismus, ungedeckte Schecks, das ist genau das, Herr Gundlack, was Sie machen. Dass das Unsinn ist,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

dass das Unsinn ist ...

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Holter! Einen Moment! Herr Holter, einen Moment!

Also ich habe ja wirklich versucht, hier eine lebhafte Debatte zuzulassen, aber die Grenze zwischen lebhafter Debatte und nicht mehr zu verstehender Diskussion, die haben wir jetzt erreicht. Ich bitte wirklich darum, jetzt das Ganze so zu gestalten, dass der Redner hier von allen noch gut zu verstehen ist.

Helmut Holter, DIE LINKE: Danke, Frau Präsidentin.

Also, Sie kennen die Fakten:

Erstens. Wie Konsolidierungspolitik geht, konnte die CDU bis vor einigen Jahren noch nicht einmal buchstabieren,

(Vincent Kokert, CDU, und
Egbert Liskow, CDU: Was?! Was?!)

und wie diese erfolgreich praktiziert wird, erst recht nicht.

(Heiterkeit und Unruhe
vonseiten der Fraktion der CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist
ja ein sehr sachlicher Vortrag hier,
sehr sachlicher Vortrag. Super!)

Es war bekanntlich die rot-rote Landesregierung,

(Vincent Kokert, CDU: Ihre Katastrophen-
regierung, die hab ich noch in Erinnerung!)

die zum ersten Mal in der Geschichte des Landes einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren konnte,

(Vincent Kokert, CDU:
Erzählen Sie doch keine Märchen!)

nachdem sie einen gigantischen Schuldenberg der Vorgängerregierungen übernommen hatte.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach, Herr Holter!
Vincent Kokert, CDU: Ach, erzählen
Sie doch keine Märchen!)

Zweitens ...

(Vincent Kokert, CDU: Sie sind doch froh,
dass Sie die ganzen alten Minister
längst los sind. Hören Sie doch auf! –
Egbert Liskow, CDU: Nee, nee, nee, nee.)

Die Schulden gehen auf Ihre Regierungszeit zurück, Herr Liskow, das wissen Sie ganz genau.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Zweitens. Kein einziger Vorschlag,

(Vincent Kokert, CDU: „Eine Natter, die ich am
Busen genährt hab“, das war Ihre Äußerung zu
den alten Ministerkollegen. Hören Sie auf!)

kein einziger Vorschlag der Linksfraktion würde zu neuen Schulden führen. Auch die großen Ausgabenblöcke können wir seriös finanzieren, Herr ...

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,
und Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Doch, doch, Herr Nieszery, ich komme gleich dazu.

Über 700 Millionen Euro hat die Landesregierung auf der hohen Kante.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, damit wir
die verplempern können für Ihre Ideen, oder?)

An diesen übervollen Sparstrumpf können wir heran, da wollen wir heran, richtig.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau, genau. –
Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und selbstverständlich muss es eine angemessene Rücklage geben. Aber, Frau Finanzministerin Polzin, derart hohe Rückstellungen,

(Heiterkeit bei Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Gut, dass ihr nicht mehr regiert, Leute.)

derart hohe Rückstellungen sind angesichts der drängenden Probleme nicht verantwortbar.

(Vincent Kokert, CDU: Warum nicht?
Die sind alle verantwortbar.)

Deswegen will ich Ihnen das mal anschaulich erläutern.

(Der Abgeordnete Helmut Holter
hält Geldscheine hoch.)

Das hier sind 500 Euro,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ehrlich?)

das hier sind 200 Euro,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sind die echt?)

die Nullen denken Sie sich dazu. Das ist die Rücklage. Nehme ich jetzt noch die 100 dazu, die da mehr gekommen sind durch die Steuereinnahmen, habe ich also zwischen 700 und 800 Millionen Euro.

(Vincent Kokert, CDU: Herr Holter, man darf so was nicht hochhalten.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment! Einen Moment, Herr Holter!

(Der Abgeordnete Helmut Holter spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Einen Moment, Herr Holter!

Laut unserer Geschäftsordnung ist dieses Hochhalten, das Sie hier vollziehen,

(Vincent Kokert, CDU:
Sehen Sie, habe ich Ihnen ja
gesagt. Packen Sie das schnell weg!)

nicht gestattet. Und wie gesagt, Sie können hier was demonstrieren wollen, aber das muss auch ohne gehen. Ich bitte doch ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Kann er das mal spenden? Ich finde, das könnte er der Tafel spenden. Das kommt dann im Fernsehen.)

Einen Moment! Einen Moment!

(Minister Lorenz Caffier: Spenden! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das kann er der
Tafel spenden, da kommt er ins Fernsehen. –
Der Abgeordnete Helmut Holter
spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Also ich,

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD,
und Dr. Norbert Nieszery, SPD)

ja, also ich möchte das jetzt auch noch mal sagen: Wir haben eine Geschäftsordnung und ich gehe davon aus, wir sind jetzt alle lange genug im Landtag, um diese Geschäftsordnung auch irgendwann gelesen zu haben und uns ...

(Zuruf von Minister Dr. Till Backhaus)

Ich glaube, der Minister muss auch noch mal lesen.

Aber jetzt Spaß beiseite, ich erwarte wirklich, dass wir hier eine Debatte führen, die eines Parlamentes würdig ist. Ich finde, wir erreichen hier Grenzen, und ich weiß nicht, was ich dazu jetzt noch sagen soll. Ich kann natürlich versuchen, hier in Größenordnungen Ordnungsrufe zu erteilen, aber ich denke mal, die Haushaltsdebatte ist nicht geeignet, dass wir zu solchen Maßnahmen in der Geschäftsordnung greifen müssen. Von daher bitte alle Seiten hier um die nötige Disziplin.

(Michael Andrejewski, NPD: Sehr interessant. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Besonders den
Redner. Sie sind dran, Herr Holter.)

Bitte, Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin!

Also Sie wollen die beiden Scheine, den Fünfhunderter und den Zweihunderter in Millionen, in den Sparstrumpf stecken.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Aber was wollen wir? Wir wollen die 500 in die Rücklage nehmen und die 200 tatsächlich einsetzen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und das ist unsere Finanzierungsquelle, Herr Nieszery.

(Tilo Gundlack, SPD:
Sie waren schon bei 300. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Was Sie da hochrechnen, das stimmt vorne und hinten nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Wer spart und knausert, bis es quietscht ...

(Tilo Gundlack, SPD: Sie waren schon bei 300,
Herr Holter, nicht bei 200. Sie haben für 300
Forderungen und für 200 nur Geld. –
Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ich bin ja, wissen Sie, Herr Gundlack und Herr Nieszery, ich bin ja wirklich für einen Dialog,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, das sehen wir.)

aber es tut mir leid,

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

es lohnt sich nicht, sich mit Ihnen auseinanderzusetzen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee, klar.
Immer bockig sein, das ist das Beste.)

weil die Kultur eines Zuhörens und einer inhaltlichen Auseinandersetzung geht Ihnen nun wirklich ab. Das muss ich hier mal deutlich sagen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Also Sie und von
inhaltlicher Auseinandersetzung sprechen! –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Wer spart und knausert, bis es quietscht, darf sich nicht wundern, wenn am Ende die Rechnung doch höher wird.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Erinnern Sie
sich noch an Ihren Punkt eins, den
Sie eben vorgetragen haben?)

Das beste Beispiel ist die Bildung der Kinder. Eine gute Bildung kostet, schlechte Bildung kostet noch viel mehr.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Wir haben noch
nie so viel Geld in die Bildung gesteckt.)

SPD und CDU haben noch vor zwei Jahren festgelegt, dass 500 Millionen Euro für schlechte Zeiten zurückgestellt werden sollen. Unsere Vorschläge würden die Rücklage um nicht einmal 100 Millionen im Jahr maßvoll schrumpfen lassen

(Tilo Gundlack, SPD: Ja. 2019 ist sie dann weg, oder was?)

und eine halbe Milliarde – die 500 Millionen, die Sie mal versprochen haben – wären dann immer noch in der Rücklage.

(Tilo Gundlack, SPD:
Dann ist sie 2019 aber weg. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Drittens. Die Haushaltspolitik der Linksfraktion ist auch deshalb seriös, weil wir im Gegensatz zur Koalition nicht so tun, als hätten wir auf der Einnahmeseite kein Problem.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Wir haben erneut die Frage der Steuergerechtigkeit thematisiert. Wir haben heute Morgen in der Aktuellen Stunde genau die Frage des Koalitionsvertrages auf Bundesebene diskutiert – nichts zu höheren Steuern, wie die SPD es damals angekündigt hatte im Wahlkampf.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Die böse SPD wieder.)

Breite und starke Schultern müssen nun einmal mehr tragen als schwache, und das tun sie derzeit nicht.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Vincent Kokert, CDU)

Wir wollen daher hohe Einkommen und Vermögen endlich angemessen an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen. Einen entsprechenden Antrag stellen wir heute im Rahmen dieser Haushaltsdebatte.

Ja, und ich muss jetzt auf dieses dubiose Werftenförderungsgesetz der Landesregierung eingehen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, natürlich!
Das ist doch Ihr Lieblingsthema,
Herr Holter. Da warten wir drauf.)

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Landesregierung – und allen voran Ministerpräsident Sellering – mit diesem Gesetz gar nicht den Landtag oder irgendeinen Fachausschuss an der Frage der Bürgschaftsvergabe an die Werften beteiligen will. Das ist lediglich ein Täuschungsmanöver.

(Tilo Gundlack, SPD, und
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ah!)

In Wahrheit hat der Ministerpräsident nämlich Fracksausen.

(Tilo Gundlack, SPD: Er zittert schon. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das
wissen Sie?! Das wissen Sie, ne?)

Den aktuellen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu den P+S Werften hat Herr Sellering im Nacken und er will, er will die Opposition mundtot machen.

(Zurufe aus dem Plenum: Oooh! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das hat er in
einer schwachen Stunde gestanden, ja.)

Sie soll zukünftig, abgesehen von Kleinstbürgschaften,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich habe
leider kein Taschentuch dabei, Herr Holter,
sonst würde ich Ihnen das rübergeben. –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

über jede einzelne Bürgschaftsvergabe für die Werften mit entscheiden. Die Landesregierung zwingt damit den Landtag und vor allem auch die Opposition in ein Boot, dessen Kurs eigentlich von der Regierung zu verantworten ist. Gewaltenteilung war gestern. Der Ministerpräsident steht grinsend am Steuer und die Koalitionäre finden das auch irgendwie duftend, dass sie mitsegeln und den Job der Regierung übernehmen dürfen. Einige von Ihnen werden wohl bereits ahnen, dass diese Entscheidung nach hinten losgehen wird.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja.)

Die Opposition muss widerwillig und kopfschüttelnd Platz nehmen und hofft mit Blick auf die rechtsprechende Gewalt, dass dieser Spuk so schnell wie möglich beendet wird.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Und wenn nicht?)

Meine Damen und Herren, dieses Gesetz ist rundum abzulehnen. Dafür will ich einige Gründe nennen:

Erstens. Die versprochene verbesserte Transparenz im Bürgschaftsverfahren ist nicht das Papier wert, auf dem es steht. Das wissen Sie doch, Herr Gundlack und Herr Nieszery.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nein, das wissen
wir nicht, Herr Holter. Das erklären Sie uns
sicherlich. – Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Der Ausschuss tagt geheim, die entsprechenden Dokumente sind geheim.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Natürlich.)

Wenn Abgeordnete gegen Geheimhaltungspflichten verstoßen, droht ihnen Ärger.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Es geht ja auch
um Geschäftsgeheimnisse, Herr Holter, oder?
Das müssten Sie doch eigentlich wissen.)

Was daran transparent sein soll, das bleibt nun wirklich das Geheimnis der Koalition.

Zweitens. Die Werften werden entgegen des Gesetzestitels nicht gefördert, sondern es wird ihnen sogar Schaden zugefügt.

(Tilo Gundlack, SPD, und
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oooh!)

Die Anhörungen haben klar belegt, dass nach aktuellem Stand nicht eine einzige Werft die gesetzlichen Voraussetzungen für die Förderwürdigkeit erfüllen dürfte.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Mein Gott, Herr Holter!)

Auch ist das Verfahren viel zu bürokratisch. Kurz gesagt, nicht eine Werft, nicht ein Zulieferer – die werden gar nicht berücksichtigt – der maritimen Wirtschaft wollen dieses Gesetz.

Drittens. Der von der Landesregierung gewollte Bürgschaftsrahmen reicht nicht aus, um die Zukunft der Werften hier in Mecklenburg-Vorpommern zu sichern. Wir sind der Auffassung, alles, was rechtlich möglich und wirtschaftlich vernünftig ist, müssen wir als Land leisten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und noch mehr Geld. Wo sind wir denn jetzt?)

Die Regierung kümmert sich aber offenbar nicht um ihr Geschwätz von gestern.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Noch im letzten Haushalt hatte die Regierung ausführlich begründet, warum der damals noch geltende Bürgschaftsrahmen zur Förderung der Werften um 300 Millionen Euro auf 1 Milliarde Euro erhöht werden muss. Ein Jahr später soll das Land plötzlich 200 Millionen verkraften können. Wenn der Bund dabei ist, sind es 300 Millionen, 400 Millionen Landesmittel, wie wir gehört haben. Ich frage mich, wie wichtig der Koalition die Werften angesichts dieser 180-Grad-Wende wirklich sind.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr wichtig, Herr Holter, sehr wichtig.)

Und viertens. Das Gesetz wird vor dem Verfassungsgericht Schiffbruch erleiden, davon bin ich überzeugt.

(Tilo Gundlack, SPD, und Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie haben doch auch die Glaskugel. – Vincent Kokert, CDU: Toll!)

Dass solche typischen exekutiven Aufgaben einfach auf die Legislative verlagert werden, ist nicht nur aus grundsätzlichen politischen Erwägungen bedenklich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Noch so ein Hellseher!)

Erschwerend kommt hinzu, dass nicht der Landtag als Ganzes, sondern ein Fachausschuss, namentlich der Finanzausschuss, entscheiden soll.

(Tilo Gundlack, SPD: Jo. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Dazu hat uns doch die Opposition aufgefordert.)

Die Regierung mag diese berechtigte Kritik als Nörgeln der Opposition abtun,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wie schrecklich! Da muss man ja Verantwortung übernehmen.)

frei nach dem Motto: „Na seid doch froh, dass ihr auch mal was entscheiden dürft!“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Da muss man mal Verantwortung übernehmen. Oh, wie schrecklich!)

Meine Damen und Herren, in meinem Bild von dem Boot habe ich auch von einigen Koalitionären gesprochen, die wohl bereits ahnen, dass diese Entscheidung irgendwie nach hinten losgehen wird. Ich will das an einem Beispiel kurz erläutern, damit Ihnen klar wird, dass durch dieses Gesetz nicht nur die Opposition, sondern das Parlament als Ganzes und damit auch Abgeordnete der Koalition geschwächt und in ihren Rechten verletzt werden. Ich habe dafür ein kleines Stück geschrieben. Die Rolle des leisen, aber kritisch hinterfragenden Koalitionärs habe ich mit „Rainer“ besetzt,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

die Rolle des rigide durchdrückenden und keinen Widerspruch duldenden Koalitionärs – Sie werden es erraten – mit „Norbert“. Der eine ist Mitglied des Finanzausschusses,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das scheint ein Schlüsselroman zu sein, oder?)

der andere nicht.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Mensch, toll! Der hat ja richtige dichterische Fähigkeiten.)

Hören Sie mal folgenden fiktiven Dialog: Rainer: „Du, Norbert,“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Holter, wir sind doch nicht in der Dichterstunde hier, oder? Dichtung und Wahrheit?)

„du, Norbert, ich habe gehört, die A-Werft beantragt eine Bürgschaft in Höhe von 150 Millionen. Ich bin dagegen. Ich halte solche Summen angesichts des Risikos für zu hoch.“

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

„Ich will dich deshalb nur vorwarnen, im Landtag werde ich mit Nein stimmen.“ Norbert: „Du, Rainer, das ist ja ganz nett von dir, mir Bescheid zu sagen, aber ehrlich gesagt, die Entscheidung fällt allein im Finanzausschuss.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das ist aber nicht unbedingt nobelpreisverdächtig, oder?)

„Da du dort nicht Mitglied bist, spielt deine Stimme für die Bürgschaftsvergabe keine Rolle.“

(Tilo Gundlack, SPD: Zumindest gibts dafür einen Pulitzer.)

Erstaunt sagt Rainer: „Nanu, da hätte ich bei der Gesetzesberatung wohl besser aufpassen müssen.“

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

„Aber, Norbert, könnt ihr nicht wenigstens durch euer Stimmverhalten dokumentieren, dass es auch Kritiker im Parlament gibt, die das nicht wollen? Ich kenne noch weitere Abgeordnete der Koalition, die das auch so sehen.“

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Norbert, schon leicht, ...

(Vincent Kokert, CDU: Also, Herr Holter, mir schlägt die Sprache, wirklich. So was habe ich noch nicht erlebt, solange ich hier bin.)

Norbert, schon leicht genervt: „Also, Rainer, du weißt es doch auch. Wir stimmen in der Koalition alles knallhart und geschlossen durch.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ah ja!)

„Es gibt in dieser Sache keine einzige Gegenstimme in der Koalition, basta.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Jaja. – Vincent Kokert, CDU: Richtig.)

Rainer wird ungeduldig: „Aber wenn es Anzeichen gibt, dass etwas beim Bürgschaftsmanagement schief läuft, dann kann doch der Landtag in begründeten Notfällen die Sache an sich ziehen und das Votum des Finanzausschusses notfalls kassieren, oder?“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
So ein schönes Dialogspiel habe ich
lange nicht gehört, Herr Holter. Toll! Toll!)

Norbert: „Nein, kann er nicht. Von den 71 Abgeordneten entscheiden nur 16 Mitglieder des Landtages.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Vincent Kokert, CDU: Elf! –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das schreibt
man mit „e“ und nicht mit „ö“.)

„Dabei bleibt es. Rainer, finde dich damit ab, dass du bei den millionenschweren Bürgschaftsvergaben nichts zu melden hast. Du kannst uns im Finanzausschuss höchstens besuchen kommen und Fragen stellen, aber ein Stimmrecht kannst du vergessen.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Tolles Stück! Ist es zu Ende jetzt, oder? –
Vincent Kokert, CDU: Nee, nee. Nee, nee.)

Rainer ist sichtlich ernüchtert: „Norbert, das muss ich erst einmal verdauen. Aber kurz was anderes: Die B-Werft hat einen Bürgschaftsantrag bei der Regierung in Höhe von 50 Millionen eingebracht.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ich
drehe demnächst mal einen Kurzfilm.
Da spielen Sie auch mit, Herr Holter.)

„Das begrüße ich. Im Gegensatz zur A-Werft bin ich von dem Erfolg überzeugt. Nun höre ich aber, dass die Regierung den Antrag ablehnen will oder gar schon abgelehnt hat.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Oh, da ist der Norbert aber ganz
böse jetzt. Jetzt kommt der Norbert.)

„Ihr werdet das doch im Finanzausschuss als letzte Instanz heilen. Ich bin überzeugt, dass die Unterlagen zu diesem Antrag,“

(Vincent Kokert, CDU: Frau Präsidentin,
spricht Herr Holter noch zur Sache? Ich bin
für die Einhaltung der Geschäftsordnung.)

„ich bin überzeugt, dass die Unterlagen zu diesem Antrag,“

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,
und Regine Lück, DIE LINKE)

„die ihr ja im Geheimen einsehen könnt, ein positives Votum rechtfertigen.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Bleiben
Sie lieber Politiker, Herr Holter! –
Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Norbert: „Nein, nein, Rainer, auch hier muss ich dich enttäuschen. Der Finanzausschuss bekommt Bürgschaftsanfragen nur auf den Tisch, wenn die Regierung vorher Ja gesagt hat.“

(allgemeine Unruhe –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das habe ich früher
auch immer gehabt, Schaum vorm Mund.)

„Bei einem Nein sind wir nicht gefragt.“

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

„So war das mit der Einbindung des Landtages von unserem Ministerpräsidenten sichtlich auch nicht gemeint.“

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Ich bin Literaturwissenschaftler.
Ich kann Ihnen da einen Tipp geben.)

So weit ein Dialog. Auch wenn er Ihnen nicht gefallen hat, macht er deutlich,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

worum es eigentlich geht, welche Rolle der Finanzausschuss und die Abgeordneten dieses Hohen Hauses zukünftig bei der Vergabe von Bürgschaften spielen sollen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Das war die
Moral das kleinen Stückes jetzt hier, ja?
Toll! Hat keiner verstanden, Herr Holter. –
Gelächter bei Vincent Kokert, CDU)

und er weist noch auf einige Schwierigkeiten hin, die dieses Gesetz mit sich bringt.

(Vincent Kokert, CDU: Oh Gott, oh Gott!)

Dieser Dialog könnte ein ganzes Buch füllen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Gott sei Dank nicht! Gott sei Dank nicht!)

Meine Damen und Herren,

(Tilo Gundlack, SPD: Pixi-Buch. –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

meine Damen und Herren, natürlich wird auch meine Fraktion,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Können Sie das auch in Bildern, Herr Holter?)

werden meine Kolleginnen und Kollegen zu anderen einzelnen Politikbereichen sprechen. Nach alldem will ich jedoch bereits an dieser Stelle mitteilen, dass wir diesem Haushalt nicht zustimmen können.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Vincent Kokert, CDU: Oh! – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oha!)

Wer wie die Koalition auf der Bremse steht, keine Konzepte hat, nur Kosmetik betreibt und ansonsten nichts hören, nichts sehen und nichts sagen will, der kann und darf auch nicht mehr erwarten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Kann ich ein Exemplar haben von dem Dialog? Das war toll! Ganz toll!)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich darauf hinweisen, wenn jemand Zweifel hat, dass die Geschäftsordnung eingehalten wird, dann bitte ich, das dem Präsidium unter Angabe des entsprechenden Artikels der Geschäftsordnung auch anzugeben.

Ich rufe jetzt auf für die Fraktion der CDU den Fraktionsvorsitzenden Herrn Kokert.

(Tilo Gundlack, SPD: So, jetzt hol mal den großen Roman raus! – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hast du auch eine Geschichte geschrieben? Vielleicht ein Gedicht oder so? – Tilo Gundlack, SPD: Oder eine Fabel.)

Vincent Kokert, CDU: Liebe Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete!

Lieber Herr Holter, oder soll ich lieber Rainer sagen:

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee, Dichter. Er möchte gern mit Dichter angesprochen werden.)

Ich habe in zwölf Jahren Parlament schon das eine oder andere erlebt,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Gibt immer mal wieder was Neues.)

aber eine Rede, die so eine Verzweiflungstat ist, habe ich bisher selten erlebt.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Jo, das kann man wohl sagen.)

Und, Herr Kollege Holter, Sie tragen ja dermaßen große Summen Bargeld mit sich herum, sodass ich mir die

Frage gestellt habe, ob Ihnen die Bank tatsächlich das Konto gekündigt hat. Nach den kruden Finanzaussagen, die Sie hier heute zur Kenntnis gegeben haben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Hat er vorher noch mal alles abgeholt.)

könnte ich mir das für die Sparkasse Schwerin jedenfalls vorstellen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, Sie müssten sich natürlich auch mal selbst hinterfragen, wie ernst Sie sich selbst nehmen und dieses Parlament.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr ernst, Herr Kokert.)

Mein Eindruck ist leider ein anderer,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

und da können Sie mich gern beim Wort nehmen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Die Frage ist doch: Wie ernst nehmen Sie uns?)

Meine Fraktion, und da möchte ich die SPD ausdrücklich einschließen, nimmt dieses Parlament sehr ernst. Deswegen haben wir uns im Übrigen auch die Mühe gemacht, wie es guter parlamentarischer Brauch ist, ...

(Regine Lück, DIE LINKE: Das haben wir ja bemerkt. Das haben wir ja bemerkt und gehört.)

Hören Sie doch erst mal zu!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Also wir tragen hier jedenfalls nicht unsere lyrischen Ergüsse vor. – Regine Lück, DIE LINKE: Sie haben auch zugehört?)

... wie es guter parlamentarischer Brauch ist, auch mit unseren Anträgen als Änderungen für den Haushaltsplan in die Ausschüsse zu gehen und diese mit Ihnen zu diskutieren.

Das, was Sie hier heute tun, uns eine Riesenflut von Anträgen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Habe ich doch geahnt, dass Sie das bemeckern jetzt. – Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

eine Riesenflut von Anträgen auf den Tisch zu legen, den Finanzausschuss,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, vollkommen richtig.)

die Fachausschüsse vollständig auszuhebeln

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Quatsch.)

und uns das im zweiten Atemzug wieder zum Vorwurf zu machen,

(Regine Lück, DIE LINKE:
Das werde ich Ihnen aber beweisen.)

das schlägt dem Fass wirklich den Boden aus, Herr Holter!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

So viel Unverfrorenheit habe ich von Ihnen wirklich noch nicht erlebt!

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist nicht wahr. –
Tilo Gundlack, SPD: Doch, ganz wahr.)

Und wenn Sie also, liebe Kollegin Lück, Sie sind wirklich eine von mir hoch geschätzte Kollegin

(Regine Lück, DIE LINKE: Danke.)

und Vizepräsidentin,

(Regine Lück, DIE LINKE: Danke.)

darauf können Sie sich wirklich verlassen,

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

aber dass jemand mit so viel Parlamentserfahrung, der sonst den deutschen Parlamentarismus so hoch hält, solche Shows hier abzieht, uns hier eine Flut von Änderungsanträgen heute Morgen in das Parlament schmeißt

(Regine Lück, DIE LINKE: Wenn ich
im Wirtschaftsausschuss niedergestimmt
werde, muss ich bis ins Parlament gehen.)

und sagt, das haben wir euch übrigens schon immer gesagt, nur vergessen zu beantragen, da müssen Sie sich schon dazu bekennen, damit führen Sie dieses Parlament am Nasenring durch das Land.

(Regine Lück, DIE LINKE: Das ist ja
nicht wahr, was Sie hier erzählen.)

Und das hat dieser Landtag weiß Gott nicht verdient.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Sehr richtig, Herr Kollege. –
Regine Lück, DIE LINKE: Ich werde
Ihnen das Gegenteil beweisen.)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, ich kann verstehen,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

ich kann verstehen, wenn man vorher nicht gefragt wurde, wenn es um Bürgschaften für Werften geht, und man hinterher sagen könnte, ich habe es schon immer gewusst, dass Sie das verkehrt entschieden haben,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Genau, sowieso klar.)

dass Sie jetzt nervös werden, wenn das ...

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Ich werde nicht nervös. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na klar. –
Heiterkeit bei Regine Lück, DIE LINKE:
Sie waren doch erst mal nervös.)

Herr Kollege Holter, Sie waren sehr nervös hier vorn am Podium, das müssen Sie sich einfach mal zugestehen. Wenn nicht, dann unterstelle ich Ihnen das böswillig.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der NPD –
Helmut Holter, DIE LINKE:
Ich bin nicht nervös.)

Sie waren sehr nervös und Sie werden jetzt umso nervöser, weil es jetzt gilt, Entscheidungen zu treffen.

(Zuruf von Dr. Ursula Karlowski,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und zukünftig wird der Finanzausschuss gefragt: Wie ist denn nun das Votum?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Tja, ja.)

Sollen wir eine neue Bürgschaft ausstellen oder nicht? Und dann werden Sie Farbe bekennen müssen.

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Und je nachdem, was Sie tun, einmal haben Sie die von Ihnen viel gelobten Gewerkschaften auf dem Hals, einmal stehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Werften vor der Tür.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Fehlentscheidung nennt man das.)

Und anders herum, wenn Sie dafür stimmen, werden Sie hinterher für das, was sich vielleicht wirtschaftlich anders entwickelt, auch geradestehen. Das ist der einzige Grund, warum Sie damit vor das Landesverfassungsgericht ziehen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Genau.)

nicht, weil Sie den deutschen Parlamentarismus hochhalten wollen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee, weil
sie Angst haben. Die Bux ist voll.)

das haben Sie ja hier eindrucksvoll bewiesen, sondern Sie wollen damit Klamauk machen und sich aus der Verantwortung stehlen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Dr. Norbert Nieszery, SPD:
So ist es.)

Und das, Herr Kollege Holter, werden wir Ihnen garantiert nicht durchgehen lassen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das sind richtige Politiker hier.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, um einfach zum Thema zu kommen, weil wir reden ja heute über den

Haushalt, also die Königsdisziplin des Parlamentes, die Leitlinien für die nächsten zwei Jahre für dieses Land.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Helmut Holter, DIE LINKE: Die habe
ich von der Regierung noch nicht gehört.)

Das können Sie als GRÜNE ruhig lächerlich finden. Ich sage Ihnen, die Kritik, die ich eben an den LINKEN geäußert habe, die gilt für Sie genauso.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zurufe vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch Sie haben hier eine Riesenflut von wirklich haarsträubenden Anträgen vorgelegt, wo man sich wirklich fragt: Wovon,

(Zuruf von Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wovon, Herr Kollege Saalfeld – nein bei Ihnen will ich das nicht wissen –, wovon träumen Sie nachts? Wovon träumen Sie wirklich nachts?

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Deswegen haben Sie die auch kopiert
und als eigene Anträge eingereicht. –
Zurufe von Tilo Gundlack, SPD, und
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und fragen Sie sich, fragen Sie sich doch mal ...

(Zuruf von Regine Lück, DIE LINKE)

Also, liebe Frau Kollegin Lück,

(Regine Lück, DIE LINKE: Die gelebte
Demokratie muss ausgehalten
werden. – Unruhe vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Tilo Gundlack, SPD: Hoh, das haben
wir ja gerade bei Herrn Holter erlebt.)

liebe Frau Kollegin Lück, Kritik in der Sache, Kritik in der Sache und das Auseinandersetzen, das kritische Auseinandersetzen,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

wie es sich für eine ordentliche Opposition gehört,

(Zurufe von Regine Lück, DIE LINKE,
und Johannes Saalfeld,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

mit diesem Landeshaushalt, das hätten wir nicht nur erwartet, sondern dazu sind Sie laut Landesverfassung auch verpflichtet.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Und insofern hinterfragen Sie doch einfach mal in den Weihnachtstagen unterm Weihnachtsbaum, war diese Strategie – nette Geschichten aufschreiben, ein bisschen Popanz machen, Verzweiflungstaten hier zu erzählen –,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Dramatische Versuche sind das.)

war das wirklich die richtige Strategie,

(Regine Lück, DIE LINKE: Ist das
eine sachliche Auseinandersetzung,
die Sie jetzt führen?)

um Ihrem verfassungsgemäßen Auftrag als Opposition, dass Sie tatsächlich Alternativen zum Regierungshandeln auf den Tisch legen,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nix, Fehlanzeige. –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Niemals, niemals.)

wird das diesem Grundsatz wirklich gerecht?

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das wissen
wir schon jetzt, da müssen Sie gar nicht
mehr unter den Weihnachtsbaum.)

Und da sage ich Ihnen, da muss ich heute feststellen: Nein. Da können Sie dazwischenbrüllen, wie Sie wollen. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Heute liegt ein Werk – der Landeshaushalt – auf dem Tisch und damit ist der in Zahlen gegossene politische Wille dieser Koalition für die nächsten zwei Jahre besiegt.

(Stefan Köster, NPD:
Und Ihr Klamauk auch.)

Und gucken Sie sich das an! Ich glaube, da kann man mit vielen Sachen, die man auch vielleicht kritisch hinterfragen kann, durchaus gut leben. Es ist ja nicht von ganz ungefähr, dass es in vielen Ministerien, in Teilhaushalten von Ihnen überhaupt keine Anträge gegeben hat. Erklären Sie mir das doch mal! Sie tun heute so, als wenn dieser ...

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Oh, mal zu viele Anträge, dann keine Anträge.)

Herr Kollege Suhr, ich kann doch,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Ja, wo sie hingehören.)

ich kann doch, ich kann doch nichts dafür,

(Zuruf von Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ich kann doch nichts dafür, wenn Sie hier nur die Bühne des Landtages nutzen und in den Fachausschüssen nicht vernünftig arbeiten.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Also das ist jetzt eine Frechheit!)

Das ist nun wirklich nicht mein Problem. Das ist wirklich nicht mein Problem. Wenn Sie ...

(Tilo Gundlack, SPD: Sehr richtig, sehr richtig. – Zurufe von Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nee, das stimmt überhaupt nicht. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Doch, Herr Kokert hat recht. – Zuruf von Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wissen Sie, wissen Sie, ich lege einfach mal meine Rede, ich lege einfach mal mein Redemanuskript weg.

Das ist ...

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja.)

(Unruhe vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Barbara Borchardt, DIE LINKE: Herr Kokert macht einen auf Oberlehrer.)

Dann sagen Sie mir doch mal,

(Zurufe von Regine Lück, DIE LINKE, Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Präsidentin, ich habe wirklich ein dickes Fell, aber ich verstehe mittlerweile mein eigenes Wort hier vorne nicht.

dann sagen Sie mir doch mal: Welchen Antrag haben Sie beispielsweise im Geschäftsbereich der Justizministerin gestellt? Welchen Antrag? Welchen Antrag? Haben Sie nicht? Haben Sie keinen gestellt? Haben Sie nicht. Gut.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Helmut Holter, DIE LINKE: Ach tatsächlich, Herr Kokert?! Nein, schön.)

(Zuruf von Michael Silkeit, CDU – Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Korinthenkackerei!)

Ich kann das gern so weiter durchhalten, ich habe auch eine kräftige Stimme.

Welchen Antrag haben Sie im Bereich des Wirtschaftsministers gestellt? Wie viele Anträge haben Sie gestellt, Herr Kollege Suhr?

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Kokert.

(Regine Lück, DIE LINKE: Na ich alleine zwei, ich alleine zwei.)

Also ich habe schon mal gesagt, ich versuche, hier eine lebhafte Debatte zuzulassen, und ich denke, Herr Holter musste sich ebenso gegen entsprechenden Gegenwind aus dem Plenum durchsetzen. Und, wie gesagt, ich habe schon mehrfach darauf hingewiesen, ich habe jetzt eigentlich keine Möglichkeit mehr, wenn es denn wirklich so weitergeht, als hier eine Auszeit zu nehmen und dann so lange zu warten, bis sich hier jeder soweit wieder beruhigt hat oder Angst hat, dass wir vielleicht den Sonnabend erreichen im Plenum, und sich daraufhin die Debatte hier verändert.

Ich habe Sie ja gar nicht gefragt.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Entschuldigung!)

Herr Kollege Suhr? Keinen. Sie haben nicht einen Antrag gestellt.

(Regine Lück, DIE LINKE: Herrn Kokert habe ich verstanden, Herrn Holter nicht. – Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

(Unruhe vonseiten der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben Ihre Anträge zurückgezogen. Nachdem die Koalition ihre Anträge im Ausschuss vorgelegt hat,

Also ich muss jetzt wirklich langsam mal fragen. Die Geschäftsordnung sagt, wenn ich hier Kommentare abzugeben habe, dann sind die aus dem Plenum nicht zu kommentieren, und wenn das jetzt noch mal passiert, dann werde ich wirklich anfangen, Ordnungsrufe zu erteilen. Davon habe ich abgesehen, um hier die Stimmung nicht noch mehr anzuheizen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist doch Quatsch.)

haben Sie Ihre Anträge zurückgezogen, und heute haben Sie sie wieder aus der Schatulle gefischt,

(Zurufe von Tilo Gundlack, SPD, und Torsten Renz, CDU)

um zu zeigen, dass Sie da auch tatsächlich was tun.

Ich bitte jetzt wirklich ernsthaft darum, dass wir hier eine sachliche Debatte führen und die Zwischenrufe so gestalten, dass der Redner sich selbst verstehen kann, dass wir ihn hier vorn verstehen können. Und, wie gesagt, wenn sich das jetzt noch mal wiederholt und ich noch mal unterbrechen muss, dann wird es auch eine Sitzungsunterbrechung geben mit der entsprechenden Verschiebung.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Stimmt doch überhaupt nicht.)

Also insofern hinterfragen Sie Ihre eigene Oppositionstätigkeit und reden Sie nicht einfach unqualifiziert dazwischen, wenn Sie sich mit den Tatsachen nicht,

So, Sie können jetzt fortfahren, Herr Kokert.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Also sag mal!)

Vincent Kokert, CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

wenn Sie sich mit den Tatsachen nicht beschäftigt haben. Und ich sage Ihnen jetzt mal ...

Ich will Ihnen den entscheidenden Unterschied zwischen der Politik, die Sie vorschlagen – und da sitzen LINKE und GRÜNE aus meiner Sicht völlig in einem Boot –, und der Politik, die wir als Koalition versuchen umzusetzen,

deutlich machen. Und der entscheidende Unterschied ist, dass wir mit allen Schmerzen, und im Übrigen, das habe ich Ihnen das letzte Mal schon gesagt, mit viel Mut versuchen, diesen Landeshaushalt bei allen Schwierigkeiten zu konsolidieren. Und wissen Sie, warum wir das tun?

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Nicht aus reinem Selbstzerstörungstrieb, Frau Kollegin Borchardt. Mir ist es auch lieber, durch das Land zu fahren

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Genau.)

und den Leuten Sand in die Augen zu streuen und zu sagen, wissen Sie, da kriegen Sie noch mal 100.000 Euro und hier noch mal 1 Million mehr,

(Ulrike Berger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Deswegen machen wir das ja auch. –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

so, wie Sie das tun, so, wie Sie das tun. Das fällt mir auch wesentlich leichter. Wir setzen Prioritäten.

(Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und jetzt erkläre ich Ihnen, warum wir das tun. Jetzt erkläre ich Ihnen, warum wir das tun. Wir haben uns ...

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ich weiß nicht, von welchen Wahlkreisgeschenken Sie reden. Also ich habe mit meinem Wahlkreis kein Geschenk. Vielleicht bringen Sie mir ja noch eins. Also ich würde mich darüber freuen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Also Herr Holter hat große Summen Bargeld in der Tasche, das haben wir gesehen. Die können Sie gern in meinen Wahlkreis bringen, da habe ich nichts dagegen. Insofern unterstellen Sie nicht was, was hier nicht stattgefunden hat!

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ach so! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ich will Ihnen sagen, warum wir diesen Landeshaushalt konsolidieren. Erstens sind wir dazu gesetzlich verpflichtet. Wir haben eine Schuldenbremse in der Landesverfassung. Das hatten wir in der letzten Haushaltsrede,

(Helmut Holter, DIE LINKE: 2019.)

da hat mir der Kollege Ritter – jetzt kommt Herr Holter damit auch, schönen Dank für diesen Zwischenruf – unterstellt, ich wüsste nicht, wie die Schuldenbremse funktioniert.

Herr Kollege Ritter, hören Sie jetzt bitte zu, wenn Sie schon dazwischenrufen!

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ich habe keinen Ton gesagt. –
Heiterkeit bei Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Diese Schuldenbremse,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht einen Zwischenruf habe ich bis jetzt gemacht. Ich traue mich gar nicht, gegen Herrn Nieszery anzukommen.)

die Schuldenbremse gilt erst ab 2020, da haben Sie völlig recht. Aber, aber wir haben deswegen

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Aber, aber.)

jetzt vernünftige und vorausschauende Haushaltspolitik umzusetzen, damit wir 2020 einen Landeshaushalt erreichen, bei sinkenden Einnahmen von außen,

(Rainer Albrecht, SPD: Richtig.)

um ohne Neuverschuldung 2020 auszukommen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Genau das ist es.)

Und umso höher die Rücklagen sind, das ist doch was völlig Logisches – also ich weiß nicht, ob Sie das bei Ihrer Tauschwirtschaft auf der Parteihochschule vorher nicht gehört haben –,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

umso höher die Rücklagen sind, umso länger haben wir natürlich Zeit, um den Landeshaushalt zu konsolidieren über 2020 hinweg. Das ist doch ein ganz normaler Vorgang.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie sind ja klug, Herr Kokert.)

Und Sie werden nicht müde, immer wieder zu sagen, lassen Sie uns doch in die Rücklagen des Landes greifen, und da sagen wir Ihnen ganz klar: Das werden diese beiden Fraktionen nicht zulassen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Wir stehen für Generationengerechtigkeit, Sie anscheinend nicht.

Worauf wir mit Fug und Recht stolz sein können, ist, dass wir von den alten Schulden bis heute 540 Millionen in der Großen Koalition getilgt haben, und da sind wir übrigens in der Ebene mit Bayern und Sachsen. Man kann das gar nicht oft genug sagen, denn Sie malen ja immer ein Bild von einem Land, was quasi kurz vor der Revolution steht,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Verelendung.)

hat Norbert Nieszery vorhin gesagt, kurz vor der Revolution. Mein Eindruck, wenn ich durch dieses Land fahre, ist übrigens ein anderer.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Meiner auch.)

Fahren Sie doch mal durch das Land, was durch Rot-Rot regiert ist, Brandenburg. Ich finde, das haben wir echt besser gemacht. Also das ist meine Privatmeinung, vielleicht teilen Sie die.

(Tilo Gundlack, SPD:
Da gibt es schon wieder Wölfe.)

540 Millionen haben wir bis jetzt getilgt und ich nehme auch an, wenn wir uns alle anstrengen,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

dass wir es schaffen, das sollte jedenfalls unsere Priorität sein, dass es auch in diesem Doppelhaushalt gelingt, die eine oder andere Million dabei noch zu tilgen.

Und ich will Ihnen mal eine Zahl sagen: Pro Tag bezahlen wir derzeit 1 Million für Zinsen für alte Schulden. Und ich sage Ihnen, mir würden ganz viele andere Sachen einfallen, was wir mit dieser 1 Million pro Tag machen könnten. Insofern stellen Sie sich hier nicht hin und tun so, als wenn wir es zum reinen Selbstzweck machen, um irgendwen damit zu ärgern! Sondern wir machen es aus der Verantwortung für dieses Land und für die Menschen, die hier leben, um zukünftig Investitionen hier auszulösen, und aus keinem anderen Grund.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben uns ja vorgeworfen, das will ich dann auch gleich mal aufgreifen, diese Koalition läuft durch das Land und verteilt Wahlgeschenke, sogar Parteipolitik machen wir. Erstaunlich war hingegen, dass Sie bei einem Antrag, den wir ordnungsgemäß in den Ausschüssen gestellt haben,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Mitgetragen haben. – Zuruf von
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dass komischerweise die Opposition da zugestimmt hat.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach!)

Und da gab es sogar den einen oder anderen Abgeordneten der Opposition, der dann ganz schnell vor Ort zu Hause eine Pressemitteilung gemacht hat,

(Tilo Gundlack, SPD:
Ja, kenne ich auch einen.)

ganz schnell eine Pressemitteilung gemacht hat und gesagt hat: Eh, Herr Lehrer, Herr Lehrer, ich weiß was, ich verkünde jetzt, was die Koalition mit der Mehrheit beschlossen hat, um dann nicht müde zu werden, 24 Stunden später, ich glaube, der Deutschen Presseagentur, der staunenden Öffentlichkeit mitzuteilen, was für ein Skandal, was CDU und SPD sich da geleistet haben.

Und ich kann Ihnen nur sagen, ich glaube, das war in dem Fall die Kollegin Rösler, weiß ich aber nicht so genau. Deswegen will ich ihr das nicht unterstellen, es mag auch eine andere Kollegin der LINKEN gewesen sein.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Aber
links war es auf jeden Fall, sehr links.)

Ich will Ihnen dazu sagen, wenn wir das tun, sagen Sie zu uns, das ist Parteipolitik. Was sagen Sie denn, wenn Sie das tun? Wie bezeichnen Sie denn das, Frau Kollegin Rösler?

(Jeannine Rösler, DIE LINKE: Da werde
ich nachher noch drauf eingehen. –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Sehr gut.)

Gut. Da freue ich mich dann sehr auf Ihre Ausführungen. Denken Sie daran, wir haben auch noch mindestens zwei Stunden Redezeit als CDU.

Aber ich will Ihnen nur sagen, wo der entscheidende Unterschied war. Wir haben ...

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
War das jetzt eine Drohung?)

Nein, überhaupt keine Drohung. Auf dieses Niveau lasse ich mich gar nicht herab. Bei Herrn Holter habe ich mich das eine oder andere Mal bedroht gefühlt in der Rede,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber darauf können Sie sich bei mir verlassen, das wird nicht passieren.

Aber ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir haben uns das nicht leicht gemacht, diese 2 Millionen, die wir quasi in diesem Doppelhaushalt ausgegeben haben. Da haben wir intensive Diskussionen in der Fraktion geführt. Ich glaube, das war in der SPD ähnlich. Und ich bitte Sie um einen Gefallen, liebe Kollegen der Opposition: Ziehen Sie bitte durch das Land und sagen es den Leuten weiter, weil die Projekte, die wir da beschlossen haben, waren in der Tat alle vernünftig und sinnvoll.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Oh nö! Nee, nee!)

Deshalb laufen Sie los und erzählen es jedem!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will es auch in der heutigen Haushaltsrede nicht versäumen, mal den Menschen zu danken, die sonst da eher im Hintergrund stehen. Als erstes vorneweg will ich auch ganz deutlich im Namen meiner Fraktion sagen, dass die Finanzministerin dieses Landes, die sehr ruhig, sehr konzentriert und ohne großes Tamtam in der Öffentlichkeit diesen Landeshaushalt führt, das hervorragend gemacht hat,

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

und dafür verdient sie mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch die eine oder andere Anerkennung von der Opposition, auch wenn Ihnen das nicht gefällt. Vielen Dank, Frau Finanzministerin Polzin.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Na, Heike, jetzt sitzt gerade! –
Egbert Liskow, CDU: Aufstehen! –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben viel vor. Was wollen wir in diesen zwei Jahren alles tun? Ich frage mich ja immer, wenn die Opposition heute sagt, sie lehnt diesen Haushalt natürlich ab, das hat mich jetzt nicht überrascht, haben wir als Opposition auch nicht anders gemacht, dann wissen Sie aber auch, dass Sie viele sehr, sehr sinnvolle Projekte damit ablehnen.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE, und
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Haben Sie damals auch gemacht. – Zuruf von
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und verlassen Sie sich darauf, Herr Kollege Saalfeld, verlassen Sie sich darauf, das werden wir Ihnen diesmal nicht durchgehen lassen.

Bei den zukünftigen öffentlichen Veranstaltungen, wo ich dazu Gelegenheit habe, werde ich darauf hinweisen und sagen: Wissen Sie eigentlich, liebe Rektoren der Universitäten, wem Sie das zu verdanken haben? Nicht dem Kollegen Saalfeld, auch nicht dem Kollegen Holter, das haben Sie nur dieser Koalition zu verdanken, niemand anders.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: So ist es.)

Und dann gucken wir mal, ob wir dann nicht in ein bisschen blasse Gesichter schauen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Och nö, es gibt doch getönte Tagescreme.)

Ich glaube schon, Sie haben da das eine oder andere auch durchaus Positive in diesem Landeshaushalt gefunden.

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Unterschätzen Sie die
Rektoren dieser Hochschulen nicht!)

Insofern sollten Sie nicht so zurückhaltend sein, das eine oder andere Gute hätten Sie da auch rausgefunden, um das hier in der heutigen Debatte mal sagen zu können.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren und liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werde mir jetzt sparen, auf die sinnvollen Anträge der Koalition noch weiter einzugehen. Die können Sie ja dann selbst in Ihren Reden nachher noch weiter würdigen.

Ich will Ihnen noch mal sagen, was, glaube ich, diese Koalition ausmacht. Ich glaube, bei aller Kritik, die Sie ja immer wieder versuchen,

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

wo Sie ganz global das gesamte Land mit einbeziehen und komplett einfach alles schlechtreden,

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ach nö. – Dr. Norbert Nieszery, SPD, und
Egbert Liskow, CDU: Doch. –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie ganz
besonders, Frau Gajek. – Jürgen Suhr,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Grundsätzlich.)

ich glaube, dass zwischen den beiden übrig gebliebenen Volksparteien in diesem Land, egal, ob Sie das hören wollen oder nicht,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

im Übrigen in dieser Koalition ein Verhältnis des Vertrauens regiert.

(Tilo Gundlack, SPD: Richtig.)

Und Sie können sich darauf verlassen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist ja
auch eine Selbstverständlichkeit,
die Sie betonen müssen.)

wenn der eine oder der andere, wenn der eine oder der andere sich aus der Fraktion der SPD oder der CDU mal kritisch äußert, dann gehört so was auch zu einem Parlamentarismus, den man aushalten muss.

Und im Übrigen gehen wir nicht mit der Streitaxt durch unsere Fraktion und versuchen, den letzten Abweichler von irgendwas zu überzeugen,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Was war denn das dann? –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion
DIE LINKE – Zuruf von Silke Gajek
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern wir reden sehr vertrauensvoll und vernünftig erst auf der Fraktionsvorsitzendenebene und dann in unserer Fraktion. Und insofern hören Sie auf, hier immer zu versuchen, die beiden Fraktionen der CDU und der SPD so hinzustellen, als wenn das ein verlängerter Wurmfortsatz der Staatskanzlei ist. Da muss ich Ihnen wirklich sagen,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist aber so.)

das ärgert mich wirklich persönlich, Herr Kollege Holter, und das wird den Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen auch nicht gerecht.

Und wenn ich bei Ihnen bin, Herr Holter, dann müssen Sie sich natürlich auch mal hinterfragen – ich habe mir mal eine alte Pressemitteilung, das heißt, so alt ist sie noch gar nicht, von Ihnen rausgesucht, wo Sie sich dazu äußern –, wie toll das ist, dass in Schwerin Nestlé angesiedelt wird. Toll, toll, toll, toll!

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, ist doch gut.)

Toll! Ist doch gut. Kann ich dann auch von Ihnen erwarten, dass Sie genau an diesem Punkt im Bereich des Wirtschaftsministeriums dem Landeshaushalt zustimmen? Sie wissen, dass wir mit einer großen Kraftanstrengung dort Fördermittel zur Verfügung gestellt haben, damit dieses Nestlé-Werk hierher kommt.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Wissen Sie auch, welchen Beitrag
die Stadt Schwerin geleistet hat?)

Ich will Ihnen nur mal zeigen, dass Sie bei Ihrer unqualifizierten Generalkritik, die Sie heute abgelassen haben, auch wichtige Projekte für dieses Land schlechtreden und damit kleinreden, und das ist solchen Projekten wirklich unwürdig. Da hätte ich von Ihnen auch erwartet als ehemaliger Minister, dass Sie so was mal herausstellen.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Na klar, ich bin an allem schuld. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, solche Merkwürdigkeiten bin ich sonst von Herrn Saalfeld zwar gewohnt, von Herrn Holter noch nicht so wirklich. Ich

freue mich auch schon darauf, wenn nachher die Hubschrauberdebatte wieder kommt.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Nee, die werden wir heute nicht mehr führen.)

Doch, ich freue mich auf die, weil ich finde die wirklich spannend, denn viel was anderes ist bisher ja noch nicht passiert.

Was ich mich allerdings frage, ist, warum,

(Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das Einzige, was hier interessiert.)

warum verlassen Sie den Konsens, den wir als demokratische Fraktionen geschlossen haben, beim Thema Inklusion. Das frage ich mich wirklich, ein wichtiges Thema nicht nur für dieses Land, sondern auch für Deutschland. Wir haben uns verständigt, das war in meiner Fraktion sehr hart, und wir haben lange darüber diskutiert, ob wir das wirklich tun sollten, ob wir mit Ihnen solche Resolutionen unterzeichnen.

Und ich sage Ihnen mit dem Tag von heute, es war wahrscheinlich ein Fehler, denn ich wusste damals schon, dass Sie sofort eine Seitwärtsbewegung machen, wenn Ihnen das politisch in den Kram passt. Sie haben ja hier beantragt, Herr Kollege Saalfeld war das in diesem Fall, dass dort Geld umgeschichtet werden soll aus dem Bereich des Innenministers, wo ich heute noch nicht so genau weiß, was der mit der Inklusion zu tun hat,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

aber lassen wir das mal, wahrscheinlich aus dem Hubschraubertitel, und den für Inklusion zur Verfügung stellen.

Und ich sage Ihnen, in dieser Verabredung, die wir damals getroffen haben, haben wir ganz klar gesagt, so etwas tun wir nicht, das tun wir nur im gegenseitigen Einvernehmen, und insofern frage ich Sie: Wie wertvoll ist eine Unterschrift Ihres Fraktionsvorsitzenden auf so einem Vertrag? Ich glaube, daraus können wir uns heute Flugzeuge bauen. Insofern passt das auch wieder. Sie wollten es bei den Hubschraubern wegnehmen und das Papier, was wir unterschrieben haben, ist leider heute nichts mehr wert. Also das muss ich Ihnen schon wirklich sagen, als Opposition hätten wir uns als CDU so was nicht getraut.

(Zurufe vonseiten der Fraktionen DIE LINKE,
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Boah!)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, nein, da geht es ja auch immer um Glaubwürdigkeit. Stellen Sie sich doch vor die Leute und erklären ihnen das!

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Stellen Sie sich doch vor die Leute und erklären ihnen das! Ich glaube, damit haben Sie sich einen Bärendienst erwiesen.

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es bleibt für mich zum Schluss zu sagen, dass ich für meine Fraktion jedenfalls

erklären kann, dass ich glaube, dass so wie zukünftig in Berlin auch in Schwerin dieses Land bei Rot-Schwarz oder Schwarz-Rot in der Haushaltspolitik in guten Händen ist. Haben Sie vielen Dank, dass Sie mir so lange zugehört haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Die eigentliche
Einladung zum großen Fusionsparteitag.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Fraktionsvorsitzende Herr Suhr.

Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Es mag, lieber Vincent Kokert, hier durchaus im Spektrum der Weihnachtswünsche der CDU-Fraktion sein, dass wir uns mit unseren Änderungsanträgen darauf ausrichten, sie in den Bereichen zu stellen, in denen Sie sich das gern wünschen, aber den Gefallen werden wir Ihnen nicht tun. Und wir werden Ihnen diesen Gefallen schon gar nicht in einem Bereich tun, den haben Sie angesprochen, nämlich im Bereich des Justizministeriums, und da scheint die Kommunikation bei Ihnen nicht so ganz zu funktionieren,

(Vincent Kokert, CDU: Ach so!)

indem wir sehr deutlich, genauso wie die Fraktion DIE LINKE, zum Ausdruck gebracht haben, dieser Haushalt ist geprägt durch die Justizreform. Da macht es vor dem Hintergrund der intensiven Auseinandersetzungen, die wir dazu geführt haben, überhaupt keinen Sinn, zu Einzelaspekten Änderungsanträge zu stellen,

(Vincent Kokert, CDU: Das ist
aber eine ganz schön billige
Argumentation, ne? Sehr billig.)

Änderungsanträge zu stellen – ich komme gleich noch mal zur Fortführung dieser billigen Argumentation, wie Sie behaupten –, sondern die Justizreform wird von unserer Seite einfach, und zwar mit gutem Grund, in Bausch und Bogen abgelehnt. Und es ist schlicht und ergreifend eine falsche Behauptung, keinen einzigen Antrag,

(Vincent Kokert, CDU: Ich habe
die LINKEN angesprochen.)

keinen einzigen Antrag, den wir hier vorgelegt haben, haben wir nicht vorher mindestens im Finanzausschuss vorgelegt.

Wenn es Ihnen nicht ausreicht an der Stelle, wenn wir über 60,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Tilo Gundlack, SPD: Aber nicht im
Fachausschuss. Nicht im Fachausschuss.
Das können Sie jetzt nicht wegdiskutieren. –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

über 60 Änderungsanträge Ihnen vorlegen, und das meine ich jetzt sehr ernst, und das auf eine Art und Wei-

se tun, die die Beschlussfassung in diesem Parlament, in diesem Landtag erleichtert, indem wir nicht hergehen und jede Einzelposition einzeln aufführen und in einem Einzelantrag zusammen, also in einen Einzelantrag münden lassen, sondern tatsächlich für die einzelnen Bereiche bündeln, dann ist das etwas, wo ich sage, das empfinde ich nicht als fair von Ihrer Seite.

Wir haben versucht, mit dem Vorgehen, was wir gewählt haben, dem Parlament und auch der Mehrheitskoalition, den Mehrheitsfraktionen die Befassung einfach zu machen,

(Vincent Kokert, CDU: Ja, dafür sind Sie ja bekannt, es uns einfach zu machen.
Was ist das denn für ein Quatsch?!)

einfach zu machen, was die Form angeht, lieber Vincent Kokert, nicht, was den Inhalt angeht, nicht, was den Inhalt angeht.

(Egbert Liskow, CDU: Aha! –
Vincent Kokert, CDU: Ach so!
Das akzeptiere ich. –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Ich will eine zweite Eingangsbemerkung machen. Die zweite Eingangsbemerkung orientiert auf das Werftenfördergesetz. Es ist relativ billig, hier herzugehen und zu sagen, es sei geradezu generös, dass die Landesregierung bei derartig weitreichenden Entscheidungen jetzt die Opposition einbinden will, und dann gleichzeitig herzugehen und zu sagen, wir schaffen ein Gesetz, was Öffentlichkeit nicht möglich macht, wir schaffen ein Gesetz, wo wir den größten Teil des Landtages ausblenden, und wir muten elf Mitgliedern eines Ausschusses zu, eine derartig weitreichende Entscheidung zu treffen, und verkaufen das auch noch als Einbeziehung und Transparenz. Da müssen Sie sich nicht wundern, dass das die Opposition für kein geeignetes Verfahren hält und das an dieser Stelle nicht mitmachen wird. Deshalb werden wir diesem Gesetz auch nicht zustimmen.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Tilo Gundlack, SPD: Die GRÜNEN
drücken sich vor der Verantwortung.)

Aber das hat übrigens, ich glaube, Herr Müller hat das gesagt, nichts mit Drücken vor der Verantwortung zu tun. Ich weiß nicht, wer,

(Tilo Gundlack, SPD: Ich war das.)

oder Herr Gundlack hat das gerade gesagt.

(Heinz Müller, SPD: Hätte aber
auch von mir sein können.)

Ja, das hätte auch von Ihnen sein können, und dann hätten Sie einen Schritt machen müssen, so, wie wir das auch vorgeschlagen haben, und sagen, der Landtag ist das öffentliche Gremium, welches das verantwortlich befassen kann, und hier werden wir keinen Parlamentarier ausschließen, indem wir es in einen nicht öffentlich tagenden Ausschuss hineinschieben.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

Sehr geehrte Damen und Herren, mit diesem Haushalt, der jetzt vorliegt, lohnt es sich, glaube ich – Herr Holter hat das auch schon ansatzweise getan, ich will den Versuch machen, das ein bisschen konkreter, dezidierter zu machen –, auch einmal zurückzublicken, und ich habe mir in dem Zusammenhang die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten von vor zwei Jahren zur Hand genommen

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Geschwätz von gestern.)

und mir einmal angeschaut, was damals war, was denn damals verkündet worden ist an Zielsetzungen. Was sind die Leitplanken, von denen Vincent Kokert hier gerade sprach? Und ich will an einigen Beispielen deutlich machen, dass Sie noch weit entfernt sind, auch mit diesem Haushaltsplan noch weit davon entfernt sind, das zu realisieren, was Sie seinerzeit angekündigt haben.

Ministerpräsident Selling hat vor zwei Jahren im Bereich Bildungspolitik angekündigt, ich zitiere: „Bei den Schulen setze die Landesregierung auf ‚bessere Organisation‘ und ‚mehr Dialog‘ ... Es gebe in den kommenden fünf Jahren eine Vielzahl von wichtigen Aufgaben im Schulbereich, wie die Umsetzung der selbstständigen Schule und die Stärkung des Lehrerberufs.“ Und Zitat weiter: „Um in diesen“ – und das muss man sich in der Tat mal auf der Zunge zergehen lassen – „wichtigen Fragen zu guten und breit getragenen Lösungen zu kommen, müssen wir Lehrer und Eltern beteiligen, ihnen die Möglichkeit geben, ihre Überlegungen einzubringen und ihre Ideen beizusteuern.“

(Vizepräsidentin Regine Lück
übernimmt den Vorsitz.)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vielleicht hat Ihr Bildungsminister dieses Projekt des Zuhörens, des Einbeziehens und des Ernstnehmens ja noch nicht begonnen und es ist sein Vorhaben für den zweiten Teil der Legislaturperiode.

(Vincent Kokert, CDU: Wir sind mittendrin.)

Aber selbst das würde nicht begründen, warum sich der Bildungsminister in den Schulen aufführt wie ein Elefant im Porzellanladen und eine Politik betreibt,

(Vincent Kokert, CDU: Können
Sie das mal untersetzen?)

die in den Schulen nur noch auf resignatives Unverständnis trifft. So ist nämlich die Realität.

(Tilo Gundlack, SPD: Waldorfschule. –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wenn Sie Eltern, wenn Sie Lehrer, wenn Sie Schüler fragen, dann gibt es keinerlei Verständnis für das Vorgehen der Landesregierung.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Ich werde Ihnen auch gleich ansatzweise erklären, woran das liegt. Es gibt keinerlei Verständnis dafür, dass vor allem die SPD den Schulen in freier Trägerschaft die Finanzmittel zusammenstreicht. Das hat die CDU mühsam korrigieren können, aber nicht in dem Ausmaß, in

dem das erforderlich gewesen wäre, um auf dem Niveau zu bleiben, was wir bisher hatten. Es gibt keinerlei Verständnis dafür, das am Anfang so wichtige Inklusionsprojekt – da gehe ich sehr gern noch mal auf meine Unterschrift ein –, das so wichtige Inklusionsprojekt auf die lange Bank zu schieben und nicht weiterzuverfolgen, denn dann hätte man die Ansätze in diesen Haushalt hineinbringen können. Wo waren denn die Diskussionen, die Sie hätten führen können zu der Frage: Wie bringen wir das denn gemeinsam voran? Und es wird mit Unverständnis betrachtet ...

(Vincent Kokert, CDU: Also kündigen Sie den Inklusionsfrieden auf?!)

Ja, das ist nicht die Botschaft des Tages, aber die Landesregierung und die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion müssen mal erklären, wie sie angesichts der fehlenden Ansätze im Haushalt Inklusion in den nächsten Jahren betreiben können.

(Vincent Kokert, CDU: Also wenn sie politisch schlecht ist, dann kündigen Sie das auf.)

Sie kommen zu der Erkenntnis, Sie können es einfach nicht, ziehen sich auf den Inklusionsfrieden zurück und realisieren nicht das, was Sie lauthals vor zwei Jahren angekündigt haben. Es gibt kein Verständnis dafür, dass Sie mit der Form Ihrer Verbeamtungspolitik das, wie ich finde, sehr berechtigte Gefühl von Benachteiligung und Ungerechtigkeit in die Lehrerzimmer tragen. Und dies alles erfolgt ohne die vom Ministerpräsidenten seinerzeit angekündigte Beteiligung von Lehrern und Eltern. Lehrer und Eltern haben eben nicht die Möglichkeit, ihre Überlegungen einzubringen und ihre Ideen beizusteuern.

Nehmen Sie, sehr geehrte Damen und Herren, einfach zur Kenntnis, Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich in diesem Land nicht beteiligt, nicht ernst genommen, nicht berücksichtigt. Also es ist genau das Gegenteil von dem eingetreten, was die Landesregierung vor zwei Jahren angekündigt hat.

Aber nicht genug damit, der Bildungsminister ist ja schon unterwegs zum nächsten Tatort, den Hochschulen. Ministerpräsident Sellering hat dazu übrigens vor zwei Jahren erklärt, ich zitiere wieder aus der Regierungserklärung: „Im Wettbewerb um junge Menschen setzen wir besonders auf unsere Hochschulen, die ... immer attraktiver und beliebter werden.“ Zitatende.

(Egbert Liskow, CDU: Das ist so, das ist so.)

Ich finde in der Tat interessant, wie der Bildungsminister diese Forderung „Wir setzen auf unsere Hochschulen“ derzeit umsetzt. Das ist eine interessante Interpretation dieser Forderung. Es dürfte republikweit wahrlich einzigartig sein, die unterschiedlichen Berechnungen zum zentralen Gegenstand der Hochschulpolitik zu machen, und dies ist eine Politik, die ich nur noch für fragwürdig halte. Mit einer konstruktiven Politik des Zuhörens, des Ernstnehmens, mit einer Politik der Achtung, Beachtung und des Einbeziehens hat dies, sehr geehrte Damen und Herren, wahrlich nichts mehr zu tun. Was auf der Strecke bleibt, das ist der Mut zu einer gestaltenden und innovativen Bildungs- und Hochschulpolitik, einer Schulpolitik, die reformpädagogisch ausgerichtet ist und Integration gewährleistet, einer Politik, die Schüler, Lehrer und Eltern authentisch ernst nimmt, und einer Hochschulpolitik, die

die Chance jetzt nutzt, junge, qualifizierte Menschen an Mecklenburg-Vorpommern zu binden, unser Land und seine Hochschulen für diese Menschen attraktiv zu machen und damit Zukunftspotenziale zu nutzen.

Unser Land attraktiv zu gestalten, dazu bedarf es aber auch gerade in einem so dünn besiedelten Bundesland wie Mecklenburg-Vorpommern der öffentlichen Mobilität. Auch hier müssten innovative Wege beschritten werden. Ministerpräsident Sellering hat dazu vor zwei Jahren eben hier in der Regierungserklärung ausgeführt, und auch hier zitiere ich wieder: „Dabei geht es vor allem darum, in den Bereichen des ländlichen Raumes, in denen die Bevölkerungszahl zum Teil dramatisch zurückgeht, dennoch alle notwendigen Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzubieten“ ... Dazu müssten beispielsweise neue Formen des öffentlichen Nahverkehrs entwickelt werden.“

Sehr geehrte Damen und Herren, vielleicht hat auch das Infrastrukturministerium noch nicht angefangen, diese Forderung des Ministerpräsidenten umzusetzen, oder sie falsch verstanden. Dem Haushaltsentwurf ist aber auch nicht zu entnehmen, dass sich dies in den nächsten zwei Jahren ändern wird. Vielmehr ist zu erwarten, dass die Landesregierung hier falsche Prioritäten setzt und von den Ankündigungen des Ministerpräsidenten nichts übrig bleibt.

(Tilo Gundlack, SPD:
Nee, nee, nee, so ist das nicht.)

Anders ist nicht zu erklären, Herr Gundlack, dass in den vergangenen Jahren Millionenbeträge

(Tilo Gundlack, SPD:
So ist es nicht, nein.)

in den defizitären Flughafen Rostock-Laage und in zahlreiche Regionalflughäfen gesteckt wurden,

(Thomas Krüger, SPD:
Was wollen Sie machen?
Wollen Sie den Flughafen schließen? –
Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

während das Bahnangebot zusammengestrichen wird.

Wir haben ja durchaus Vorschläge dazu gemacht, wie man mit diesem Projekt umgehen kann.

(Tilo Gundlack, SPD: Herr Saalfeld hat ja gesagt, dass er es nicht schließen will.)

Das haben wir übrigens auch öffentlich gemacht. Insofern tun Sie nicht so überrascht zu der Frage der Position, die ich hier vertrete!

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Jetzt im Moment soll eine Beteiligung am Rostocker Flughafen geprüft werden, gleichzeitig – und auch das ist die Wahrheit, Sie hätten gestern gern mal bei der Demonstration dabei sein können – koppeln Sie ganze Regionen im Süden von der Schiene ab. Die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs und des Bahnangebotes genügt aber eben nicht mehr einem ausreichenden Angebot, wenn Sie diese Streichpolitik fortsetzen, und genau das ist ja angekündigt.

(Egbert Liskow, CDU: Sie sind doch aber sonst für Fahrräder.)

Ich bin sehr gern mit dem Fahrrad unterwegs, Herr Liskow, wie Sie wissen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie setzen auch hier die falschen Prioritäten.

(Tilo Gundlack, SPD: Das sind Ihre Schlussfolgerungen, aber nicht unsere.)

Das Ergebnis dieser Politik ist eine besondere Art der Bürgerbeteiligung, könnte ja vielleicht ein innovatives Modell sein.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nee.)

Nahezu im Wochenrhythmus stehen die Bürgerinnen und Bürger nämlich vor dem Landtag, um ihrem Protest gegen die Politik der Landesregierung Ausdruck zu geben,

(Heiterkeit bei Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

seien es so wie am gestrigen Tag die Proteste zur Streichung der Südbahn, vor Kurzem die Demonstrationen der Hochschulen und der Studierenden, unlängst die Demonstration der freien Schulen, die Demonstration der Richterinnen und Richter und der Anwälte und der Berufsbetreuerinnen und Berufsbetreuer oder die über Wochen andauernden Proteste der Theater- und Orchestermitarbeiter. Ich muss da noch nicht mal auf die Demonstration von Herrn Foerster im Arbeitsanzug zurückkommen, um hier eine lange Liste aufzuführen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich könnte das weiter fortsetzen. Die Politik der Landesregierung provoziert offensichtlich immer wieder Proteste und Demonstrationen. Und vielleicht ist das ja eine innovative Umsetzung der Absichtserklärung, die Ministerpräsident Selling vor zwei Jahren formuliert hat, erneutes Zitat: „Wir wollen den Dialog mit allen, die unser Land voranbringen.“ Ausführungszeichen, Ende!

Voraussetzung zum Dialog, sehr geehrte Damen und Herren, ist die Bereitschaft zur Kommunikation. Kommunizieren kann ich aber nur, wenn ich mich auch den Gesprächen stelle. Genau dies tun Sie jedoch nicht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Helmut Holter, DIE LINKE: Sehr richtig. –
Tilo Gundlack, SPD: Doch,
das tun wir sehr wohl.)

Sie verweigern sich dem Dialog. Ich kann mich sehr gut erinnern – da kam gerade die Anmerkung, das tun wir sehr wohl, aber gestern habe ich niemanden gesehen –, ich kann mich sehr gut erinnern an die große Demonstration zur Gerichtsstrukturreform, wo Sie aufgefordert waren, das Wort zu ergreifen.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Genau, genau.)

Ich habe niemanden gesehen von der Landesregierung oder von den Mehrheitsfraktionen,

(Tilo Gundlack, SPD: Doch.)

die die Position dort auf dem Podium vertreten haben. Ich stand da mit Herrn Holter über die ganze Zeit.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Er hat ja gesagt, wer dabei war, nicht, wer gesprochen hat. Das ist ja mutig.)

Vielleicht haben Sie stillschweigende Telefonate geführt, wie auch immer, aber zu sehen waren Sie nicht, weil Sie – das ist meine Einschätzung – schlicht und ergreifend nicht das Kreuz hatten, das zu tun.

Sie verweigern sich dem Dialog mit den engagierten Menschen, die regelmäßig gegen Ihre Politik protestieren, und Sie verweigern sich auch dem öffentlichen Dialog, wenn es um so wichtige Dinge geht wie um die Werftenförderung, weil Sie es nämlich nicht öffentlich machen. Dabei, sehr geehrte Damen und Herren, hätten Sie ganz einfach die Möglichkeit, mehr Beteiligung an den demokratischen Prozessen zuzulassen. Sie reden nur davon, Sie tun es aber nicht. Unsere Vorstöße zur Erleichterung der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an demokratischen Entscheidungsprozessen werden von Ihnen vielmehr blockiert oder, wenn man es freundlicher formulieren will, ausgesessen.

Unser Gesetzentwurf zur Senkung der Quoren bei den Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden dümpelt seit anderthalb Jahren in den Gremien, wird immer wieder auf die lange Bank geschoben. Beim Gesetzentwurf zur Herabsetzung des Wahlalters auf 16 verhält es sich ähnlich. Da hilft es übrigens auch nicht, wenn die Vertreterinnen und Vertreter der CDU auf Veranstaltungen wie etwa „Jugend im Landtag“ vorgeben, sich mit dieser für viele engagierte junge Menschen so wichtigen Entscheidung intensiv auseinanderzusetzen, wo letztendlich doch jeder weiß, dass die CDU-Fraktion die Herabsetzung des Wahlalters klar ablehnt. Herr Lenz hat gebeten, noch mal zu vertagen in der letzten Fachausschusssitzung. Einen Tag später lese ich vom rechtspolitischen Sprecher, wir sind längst festgelegt, unsere Position wackelt an der Stelle nicht,

(Torsten Renz, CDU:
Meinen Sie Lenz oder Renz?)

wir lehnen das Wahlalter mit 16 ab. Sie vergeben damit schlicht und ergreifend, Herr Renz, eine weitere Chance, jungen, engagierten Menschen die Möglichkeit zur Beteiligung und zur Mitwirkung zu geben. Auch dies könnte unser Land für junge Menschen attraktiver machen, wäre aber vor allem ein Beitrag zu mehr demokratischer Teilhabe.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Ministerpräsident hat seine Regierungserklärung vor zwei Jahren unter die Überschrift gestellt „Zukunft aus eigener Kraft“. Das ist ein Ziel, welches wir hier in Mecklenburg-Vorpommern nur dann erreichen werden, wenn wir den Mut aufbringen, mehr demokratische Teilhabe zuzulassen. Von ganz besonderer Bedeutung ist dabei die Entwicklung in unseren Landkreisen, in unseren Städten, in den Gemeinden, denn diese sind die Keimzellen der Demokratie – das haben mal Abgeordnete aus Ihren Reihen gesagt, ich halte das für richtig – und der demokratischen Teilhabe. Es wird uns aber nicht gelingen, Menschen dazu zu gewinnen, auf der kommunalen Ebene mitzugestalten,

wenn wir eben diesen Kreisen, Städten und Gemeinden nicht die Möglichkeit zur Mitgestaltung geben.

Und, Herr Müller, ich habe vorhin mit Interesse die Debatte zum FAG verfolgt, die Situation vor Ort sieht schlicht und ergreifend anders aus. Die Kommunen fühlen sich alleingelassen. Es macht keinen Spaß, sich permanent mit Haushaltskonsolidierungskonzepten auseinanderzusetzen und gleichzeitig zu sehen, wie das Land den Haushalt saniert. Da gibt es eine Gesamtverantwortung für die finanziellen Spielräume, die auf kommunaler und auf Landesebene zu schaffen sind.

Sie fahren derzeit aber eben einen Kurs, der darauf zielt, die Kommunen kaputtzusparen. Die prognostizierten Einsparungen nach der Kreisgebietsreform bleiben bis heute aus. Es ist eher die Regel denn die Ausnahme, dass sich die städtischen Zentren mit Haushaltskonsolidierungskonzepten beschäftigen müssen.

(Marc Reinhardt, CDU: Nicht nur die Zentren.)

So, meine Damen und Herren, sieht keine verantwortliche Politik auf kommunaler Ebene aus. Und wenn ich mir jetzt die Situation anschau, wie es mit den Theatern und Orchestern läuft, da fahren Sie eine Politik, in der Sie die Träger, die kommunalen Träger der Theater und Orchester schlicht und ergreifend erpressen, sogenannte Letters of Intent gezeichnet werden müssen. Wenn die nicht gezeichnet werden, dann drohen Kürzungen. Auch das ist keine Politik der Einbeziehung, des Dialogs und der demokratischen Kultur. Ich finde, das müssen Sie dringend korrigieren. Dieser Haushalt weist nicht den Weg, dass Sie dies korrigieren wollen. Wir werden diesem Haushalt daher unsere Zustimmung verweigern. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat nun der Abgeordnete Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

(Heinz Müller, SPD: Auch das noch!)

Udo Pastörs, NPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Die Haushaltsdebatte war bisher nicht gekennzeichnet von der Nennung effektiver Zahlen. An der Spitze der gesamten Würdigung des Haushalts steht der Herr Kokert, der es sage und schreibe auf eine konkrete Zahl brachte in seinem langen Vortrag, der sehr flüssig und auch einleuchtend erschien, im Ergebnis aber leider aus meiner Sicht kommentiert werden muss: Klamauk wurde mit Gegenklamauk beantwortet, um diese Metapher von Herrn Kokert aufzunehmen.

Der Haushalt – 7,3 Milliarden inklusive Solidarpaktmittel von 690 Millionen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben noch dazuzurechnen die implizite Verschuldung von rund 4,3 und dann kommen wir auf ein ganz anderes Bild, dann zeigt sich die Gefahr und die Schieflage dieses Hauses heute vorgelegten Vertragswerks.

Wir haben vorhin gehört, dass wieder keine Neuverschuldung erreicht wurde, verschwiegen wird natürlich, dass auch bis zum Jahre 2018 nicht geplant ist, eine Tilgung, effektive Tilgung, Nettotilgung vornehmen zu

können. Dies wurde hier nicht deutlich zum Ausdruck gebracht.

Der zweite Risikopunkt, den wir ansprechen möchten, der natürlich vonseiten der Regierung auch nicht aufgeführt wird, ist nicht nur die Gefahr einer dramatisch steigenden Pro-Kopf-Verschuldung, sondern die daraus resultierende steigende Last nicht pro Kopf, sondern die steigende Last pro arbeitende Bevölkerung, das heißt also jener Leute, die hier in diesem Land jeden Monat Steuern zahlen, und das unter dem Gesichtspunkt des sogenannten demografischen Wandels, also der Vergreisung der Bevölkerung hier in Mecklenburg und Vorpommern.

Ein ganz großes Risiko wurde ebenfalls nicht behandelt und ich möchte das hier durchdeklinieren, die Risiken, die hier gar nicht genannt wurden. Es ist natürlich das, was wir aus dem Länderfinanzausgleich zu erwarten haben. Da wehren sich natürlich die Nettozahler, auch juristisch mittlerweile, gegen ein Abmelden, wie das so mancher Politiker aus den südlichen Bundesländern formuliert. Die Zinsentwicklung spielt eine große Rolle. Wenn auch nur der Zinsmarkt um 1 bis 1,5 Prozent steigt, kippt Ihre gesamte Planung, Frau Finanzministerin, nach hinten um.

Der ganze Haushalt berücksichtigt auch nicht die immer wieder hier von Parlamentariern klargestellte Sachlage der Kreise, dass die Sozialausgaben der Kreise aus eigenen Mitteln, aus eigener Kraft der Kreise nicht gedeckt werden können, und wir als Nationaldemokraten konnten in diesem Haushalt nicht ausreichende Mittel finden, um diesem Zustand abzuwehren. Der nächste Punkt, der hier auch gar keine Rolle spielt, wenn man einen Landeshaushalt vorstellt, der ja so glänzend ist, das ist die Neuordnung des Finanzausgleichsgesetzes, die hier auch nicht konkret mit Zahlen in dieser Debatte Gegenstand von Erklärungen oder Ausführungen war.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben uns hier in diesem Hause immer wieder die blühenden Landschaften vorgezeichnet, indem Sie sagten, dass die Industrialisierung im Land ein gutes Stück nach vorn gebracht wird in dieser Legislaturperiode. Wir haben nun mittlerweile nahezu Halbzeit und ich stelle fest, wir stellen fest, die Menschen draußen im Lande stellen fest, dass wir nach wie vor zumindest eine schleichende Deindustrialisierung dieses Bundeslandes zu beklagen haben. Die bereitgestellten Mittel zur Instandhaltung und zum Ausbau der Infrastruktur sind nicht vorhanden. Die Kreise beklagen – und das Land weiß das auch ganz genau –, dass die seit 1989 mit Milliardenhilfen des Bundes und der EU geschaffene Infrastruktur mittlerweile wieder verrottet. Spätestens im Jahre 2020 gibt es dann zum Beispiel auch keine Mittel mehr aus dem Solidarpakt. Die Landesregierung möge sich überlegen, was sie hierfür dann an Mitteln effektiv – und nicht nur in der Finanzplanung – bereithält.

Noch ein Wort zu Herrn Holter. Herr Holter sprach von den 765 Millionen auf der hohen Kante, da wollen wir ran. Diese 765 Millionen, lieber Herr Holter, sind gar nicht auf der hohen Kante.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Nee?)

Das ist eine fiktive Größe, die Finanzministerin wird es vielleicht nachher noch näher ausführen, ist eine fiktive Größe, man könnte auch sagen, eine Möglichkeit einer

Überziehung, ohne dass es neuer Beschlüsse des Landtages bedürfe, ein sogenannter Puffer, um es vereinfacht zu erklären, aus dem dann die Landesregierung Mittel entnehmen kann.

Meine Fraktion, die NPD-Fraktion, hat Ihnen 60 Änderungsanträge vorgelegt, wo wir konkrete Vorschläge machen, wo umgeschichtet werden kann oder wo Positionen komplett gestrichen werden können. Diese Änderungsanträge legen wir dem Parlament vor,

(Torsten Renz, CDU: Waren Sie überhaupt im Ausschuss da bei den Beratungen?
Waren Sie überhaupt im Ausschuss da bei den Beratungen?)

weil Sie ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, beschlossen haben, unsere Anträge gleich, wo wir sie stellen, ungelesen in den Papierkorb zu schmeißen. Insofern benutzen wir das Instrument, hier öffentlich im Parlament unsere Vorstellungen zum Haushalt zu konkretisieren, indem wir Sie bitten, diese zur Kenntnis zu nehmen, und Sie werden feststellen, dass der eine oder andere Vorschlag sehr sinnvoll sein könnte.

Lassen Sie mich abschließend noch zum Werftenförderungsgesetz das eine oder andere sagen. Dieses Gesetz ist eine Bankrotterklärung der Landesregierung, weil die Landesregierung Verantwortung aus der Regierung heraus in den Finanzausschuss delegieren möchte und sich damit wie Pontius Pilatus ihre Hände wäscht. Das heißt also, sie delegiert Verantwortung aus der originären Aufgabe, aus der originären Aufgabe der Landesregierung, Verantwortung zu übernehmen, in den Ausschuss. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass solch eine Praxis einer Überprüfung beim Landesverfassungsgericht standhalten könnte.

Ich habe noch etwas Zeit und möchte deswegen eine Frage an den Innenminister stellen. Herr Innenminister, die Landesregierung, Ihr Ministerium hat von 1999 bis 2008 sogenannte Forward-Swaps-Geschäfte abgeschlossen, also derivative Finanzgeschäfte mit Laufzeiten zwischen 6 und 20 Jahren. Das Innenministerium hat das getan mit dem Hinweis, sich somit die einmalig günstigen Zinsen langfristig zu sichern. Könnten Sie uns einmal sagen oder die Finanzministerin, die vielleicht nachher das auch zum Gegenstand ihrer Ausführungen machen könnte, könnten Sie dem Parlament einmal sagen, zu welchen Konditionen, wie lange Sie diese derivativen Geschäfte betreiben müssen in der Spitze bis 2020?

Dass wir Nationaldemokraten einem Mogelhaushalt zulasten der Bevölkerung, zulasten des Mittelstandes und ohne jede Perspektive, die wirtschaftlichen Grundlagen hier in Mecklenburg und Vorpommern zu verbessern, nicht zustimmen können, das versteht sich von selbst.

(Torsten Renz, CDU: Das adelt den Haushalt, wenn Sie nicht zustimmen. –
Heinz Müller, SPD: Gott sei Dank!)

Ich bedanke mich zunächst für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat die Finanzministerin Frau Polzin.

Ministerin Heike Polzin: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dieser Runde der Debatte möchte ich vielleicht noch mal das Selbstverständnis vertiefen, wo wir uns eigentlich bei diesen Haushaltsberatungen befinden. Vielleicht können dann auch manche gegenseitigen Angriffe obsolet werden.

Ich habe vor Monaten, das heißt eigentlich der Ministerpräsident an erster Stelle und ich daneben, sehr umfassend dargestellt, was die Landesregierung mit dem Doppelhaushalt 2014/2015 Ihnen vorlegt. Wir haben uns an die Abarbeitung unserer beschlossenen Punkte und Schwerpunkte des Koalitionsvertrages gemacht. Und ich könnte Ihnen jetzt sehr detailliert aufzählen, an welchen Ecken wir genau das tun, und zwar schrittweise. Falls jemand mit den Zahlen durcheinanderkommt, die fünfjährige Legislaturperiode dauert jetzt gerade mal zwei Jahre an und wer von uns erwartet, wir sollten schon fertig sein, dem stelle ich mal die Frage, was wir dann den Rest der Zeit machen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich finde, es ist sehr, sehr deutlich geworden, dass wir uns bei vielen Schwerpunkten in den Bereichen Bildung, Kinder- und Wirtschaftsförderung bereits mit diesem Doppelhaushalt zum zweiten Mal auch finanziell auf den Weg gemacht haben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Im Übrigen halte ich es auch für sehr kurz gesprungen, dass man immer nur meint, eine Aufgabe bewältigen zu können, wenn mehr Geld reinkommt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, insbesondere aus der Opposition, das ist ein Trugschluss.

(Tilo Gundlack, SPD: Sehr richtig.)

Wir können nämlich gerade bei den Themen im Bildungs- und Schulbereich feststellen, auch bei Inklusion haben wir ganz andere Probleme vorrangig zu lösen, nämlich wie das Miteinander in der Schule gestaltet wird, dass das für die Kinder, aber auch für diejenigen, die diese Arbeit leisten müssen, zu bewältigen ist. Und das ist erst in zweiter Linie ein Geldproblem. Nur mal am Rande, das habe ich nur exemplarisch genannt, weil das für viele Bereiche ebenso gilt. Wer also sagt, er hat nichts im Haushalt gefunden an großen Steigerungen und deshalb findet das hier nicht statt bei der Landesregierung, der irrt schon mal. Da müssen wir schon genauer in die Themen gehen.

Ich werde Ihnen vielleicht auch gleich zu Beginn sagen, damit nicht jemand eventuell noch Schnappatmung kriegt, weil die Finanzministerin nicht auf jedes Thema detailliert eingeht, meine Kolleginnen und Kollegen Minister stehen zu den Einzelplänen bereit wie auch schon während der gesamten Haushaltsberatungen.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Sie erinnern sich, in den Fachausschüssen und insbesondere im Finanzausschuss hat ja jedes Ressort umfassend vorgetragen, welche Schwerpunkte und Wege da bezeichnet werden.

(Heiterkeit bei Helmut Holter, DIE LINKE)

Sie standen Rede und Antwort, soweit ich das im Finanzausschuss mit beobachten konnte, ich war oft genug zugegen. Ich habe das in umfassender Weise auch erlebt. Wir fangen also heute in der Debatte nicht beim Punkt null an. Ich möchte das gern berücksichtigt wissen, weil ich hier das eine oder andere Mal schon Polemik in der Richtung gehört habe. Dazu ist heute noch gar nichts gefallen. Ich bitte Sie, haben Sie etwas Geduld, unter anderem auch zum Werftenfördergesetz steht der Innenminister in Vertretung des Wirtschaftsministers als Verantwortlicher für dieses Thema gern noch zur Debatte bereit.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Ah, alles klar!)

Ich könnte mir vorstellen, dass ich so ganz ohne Redemanuskript auch mal ganz allein darauf komme, denn was ich dazu heute gehört habe, das ist doch wirklich schon etwas oberhalb meiner Toleranzgrenze.

Dennoch möchte ich gern auf den guten Brauch zurückkommen, den ich im Finanzausschuss in gewohnter Weise, aber eigentlich mit einem neuen Ausschussvorsitzenden wieder erlebt habe, in gebührender Sachlichkeit die Dinge abzuarbeiten. Das ist wieder, denke ich, zumindest zu 98 Prozent durchgehalten worden, und ich glaube, der gegenseitige Respekt der Financer vor der Arbeit, die da zu leisten ist, tut auch ein Übriges dabei. Dabei meine ich ausdrücklich nicht nur die Financer im Ausschusssekretariat, ich meine natürlich auch die in meinem Haus, ich meine die in den Ressorts, da gibt es sie auch noch mal, aber ich meine auch ausdrücklich die in den Fraktionen. Deshalb sollte bei aller Auseinandersetzung dieser Grundtenor aus meiner Sicht nicht verlassen werden. Ich will gern dazu beitragen, dass wir darauf zurückkommen, aber ich sage Ihnen ganz ehrlich, bei einigen Beiträgen hatte ich schon große Probleme, mich in Fassung zu wahren.

(Egbert Liskow, CDU: Das haben wir gesehen.)

Ich bitte also jetzt schon um Entschuldigung, falls ich in der Argumentation dann doch mal etwas schärfer werde, das ist provoziert worden.

Meine letzte Vorbemerkung betrifft einige Ministerkollegen von mir, die hier namentlich angegriffen wurden, aus meiner Sicht in völlig unangemessener Art und Weise. Und ich kann Ihnen einfach nur sagen, dass ich in der Zusammenarbeit und in Kenntnis dieser Sachzusammenhänge ausdrücklich vor dem Bildungsminister mit den Problemen, die er zu bewältigen hat in den letzten Jahren – und jeder, der sich auskennt, wird das respektieren –, einen riesengroßen Respekt vor dem habe, was mein junger Kollege da leistet.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Und ich weiß auch, die Probleme sind nicht 2011 entstanden und sie werden auch nicht 2016 beendet sein. Das Ganze hat einen sehr langen Vorlauf. Er ist der Erste, der die Theaterreform wirklich angefasst hat und der mal was zu Papier gebracht hat, was Konflikte bringt.

Wir haben mit Herrn Tesch den Anfang gemacht. Das war aber auch ein bisschen Moderation und wer nicht wirklich wollte, der musste nicht. Das Ergebnis war, wie

es dann immer so ist: Solange ich noch einen anderen Ausweg habe, denke ich an Konsolidieren nicht. Das habe ich hier im Parlament, insbesondere bei den Oppositionsfractionen, auch wieder mal gemerkt: Wenn mir noch was anderes einfällt, sei es auch so krude wie irgend möglich, dann zieh ich lieber diese Karte.

Aber wer für dieses Land verantwortlich ist, und das nicht nur heute und morgen, und das nicht nur, um wieder mal einen Wahlkampf zu gewinnen, sondern auch für die kommenden Generationen, der muss einfach mitunter auch unpopuläre Entscheidungen treffen, wenn er sie für richtig hält. Und sich hier gegenseitig vorzuwerfen, das ist ja in dem Zusammenhang auch gekommen, dass das die Parlamentarier der Koalitionsfraktionen nicht tun, dem ist beileibe nicht so, denn die führen ihre Diskussionen vielleicht nicht bei Demonstrationen. Das ist auch in Ordnung, denn da kommt ja selten ein konstruktives Ergebnis dabei raus. Die Verhandlungen werden sogar bei Tarifverhandlungen nicht auf Demonstrationen geführt, sondern nachher im stillen Kämmerlein in Potsdam.

Mir wird sicherlich keiner vorwerfen, dass ich irgendwelchen Konflikten ausweiche, denn ich stelle mich auch vor 10.000 Tarifbeschäftigte und sage ihnen: Denken Sie bitte auch darüber nach, dass wir hier noch ein ausgewogenes Verhältnis haben müssen! Und genau dahin geht mein Appell. Dieses Selbstverständnis, dass wir es seit etlichen Jahren schaffen, keine neuen Schulden aufzunehmen, scheint für einige schon ein Selbstläufer zu sein. Das ist mitnichten so. Es ist jedes Mal und auch in diesem Jahr war es wieder eine Anstrengung. Und wir haben das auch nur geschafft, weil wir mehrere Vorsichtspositionen verkleinert haben.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Unter anderem haben wir den Zinstitel um 40 Millionen pro Jahr gesenkt, mehr als 40 sogar, weil wir gesagt haben, die momentane Zinsentwicklung lässt das zu. Aber die Frage ist berechtigt: Was passiert innerhalb eines Doppelhaushaltes, wenn es nur um einen Prozentsatz hochgeht? Dann finden wir uns aber wirklich schon in der Grübelecke wieder. Und genau dafür müssen wir Vorsorge treffen.

Jetzt bin ich bei dem nächsten Thema, das mich wirklich aufbringt, diese Ausgleichsrücklage. Und wer will, kann es wissen, denn dazu gab es ja schon umfassende Befassungen auch im Finanzausschuss, es gibt sogar eine Drucksache dazu. Da wird nämlich mal unterschieden, wie sich unsere Ausgleichsrücklage entwickelt. Und wer meint, wir hätten da mal bummelig 700 Millionen drin

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

und das wär doch zu viel, der negiert bewusst, dass in der Drucksache – Frau Rösler müsste es ja zumindest kennen – dargestellt wird, wie sich das entwickelt und worin die anderen Bestandteile bestehen. Schon im Jahr 2016, also am Ende dieses Doppelhaushaltes, sind wir planmäßig mit der Ausgleichsrücklage auf 529 Millionen runter. Es gibt also überhaupt keinen Spielraum für Ihre Spielchen. Zu denen komme ich jetzt auch gleich noch mal, was die Antragslage anbelangt. Im Übrigen wird diese Bürgschaftsrücklage unter anderem deshalb zurückgeführt,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

weil wir an der Stelle natürlich auch planmäßig den Kommunen die zustehenden Mittel überweisen, weil wir für die Kunstschatze, für den Theaterfonds und für den Versorgungsfonds der Lehrer – das sind alles Stichpunkte, die Sie kennen – das Geld dort zurzeit noch geparkt haben. Die Gelder fließen planmäßig ab und können nicht durch andere Programme verfrühstückt werden. Und im Übrigen wird auch die Aufstockung unserer Bürgerschaftssicherungsrücklage um 70 Millionen an der Stelle noch mal von der großen Auslage runtergehen.

Damit komme ich jetzt mal zu den großen Zahlen. Wie kann es eigentlich sein, dass das Land noch vor zwei Jahren 1 Milliarde Bürgschaften absichern wollte im Werftenbereich und jetzt haben Sie sich das neu überlegt? Also Sie wissen genau, dass wir jetzt wirklich ausdrücklich über Werften reden, denn das große Bürgschaftsprogramm ist ja wesentlich größer, ist immer noch über 1 Milliarde. Wir sind bei den Werften. Ich kanns Ihnen genau sagen, was in diesen beiden Jahren passiert ist, und Sie haben es, glaube ich, auch nicht verschlafen, denn immerhin haben Sie ja dann den Untersuchungsausschuss daraus gemacht.

Wir haben zur Kenntnis nehmen müssen, wie schnell eine Bürgschaft Wirklichkeit wird, indem sie reißt und wir zahlen müssen. Und glauben Sie denn, wir haben diese 270 Millionen Euro aus der Portokasse bezahlt? Glauben Sie nicht, dass uns das richtig wehtut in unserem Haushalt? Und dann muss sich eine verantwortliche Landesregierung auch die Frage stellen: Wie weit kann es gehen, gemessen auch an unserem Haushalt, an unserer gesamten Problemlage, dass man eine Sicherung hergibt – in Klammern: die Wirklichkeit werden kann und nicht nur auf dem Papier steht –, ohne den Gesamthaushalt zu gefährden?

Die Landesregierung hat nach vielen Beratungen die jetzige Summe, bei der wir als Land mit 300 Millionen eigenen Geld dabei sind. Wir bekommen ja dann eine Rückbürgschaft des Bundes. Darum haben wir das Niveau 400 und der Anteil der Banken – 80 : 20 –, dann noch mal 100. Das heißt, für eine halbe Milliarde sind wir in der Lage, Bürgschaften für den maritimen Bereich zu geben. Das ist, denke ich, ein angemessenes Zeichen für einen 7-Milliarden-Haushalt, den wir da zur Verfügung stellen. Aber er verantwortet eben auch, dass wir neben den Werften viele, viele andere Probleme haben. Sie haben hier heute etliche immer wieder aufgezählt. Ich muss das nicht auch noch wiederholen.

Wenn diese Rücklage sich so entwickelt, dann könnte ich es eigentlich kurz machen. Aber ich kann doch nicht umhin bei der Antragslage dieses großen Stapels. Ich habe vorhin mal versucht, mir so schnell wie möglich einen Überblick zu verschaffen, was da eigentlich alles passiert. Sehen Sie es mir bitte nach, ich bin noch nicht abschließend zu jedem einzelnen Antrag gekommen und will den auch nicht bewerten. Aber ich meine, da die Opposition uns in diese Situation versetzt, muss ja eine gewisse parlamentarische Würdigung hier noch mal erfolgen.

Ich möchte das folgendermaßen angehen: Da habe ich zunächst die Anträge der LINKEN, also nicht die gemeinschaftlichen, die kommen nachher auch noch mal, also alles, was LINKE pur uns hier an Aufträgen auf den Zettel geschrieben hat. Ich weiß nicht, ob jetzt jemand, weil ja immer die Zwischensummen mal gefragt waren, einen

Taschenrechner nehmen will, Handy ist ja ganz gut zu programmieren.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Dürfen wir doch nicht haben.)

Das ist keine ganz abschließende Aufzählung, aber ich sage einfach mal vom Thema her. Es geht jetzt also darum, dass durchweg für den Doppelhaushalt Titel hochgefahren beziehungsweise neue eingerichtet werden, und natürlich nicht als Leertitel, sondern auch mit Geld ausgestattet. Die Antwort der Gegenfinanzierung ist wahlweise Absenkung des Zinstitels oder Abbau der Rücklage. Was diese Anträge natürlich nicht signalisieren, und deshalb prangere ich das wieder an: Es geht hier keinesfalls um Landesprogramme, die nach zwei Jahren beendet werden sollen, sondern das ist erst der Anfang. Oder glaubt hier einer, dass Herr Holter sich in zwei Jahren hinstellt und sagt, so, jetzt werden die Spielräume enger und jetzt lassen wir das mal schön, wir können uns das nicht mehr leisten? Alle sind angelegt auf Dauer und würden dann, wenn es denn aus der Rücklage geht, wiederum im nächsten Doppelhaushalt noch mal die gleiche Summe abräumen.

Man kann ja mal eine Wette abschließen, rein theoretisch, wann denn diese Rücklage im Minus gelandet ist. Das dauert gar nicht allzu lange nach dieser Taktik.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das haben wir im Ausschuss auch schon festgestellt.)

Aber was ist denn das da alles, was man sich gewählt hat? Die Themen, die alle schön und wichtig sind. Niemand von uns würde leugnen, dass es gut wäre, wenn man noch mehr tun könnte.

(Zuruf aus dem Plenum: Ja.)

Aber ich sage jetzt noch mal: Die Landesregierung hat schon im Koalitionsvertrag nicht alles, was wünschenswert wäre, aufgeschrieben, sondern nur das, was notwendig und machbar ist. Und genau das ist in diesem Haushalt auch so. Aber da kann man natürlich, wenn man jedermanns Liebling ist, noch eine ganze Menge obendrauf tun. Das holt man sich an Argumentation in der Regel dann aus Anhörungen. Wer lange genug im Parlament war, der weiß auch, wenn bei Anhörungen Interessenvertreter in eigener Sache sprechen, dann habe ich in den vielen Jahren, die ich im Parlament bin, noch nie erlebt, dass irgendein Entwurf der Regierung für auskömmlich befunden wurde, sondern man hat immer noch erwartet, dass was Besseres kommt. Das ist legitim. Interessenvertreter, finde ich, die müssen so was tun. Nur wir als Parlamentarier müssen ein Stück weiter gehen und sagen, ich habe aber nicht nur die Freude, denen noch etwas dazuzugeben, sondern ich muss auch wissen, wie das Ganze insgesamt finanziell zu verantworten ist. Und das gerade, liebe Fraktion der LINKEN, vermisste ich ausdrücklich vor allem bei Ihnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Da sind noch mal 100.000 Euro – ich sage es immer nur für das Jahr 15, es gilt immer für beide Jahre mit unterschiedlichen Summen, damit ich es kürzer machen kann, sage ich nur, das Jahr 15, aber fortfolgende ist gemeint –, ...

(Egbert Liskow, CDU: 14 auch.)

Ja.

... 100.000 Euro für Tierparke obendrauf, 5 Millionen für Wohnungsbauförderung obendrauf, 6 Millionen für Schule, schon ein bisschen zusammengefasst, 7,4 Millionen noch mal für Unterrichtsverpflichtung absenken, für 260.000 zweimal, für einmal volle Halbtagschule, dann für Ganztagschule, Verbesserung jährlich. Dann haben wir einmal 50.000, einmal 60.000 für die Verbesserung der Gedenkstättenarbeit, für Theater und Orchester 3,4 Millionen, 135.800 für allgemeine Kulturförderung der öffentlichen Träger und für die nicht öffentlichen haben wir dann noch mal 519.000, also auch noch mal eine halbe Million. Es sollen auch noch 80.000 in die Tierheime, 790.000 in ein spezielles Programm für Arbeitslose. Es sind noch 5 Millionen für den ÖPNV vorgesehen und auch 5 Millionen für die Landesentwicklung und Raumordnung im Weitestgehenden.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Nicht abschließend, aber ich denke, alleine diese Zahlenkolonne ist doch schon ganz eindrucksvoll, was da denn Jahr für Jahr von der Rücklage runtergeht

(Minister Dr. Till Backhaus: 33 Millionen.)

und wie lange wir daran dann zu knuspern haben.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Ich bin auf eine höhere Summe gekommen.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Tollerweise gibt es ja aber noch einen wunderbaren Antrag, das ist sogar ein vorgestellter, bei den LINKEN, der sagt nämlich, wir stellen fest, dass das Land ein strukturelles Defizit hat. Ja, Klasse, das rede ich seit Jahren dem, der es hören will. Mancher will es ja schon gar nicht mehr hören. Wir haben ein dauerhaftes Problem, dem wir noch näher treten müssen, und da haben wir überhaupt keine Chance, jetzt mal irgendwelche Sahnehäubchen obendrauf zu setzen. Damit kommen wir nämlich von unserem Pfad ab.

(Zuruf von Ulrike Berger,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber da DIE LINKE das feststellt, kommt auch der Lösungsvorschlag: Wir setzen uns bundesweit für einen höheren Spitzensteuersatz ein. Und Sie kennen die Themen. Das sind auch Themen, die mir nicht fremd sind. Aber ich bin Realist. Ich weiß, was da im Moment passieren wird. Und wer mir so was immer noch aufschreibt angesichts der Realitäten, muss ich den jetzt wirklich noch als soliden Gesprächspartner sehen oder lenkt der davon ab, dass wir auch eine Pflicht der Haushaltskonsolidierung haben?

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sie sind doch stolz, dass Sie jetzt
in die Regierung eingetreten sind
und alles besser wird in Berlin.)

Ich überschlag mich vor Stolz, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Tolle Sache! Tolle Sache!)

So gut müssten Sie mich ja kennen. Das ist ja ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Grenzenloses Vertrauen in die
eigene Leistungsfähigkeit in Berlin.)

Ach, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist 'ne Antwort, oder was?!)

Ich komme zu den gemeinsamen Anträgen der GRÜNEN und der LINKEN. Ich fand es spannend, dass jetzt eine gewisse Disziplinierung einsetzte im Ausgabeverhalten, dass man hier tatsächlich auch geschaut hat, ob man im eigenen Ressort eine Gegendeckung findet, oder aber wenn, dann nur ganz vorsichtig noch was obendrauf.

Also ich kann es nicht über einen Kamm scheren. Die Anträge der GRÜNEN sind eher zusammengefasst so: Wir teilen nicht die Schwerpunkte der Landesregierung, sondern würden bei den allbekannten Themen – die haben wir ja heute schon mehrfach gehabt, Redefin, Polizeihubschrauber, Rostock-Laage – Geld absenken, und dafür kommen diese Bereiche vornehmlich in die Bildung, insbesondere die Hochschulbildung, und in alles, was Öko ist. Das ist aber eine andere Auseinandersetzung, als überall was obendrauf zu legen, was irgendwie schick sein könnte. Und insofern hat das für mich auch einen anderen Stellenwert. Ich respektiere, dass die GRÜNEN andere Schwerpunkte haben. Schön wärs, wenn das umgekehrt auch so wäre.

Und damit bin ich im Grunde, ohne dass ich überhaupt auf mein Manuskript geguckt habe, weil alle Dinge heute wirklich auch schon genannt wurden und durch mich nicht noch mal breitgetreten werden müssen, schon bei einem letzten Thema, das ich Ihnen unbedingt mit auf den Weg geben möchte. Bei unserem strukturellen Defizit haben wir nur ein Thema genauer beleuchtet, dem müssen wir zu Leibe rücken. Das heißt, wir müssen entweder unsere Aufgaben günstiger gestalten oder dafür sorgen, dass wir auch durch eine Steuerentwicklung höhere Einnahmen haben. Und da meine ich jetzt keine gesetzliche Veränderung, sondern ich meine unsere eigene wirtschaftliche Grundlage.

Was nach 2020 mit uns passieren wird als Nehmerland im Kanon des Föderalismus, können wir hier alle nicht sagen. Aber ich sage Ihnen ganz ehrlich aus den Runden, die ich da mit erleide: Ich bin nicht sehr optimistisch, dass wir das besser hinkriegen, als es zurzeit läuft. Die Solidarpaktmittel laufen sowieso aus. Im Moment versuchen wir noch, uns darum zu kümmern, dass wenigstens die Entflechtungsmittel der Höhe nach bleiben, dass unser Ausgleich im Sozialbereich noch bleibt und dass es dann zumindest eine Infrastrukturförderung gibt, und zwar nicht mehr nach Ost/West, sondern nach bedürftigen Regionen, wo wir dann ja mit dabei wären. Aber all das steht in den Sternen.

Und ob ein Land wie Bayern Erfolg haben wird vor Gericht, wie sich ein neuer Länderfinanzausgleich entwickelt, das wissen wir erst recht nicht. Aber wer meint, man könnte nur, wenn man laut genug kräht als kleines Land, hier was erreichen, dem sage ich, der irrt. Man braucht sehr gute Verbündete, man braucht sehr gute Argumente, man braucht sehr viel Kraft, um dagegen anzukommen. Und wenn wir mal eine andere Gelegen-

heit haben, will ich gerne im Finanzausschuss dazu berichten, was ich an der Ecke auch erlebe mit meinen Kolleginnen und Kollegen.

Was ich aber berichten werde, und zwar jetzt, ist zum Thema Stabilitätsrat. Wir vergessen immer, dass wir uns auf einer komfortablen Ebene bewegen, weil wir ausgeglichene Haushalte haben. Was glauben Sie denn, wie Länder wie Bremen, wie das Saarland, wie Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Berlin mit ihren Haushalten umgehen müssen?

(Stefanie Drese, SPD: Ja.)

Die stehen unter Kontrolle der anderen, weil sie ja Konsolidierungshilfen von uns empfangen. Auch Mecklenburg-Vorpommern – 9 Millionen in jedem Jahr, zur Erinnerung – zahlt das. Deshalb wird genau hingeschaut, wie die damit zurechtkommen. Und was meine Kollegin in Bremen sich da beim letzten Mal anhören musste, meine GRÜNE-Kollegin in Bremen, hat mich schon etwas durchgeschüttelt. Ich möchte nicht in ihrer Haut stecken.

Und man muss sich an dieser Stelle auch mal die Frage stellen: Wie kommen denn die öffentlichen Haushalte zu so hohen Schulden? Das ist doch nicht durch die Wetterlage passiert, sondern das ist seit Jahren durch Parlamentsentscheidungen, egal auf welcher Ebene, zum Schluss entschieden worden: Machen wir mehr Schulden oder machen wir es nicht?

Und auch der Schuldenberg von 10,5 Milliarden, über den wir im Moment noch stolz verfügen und der mir richtige Sorgen macht, der ist irgendwie entstanden durch Haushaltsentscheidungen,

(Udo Pastörs, NPD: Ach so, irgendwie!)

und nicht jede Entscheidung war auch notwendig. Ich räume ein, dass es mitunter anders gar nicht geht, dass man gar keine Alternativen hat, als neue Schulden aufzunehmen. Aber genauso hart muss der Kurs werden, die wieder abzubauen.

Ich bin dankbar, dass zumindest die Koalitionsfraktionen diesen Weg überzeugt mitgehen, auch durch schwierige Ecken, wenn man mitunter auch gerne Argumenten nachgeben möchte. Und ich denke, wir haben gemeinsam gar keine andere Chance. Denn glauben Sie mir, je näher wir an das Jahr 2019 kommen, umso weniger Spielräume hat man, etwas abzubauen. Wir bauen unser Personal sukzessive ab. Ich habe nicht vor, irgendwann vor der Situation zu stehen, einen Hochschulstandort abzubauen. Wir haben unsere Entscheidungen getroffen in der Infrastruktur, und das ist eine gute Situation, aber die muss man auch immer wieder erkämpfen.

Und eine implizite Verschuldung, die ich auch gerne noch erwähnen möchte, damit mir nicht einer vorwirft, ich male hier rosa Zahlen: Das, was uns im Versorgungsbereich im Bundesgebiet erwarten wird – der Bund der Steuerzahler hat das schon gut aufgelistet –, wird vor allem die alten Bundesländer erschlagen im Budget, Schleswig-Holstein schon jetzt 1 Milliarde jedes Jahr nur für die Versorgung, weil keine Rücklagen rechtzeitig gebildet wurden.

(Torsten Renz, CDU: Wie werden die das Problem lösen aus Ihrer Sicht?)

Es wird, denke ich, da an Standards irgendwann gebastelt. Herr Kretschmann hat ja schon angefangen. Baden-Württemberg hat auch ein riesiges Problem.

(Heinz Müller, SPD: Ach ja?)

Und an dieser Stelle muss ich sagen, die neuen Bundesländer insgesamt hatten eine gute Chance, viel, viel später anzufangen. Aus den Fehlern anderer kann man ja lernen und wir haben zumindest seit 2008 unsere Tücher im Trockenen. Aber wir vergessen mal nicht, die meisten Beamten wurden vor 2008 eingestellt. Ja, für die 14.000 Beamten, die wir haben, die sind 91 bis 96 sukzessive eingestellt worden, für die haben wir noch keine Antwort. Und darum sind 4,5 Milliarden implizite Verschuldung außerdem in unseren Büchern. Sachsen ist ja immer unser Vorbildland. Die gehen inzwischen nicht nur mit Tilgung, sondern auch Aufstockung dieses Fonds rückwärts. Die sind schon bei 98 gelandet. Bei uns würde bis 98 der gleiche Schritt bedeuten, wir müssten 200 Millionen zusätzlich in den Fonds setzen und dann noch Jahr für Jahr 30 Millionen neben unseren Zahlungen obendrauf. Und dann sind wir bis 98. Ich will Ihnen nur mal plastisch daran vorführen, dass da noch ein ganz dickes Problem schlummert, denn es wird sich sicherlich in 15 Jahren, wenn ich schon fröhlich in meinem Sessel sitze,

(Torsten Renz, CDU: Na, na, na, Heike!)

keiner hier hinsetzen und sagen, so, und jetzt müssen die Beamten aber mal zusehen, jetzt lassen wir das mal mit der Versorgung,

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

denn die sind nicht schuld an diesem Zustand, ja? Ich finde, und das habe ich immer verteidigt in anderen Zusammenhängen, lieber jetzt mit kleinen Schritten, die aber dann auch noch Jahre später anhalten.

So, nun bin ich natürlich wieder meiner Rolle gerecht geworden, die Mahnerin für Sie zu sein. Ich kann auch damit leben, dass das wieder mal nicht zum Publikums Lieblingspreis gereicht.

(Burkhard Lenz, CDU: Na?)

Meine Überzeugung ist nach wie vor die alte: Ich bedanke mich dafür, dass Sie so konstruktiv mitgearbeitet haben. Ich bitte Sie um Verständnis, dass Kommunikation auch heißen kann, dass man nicht der gleichen Meinung ist. Und ich denke, dass wir auf diesem Weg ein gutes Stück weiter vorangekommen sind mit der Entwicklung unseres Landes. Die Bürger sehen das so, dass unser Land auf einem guten Weg ist. Dafür wollen wir uns weiter mühen und ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Die Finanzministerin hat die Redezeit um 19 Minuten überzogen.

(Zurufe aus dem Plenum: Oooh!)

Diese Zeit steht den Oppositionsfraktionen zur Verfügung.

Nun hat das Wort die Abgeordnete Frau Rösler von der Fraktion DIE LINKE.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin der Ministerin dankbar dafür, dass sie unsere Anträge hier noch mal erläutert hat, auf das Funktionieren der Ausgleichsrücklage eingegangen ist und hier auch erläutert hat, dass natürlich ebenso die Koalition, also die Landesregierung, Entnahmen aus der Rücklage für bestimmte Dinge vornimmt, beispielsweise für die Sonderhilfen an die Kommunen.

Die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU brachten das Gros ihrer Anträge nicht etwa in den Fachausschüssen ein,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ach, guck mal an! –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ach?! Das ist
ja wohl ein Skandal hoch drei!)

nein, dies hätte ja unter Umständen zu einer fachlichen Befassung führen können. Und so erreichten die meisten Anträge der Koalitionsfraktionen den Finanzausschuss erst auf der Zielgeraden.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Können
Sie das noch mal wiederholen? –
Peter Ritter, DIE LINKE:
Kann ich das noch mal hören? –
Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Da bleibt viel Interpretationsspielraum, meine Damen und Herren. Die Koalitionäre wollten so einer Beratung in den Fachausschüssen aus dem Wege gehen

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die erzählen,
im Himmel ist Jahrmarkt. Glaubst du das?!)

oder die Abgeordneten von CDU und SPD wussten erst kurz vor Abpfiff, welche Anträge welchen Abgeordneten am besten in seinem Wahlkreis glänzen lassen.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Jedoch blieb es den Koalitionären im Finanzausschuss nicht erspart,

(Heinz Müller, SPD:
Die Platte kennen wir doch schon.)

sich den Fragen der Opposition zu stellen.

(Heinz Müller, SPD: Champagner-
museum in Bad Blödenhausen.)

Auskunfts- und erklärungsfreudig zeigten sich die Kollegen der Regierungsfractionen zu ihren eigenen Anträgen allerdings nun wahrlich nicht.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Haben Sie das so empfunden, ja?)

Keine fundierten Begründungen, keine Plädoyers für die gute Sache waren zu hören. Lediglich vage und oberflächlich und zum Teil mit mürrischen Halbsätzen wurde die finanzielle Förderung ausgewählter Einzelprojekte in den verschiedenen Landesteilen begründet. Warum eigentlich? Dies, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, haben die von Ihnen auserkorenen Projekte wirklich nicht verdient. Selbstverständlich haben diese Projekte in jedem Fall die finanzielle Unterstützung verdient.

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Deshalb haben wir auch unsere Zustimmung im Ausschuss gegeben.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ausnahmsweise
ist das mal richtig, wenn Sie so was sagen.)

Ja, sage ich gern.

Wir meinen allerdings, sie hätten in dem einen oder anderen Fall eine langfristige und nicht nur auf zwei Jahre begrenzte Förderung verdient. Aber besser so als gar nicht.

Wie die Koalitionäre sehen auch wir eine ganze Reihe von Vorhaben und Projekten, die nicht weniger wichtig sind und ebenso dringend der Unterstützung bedürfen. Und genauso, wie wir unsere Zustimmung zu Ihren Anträgen gern gegeben haben, besteht kein Anlass, dass Sie sich unseren verweigern.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich glaub schon.)

Im Übrigen haben wir lediglich vier neue Anträge heute eingebracht, alle anderen Anträge sind in den Ausschüssen eingebracht worden

(Peter Ritter, DIE LINKE: So viel,
Herr Kokert, falls Sie uns hören.)

und dort mehr oder weniger durch die Koalition auch diskutiert worden. Ich denke mir, mit vier neuen Anträgen kann man durchaus hier heute fertigwerden.

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Meine Damen und Herren, zunächst will ich auf die Tierparks aufmerksam machen. Sie sind nicht nur Erlebnis- und Erholungsorte für die hiesige Bevölkerung, sie sind vor allem auch beliebte touristische Anlaufpunkte der Gäste. Allerdings, nicht nur der schöne Tierpark Ueckermünde hat dringenden Investitionsbedarf. Sie haben doch, denke ich, alle das Schreiben vom Tierparkverein Wolgast erhalten. Auch dort können bitter nötige Instandhaltungsmaßnahmen nicht vorgenommen werden, weil das Geld fehlt. Und so sieht es bei allen kleineren Tierparks im Land aus.

(Andreas Butzki, SPD: Stimmt nicht.)

Was Sie dem einen zugestehen, können Sie doch dem anderen nicht verwehren. Und so liegt Ihnen ein entsprechender Antrag von der Linksfraction hier heute vor.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut.)

Mit der Förderung des DemokratieLadens in Anklam mit jährlich 100.000 Euro dokumentieren Sie die Wichtigkeit der Arbeit dieser Einrichtung. Diese will ich keineswegs in Abrede stellen.

(Heinz Müller, SPD: Na, Gott sei Dank!)

Zweifelloos wird hier eine wertvolle Arbeit geleistet, wenn es darum geht, Demokratie und Toleranz zu stärken.

(Heinz Müller, SPD: Richtig. –
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Aber, meine Damen und Herren, ist die Arbeit des Friedenszentrums in Anklam nicht genauso wichtig? Setzt sich diese Einrichtung nicht genauso engagiert ein? Das Zentrum ist äußerst aktiv, wenn es um politische Bildung, um Prävention,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

um Erinnerungsarbeit geht,

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

zu der gerade auch viele Jugendliche Zugang finden. Das Friedenszentrum ist ein Ort der Mahnung und steht für gelebten Frieden und Naturschutz.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich bin überzeugt, auch Sie unterstützen das Engagement des Friedenszentrums, das sich weit über die Region hinaus einen Namen gemacht hat. Und nicht zuletzt war es auch einmal der Ort der zentralen Gedenkfeier des Landtages.

Auch der Rostocker Verein „Bunt statt Braun“, der seit vielen Jahren mit vielfältigen Initiativen, Aktionen und fantasievollen Festen gegen Rechtsextremismus wirkt

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und aufklärt, braucht Unterstützung, sonst droht das Aus.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Lassen Sie uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass diese wertvolle Arbeit nicht verloren geht! Die Erfahrungen dieses Vereins sind heute wichtiger denn je.

Oder, meine Damen und Herren, der Verein „Alte Synagoge Stavenhagen“ bemüht sich seit etwa zwei Jahren um den Wiederaufbau der alten Synagoge. Diese ganz konkrete Gedenkstättenarbeit, die politische Bildungsarbeit, das Bemühen, auch jungen Menschen nahezubringen, wie blühend einst das jüdische Leben auch in Deutschland gewesen ist,

(Stefan Köster, NPD:
Vielleicht sollten die erst einmal
was über die eigene Kultur erfahren.)

sollten vom Land unterstützt werden.

(Torsten Renz, CDU: Und warum kommen
Sie jetzt erst mit den Anträgen und
nicht im Fachausschuss?)

Offensichtlich ist im Haushalt ausreichend Geld vorhanden, um solche wichtigen Vorhaben zu finanzieren,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

denn für Ihre Anträge sind ja auch entsprechende Deckungsquellen aufgezeigt worden.

(Egbert Liskow, CDU:
Na ja, und jetzt ist das Geld alle.)

Wenn wir diese Vorschläge machen, dann werfen Sie uns regelmäßig Unseriosität vor. Meine Damen und Her-

ren von den Koalitionsfraktionen, ich meine, Sie messen hier mit zweierlei Maß.

Und anders als die Koalitionsfraktionen sehen wir von der Linksfraktion nicht nur auf der Seite der Ausgaben ein Problem, wir sehen vor allem auch ein Einnahmeproblem des Landes. Und das werden wir, Frau Finanzministerin, hier nicht ausblenden, nur weil die politische Machtkonstellation so ist derzeit, wie sie ist. Warum sind Sie eigentlich so fürchterlich schaumgebrems, wenn es darum geht, dafür zu streiten, dass mehr Geld in die Landeskasse und gleichermaßen in die kommunalen Kassen kommt?

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, weil das Geld
irgendwo herkommen muss, Frau Rösler.)

Vizepräsidentin Regine Lück: Frau Abgeordnete Rösler, lassen Sie eine Anfrage des Abgeordneten Renz zu?

(Torsten Renz, CDU: Bitte, bitte! –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Hier wird nicht gebettelt. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Nein.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Es sind doch noch zwei Stunden,
er kann doch noch lange reden. –
Torsten Renz, CDU: Aber ich muss
doch ihre Antwort erst hören.)

Insbesondere sehen wir hier den Handlungsbedarf auf der Bundesebene. Das Steuerrecht ist so zu ändern, dass Spitzeneinkommen und sehr hohe Vermögen stärker zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben herangezogen werden. Bis vor Kurzem war das auch Anspruch der SPD.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Oder, Frau Polzin, ist Ihre Partei in diesem Falle kein solider Gesprächspartner?

(Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Polzin
ist gerade nicht da, Jeannine.)

Schade.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Der Ministerpräsident auch nicht.)

In Ihrem Regierungsprogramm zu den Bundestagswahlen steht Folgendes: „Steuerpolitik auf der Grundlage stabiler Staatsfinanzen ist dann sozial gerecht“

(Torsten Renz, CDU: Sind wir jetzt
wieder beim Koalitionsvertrag, ja? –
Peter Ritter, DIE LINKE: Ja.)

„und wirtschaftlich vernünftig,“

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

„wenn starke Schultern mehr tragen als schwache. Deutschland ist hier aus dem Gleichgewicht geraten.“ Das ist ein Zitat aus dem Regierungsprogramm zu den Bundestagswahlen der SPD.

Warum also scheuen Sie sich hier wie der Teufel das Weihwasser davor, auf die Erhebung einer Steuer auf Finanztransaktionen oder auf eine Reform der Erbschaftsteuer hinzuwirken? Warum setzen Sie sich nicht aktiv dafür ein, die Vermögensteuer wieder einzuführen oder Steuerschlupflöcher tatsächlich zu schließen?

(Torsten Renz, CDU: Bei welchem Thema sind Sie jetzt, Frau Rösler? Wo sind Sie jetzt? – Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist gerade ein Änderungsantrag zur Entschließung, lieber Kollege.)

Im Übrigen, meine Damen und Herren von der SPD, genau das steht auch in Ihrem Regierungsprogramm zu den Bundestagswahlen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Lesen und verstehen.)

das nun nach den Verhandlungen mit der CDU auf Bundesebene plötzlich das Papier nicht mehr wert sein soll, auf dem es geschrieben steht. Darüber findet sich in Ihrem ach so großartigen Vertragswerk, für das Sie seit Tagen landauf, landab werben, kein Wort. Herr Holter hat in der Aktuellen Stunde bereits darauf verwiesen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Umso wichtiger wäre es doch, dass die Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern im Interesse des Landes endlich im Bundesrat aktiv wird. Mit Ausgabenreduzierungen allein werden die Aufgaben nicht mehr zu erfüllen sein. Hier sind wir doch längst an die Grenzen gestoßen. Schauen Sie sich die Situation bei der Landespolizei an, an den Schulen, an den Hochschulen und Universitäten, den Theatern und Orchestern und, und, und. Meine Kolleginnen und Kollegen werden auf viele Bereiche hier heute noch eingehen und nochmals die Handlungsbedarfe darlegen, die auch finanziell zu untersetzen sind. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Liskow von der Fraktion der CDU.

Egbert Liskow, CDU: Ja, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erst noch mal vorneweg: Herr Koplin, als Ausschussvorsitzender haben Sie hier hervorragend eingebracht, aber eine Sache, glaube ich, steht Ihnen nicht zu, dass Sie sagen, dass wir wahlkreisbezogene Anträge eingebracht haben als Koalition. Ich glaube, das wäre mehr eine Frage für die Aussprache gewesen und nicht für die Berichterstattung,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Das ist aber die Wahrheit.)

also nicht eine Frage des Ausschussvorsitzenden.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ich kann mich gut an Herrn Riemann erinnern. – Zurufe von Torsten Renz, CDU, Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Peter Ritter, DIE LINKE)

Das wollte ich vorneweg noch mal gesagt haben.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Ja, ja, das, was euch zusteht, das steht uns nicht zu, das habe ich schon gelernt.)

Vielleicht noch mal so viel: Dass ich an dieser Stelle rede, ist natürlich bei uns auch wichtig, weil unser Fraktionsvorsitzender noch mal hervorragend die Grundausrichtung dargestellt hat.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Sollen wir jetzt klatschen, oder was? – Torsten Renz, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

Auch die Finanzministerin hat aus meiner Sicht hier noch mal sehr eindrucksvoll erklärt, wo sie die Schwerpunkte für den Landeshaushalt sieht. Und, Frau Polzin, ich wünsche mir natürlich, dass Sie in 15 Jahren fröhlich in Ihrem Stuhl sitzen, so, wie Sie sich das vorgestellt haben, und dann auch vernünftig über die Landespolitik urteilen können und sagen: Alles richtig gemacht!

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Verlauf der heutigen Haushaltsdebatte zeigt einmal mehr, warum die Große Koalition für Mecklenburg-Vorpommern richtig ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Geradezu ein Segen für dieses Land.)

Die Opposition hat keine Visionen für Mecklenburg-Vorpommern. Sie verteilt Schecks, die unsere Kinder und deren Kinder bezahlen sollen. Die Finanzministerin hat es ja schon ausgeführt. Es bleibt dabei: Es ist gut, dass weder DIE LINKE noch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Verantwortung für dieses Land übernehmen.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sagen Sie eigentlich auch was zum Haushalt, oder wie viel Plattitüden wollen Sie jetzt noch bieten?)

Der politische Handlungsbedarf, der nötig ist, um auch künftig verfassungsgemäße Haushalte aufstellen zu können, lässt sich an wenigen Zahlen festmachen. 2014 werden wir noch rund 600 Millionen Euro für den Solidarpakt erhalten und 2020 beträgt diese Zahl 0 Euro. Wir haben es heute ja auch schon mehrmals gehört.

Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene sieht zwar vor, dass strukturschwache Regionen auch über das Jahr 2019 hinaus Mittel erhalten sollen. In welchem Umfang Mecklenburg-Vorpommern davon profitieren wird, wissen wir aber alle noch nicht, und deswegen sollten wir mit diesen Mitteln auch nicht rechnen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Steht im Koalitionsvertrag.)

Der Landeshaushalt, Sie wissen es, liegt bei circa 7,3 Milliarden Euro. In den nächsten sechs Jahren fallen pro Jahr im Durchschnitt 100 Millionen Euro durch den Solidarpakt weg. Unsere Steuereinnahmen liegen bei circa 4 Milliarden Euro im Jahr. Nehmen wir an, dass diese Jahr für Jahr konstant um zwei Prozent wachsen – das ist aus meiner Sicht eine sehr optimistische Annahme –, und nehmen wir an, dass alle anderen Einnahmen nicht

sinken, was ebenfalls sehr optimistisch ist, dann würden wir trotzdem Jahr für Jahr 20 Millionen Euro einsparen müssen, um einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen zu können, der dann natürlich auch ohne neue Schulden auskommen soll.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch, ich bin fest davon überzeugt, dass die finanzielle Situation in Mecklenburg-Vorpommern viel besser ist als in anderen Bundesländern. Aber sie ist derzeit nur so gut, weil wir solide wirtschaften.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Wenn GRÜNE und LINKE heute das Füllhorn auspacken, dann zeigt das nur eines: Sie tun sich schwer, eine in die Zukunft gerichtete Finanzpolitik durchzuführen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der CDU und DIE LINKE –
Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ich frag mich, wer die ganzen Schulden
gemacht hat in den ganzen Jahren. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Frau Borchardt, auf diesen Zwischenruf habe ich natürlich gewartet.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ja, ja, ja, ja, ja.)

Ich kann mich nur an eine Landesregierung erinnern, die mal einen nicht verfassungskonformen Haushalt aufgestellt hat.

(Zurufe von Torsten Renz, CDU,
und Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Und dennoch, die Haushaltsdebatte im Finanzausschuss war in der Regel sehr sachlich und wir haben gewohnt intensiv die Haushaltspläne diskutiert. Auch die Vielzahl der Anhörungen war nicht unbedingt schädlich. Die Anhörungen waren inhaltlich – zumindest für mich – zumeist sehr bereichernd.

Mein Dank gilt aber nicht nur der Finanzministerin, es wurde ja hier schon heute mehrmals ausgesprochen, ihrem Staatssekretär und natürlich auch der Haushaltsabteilung und den Haushaltsabteilungen der Fachministerien, sondern auch dem Ausschussvorsitzenden, dem Ausschusssekretariat und allen Kollegen in den Fraktionen und deren Mitarbeitern, die sich hier aktiv eingebracht haben.

(Andreas Butzki, SPD: Und der
Kanzlerin musst du auch noch danken.)

Natürlich wurde auch in den anderen Fachausschüssen eine hervorragende Arbeit in Vorbereitung geleistet. Die Handreichungen für die Ausschussmitglieder waren sehr gut nachvollziehbar. Es ist auch dem Ausschusssekretariat zu verdanken, dass wir praktisch pannenfrei durch die Haushaltsberatungen gefahren sind. – Herzlichen Dank dafür.

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Wenn ich schon viel Lob verteile, möchte ich auch nicht beim Lob für die Koalitionsfraktionen sparen.

(Zurufe aus dem Plenum: Oooh! –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das haben
die verdient! Verdient haben die das!)

Die Koalitionsfraktionen haben aus meiner Sicht wichtige Weichenstellungen bei der Veränderung des Haushaltsentwurfes vorgenommen.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Oh, sind wir gut! – Zuruf von
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte jetzt nicht alle Punkte aufzählen,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

bei denen die Koalitionsfraktionen am Haushalt Veränderungen vorgenommen haben.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Schade!)

Für meine Fraktion möchte ich auf die Förderung des Sports,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, ja, ja.)

die Wohnraumförderung,

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

die Bereitstellung der Mittel für das IMB eingehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wie immer, erst
rausgestrichen und dann wieder reingesetzt.)

So hat der Finanzausschuss einstimmig beschlossen,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

im Doppelhaushalt 2014/2015

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Das war
ein Versuch der Landesregierung. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Der war zum Scheitern verurteilt.)

zusätzlich insgesamt 500.000 Euro als Investitionszuschuss an den Landessportbund zur Verfügung zu stellen. Weitere 120.000 dienen der Sportförderung, dem ehrenamtlichen Engagement im Sport.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das hatte
die Regierung erst rausgestrichen,
das müssen Sie dazusagen.)

Nicht alles.

(Heiterkeit und Beifall
vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Die CDU-Fraktion ist der Garant für eine stabile Sportförderung in unserem Bundesland.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE: Ja, ja, ja.)

Mehr als 237.000 sportbegeisterte Menschen und damit 14 Prozent der Gesamtbevölkerung sind im Sportbund organisiert. Mecklenburg-Vorpommern ist ein sportbe-

geistertes Land mit guten Ergebnissen im Breiten- und Spitzensport. Die Sportvereine werden vor allem durch das große Engagement ihrer ehrenamtlichen Trainer und Helfer getragen. Ich möchte daher an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass es mich natürlich freut, wenn der Finanzausschuss beziehungsweise der Innenausschuss zusätzliche Mittel für den Sport bereitstellt. Ich erlebe dies in der Form nun aber schon gefühlt das fünfte Mal. Ich hätte nichts dagegen, wenn der Haushaltsentwurf an dieser Stelle das Engagement der Fraktionen überflüssig machen würde. Direkter gesagt, wünsche ich mir, dass die Landesregierung auf diese Rituale in Zukunft verzichtet

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist doch eure Regierung, warum lasst ihr denn das zu?)

und gleich die Haushaltsansätze so wählt, wie diese vom Parlament in den Vorjahren beschlossen wurden.

(Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Ganz offenkundig nötig war das Engagement der Fraktionen bei der Wohnraumförderung.

(Zuruf von Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Nach dem Ende der Zweckbindung bei den Entflechtungsmitteln konnte man durchaus den Eindruck gewinnen, dass der Haushalt des Wirtschaftsministers an dieser Stelle etwas zu kurz gekommen ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na! –
Barbara Borchardt, DIE LINKE: Gut, dass
Frau Lück sich da so engagiert hat, ne?!)

Auf Initiative der Regierungsfractionen von CDU und SPD

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Der Antrag ist von Frau Lück.)

wurde daher für die Jahre 2014 und 2015 ein Sonderprogramm für barrierefreies Wohnen, Lifte und Fahrstühle eingerichtet

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ja, ja, Herr Waldmüller!)

und mit jeweils 5 Millionen Euro ausgestattet.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Kommt gleich ein Messer von hinten. –
Heiterkeit vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Konkret sollen mit den Landeszuschüssen von jeweils 5 Millionen Euro die Wohnungsunternehmen des Landes sowie andere private Vermieter und Eigennutzer bei den Umbaukosten für barrierefreies Wohnen vor allem beim Einbau von Liften und Fahrstühlen unterstützt werden.

(Beifall Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut,
Regine, sehr gut. Du hast sie vor dir her
getrieben, aber du kannst jetzt nicht
reden, deswegen übernehme ich das.)

Diese beträchtlichen Investitionen dürfen dann nicht auf die Mieten umgelegt werden. Barrierearmes Wohnen bleibt so für die Mieterinnen und Mieter bezahlbar.

(Beifall Wolfgang Waldmüller, CDU –
Zuruf von Barbara Borchardt, DIE LINKE)

Außerdem stehen den Wohnungsgesellschaften und privaten Vermietern weiterhin zinsgünstige Darlehen des Landes in Höhe von rund 10 Millionen Euro jährlich aus dem Sondervermögen „Wohnraumförderung Mecklenburg-Vorpommern“ zur Verfügung. In diesem Maße stellen wir uns den Herausforderungen durch den demografischen Wandel. Wir brauchen zukünftig sehr viel mehr seniorengerechte Wohnungen, um älteren Menschen mit Behinderungen möglichst lange eine selbstständige Haushaltsführung in ihrem gewohnten Umfeld zu ermöglichen.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Barrierefrei oder barrierearm?)

Persönlich freue ich mich, dass es gelungen ist, zusätzlich Mittel für das Greifswalder Leibniz Institut für Plasmaforschung und Technologie bereitzustellen. Das IMB erhält in den kommenden beiden Jahren zusätzliche Landesmittel in Höhe von 800.000 Euro. Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald hat sich in den vergangenen Jahren zu einem überregional bedeutenden Standort für Wissenschaft und Spitzenforschung entwickelt. Im Bereich Plasma- und Biotechnologie gehört das IMB europaweit zur Spitze. Gerade um jungen und gut ausgebildeten Menschen eine Perspektive in unserem Land zu geben, brauchen wir diese Leuchttürme.

Der vorpommersche Landesteil profitiert in hohem Maße von der guten Entwicklung des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Greifswald. Mit den eingestellten Mitteln können die Forschungs- und Innovationsaktivitäten am IMB weiter verstärkt werden, um den Technologievorsprung zu erhalten. Gleichzeitig werden damit Arbeitsplätze in der Region gesichert. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Wichtig ist mir, auf Folgendes hinzuweisen: In den Ausschussberatungen wurden nicht nur Duftmarken gesetzt,

(Jochen Schulte, SPD:
Nein, es stinkt auch.)

der Haushalt trägt deutlich die Prägung des Parlaments. Anders, als etwa die LINKEN oder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorschlagen, konnten alle Veränderungen solide gegenfinanziert werden, entweder durch Umschichtungen im Haushalt oder durch eine sehr maßvolle Absenkung des Zinstitels.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das glauben Sie jetzt, Herr Liskow?)

Das ist so.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Aber
wenn Sie das machen, ist es maßvoll. –
Zuruf von Silke Gajek,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haben wir ja manchmal gemacht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und Sie
dürfen das wieder nicht. Das Geld ist
alle, wie Sie feststellten. – Zuruf von
Silke Gajek, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für mich ist und bleibt wichtig, dass unsere Politik nicht einseitig auf Sparsamkeit ausgerichtet ist. Die Koalition aus CDU und SPD gestaltet unser Land unter dem Leitbild, das lautet: Schulden abbauen, in die Zukunft investieren und vorsorgen.

(Zurufe von Peter Ritter, DIE LINKE,
und Stefan Köster, NPD)

Und dieses Leitbild ist mit Zahlen hinterlegbar. Seit 2006 konnten SPD und CDU gemeinsam dieses Land regieren, und es konnten über eine halbe Milliarde Euro, das haben wir heute ja schon zweimal gehört, also 540 Millionen Schulden getilgt werden. Dadurch und durch niedrige Zinsen sanken die jährlichen Zinslasten von 459 Millionen Euro in 2006 auf 362 Millionen Euro in 2012. Zugleich sinkt seit 2006 kontinuierlich die Pro-Kopf-Verschuldung von Mecklenburg-Vorpommern. Nur noch in Bayern, Sachsen und Baden-Württemberg ist die Pro-Kopf-Verschuldung niedriger als bei uns.

Mit unserer Rücklage, die inzwischen bei 765 Millionen Euro liegt, sind wir gut gewappnet, um konjunkturelle Schwankungen auszugleichen. Zwar ließen sich diese Schwankungen vermutlich mit einer niedrigeren Rücklage abfangen, aber ab 2020 gilt finanzpolitisch eine neue Zeitrechnung: keine Mittel mehr aus dem Solidarpakt – ich bin darauf bereits eingegangen – und womöglich weniger Mittel aus dem Länderfinanzausgleich. Niemand weiß, wie sich die Kapitalmarktzinsen in den nächsten fünf Jahren entwickeln werden. Wenn wir es schaffen, die Rücklagen beziehungsweise große Teile dieser Rücklagen bis ans Ende dieses Jahrzehnts zu retten, wird es viel leichter sein, die eine oder andere Hiobsbotschaft gelassen oder gelassener hinzunehmen.

Andere Bundesländer rangieren nahe an der finanziellen Handlungsunfähigkeit. Dies möchte ich für Mecklenburg-Vorpommern nicht. Auch deshalb ist es klug, mit den vorhandenen Mitteln sorgsam umzugehen. Und doch beziehungsweise genau deswegen schaffen wir es, in die Zukunft zu investieren. 50 Millionen Euro für die Schulen Jahr für Jahr sind ein großer Kraftakt. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass man das Geld kaum sinnvoller einsetzen kann. Und auch der Hochschulbau kann sich sehen lassen. Gerade die Universitäten Rostock und Greifswald, und in Greifswald insbesondere die Universitätsmedizin, haben sich in den letzten Jahren fantastisch entwickelt.

Und damit möchte ich am Schluss meiner Rede noch kurz auf das Thema Hochschulfinanzen zu sprechen kommen: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir alle freuen uns darüber, dass es, wenn es denn zu einer Großen Koalition auf Bundesebene kommt, vermutlich ab 2015 mehr Bundesmittel für die Hochschulen geben wird. Dass wir es schon früher hätten haben können, steht auf einem anderen Blatt.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Hätte, hätte, Fahrradkette.)

Auch wenn Frau Dr. Seemann und Herr Minister Brodtkorb anderer Auffassung sind,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was? So nicht!)

wenn die Verfassung in Bezug auf die Aufhebung des Kooperationsverbotes geändert worden wäre, wie es die Bundesregierung vorgeschlagen hat, dann wären auch

die Hochschulen in Mecklenburg-Vorpommern nicht leer ausgegangen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das stimmt doch nicht. Das war doch nur für die Exzellenzinitiative. Das wissen Sie doch! –
Torsten Renz, CDU: Nein.)

Mir ist bekannt, dass Minister Brodtkorb von der Bundesministerin Schavan etwas anderes gehört haben will. Und auch Frau Dr. Seemann hat an dieser Stelle bekanntermaßen fachliche Bedenken, die sie eben auch noch mal kundgetan hat.

Glauben Sie mir, wenn der Bundesrat nicht so hartleibig gewesen wäre,

(Torsten Renz, CDU: Siehste!)

dann wäre der Bund schon lange in die erweiterte Finanzierung der Hochschulen eingestiegen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Hätte der Hund nicht ... –
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Wir haben viel Geld liegenlassen und ich möchte an dieser Stelle darauf verzichten, insbesondere über die Motivlage der Sozialdemokraten zu spekulieren. Sei es drum, es sei ein offenes Geheimnis, dass ich mir für 2014 und 2015 mehr Geld für die Hochschulen hätte vorstellen können. Dass Frau Ministerin Polzin nun noch einmal die Zahlen der Hochschulen und diejenigen des Bildungsministeriums von einem Wirtschaftsprüfer prüfen lassen möchte, ist in diesem Zusammenhang sicher eine gute Idee. Ich gehe davon aus, dass der Finanzausschuss in gewohnter Weise über die Schritte der Regierung informiert und wir zeitnah zu erfahren bekommen, wer wann mit welchem Auftrag prüft.

Abschließend möchte ich noch ein paar Worte zu den Hochschulpaktmitteln verlieren. Hier hat es sehr harsche Worte gegeben von der Opposition, aber auch vonseiten der Koalition. Ich möchte, was den Hochschulpakt angeht, für meine Fraktion festhalten, die Kofinanzierung der Hochschulpaktmittel durch den Bildungsminister, so, wie er sie vorgenommen hat, ist aus meiner Sicht nicht rechtswidrig und formal nicht zu beanstanden. Aber in der Präambel des Hochschulpaktes steht: „Ziel des Hochschulpaktes 2020 ist es, die Chancen der jungen Generation zur Aufnahme eines Studiums zu wahren, den notwendigen wissenschaftlichen Nachwuchs zu sichern und die Innovationskraft in Deutschland zu erhöhen.“

Ob die Art und Weise, wie die Kofinanzierung im Einzelplan gelöst ist, dem Geist dieser Präambel Rechnung trägt, sprich, ob das, was erlaubt ist, in diesem Falle auch richtig ist, daran habe ich nach wie vor gewisse Zweifel. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und wünsche uns noch eine sehr fruchtbringende Diskussion.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Saalfeld von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Jochen Schulte, SPD:
Bis jetzt war die Rede gut.)

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlägt, wie bekannt, dem Landtag mit den vorliegenden Änderungsanträgen vor, über 80 Millionen Euro im Doppelhaushalt umzuschichten. Diese Umschichtungen erfolgen ohne Neuverschuldung und ohne Rückgriff in die Rücklage. Die GRÜNEN stellen damit unter Beweis, dass im Haushalt des Landes sehr wohl noch Spielräume sind,

(Zuruf von Thomas Schwarz, SPD)

um andere Prioritäten für mehr Generationengerechtigkeit und mehr Nachhaltigkeit zu setzen. Im Übrigen dürften Sie die Änderungsanträge auch nicht überraschen, das sage ich in Richtung der CDU, denn wir haben diese alle in den Ausschüssen bereits mit Ihnen gemeinsam beraten.

(Silke Gajek, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Genau.)

Es ist kein neuer Antrag dazugekommen.

(Torsten Renz, CDU:
Das stimmt, Herr Saalfeld.)

Wir GRÜNEN wollen mehr für die Schulen und die Hochschulen im Land tun. Wir wollen mehr für den Umweltschutz erreichen. Wir wollen die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit stärken. Wir wollen die Zugverbindungen und den ÖPNV stärken. Wir wollen die Energiewende offensiver und mutiger fördern. Und wir wollen die soziale Gerechtigkeit in unserem Land stärken. Und deswegen wollen wir unter anderem zum Beispiel die soziale Wohnraumförderung ausbauen, und zwar für alle Generationen, für alte wie für junge Menschen gleichermaßen. Ich glaube, dass die Landesregierung gerade die jungen Menschen bei der sozialen Wohnraumförderung in letzter Zeit vergessen hat. Für all diese Ziele liegen Ihnen heute entsprechende Anträge der GRÜNEN vor.

Mit Sorge sehe ich dagegen den neuen Koalitionsvertrag von CDU und SPD im Bund. Ohne Rücksicht auf jüngere Generationen und ohne solide Gegenfinanzierung hat sich Schwarz-Rot darauf verabredet, mit beiden Händen das Geld der Steuerzahler auszugeben. 23 Milliarden Euro sollen die Versprechungen des schwarz-roten Koalitionsvertrages kosten. Manche gehen sogar von 40 Milliarden Euro aus. Aber bleiben wir mal bei 23 Milliarden Euro und gehen wir mal davon aus, dass ein Drittel dieser Kosten die Länder bezahlen müssen. Dann kommen allein durch den neuen Koalitionsvertrag auf das Land Mecklenburg-Vorpommern zusätzliche Kosten von rund 150 Millionen Euro jährlich.

Meine Damen und Herren, was könnten wir mit diesem Geld im Land alles machen? Wir könnten unsere Hochschulen damit richtig gut ausstatten. Wir könnten den Kommunen die Aufgaben, die sie für das Land übernehmen, voll ausfinanzieren. Wir könnten unsere Lehrer nicht nur bis zum 40. Lebensjahr, sondern bis zum 45. Lebensjahr verbeamten. Wir könnten unseren Theatern und Orchestern die Geldsorgen nehmen, indem wir ihnen die Kostensteigerungen der vergangenen zehn Jahre abnehmen.

(Egbert Liskow, CDU: Die
Finanzministerin hat jetzt nicht zugehört.)

Meine Damen und Herren, mit 150 Millionen Euro, die das Koalitionspaket unser Land kosten würde, könnten wir nicht nur entweder die Hochschulen oder die Theater ausfinanzieren, nein, mit 150 Millionen Euro jährlich könnten wir gleichzeitig Hochschulen, Kommunen, Theater, Orchester, Verbeamtung, Südbahn und alle Gerichtsstandorte ausfinanzieren und unterhalten.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Dann ist es aber auch so, dass
die Länder das Nachsehen haben.)

Die Menschen im Land müssen wissen, dass CDU und SPD von Berlin aus gerade die Zukunft unseres Landes verfrühstücken.

(Egbert Liskow, CDU: So ein Quatsch.)

Da uns diese 150 Millionen Euro nun also fehlen werden, verwundert es auch nicht, dass die Landesregierung zur Vorbereitung einen kleinen Schattenhaushalt aufgebaut hat,

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Sie sehen nur Gespenster.)

den Sie, meine Damen und Herren, in den Drucksachen heute hier im Saal nicht finden werden. Zu den üblichen Sicherheitsabschlägen ...

(Heinz Müller, SPD: Aber Sie
werden uns ja helfen, Herr Saalfeld.)

Ja, ja, genau, Herr Müller. Ich erkläre das gleich.

(Heinz Müller, SPD:
Da sind wir sehr dankbar.)

Zu den üblichen Sicherheitsabschlägen von den prognostizierten Steuereinnahmen hat Rot-Schwarz im Land die gesamte neue Steuerschätzung aus dem November 2013 nicht im Doppelhaushalt eingepreist.

(Egbert Liskow, CDU:
Weil es auch unwesentlich ist.)

Am Haushalt vorbei schwirren also gerade circa 50, vielleicht sogar 100 Millionen Euro an Steuermehreinnahmen, die keine entsprechende Verbuchung im Haushalt erfahren.

(Egbert Liskow, CDU: Das haben
wir doch noch nie gemacht, dass
wir die Novembersteuerschätzung
genommen haben. Das ist doch
immer aus der Maisteuerschätzung.)

Angesichts der immensen Kosten, die uns CDU und SPD im Bund verursachen, ist dieser Schattenhaushalt vielleicht sogar nachvollziehbar. Aber würde es nicht zur Haushaltswahrheit und zur Haushaltsklarheit gehören, dass solche Summen im Doppelhaushalt als Steuereinnahmen ordnungsgemäß eingepreist würden

(Egbert Liskow, CDU:
Das sind Steuerschätzungen.)

und dann in Form einer Risikorückstellung für etwaige Sonderkosten oder Minderzuweisungen zur Seite gelegt

werden? Denn dann könnten die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern einmal genau sehen, was sie die Große Koalition in Berlin wirklich kostet. Ich hätte das für fair und transparent gehalten.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aber Fairness und Transparenz waren offensichtlich nicht wirklich die Leitmotive von SPD und CDU bei der diesjährigen Haushaltsaufstellung. Transparent ist der Haushalt nämlich nicht, und zwar weil wieder viel versteckt und verschleiert wurde. Wieder ist ein großer Multimillionen-Euro-Puffer im Zinstitel versteckt worden. Auch wenn der Zinstitel auf 338 Millionen Euro reduziert wurde, wir werden ihn in dieser Höhe mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht brauchen, denn alte Kreditlinien des Landes werden fortlaufend durch neue Kreditlinien mit dem aktuell niedrigen Zinssatz abgelöst.

(Egbert Liskow, CDU: Das wäre doch aber gut, wenn es so ist.)

Selbst wenn der Leitzinssatz schlagartig um einen Prozentpunkt steigen sollte, würde dieser Effekt weiterhin anhalten, denn die Zinsen für Neukredite lägen dann immer noch unter dem durchschnittlichen Zinswert aller Landeskreditlinien.

(Egbert Liskow, CDU:
Na seid doch froh, dass es so ist!)

Wir GRÜNE schätzen diesen Puffer auf bis zu zehn Prozent des Gesamttitels.

Auch im sogenannten kleinen Zinstitel für Kassenkredite sind große Reserven vorhanden. Wir beziffern sie auf etwa 2,5 Millionen Euro.

(Egbert Liskow, CDU:
Da haben wir doch 2 Millionen rausgenommen.)

Die Koalition hat durch Änderungsanträge davon selbst schon 2 Millionen Euro verfrühstückt.

Meine Damen und Herren, wir brauchen diesen Titel eigentlich fast überhaupt nicht, denn das Land braucht so gut wie gar keine Kassenkredite, also braucht es eigentlich auch keine vorsorgliche Zinseinstellung in Millionenhöhe. Jetzt fragen Sie sich vielleicht, warum das Land denn keine Kassenkredite braucht. Schwerin, Neubrandenburg und Vorpommern-Greifswald leben ja von solchen Einnahmequellen, so nenne ich das jetzt mal.

Meine Damen und Herren, unser Land hat liquide Kassenbestände in der unvorstellbaren Höhe von durchschnittlich 600 bis 800 Millionen Euro, das haben wir im Finanzausschuss erfahren.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Wer solche Kassenbestände hat, der braucht natürlich auch keine großen Kassenkredite.

Und an dieser Stelle, meine Damen und Herren, wird der Haushalt völlig intransparent. Wir haben zwar einen völlig überdimensionierten Kassenkreditzinstitel, obwohl wir enorme Kassenbestände haben, aber gleichzeitig haben wir einen völlig unterdimensionierten Einnahmetitel für

Zinsgewinne aus kurzfristig angelegten Kassenbeständen, denn die enormen Kassenbestände werden vom Land natürlich wiederum kurzfristig angelegt und generieren selbst Zinseinnahmen.

Im entsprechenden Einnahmetitel sind aber nur wenige 100.000 Euro eingeplant. Realisiert werden jedoch über 3 Millionen Euro Einnahmen. Da steckt ein bisher völlig unreglementiertes Geschäftsmodell dahinter. Das Land nimmt Kredite zu Topkonditionen auf, schließlich haben wir Triple-A-Bonität und Zugang zu den Zentralbanken. Das aufgenommene Geld wird dann kurzfristig zu höheren Zinsen angelegt. Das Land spielt Bank, ohne dass es dafür Regeln oder Kontrollen gibt. Das mag zwar eine clevere Idee sein, aber ich bin da wirklich skeptisch, ob das auf Dauer gutgeht,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

denn für diese höheren Zinsen, die wir für das kurzfristige Anlegen der Kassenbestände erhalten, gehen wir natürlich auch Risiken ein – klar, sonst gäbe es eben nicht diese Zinsen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns in Zukunft in dieses Geschäft mehr Transparenz bringen. Ich will es ja gar nicht unterbinden, aber lassen Sie uns doch da mehr Transparenz reinbringen. Lassen Sie uns den gesamten Haushalt von Schattenhaushalten und Geldwaschmaschinen befreien.

Meine Damen und Herren, ich sagte ja, dass der Haushalt weder transparent noch fair ist. Ich will Ihnen also jetzt auch gleich sagen, warum er an vielen Stellen nicht fair ist. SPD und CDU haben am Ende der Haushaltsberatungen nochmals das Füllhorn über eine Vielzahl von Kleinstprojekten ausgegossen. In den unzähligen Kleinstanträgen der Koalition war die Großzahl auch absolut sinnvoll und unterstützenswert.

(Egbert Liskow, CDU: Aha!)

Das gestehe ich ein. Aber die Förderung dieser Projekte hätten die Ministerien nach allgemeinen Förderrichtlinien vornehmen müssen. Nun aber erfolgt eine Vielzahl von Förderungen an den Förderrichtlinien vorbei durch Direktzuweisungen aus dem Haushalt.

Meine Damen und Herren, jedes Projekt im Land muss die gleichen Chancen haben, an öffentliche Gelder heranzukommen. Das darf nicht von guten Beziehungen oder freundschaftlichen Kontakten zum jeweiligen Wahlkreisabgeordneten abhängig sein. SPD und CDU haben in einer Vielzahl von Änderungsanträgen nach ihrem Gutdünken und ganz freihändig Projekte unterstützt, ohne Förderrichtlinie und ohne allgemeine Bekanntmachung, dass es jetzt zusätzliches Geld gibt, um das man sich hätte bewerben können.

Meine Damen und Herren, da der Flughafen Rostock-Laage gerade heute wieder durch die Zeitungen geisterle und eben gerade noch einmal erhöhtes Interesse in der Aussprache genossen hat, möchte ich in meiner Rede zu diesem Desasterairport noch etwas sagen, denn wichtige haushaltsrelevante Entscheidungen stehen diesbezüglich in den kommenden Monaten an. Die Frage ist ja: Wird das Land in den Flughafen als weißer Ritter einsteigen oder nicht? Die GRÜNEN raten dem Land ...

(Egbert Liskow, CDU: Als grüne Ritter. –
Heinz Müller, SPD: Wo ist denn
Peter Ritter überhaupt?)

Nein, wir GRÜNE, nicht als grüne Ritter.

Wir GRÜNE raten dem Land, dass das Land die Finger vom Flughafen am besten fernhält.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Sehen Sie sich bitte einmal die heutige Berichterstattung genau an. Dort meldet sich ein Unternehmen zu Wort, das heißt Rostock Airways. Dieses Unternehmen hat bisher alle Zusagen gebrochen, es hat mehrfach angekündigte Starttermine grundlos und kurzfristig abgesagt. Es war wochenlang nicht einmal erreichbar. Von diesem Unternehmen wusste man lange Zeit gar nicht, wer die Geschäftsführung gerade innehat und welche Investoren nun wirklich dahinterstehen. Dieses windige Unternehmen erklärt nun heute allen Ernstes in der Zeitung, dass es den für Januar angekündigten Start seiner Fluglinien auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben muss, weil dem Unternehmen die Planungssicherheit fehle, da die Zukunft des Flughafens ungewiss sei.

Also, meine Damen und Herren, das finde ich schon mit der Vorgeschichte ziemlich frech. Aber das wäre gar nicht so schlimm. Schlimm wird es erst dadurch, dass allen Ernstes Lokalpolitiker diese freche Argumentation aufgreifen. Sie machen eines der windigsten und erfolglosesten Unternehmen,

(Egbert Liskow, CDU: Die Schelte geht jetzt an die Lokalpolitiker.)

das es in Mecklenburg-Vorpommern je gegeben hat, zum Kronzeugen für die Zukunftsfähigkeit des Flughafens Rostock-Laage. Es ist doch unfassbar, die Lokalpolitik klammert sich an Rostock Airways wie der Ertrinkende ans Senkblei. Wer dieses Trauerspiel in seinen ganzen Facetten beobachtet, kann nur ein Urteil dazu finden: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende!

Wir GRÜNE haben es bekanntlich durchgerechnet, dass das Jahr 2014 das optimale Jahr für einen Ausstieg ist. Jede Zeitverzögerung darüber hinaus kostet die öffentliche Hand zusätzliche Millionen, die wir an anderer Stelle, zum Beispiel für den Erhalt der Schienen- und Straßeninfrastruktur, dringend brauchen.

An dieser Stelle möchte ich es nicht versäumen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landtags- und in der Landesverwaltung herzlich für die Zusammenarbeit zu danken. Sie haben immer sehr loyal, sehr ernsthaft, sehr souverän und vor allem wahrheitsgemäß den Abgeordneten in den Ausschüssen zugearbeitet.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Ist das nicht großartig?!)

Das ist wunderbar, deswegen erwähne ich es hier, danke auch dafür – und es ist keine Selbstverständlichkeit.

(Egbert Liskow, CDU: Doch.)

Ich bedanke mich an dieser Stelle für Ihre Aufmerksamkeit. Zu den Hochschulen werde ich nachher noch mal das Wort ergreifen. In diesem Bereich hat sich der Bil-

dungsminister wie eine Axt im Walde verhalten und eine Spur der Verwüstung hinterlassen. Aber dazu später mehr. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Regine Lück: Für den Minister für Wirtschaft, Bau und Tourismus spricht jetzt der Minister für Inneres und Sport Herr Caffier. Bitte schön.

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Zwei Vorbemerkungen in eigener Sache:

Herr Saalfeld, Sie müssen heute bei der Aktuellen Stunde irgendwie gefehlt haben, denn das, was Sie hier sagten – das Land wird im Rahmen der Großen Koalition vom Bund ausgebeutet –, dazu steht im Gegensatz: Wir erhalten viele Mittel – wir haben das heute früh mehrmals gehört – für Kindergartenbau, für Kinderkrippe, für Hochschule. Wir erhalten kommunale Unterstützung für KdU von mehreren Hundert Millionen, und nicht, dass hier in irgendeiner Form das Land geschröpft wird. Also insofern, beschäftigen Sie sich mit der Sache! Ich glaube, es ist ein guter Vertrag in Gänze und er kommt den Kommunen zugute.

Herr Holter ist leider nicht hier. Ich hätte ihm gerne gesagt, da ich ja nun einer der Kollegen bin, der am Längsten mit im Landtag ist, dass ich dachte, dass das Singen von Pippi-Langstrumpf-Liedern im Deutschen Bundestag bisher der Tiefpunkt des deutschen Parlamentarismus war.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nee, nee,
die Eierverteilung damals von
Herrn Backhaus, das war der Tiefpunkt.)

Also die Theateraufführung, die Vorstellung von heute hat das aus meiner Sicht mit Sicherheit noch getoppt.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Oder die ölverschmierten Vögel
von Herrn Thomas, das war noch tiefer.)

Aber nun zu dem Antrag oder zu dem hier mehrfach angesprochenen Werftenförderungsgesetz. Mit dem Gesetz zur Förderung der Finanzierung der Werften in Mecklenburg-Vorpommern schafft das Land Mecklenburg-Vorpommern einen verbindlichen und verlässlichen Rahmen für die Werftenfinanzierung in den kommenden Jahren. Nach der Insolvenz der P+S Werften ist es notwendig gewesen, die Risiken einer weiteren Schiffbaufinanzierung abzuwägen und im Hinblick auf die finanziellen Möglichkeiten des Landes neu zu wichten. Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht. Wir wissen um die strukturelle Bedeutung der Werftenindustrie und ihrer Zulieferer- und Dienstleistungsunternehmen mit ihren insgesamt 10.000 Beschäftigten für unsere Wirtschaft, aber wir haben leider erfahren müssen, dass Schiffsfinanzierungsbürgschaften in Millionenhöhe heute echte Risiken darstellen, die im Insolvenzfall zu dramatischen Verlusten für die öffentliche Hand führen. Die Zeiten, in denen große Konzerne Serienschiffbau betreiben konnten, sind nicht nur bei uns, sondern sie sind in ganz Europa vorbei.

Der heutige Spezialschiffbau ist Einzelfertigung. Fast jedes Produkt ist sozusagen ein Prototyp, bei dem auch

kleine Planungsfehler die gesamte Kostenkalkulation des jeweiligen Schiffbaus zu Fall bringen können. Dies bedeutet nicht, nunmehr den Bürgschaftsrahmen des Landes so eng oder so klein zu machen, dass unsere Werften keine Schiffbauprojekte in auskömmlicher Größenordnung gewinnen und finanzieren können.

Wir haben nach langen und harten Verhandlungen mit der Bundesregierung einen Schiffbauzeitfinanzierungsrahmen von bis zu 500 Millionen Euro erreicht. Für entsprechende Bankkredite oder Avale stellt das Land Bürgschaften bis zur Höhe von 400 Millionen Euro bereit, an denen sich der Bund im Ausfall mit bis zu 100 Millionen Euro beteiligt. Dieser Rahmen ist nach heutiger Einschätzung ausreichend, um die bestehenden Werftenstandorte, und hier schließe ich den Standort Stralsund ausdrücklich mit ein, fortzuführen. Aber ebenso richtig ist es auch, im Hinblick auf die vorgenannten Risiken das Engagement des Landes künftig angemessen zu begrenzen, die Prüfungsintensität zu erhöhen und alle im Landtag vertretenen politischen Kräfte in die Entscheidung verantwortungsvoll einzubinden. Genau das, was die Opposition in den zurückliegenden Monaten immer wieder gefordert hat,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Aber anders.)

wird hier getan,

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN: Aber anders.)

aber das wird nun wiederum auch kritisiert.

Das Werftenfinanzierungsgesetz trägt diesem berechtigten Anliegen Rechnung. Das Gesetz finanziert keine Bedarfe, an denen sich der Bund im Rahmen seiner Rückgarantie im Ausfall nicht beteiligen würde, also beispielsweise keine Barkredite der öffentlichen Hand und auch keine Endfinanzierungsbürgschaften für die Besteller von Schiffen. Das Gesetz finanziert keine Projekte, die nicht den strengen Kriterien der Rückbürgschaftsvereinbarung mit dem Bund entsprechen. Diese Kriterien sind mit den Förderwürdigkeitskriterien des Landesgesetzes deckungsgleich.

Die Ausfinanzierung der Werft muss in jeder Projektphase gegeben sein. Dazu ist ein fortlaufendes Controlling des Bürgschaftsmandatars PwC eingerichtet worden. Die Landesregierung trifft ihre Entscheidung über die einzelnen Bürgschaftsfälle weiterhin in eigener Verantwortung.

Vizepräsidentin Regine Lück: Herr Minister, lassen Sie eine ...

Minister Lorenz Caffier: Nein, lasse ich nicht.

Vizepräsidentin Regine Lück: ... Frage des Abgeordneten Koplin zu?

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist aber schlecht. Es hieß, Sie
können sachkundig Auskunft geben.)

Minister Lorenz Caffier: Gebe ich nicht.

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Frau Polzin ist da.)

Fälle ab einer Größenordnung von 5 Millionen Euro werden aber,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Wieder keine Debatte!)

Fälle ab einer Größenordnung von 5 Millionen Euro werden aber künftig von einer Zustimmung des Landtages,

(Helmut Holter, DIE LINKE:
Ach, hören Sie doch auf!)

konkret des Finanzausschusses abhängig gemacht. Ein solches Verfahren ist keineswegs einzigartig, sondern es gibt auch in anderen Bundesländern bei Finanzierungsentscheidungen Zustimmungsvorbehalte des Landtages oder von Landtagsausschüssen.

Zur Kritik der Opposition an der angeblichen Verfassungswidrigkeit dieser Regelung möchte ich an dieser Stelle nur auf Folgendes hinweisen: Die Verfassungsjuristen des Justizministeriums haben die Frage, ob die Entscheidungsbefugnis auf einen Parlamentsausschuss delegiert werden darf, eingehend geprüft und erheben keine verfassungsrechtlichen Bedenken.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das war in der Anhörung aber anders.)

Sie haben sich auch mit der scheinbar abweichenden Ansicht von Herrn Professor Kischel, die er in der Anhörung im Finanzausschuss am 26. September vorgetragen hat, auseinandergesetzt. Da das Gesetz klare und detaillierte Vorgaben darüber trifft, unter welcher Voraussetzung eine positive Finanzierungsentscheidung getroffen werden darf, sind die grundlegenden Rahmenbedingungen durch das Plenum vorgegeben. Der Landtag hat hierdurch seine haushaltspolitische Gesamtverantwortung ausreichend wahrgenommen und dadurch die Entscheidung des Finanzausschusses hinreichend vorherbestimmt. Ich wiederhole den Satz gern noch einmal, weil er möglicherweise nicht angekommen ist: Der Landtag hat hierdurch seine haushaltspolitische Gesamtverantwortung wahrgenommen und dadurch die Entscheidung des Finanzausschusses hinreichend vorbestimmt.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Kann ich noch mal hören?)

In diesen Fällen ist ein Parlamentsausschuss nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts befugt, selbstständige Einzelfallbefugnisse und Einzelfallentscheidungen zu treffen, und genau über die reden wir in dem Werftenfinanzierungsgesetz.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Nun, wir werden sehen.)

Im Übrigen wäre eine jedesmalige Befassung des Landtagsplenums mit Bürgschaftsentscheidungen ganz sicher kein praktikables Verfahren, um den kurzfristig veränderlichen Erfordernissen bei der Werftenfinanzierung etwa bei der Auflösung von Finanzierungsvorbehalten

(Helmut Holter, DIE LINKE: Oh, da können wir
locker vom Hocker Sondersitzungen machen.)

in Schiffbauverträgen in der gebotenen Schnelligkeit und Gründlichkeit nachzukommen. Dazu ist ein Fachaus-

schuss des Landtages nach Überzeugung des Hauses des Wirtschaftsministeriums und des Wirtschaftsministers bestens geeignet. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Regine Lück: Um das Wort zur allgemeinen Aussprache hat nun gebeten der Abgeordnete Herr Schulte von der SPD-Fraktion.

Jochen Schulte, SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Müller hat mir eben gesagt, ich hätte jetzt 70 Minuten Redezeit.

(Zuruf aus dem Plenum: Wie viel?)

70 Minuten.

(Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Da freuen wir uns doch drauf. –
Stefanie Drese, SPD: Nicht ganz.)

Das denke ich mir, Herr Kollege Suhr, aber ich kann Sie beruhigen, ich werde sie nicht beanspruchen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bin eigentlich davon ausgegangen, dass die Frage der Werften oder die Werftenförderung hier in diesem Land auch im Zusammenhang mit dem Einzelplan 06 besprochen wird, aber das spielt ja im Grunde gar keine Rolle, an welcher Stelle das heute hier diskutiert wird. Vielleicht passt es auch vom Grundsatz her viel besser in die allgemeine Debatte zum Haushalt, weil es hier um Grundsatzfragen geht.

Warum geht es um Grundsatzfragen? Lassen Sie mich vielleicht an dieser Stelle eine allgemeine Anmerkung machen, und dafür bin ich eigentlich ganz dankbar. Ich habe in den letzten Tagen ein Gespräch mit dem Kollegen Holter und mit dem Kollegen Waldmüller geführt und mich noch mal kurz verständigt. Auch wenn das offensichtlich in der Öffentlichkeit nicht immer wahrgenommen wird, so scheint es trotzdem hier in diesem Landtag zwischen den drei größeren demokratischen Fraktionen einen Grundkonsens zu geben, dass die Werften industriell wichtig für dieses Land sind. Ich denke mal, das muss man an dieser Stelle auch deutlich machen, weil die ganze Debatte, die wir hier führen, manchmal an der einen oder anderen Stelle in ein schräges Licht gerät.

Ich habe überhaupt kein Problem damit, wenn man unterschiedlicher Auffassung ist, welche Instrumente man zum Beispiel im Zusammenhang mit der Vergabe von Bürgschaften für sinnvoll hält, für anwendbar hält. Ich bin sogar bereit, an der einen oder anderen Stelle darüber zu diskutieren, ob sie verfassungsrechtlich sinnvoll, angebracht oder zulässig sind. Ich bin kein Verfassungsrechtler. Ich lege auch keinen Wert darauf, Verfassungsrechtler zu sein. Deswegen würde ich mich ohnehin nie hinstellen und hier im Plenum sagen, dem sehe ich gelassen entgegen. Ich weiß ja, Rechtsanwälte, Juristen tun das gern und sagen: Das sehe ich doch völlig gelassen auf mich zukommen. Dann sieht man sich meistens sowieso bei Gericht wieder. Also deswegen können wir uns das heute an dieser Stelle schenken.

Aber, sehr geehrte Kollegen, lassen Sie mich auf zwei Punkte eingehen, die ich für wichtig halte, auch in der

Debatte. Es sind sowohl von Herrn Kollegen Holter als auch von Herrn Kollegen Suhr zwei Punkte benannt worden, die aus ihrer Sicht – ich will es mal freundlich benennen – Bedenken gegen das hier vorliegende Haushaltsbegleitgesetz eröffnen, soweit es die Werftenförderung betrifft. Das ist in beiden Fällen die Anmerkung gewesen, dass a) keine Transparenz durch das Haushaltsbegleitgesetz hergestellt werden würde, und b), dass die Masse des Landtages ausgeschlossen worden wäre oder ausgeschlossen würde. Ich verkürze das jetzt etwas.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dann muss man sich doch wirklich mal überlegen, was ist in diesem Zusammenhang Transparenz, was ist in diesem Zusammenhang Öffentlichkeit und an wen richtet sich der Anspruch an Öffentlichkeit. Richtet der sich an die 1,65 Millionen Menschen, die hier in Mecklenburg-Vorpommern leben? Richtet der sich möglicherweise an die 82 Millionen Menschen, die in der Bundesrepublik Deutschland leben, oder an die, ich weiß nicht, 7 Milliarden auf der Welt oder richtet der sich hier an die Abgeordneten dieses Landtages? Ich denke mal, wenn man die Sache ernsthaft betrachtet – und das ist ja auch in der Anhörung deutlich geworden –, dann richtet sich dieser Anspruch, was die Frage der Transparenz eines Verfahrens angeht, in erster Linie an die Abgeordneten dieses Landtages. Dann muss man natürlich auch das, was im Haushaltsbegleitgesetz in Bezug auf die Werftenförderung drinsteht, unter diesem Gesichtspunkt sehen.

Ich will jetzt gar nicht darauf eingehen, ob ein Gremium von elf Abgeordneten im Finanzausschuss oder in einem anderen Ausschuss oder die Gesamtheit des Landtages politisch gesehen das sinnvollere Gremium ist, um irgendeine Entscheidung zu treffen. Man muss sich ja in dem Zusammenhang darüber im Klaren sein, die Grundsatzentscheidung wird heute oder morgen hier in diesem Haus getroffen, nämlich das ist die Grundsatzentscheidung über den Haushalt. Und jeder, der in diesem Parlament an der Abstimmung teilnehmen möchte, weiß, sollte wissen, worüber er abstimmt. Er stellt damit den Rahmen zur Verfügung, in dem jede weitere Entscheidung – dann gegebenenfalls auch durch den Finanzausschuss – getroffen wird.

Also geht es gar nicht darum, dass hier tatsächlich der Landtag ausgeschlossen ist, sondern es geht um das Prozedere, wenn der Landtag selber entschieden hat. Und der Landtag – das ist Mehrheitsdemokratie – wird möglicherweise am Ende dieser Debatte so entscheiden, dass das entsprechende Haushaltsbegleitgesetz mit den dort vorgesehenen Mechanismen beschlossen wird. Das halte ich für relativ wahrscheinlich, dass die Entscheidung so kommen wird.

Aber, sehr geehrte Kollegen, das ändert nichts daran, dass hier ein parlamentarisches Verfahren stattgefunden hat. Und es ändert auch nichts daran, dass dann im Finanzausschuss – nachdem die entsprechenden Voraussetzungen bei der Landesregierung geschaffen worden sind, die Prüfung der ganzen Mechanismen, die vorgesehen sind, stattgefunden hat –, wenn eine entsprechende Einzelfallentscheidung im Finanzausschuss stattfinden soll, ja nicht nur die Mitglieder des Finanzausschusses die Möglichkeit haben, dort an der Sitzung teilzunehmen. Ich bin stellvertretendes Mitglied im Finanzausschuss. Es steht mir ohnehin frei, daran teilzunehmen, aber es steht auch jedem anderen Mitglied

Landtages frei, an der entsprechenden Sitzung teilzunehmen. Es steht sicherlich auch jedem anderen Mitglied in diesem Landtag frei, dann dort Fragen zu stellen – und das ist die Frage der Transparenz, die sichergestellt werden sollte. Ich denke mal, in diesem Zusammenhang oder in diesem Sinne bietet dieses Verfahren bestmögliche Transparenz.

Ich will das noch durch eine Bemerkung von Herrn Professor Kischel belegen, der ja in der Anhörung darauf hinwies, dass natürlich, wenn man das Verfahren in den Landtag ziehen würde, durchaus auch die Vertraulichkeit dadurch sichergestellt werden könnte, dass man die entsprechende Geheimschutzverordnung hier zur Anwendung bringen würde. Das bedeutet, alle Informationen, die für die – im weiteren Sinne – Öffentlichkeit angedacht sein könnten, von Interesse sein könnten, wären dann ja gerade nicht transparent, sondern wiederum nur für die zur Entscheidung vorgesehenen Abgeordneten. Also diese allgemeine öffentliche, breit gestreute Transparenz ist gerade nicht das, was sich aus der Anhörung als erforderlich ergibt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dann ist der zweite Punkt, der damit im Zusammenhang steht: Die Masse des Landtages würde davon ausgeschlossen, was tatsächlich entschieden wird. Und ich bin schon froh – man muss ja heute bescheiden werden –, dass bei den schriftstellerischen oder lyrischen Leistungen des Kollegen Holter heute Morgen das Wechselspiel zwischen einem fiktiven Abgeordneten Norbert und einem fiktiven Abgeordneten Rainer war.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wer ist denn das?)

Ja, das weiß ich nicht. Ich bin nur froh, dass mein Name gar nicht erst aufgetaucht ist,

(Heiterkeit bei Stefanie Drese, SPD:
Nächstes Mal.)

sonst wäre als Nächstes wahrscheinlich hier wieder das Gerücht aufgekommen, zwischen meinem Fraktionsvorsitzenden und mir gibt es, was die Frage der Werftenförderung angeht, einen Dissens. Also, Herr Kollege Holter, vielen Dank dafür! Manchmal, wie gesagt, zeigt sich die Freundlichkeit auch in Kleinigkeiten. Aber lassen Sie mich jetzt ernsthaft wieder auf den Punkt zurückkommen.

Die Masse des Landtages ist, wie gesagt, nicht ausgeschlossen. Die Masse des Landtages hat die Grundsatzentscheidung getroffen oder wird die Grundsatzentscheidung treffen, ob und in welchem Umfang überhaupt Mittel zur Verfügung stehen, in welchem Umfang dann entsprechend konkrete Werftenförderung stattfindet, und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch das ist im Rahmen der Anhörung deutlich gemacht worden.

Herr Minister Caffier hat ja eben in Vertretung von Herrn Minister Glawe schon mal auf die verschiedenen Gesetze hingewiesen, die entsprechende ähnliche oder im Wortlaut gleiche Verfahren vorsehen, ob es das Haushaltsgesetz des Landes Niedersachsen in Bezug auf Bürgerschaftsverfahren ist, ob es Verfahren des Landes Nordrhein-Westfalen sind, des Landes Baden-Württemberg oder des Bundes. Ich erinnere in dem Zusammenhang nur an die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, gerade im Zusammenhang mit den europäischen Stabilisierungsmechanismen, wo ja gesagt wurde, wir wollen entsprechende

Einbeziehungen des Haushaltsausschusses des Bundes haben, nicht etwa des gesamten Bundestages.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, deswegen stehe ich auf dem Standpunkt – damit möchte ich dann auch in diesem Zusammenhang enden –, man kann darüber diskutieren, ob man ein Verfahren so oder so gestaltet aus politischen Gründen, das ist überhaupt nicht das Thema. Ich halte es für völlig legitim, Herr Kollege Suhr, Herr Kollege Holter, wenn Sie politisch eine andere Auffassung haben, aber dann tun Sie uns bitte allen und tun Sie vor allem den Werften in diesem Land den Gefallen und begründen das politisch, aus wirtschaftlichen Überlegungen oder aus sonstigen Betrachtungen heraus, die dort eine Rolle spielen für die Werften. Aber tun Sie bitte nicht so, als ob es vorrangig um verfassungsrechtliche Fragen gehen würde, die hier die entscheidende Rolle spielen würden, sondern letztendlich ist es eine Frage – und das hat der Kollege Gundlack, glaube ich, heute Morgen schon gesagt, wenn ich das richtig im Kopf habe –, letztendlich ist es eine Frage, egal an welcher Stelle man nachher eine Entscheidung zu treffen hat, ob man die betreffende Verantwortung an dieser Stelle dann auch übernehmen will.

Das Problem, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen – damit komme ich auch zum Ende –, ist doch – das kann ich Ihnen ja nicht einmal übel nehmen –, wenn dann tatsächlich eine Entscheidung über eine Förderung, über eine Bürgerschaft von einem Antragsteller im Finanzausschuss anstehen sollte – irgendwann wird es das erste Mal kommen auf der Grundlage dieses Haushaltsbegleitgesetzes –, wenn eine entsprechende Entscheidung kommen sollte, ist es natürlich schon eine Herausforderung an jeden, der dort mitentscheiden soll, ob er in dem Moment Ja oder Nein sagt. Wenn er Ja sagt, übernimmt er natürlich auch die Verantwortung dafür, dass die entsprechende Bürgerschaftsentscheidung so getroffen wurde, aber, was viel wichtiger ist, wenn er Nein sagt, dann muss ihm in dem Moment auch klar sein, dass der dahinterstehende Auftrag eben nicht zur Realisierung kommt. Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, da ist es natürlich einfacher, wenn man von vornherein sagt, mit dieser Entscheidung wollen wir gar nichts zu tun haben, diese Entscheidung überlassen wir alleine der Landesregierung. Das eröffnet dann hinterher immer die Möglichkeit, das entsprechende Handeln zu kritisieren. Wenn ich Opposition wäre, würde ich das vielleicht auch tun, aber ob das sinnvoll ist, ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nee,
da bist du zu verantwortungsvoll.)

Doch, man muss auch ehrlich sein, lieber Norbert.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Du kannst doch
das eigene Verantwortungsbewusstsein
nicht zurückstellen!)

... aber ob das tatsächlich – und das müsste ich mich dann ja auch fragen, da sind wir wieder bei einander – verantwortungsvolles Handeln im Sinne dieses Landes ist, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das ist eine andere Frage. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Regine Lück: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Holter von der Fraktion DIE LINKE.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Minister Caffier hat vielleicht aus verständlichen und nachvollziehbaren Gründen keine Fragen zugelassen, wie das die Finanzministerin angeboten hatte. Dass wir diesen Weg vor das Verfassungsgericht gehen, habe ich angekündigt – die Begründung, warum wir diesen Weg gehen, habe ich in meiner Rede deutlich gemacht, das will ich hier nicht wiederholen –, weil wir erst mal den Fall annehmen, dass das Gesetz verabschiedet wird, so, wie das jetzt die Koalitionäre im Laufe der Debatte deutlich gemacht haben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Davon können Sie ausgehen, ja.)

Ja, davon gehe ich aus. Das ist die Realität. Ich halte das nur nüchtern fest.

(Heinz Müller, SPD:
Das ist ja keine Überraschung.)

Dann gibt es ein Verfahren, welches als dreistufiges Verfahren in diesem Bürgschaftsmanagement beschrieben wird. Das will ich jetzt im Einzelnen nicht erläutern, die Insider zumindest wissen, worum es dabei geht. Am Ende, das ist ja jetzt vorgesehen, soll dann der Finanzausschuss diese Entscheidung treffen. Das muss man einfach mal als Sache feststellen. Da sitzen die elf Abgeordneten und bekommen die Unterlagen der Regierung. Einer der Redner hatte im Laufe der Debatte heute gesagt, darauf müsse man sich dann verlassen. Ich glaube, Herr Gundlack war es – ich musste jetzt eben kurz nachdenken –, Herr Gundlack hatte es ausgeführt. Wir hatten mit Frau Polzin am 4. Juni genau über diese Frage gesprochen.

(Zuruf von Ministerin Heike Polzin)

Wenn jetzt – gehen wir davon aus, das läuft erst einmal, die Verfassungsklage wird ja nicht gleich am ersten Tag entschieden –, jetzt in dieser Phase kommt es dann zu einer solchen Entscheidung. Welche Möglichkeiten schaffen Sie dann den Abgeordneten des Finanzausschusses, um erstens im Detail diese Unterlagen zu studieren, zweitens Nachfragen zu stellen und drittens eigene Gutachten in Auftrag zu geben? Sind Sie bereit, Frau Finanzministerin und sehr geehrte Damen und Herren der Koalition, dem Finanzausschuss und den Fraktionen Kapazitäten personeller Art zur Verfügung zu stellen, damit wir auf dieser Grundlage die Unterlagen bearbeiten können? – Mit der gebotenen Geheimhaltung, weil es ja auch um betriebsbezogene Daten geht, das verstehe ich, aber zur Transparenz habe ich eine andere Auffassung als die, die Herr Schulte gesagt hat. Also wenn Sie dieses Verfahren wollen, dann müssen Sie auch das Parlament in die Situation versetzen, sich genau damit auseinandersetzen zu können, und zwar nicht blindlings mit dem, was die Regierung uns vorgegeben hat, sondern wir müssen uns eine eigene Position erarbeiten können.

(Zuruf von Ministerin Heike Polzin)

Darum geht es, eine eigene Position. Das wird in diesem Verfahren neben all den vielen anderen Dingen dem Parlament verwehrt. Wir können nur dem, was uns vorgelegt wird, entweder zustimmen, uns enthalten oder Nein sagen, wir haben aber nicht die Möglichkeit, eigene Untersuchungen anzustellen und unabhängige Gutach-

ten in Auftrag zu geben. Wie viel Geld, Frau Polzin und Herr Ministerpräsident, wollen Sie denn dem Parlament dafür zur Verfügung stellen, wenn dieses Verfahren, jetzt mal angenommen, auch tatsächlich so Bestand haben wird?

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nix.)

Die Fragen beantworten Sie nicht. Das ist für mich genau der Punkt.

Sie hatten bis zum April 2013 ein Verfahren für das Bürgschaftsmanagement, in dem der Bürgschaftsausschuss des Landes, der Landesregierung, zuständig war für die Vergabe und dann möglicherweise die entsprechenden Entscheidungen in der Regierung nochmals getroffen wurden. Warum Sie davon abweichen, haben Sie bis heute nicht erklärt. Nur weil die P+S Werft in Stralsund, die Volkswerft, insolventgegangen ist? Wie viele Werften sind denn in der Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns schon in die Insolvenz gegangen und niemand hat was an dem Bürgschaftsmanagement verändert? Das muss doch einen Grund haben! Herr Schulte hat es gesagt, es gibt ausschließlich einen, einen politischen Grund: Sie wollen den Landtag und damit die Opposition in Haftung nehmen. Das ist doch ganz klar, das hat Herr Gundlack auch ausgeführt.

Nun stellen wir uns mal diese Sitzung vor. Wir haben uns immer zu den Werften bekannt und ich bekenne mich heute für meine Fraktion erneut zu den ...

(Heike Polzin, SPD:
Nur bei schönem Wetter!)

Wie bitte?

(Heike Polzin, SPD: Nur bei schönem Wetter.
Wenn es schlecht geht, dann machen Sie
einen Untersuchungsausschuss.)

Ach, Frau Polzin!

(Heike Polzin, SPD: Das werfe
ich Ihnen vor, Herr Holter!)

Ja davor haben Sie Angst, ne?

(Heike Polzin, SPD: Nein, ich
hab keine Angst. Sie haben ...)

Untersuchungsausschüsse mögen Sie nicht, ne? Aber Sie haben ...

(Heike Polzin, SPD: Ja,
Sie haben Angst bis hier hin.)

Ich habe überhaupt keine Angst. Ich bin erstens nicht nervös, zweitens habe ich keine Angst, drittens nutze ich die Möglichkeiten der parlamentarischen Demokratie aus.

(Heike Polzin, SPD: Ich auch.
Darum sitze ich jetzt hier.)

Ja, ist doch gut.

(Heike Polzin, SPD: Da oben
darf ich nämlich nichts sagen.)

Ja, sagen Sie doch. Wir sind ja froh, dass Sie mal in einen Dialog eintreten. Sie sind auch die Einzige, die hier in einen Dialog eintritt.

(Heike Polzin, SPD: Ja?!)

Ja, natürlich.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach so?)

Herr Nieszery, Sie wollen doch nicht sagen, dass das, was Sie machen, ein Dialog ist?!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Nein, Herr Holter, aus Ihrer Sicht natürlich nicht, das ist doch völlig klar. Sie schimpfen von oben und alle anderen machen keinen Dialog.)

Ich schimpfe überhaupt nicht, ich sage nur meine Meinung. Wenn Sie das als Schimpfen auffassen ...

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Den ganzen Tag machen Sie das, Herr Holter, den ganzen Tag. Ist Ihnen das noch gar nicht aufgefallen?)

Also ich habe 28 Minuten. Ich kann hier lange stehen und mich lange mit Ihnen unterhalten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Na, mal los!)

Ja, also.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Sind Sie nun bereit?

Der Finanzausschuss erfährt zum Beispiel nicht, ob es Anträge gibt, die auf dem Wege des dreistufigen Verfahrens abgelehnt wurden. Der Finanzausschuss würde nur Anträge bekommen, die bereits auf dem Wege dorthin positiv entschieden sind. Warum wird denn nicht das Verfahren so gestaltet, dass alle Anträge tatsächlich auch beim Finanzausschuss ankommen?

(Heike Polzin, SPD: Herr Holter, Sie wollen doch mehr Verantwortung.)

Ich drücke mich doch gar nicht vor der Verantwortung.

(Heike Polzin, SPD: Da wollen Sie sich gerade davor drücken?!)

Ich drücke mich doch gar nicht vor der Verantwortung. Ich bin erstens für eine klare Gewaltenteilung, bin zweitens dafür, was hier über 20 Jahre funktioniert hat. Warum wollen Sie das jetzt aushebeln? Das haben Sie bisher nur mit einem Argument begründet. Das eine Argument ist eine politische Entscheidung, das haben Sie eben noch mal bestätigt. Sie haben Angst vor Untersuchungsausschüssen. Na und?

(Heike Polzin, SPD: Das haben Sie aber gründlich missverstanden! Das macht der Bund ja genauso. Gucken Sie doch mal in den Bund!)

Aber in der Landesverfassung steht, dass die Opposition das schärfste Schwert nutzen und einen Untersuchungsausschuss beantragen kann.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD, und Egbert Liskow, CDU)

Und die Verantwortung, das können Sie nun der LINKEN wirklich nicht absprechen, dass wir die Verantwortung für die Werften und auch für andere Wirtschaftsbereiche nicht übernommen hätten.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ja, ja. – Heike Polzin, SPD: Solange es gut geht, sind Sie dabei.)

Wir haben in der Vergangenheit zu jeder finanziellen Entscheidung für die Werften gestanden. Das können Sie uns nicht abreden.

(Heike Polzin, SPD: Solange es gut geht!)

Was heißt, solange es gut geht? Wir haben immer auch in schwierigen Situationen zu den Werften gestanden. Was wollen Sie denn jetzt machen? Jetzt kommt ein Antrag in den Finanzausschuss. Ich weiß doch schon Ihre Argumentation, die haben doch Herr Gundlack und Herr Nieszery hier die ganze Zeit von sich gegeben.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Was habe ich gemacht?)

Es kommt ein Antrag in den Finanzausschuss – nun lasse ich erst mal vollkommen frei, wer. Ich habe am 4. Juni aus Koalitionsreihen – die Kollegen sitzen hier – auch kritische Stimmen und Fragen gehört zu diesem Bürgerschaftsmanagement und zu dem sozusagen ersten Durchgang, den wir dort gemacht haben, in Bezug auf eine Bürgerschaft.

(Egbert Liskow, CDU: Das ist ja auch unsere Aufgabe als Parlament.)

Ja natürlich, habe ich auch gar nichts dagegen. Ich betone es ja nur. Bleiben Sie doch ganz entspannt! Ja, das ist doch ganz gut so.

(Vizepräsidentin Silke Gajek übernimmt den Vorsitz.)

Aber was ist denn nun, wenn jetzt einer der Abgeordneten, egal aus welcher Fraktion – ich mache das mal bewusst neutral –, oder eine Gruppe von Abgeordneten, vielleicht auch aus einer Fraktion, eine bestimmte Auffassung haben zu diesem Antrag und sich enthalten oder negativ votieren? Dann, das wird doch ganz klar, werden diese Abgeordneten an den Pranger gestellt. Sie lassen den Abgeordneten des Finanzausschusses gar keine andere Chance,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja sicher.)

als dem Bürgerschaftsantrag zuzustimmen.

(Tilo Gundlack, SPD: Quatsch. – Heike Polzin, SPD: Das können Sie nur bei Ihrer Philosophie vertreten! Immer nur Gutmensch, immer Ja, alles gut.)

Nein, nein, nein, nein.

(Heike Polzin, SPD: Verantwortung sieht anders aus, Herr Holter.)

Frau Polzin,

(Heike Polzin, SPD: Das kann auch Neinsagen heißen. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

wir reden, glaube ich, aneinander vorbei. Dass die Regierung ihre Aufgaben wahrnehmen muss, ist doch vollkommen klar, dass wir als Parlament kontrollieren, ist auch vollkommen klar.

(Heike Polzin, SPD: Wir haben die Entscheidungsgrundlagen. Die haben Sie auch.)

Dass die Regierung nicht zum Dialog zu dieser Frage bereit ist, haben wir eben gerade wieder gemerkt. Ich möchte aber, dass wir als Parlament, dass die Legislative eine eigene Vorprüfung machen kann. Wir müssen doch das zur Kenntnis nehmen, was Frau Polzin beziehungsweise der Wirtschaftsminister dem Finanzausschuss auf den Tisch legen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Und wenn Sie damit einverstanden sind, Herr Holter, wenn Sie damit einverstanden sind, was machen Sie dann?)

Begreifen Sie das doch mal! Wir sind doch kein Abnickergremium oder, wie Herr Kokert sagte, „Wurmfortsatz der Regierung“.

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darum geht es doch an dieser Stelle.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Heike Polzin, SPD: Sie kriegen doch alles von PwC auch. Was anderes haben wir auch nicht. Unsinn ist das. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Der Landesmandatar, der ist nicht vertrauenswürdig natürlich, ne?)

Meine Damen und Herren, ich habe hier noch mal deutlich gemacht, dass neben den Gründen, warum wir dieses Werftenförderungsgesetz ablehnen, die ich heute in der ersten Rede hier vorgetragen habe,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wir können auch die Kontrolle der Kontrolle der Kontrolle einführen. Mann, Mann, Mann!)

es durchaus noch weitere Gründe gibt, die die Legislative nicht bestärken in ihrer Entscheidungsfindung, in ihren Entscheidungen. Wenn Sie das so wollen, dann müssen Sie die Legislative, den Landtag, mit entsprechenden Personalkapazitäten ausstatten,

(Torsten Renz, CDU: Was heißt „Sie“?)

damit wir entsprechende Arbeit leisten und auch guten Wissens und Gewissens solche Entscheidungen treffen können.

(Torsten Renz, CDU: Sie können doch den Antrag selbst machen beim Haushalt.)

Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Ums Wort gebeten hat noch einmal der Abgeordnete Herr Schulte von der SPD-Fraktion.

(Egbert Liskow, CDU: Herr Holter, der Haushaltsgesetzgeber sind wir.)

Jochen Schulte, SPD: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will Sie auch nicht übermäßig beanspruchen, ich möchte nur einmal ...

(Egbert Liskow, CDU: Aber erst mal das Bonbon runter.)

Das kann ich nicht runterschlucken, das geht jetzt nicht.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Ich hab das von den Kolleginnen und Kollegen gelernt, das ist Multitasking.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das glaube ich jetzt nicht. – Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das hört sich nicht gut an.)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zunächst einmal einen Satz zitieren aus der Rede des Kollegen Holter im Zusammenhang mit der Einsetzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

(Regine Lück, DIE LINKE: Mit Bonbon die Rede halten, das ist nicht gestattet.)

Neben vielem anderen erklärte der Kollege Holter damals, ich zitiere, dass aus dem Untersuchungsausschuss Schlussfolgerungen zu ziehen seien, und dann kommt das Zitat, um korrekt zu sein, „um künftig vergleichbare Situationen zu verhindern, um das Controlling und Monitoring des Landes zu verbessern“, Zitatende.

(Heike Polzin, SPD: Genau das tun wir.)

Und genau das, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wird mit diesem Haushaltsbegleitgesetz jetzt in Angriff genommen. Ich wiederhole das noch mal, was ich eben gesagt habe, Herr Kollege Holter: Darüber kann man ja politisch streiten, ob man das so oder so bewertet, aber man kann sich doch nicht hinstellen und sagen, ich habe das damals gefordert und ich fordere das im Grunde immer noch, aber wenn es heute angeboten wird und wenn es mir nicht reicht, dann lehne ich das jetzt ab, weil ich lieber 150 Prozent haben will als vielleicht – aus Ihrer Sicht – 75 Prozent. Das zu dem einen Punkt.

Und, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, dann lassen Sie mich noch einen zweiten Punkt aus der Anhörung zitieren. Das hängt damit zusammen, dass der Kollege Holter eben noch mal deutlich gemacht hat, dass man, wenn man dieses Verfahren so wolle, dann auch die entsprechenden finanziellen Mittel dem Finanzausschuss oder dem Landtag in Gänze zur Verfügung stellen müsste, um eigene Gutachten einzuholen oder um eigene Sachverständige zu beauftragen. In der Anhörung zum Haushaltsbegleitgesetz, die am 26.09. durch den Finanzausschuss stattgefunden hat, wurde eben auch diese Frage angesprochen und der dort als Sachverständiger angehörte Professor Dr. Kischel von der Uni-

versität Greifswald hat dazu ausgeführt, ich zitiere: „Der Kollege“, das bezieht sich auf Herrn Binder, „hat angedeutet, dass der Ausschuss sich bei seiner Entscheidung völlig frei machen müsse von allem, was dort bisher vorgelegt würde. Das würde ich nicht unterschreiben. Der Ausschuss hat absolut das Recht, dem zu vertrauen, was ihm von Seiten der Regierung und der Verwaltung vorgelegt wird. Und wenn er daran keine Zweifel hat, wäre es geradezu eine Verschwendung von Steuergeldern, hier teure Gutachten einzuholen.“ Zitatende.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, daran wird deutlich, dass auch die Frage einer entsprechenden Finanzausstattung hier letztendlich nicht relevant ist. Was hier relevant ist, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist letztendlich nur die Bereitschaft, in der Situation, in der man eine Entscheidung treffen muss, diese auch zu treffen. Wer die nicht treffen möchte, der soll es bleiben lassen, der kann im Zweifelsfall auch im Finanzausschuss aus der Sitzung gehen. Die Koalitionsfraktionen werden es tun. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Ums Wort hat noch mal die Finanzministerin Frau Polzin gebeten.

Ministerin Heike Polzin: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, dass ich hier heute den Laden ein bisschen aufhalte, aber ich glaube, das ist ein so grundsätzliches Problem,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ist schon okay.)

das bedarf auch noch mal einer Erwiderung durch die Landesregierung. Ich tue das hier stellvertretend für den abwesenden Wirtschaftsminister und sage noch einmal ganz deutlich, das Bild, Herr Holter, das Sie in Ihrem Kopf haben und das offensichtlich ein richtiges Schreckensszenario für Sie beinhaltet, ist einfach falsch. Stellen Sie sich doch mal vor, wie die Landesregierung die ganze Zeit – und auch in Zukunft – gehandelt hat. Wir haben auf der Grundlage von Sachverständigengutachten, unter anderem auch durch die wirtschaftliche Plausibilisierung durch PwC, eine Entscheidungsgrundlage gehabt. Und glauben Sie mir bitte, diese Entscheidungsgrundlage sah nie so aus, dass das zu 100 Prozent hopp oder top stand, sondern es war immer ein Abwägungsprozess, der nämlich sehr umfassend und objektiv die Chancen und die Risiken bewertet.

Ich kann keine Schiffe bauen, genauso wenig wie viele andere auch. Ich kann auch nicht reingucken in so ein Teil.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ich bin angewiesen – genau wie Sie im Finanzausschuss und wo auch immer – auf ein Sachverständigengutachten. Und nun halte ich es für völlig daneben, wenn Sie dieses Bild malen. Die Landesregierung kommt mit einem Entscheidungsvorschlag, das heißt, sie hat keine Verantwortung abgegeben, sondern sie trägt mit ihrer Verantwortung vor, was sie zu tun beabsichtigt. Dann hat sie für sich offensichtlich auch schon eine Entscheidung

getroffen. Und nun kommen Sie auf den Gedanken zu sagen, wir hätten getürkte Gutachter und wir brauchen jetzt eigene.

Ich will Ihnen mal eins sagen: Uns kann es auch in Zukunft passieren, dass wir nach sorgfältiger Abwägung eines Gutachtens zwei Jahre später feststellen, weil Bedingungen, die wir noch gar nicht im Blick haben konnten, sich anders entwickeln, dass diese Entscheidung von vorgestern falsch war. Dafür sind wir Menschen, dafür ist der Prozess so. Was ich schlimm finde an der Geschichte, ist, dass die von morgen schon immer mit wunderbaren Haltungsnoten beurteilen können, was vorgestern angeblich schon alles zu sehen war. Sie werden merken, dieser Prozess kann so nicht laufen. Wir können nur die tagesaktuellen Informationen mit aller Sorgfalt und mit aller Verantwortung abwägen und sagen, wenn die Chancen überwiegen, dann Ja, denn wir bekennen uns zum Werftenstandort Mecklenburg-Vorpommern. Überwiegen die Risiken, dann müssen wir auch den Mut haben – wir genauso wie Sie – zu sagen, das können wir nicht verantworten.

Im Übrigen haben wir uns deshalb selbst auch klare Kriterien vorgegeben, damit das hier keine Goodwillgeschichte wird, sondern ein klar vorgegebener Rahmen, nach dem wir sagen können, ja, hier können wir eine Bürgschaft geben oder eben nicht, weil das Land das nicht verantworten kann. Und das ist ein Prozess, den wir hier seit Jahren machen. Ich unterschreibe eine solche Bürgschaft mit meiner grünen Tinte. Ich konnte auch die ersten Nächte nicht schlafen, ich kann mich so ein bisschen reinversetzen: Was bedeutet das alles? Aber wir haben diese Entscheidung immer zugunsten des Landes getroffen, der Werften, wenn es denn verantwortbar war, und nichts anderes soll in Zukunft passieren.

Wenn wir heute so tun, als ob der Finanzausschuss plötzlich als Souverän eine Verantwortung kriegt, die er auf gar keinen Fall schultern kann, weil er a) keine eigenen Gutachter hat und b) kein Vierteljahr Zeit, sage ich Ihnen, die Entscheidungen, die bei uns vorbereitet werden, die werden teilweise in der Eile verkürzt, weil die Dinge es einfach erfordern. Man muss handeln. Wenn man jedes Mal eine neue Landtagssitzung abwarten würde, dann sind sie zum Schluss alle pleite. Man muss also auch Rücksicht nehmen auf das, was da draußen von uns gefordert wird.

Dennoch haben wir uns verpflichtet, Ihnen als Abgeordnete in einem angemessenen frühen Zeitraum die Materialien zur Verfügung zu stellen. Wir haben gesagt, wenn es darüber hinaus weitere Fragen gibt, dann kommen auch die Gutachter, die Ansprechpartner für Sie. Sie haben da also die gleiche Augenhöhe wie wir, die wir die Urkunden unterschreiben. Ich weiß nicht, was da eine Schlechterbehandlung ist. Glauben Sie doch nicht, dass wir uns die Augen zuhalten und einfach blindlings unterschreiben. Das ist doch unsere Verantwortung, die wir hier wahrnehmen und es immer noch tun, obwohl wir auch schon sehr viele Schlappen erlebt haben.

Dieses Gesetz wird von uns im Grunde gefordert. Auch der Landesrechnungshof hat von uns erwartet, dass wir unser Monitoring verbessern, die Kontrolle und die Einbeziehung. Jetzt tun wir das und plötzlich ist das für einige Teufelszeug. Ich sage Ihnen, im Finanzausschuss wird endentschieden über Summen im Millionenbereich, wenn irgendein Bauvorhaben teurer wird,

(Egbert Liskow, CDU: Milliarden.)

wenn irgendwelche überplanmäßigen Ausgaben kommen. Das sind auch keine kleineren Summen. Da habe ich noch nie vom Finanzausschuss gehört: Nee, das können wir jetzt nicht, jetzt müssen wir uns noch einen Gutachter holen. Nein, da haben Sie auch die Unterlagen bekommen, die den Sachverhalt darstellen. Was ist denn nun anders? Ich verstehe wirklich nicht dieses hochgezogene Problem, weil ich meine, wenn man da mal genau reinguckt, ist das auch für Sie ein faires Verfahren. Sie haben an bestimmten Punkten viel, viel mehr Informationen, als Sie bisher bekommen haben, und Sie haben eine Art Vetorecht. Ich finde, das ist eines Parlamentes würdig.

Und glauben Sie mir bitte eins, die Landesregierung gibt null an Verantwortung ab. Wir wollen sie mit Ihnen gemeinsam tragen und das ist auch die Intention dieses Gesetzes. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ums Wort gebeten hat der Abgeordnete Herr Pastörs von der Fraktion der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hatte schon vor gut anderthalb Stunden klar ausgeführt, dass meine Fraktion dieses Vorhaben nicht als verfassungsgemäß ansieht. Insofern unterstützen wir die Position der LINKEN in diesem Fall.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Ich möchte darüber hinaus noch ein oder zwei Aspekte ausführen, die hier leider noch nicht behandelt worden sind. Und zwar hören wir ständig, auch von der Seite der Regierung, dass es dringend erforderlich sei, eine Verschärfung in der Verwaltung dahin gehend umzusetzen, dass die Wirtschaft möglichst kurz und präzise eine Entscheidungsbasis findet – Entbürokratisierung.

Es wäre mal ganz interessant, hier etwas zu hören, wie denn dieser Maßstab der Entbürokratisierung jenseits einer juristischen Bewertung, die hier ja strittig ist, gehandhabt werden soll, in welchem Zeitraum dann hier die zusätzliche Verwaltungsarbeit, die zusätzlich anfallende Beratung überhaupt noch für die Wirtschaft einen attraktiven Partner darstellt, uns zu bitten, mit Bürgschaften kurzfristig dafür zu sorgen, dass hier in diesem Land weiterhin in nennenswertem Umfang Schiffe gebaut werden können.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Abgesehen davon kommt noch hinzu die Halbierung der Möglichkeiten, hier zu helfen, also auf 500 Millionen herunterzufahren. Wenn man das ins Verhältnis setzt zu dem, was heute die Finanzierungsgrundlagen allein bei ein, zwei Schiffen sind, reicht das nicht aus, selbst wenn wir die 500 Millionen direkt verbraten würden, sodass wir hier auch nicht entscheidend mit dieser Summe vorankommen und vor allen Dingen auch mit der Ausgestaltung der Verwaltungsvorgänge und des operativen Vorgehens seitens der Landesregierung, wenn jetzt der Finanzausschuss noch damit beauftragt wird, irgendwelche Gutachten zu bewerten.

Und da bin ich, muss ich sagen, auf der Seite der LINKEN, von Herrn Holter. Wir haben überhaupt gar nicht diese Fachkapazität und die Qualifikation, wie sie die Landesregierung besitzt, und wir sollen dann mehr oder weniger – und nichts anderes ist das, was Sie wollen –, mehr oder weniger ins Boot geholt werden mit einem Votum sozusagen als Alibiabnicker. Dafür steht meine Fraktion selbstverständlich nicht zur Verfügung und deswegen werden wir natürlich dagegenstimmen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der NPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Bevor ich die Beratung der Einzelpläne aufrufe, frage ich, ob noch weitere Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache vorliegen. – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir nun zur Beratung über die Einzelpläne.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Ältestenrat ist zu den Einzelplänen 04, 06, 07, 08, 09, 10 sowie 15 jeweils eine gesonderte Aussprache vereinbart worden. Ich werde die Aussprachen zu den Einzelplänen in der genannten Reihenfolge aufrufen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Ich eröffne die Aussprache zum Einzelplan 04 sowie zu dem zum Einzelplan 04 zugehörigen Teil des Stellenplanes. Hierzu ist im Ältestenrat eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Herr Müller von der SPD-Fraktion.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt mehr als dreieinhalb, fast vier Stunden Generalaussprache zu diesem Haushalt hinter uns und ich glaube, diese Generalaussprache hat auch eine Reihe von Aspekten angesprochen, die jeweils in die einzelnen Einzelpläne hineinstrahlen. Ich glaube, ich kann mir deshalb ersparen, dass ich den Einzelplan als Ganzes vorstelle und auf alle Aspekte dieses Einzelplanes eingehe, sondern ich würde gerne sozusagen schlaglichtartig einige wenige Punkte aus diesem Einzelplan ansprechen, die aus meiner Sicht interessant sind, hier noch einmal genannt zu werden. Die Liste erhebt sicherlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es gibt viele weitere interessante Punkte, aber Auswahl, denke ich, muss sein.

Zunächst einmal, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich darauf hinweisen, wir werden morgen einen Gesetzentwurf hier auf der Tagesordnung haben, bei dem wir uns im Ältestenrat darauf verständigt haben, eine Aussprache nicht vorzusehen. Das ist der Gesetzentwurf, den wir in Zweiter Lesung behandeln werden zum Brandschutzehrenzeichen. Wir haben – und ich glaube, dass das ein sehr wichtiger Aspekt ist – im Einzelplan 04 bereits die Finanzmittel bereitgestellt, die notwendig sind, um dieses Gesetz, das wir morgen, so hoffe ich, beschließen werden, auch mit Leben zu füllen. Übrigens ist das mit 300.000 Euro – nicht ganz, 298.500 – ein Betrag, der durchaus gar nicht mal so klein ist, aber dennoch, würde ich sagen, müssen wir in der Zukunft sehen, ob wir die Staffelung, wie wir sie im Brandschutz-Ehrenzeichen-Gesetz vorgesehen haben, so beibehalten

wollen oder ob wir hier etwas verändern wollen, allerdings wohl wissend, wir haben hier schon einen nicht unbeträchtlichen Haushaltsposten stehen, den wir dann sicherlich würden vergrößern müssen.

Beim Thema Feuerwehr halte ich einen zweiten Aspekt für wichtig, der gar nicht so sehr durch politisches Handeln entstanden ist, sondern einfach durch Zeitablauf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in den letzten Jahren aus den Summen, die uns die Brandschutzsteuer zur Verfügung gestellt hat, einen erheblichen Beitrag – im letzten Jahr oder im zu Ende gehenden Jahr waren es 2,9 Millionen Euro – zurückgelegt für die Investitionen im Bereich Digitalfunk. Diese Investitionen im Bereich Digitalfunk sind aber mit diesem Volumen von 2,9 Millionen in 2013 finanziert, sodass wir eine solche Rückstellung in den Folgejahren, also 2014 folgende, nicht mehr benötigen werden. Das heißt im Umkehrschluss, dass wir in erheblichem Umfang mehr Mittel für Investitionen im Bereich des Brandschutzes zur Verfügung haben, Mittel, die wir den großen Städten und den Landkreisen zur Verfügung stellen, weil die dieses Geld verteilen. Ich glaube, wir werden damit in den nächsten Jahren zusammen mit dem, was über andere Töpfe aus dem Innenministerium bereitgestellt wird, durchaus eine Entspannung bei den doch großen Investitionsbedarfen im Bereich Brandschutz erreichen. Das ist, glaube ich, eine Entwicklung, die sehr positiv ist.

Beim Thema Brandschutz lassen Sie mich noch auf einen letzten Punkt hinweisen. Wir haben auch die Finanzmittel, und zwar die Landesregierung in ihrem Entwurf, für die Jugendverbandsarbeit im Bereich des Brandschutzes erhöht. Hier geht es nicht um riesige Summen, hier geht es aber, glaube ich, um wichtige Jugendarbeit, die geleistet wird und die der Förderung wert ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Innenausschuss haben wir einige wenige Änderungsanträge beschlossen, die aber der Erwähnung wert sind. Der Erwähnung wert finde ich vor allen Dingen, dass es uns gelungen ist, einen Antrag, einen gemeinsamen Antrag aller vier demokratischen Fraktionen zu beschließen, mit dem wir die polizeiliche Präventionsarbeit mit zusätzlichen Finanzmitteln ausgestattet haben. Dass bei der Bekämpfung von Kriminalität, und zwar, bevor sie begangen wird, eine Fraktion wie die NPD dagegenstimmt, adelt, glaube ich, einen solchen Antrag nur. Ich fand es jedenfalls sehr erfreulich, dass hier alle vier demokratischen Fraktionen an einem Strang gezogen und gemeinsam zusätzliches Geld zur Verfügung gestellt haben. Damit soll auch ein Signal gesetzt werden, dass wir diese präventive Arbeit, die unsere Polizei leistet, besonders schätzen und dass wir hier durchaus eine Intensivierung und Verstärkung für sinnvoll und für notwendig halten.

Ein sicherlich polizeiliches, wenn Sie so wollen, Randthema ist die Musik, die die Polizei macht, aber ich glaube, auch hier sind wir gut beraten, wenn wir dieses ein wenig sichern. Wenn die keine Finanzmittel haben, um Ersatzkräfte anzuheuern, wenn durch Krankheit oder andere Gründe ein Mitglied des Polizeiorchesters ausfällt, dann haben wir hier für Hilfe gesorgt. Auch das, glaube ich, ist eine vernünftige und wertvolle Sache.

Der dritte Antrag im Polizeibereich betrifft die Polizeihistorische Ausstellung, die derzeit noch in Neubrandenburg

angesiedelt ist. Hierfür haben wir jährlich 10.000 Euro zur Verfügung gestellt. Ich glaube, es ist wichtig, mit einer solchen Ausstellung auch politisch-didaktische Ziele zu verfolgen. Die Fragen „Polizei in einem demokratischen Staat“, „Polizei in einer Diktatur“ – wir haben hier durchaus auch Exponate aus der Zeit des Nationalsozialismus –, dieses bewusst zu machen und dieses auch optisch erlebbar zu machen, ist sicherlich ein guter Ansatz. Ich weiß, hier ist noch viel zu tun, aber wir fangen mit dieser Arbeit nicht bei null an. Einiges ist schon da und damit dies weitergeführt wird, haben wir dieses Geld zur Verfügung gestellt.

Hier haben wir dann allerdings in den Medien eine etwas interessante Auseinandersetzung erleben müssen und ich war schon ein wenig überrascht, liebe Kollegin Rösler, als ich dann Presseerklärungen von Ihnen lesen musste, dass diese Finanzierung der Polizeihistorischen Sammlung in Neubrandenburg ein, so hieß es wörtlich, „Selbstbedienungsladen des Abgeordneten Dachner“ sei. Ich glaube, dass eine solche Kritik sich von der Sache her selbst disqualifiziert. Ich fand sie aber umso ungewöhnlicher, als wir im Innenausschuss sehr genau wissen, dass den Antrag, dieses Geld zur Verfügung zu stellen, nicht nur SPD und CDU unterschrieben haben, sondern auch die Fraktion DIE LINKE. Wenn also die Fraktion DIE LINKE mit den Koalitionsfraktionen gemeinsam für die Finanzierung eines Projektes sorgt und gleichzeitig sagt, damit begeht ihr als Koalition oder eure Abgeordneten Selbstbedienung, dann halte ich das schon für ziemlich dreist und es wäre gut, wenn so etwas in der Zukunft unterbleiben würde.

Die, man könnte fast sagen, „ritterlichen Rettungsversuche“, hier zu sagen, es geht ja nur um die Art der Finanzierung – nun ja, Herr Kollege Ritter, der Versuch ist sicherlich löblich, er ist allerdings gescheitert.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehe ich nicht so.)

Wenn man Fehler macht, dann sollte man vielleicht mal offener dazu stehen, als hier solche Rettungsversuche zu unternehmen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich fand das dann richtig wiedergegeben in der Zeitung.)

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen an diesen Beispielen, wir haben einen Haushalt, der an sich schon unter den gegebenen Umständen vernünftig ist und das Machbare finanziert, noch an einigen wenigen Ecken ein klein wenig besser gemacht, und ich glaube, nun ist er rund und nun ist er gut. Deswegen würde ich gerne noch mit einem letzten Gedanken auf den von den Haushaltsstellen her recht umfangreichen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingehen.

Lieber Kollege Saalfeld, der Grundgedanke, zu sagen, wir machen jetzt hier sozusagen den Gegenhaushalt und wollen einen sehr, sehr großen Betrag für einen sinnvollen Bereich, nämlich die Bildung, bereitstellen und wir gucken mal überall, wo wir das Geld zusammenkratzen können, damit wir diesen großen Betrag zusammenkriegen, das ist vom Denkansatz her gar nicht mal falsch. Ich glaube nur, wir werden an den anderen Stellen genau wie hier im Einzelplan 04 feststellen, dass dieses Zusammenkratzen des Geldes so nicht geht. Wenn ich beispielsweise sehe, dass Sie die Beschaffung von Poli-

zeifahrzeugen um 1 Million Euro absenken wollen, dann ist das zwar sicherlich ganz schön, weil man hier schon mal eine runde Summe sozusagen auf die Seite bringen kann, aber wenn wir uns anschauen, was es bedeuten würde, wenn wir die Beschaffung von Einsatzfahrzeugen für die Polizei um 1 Million reduzieren würden, meine sehr verehrten Damen und Herren, würde das teilweise bedeuten, dass Polizeibeamte mit Fahrzeugen durch die Gegend fahren, die nicht mehr unfallsicher sind, oder es würde bedeuten, dass sie überhaupt nicht mehr durch die Gegend fahren, weil eben keine Ersatzbeschaffung stattfindet. Ich finde, das muss man der Bevölkerung dann auch mal sagen, was hier für Vorstellungen herrschen und wie einfach man es sich teilweise macht, wenn es darum geht, irgendwo Geld einzusammeln.

Ich könnte so weitermachen und könnte Punkt für Punkt diesen Änderungsantrag, den Sie gestellt haben, auseinandernehmen. Ich will mir das ersparen, das ist nicht Sache eines Plenums, das ist Sache des Fachausschusses. Ich denke, wir haben das im Fachausschuss getan und wir bleiben selbstverständlich bei der Ablehnung dieses Antrages, aber bei der Zustimmung zum Einzelplan 04 insgesamt. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter von der Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zu Beginn eine Bemerkung außerhalb des Einzelplanes. Wir befinden uns heute zum ersten Mal in einer Zweiten Lesung in einer Beratung der Einzelpläne, so, wie wir das heute durchführen, und ich will sagen, anders als in manchen Medien heute behauptet wird, es ist nicht auf Druck der Opposition zustande gekommen – wir können ja nicht an allem schuld sein –, dass wir so eine Mammut Sitzung haben. Nein, es war durchaus eine Idee des Kollegen Müller zu sagen, lasst uns das dieses Mal so machen, dass wir die Einzelpläne nacheinander aufrufen und dort, wo es Diskussionsbedarf, Redebedarf gibt, diesen abarbeiten, damit wichtige inhaltliche Punkte nicht in der Generaldebatte verloren gehen.

Ich will gern zugeben, dass vielleicht das Agieren meiner Fraktion, bei der Ersten Lesung genau schon so zu agieren, Geburtshelfer dieser Idee war. Ich finde das gut, egal, wer es dann am Ende erfunden hat, dass wir uns in dieser Art und Weise dem Haushalt auch in der Zweiten Lesung annähern.

(Heinz Müller, SPD: Wir waren
uns ja auch sehr einig.)

Wir waren uns sehr einig und ich finde das in Ordnung so, auch wenn es dann etwas länger dauert und wir vielleicht erst morgen mit der Haushaltsdebatte zu Ende sind. Das war unser gemeinsamer Wille und deswegen sollten wir das auch gemeinsam durchstehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Zum Einzelplan 04: Also ich muss sagen, auch die Beratungen zum Einzelplan 04, Geschäftsbereich des Innenministeriums, haben uns allen die Gestaltungsspielräume und die Gestaltungsgrenzen aufgezeigt, und zwar für die Koalition selbst, aber auch für die Opposition. Die Haus-

haltsberatungen im Innenausschuss haben zunächst zweierlei deutlich gemacht:

Erstens. Sicherheit ist uns auch weiterhin lieb und vor allen Dingen teuer. Die Kosten für Beschaffungsmaßnahmen auf diesem Gebiet lassen einem den Atem stocken, wenn man die Summen einmal zusammenzählt, die sich im Einzelplan 04 befinden. Bei der Prävention hingegen verhält es sich etwas anders. Obwohl es sich hierbei um vergleichsweise geringe Summen handelt, bedurfte es des sanften Druckes unter anderem von der GdP und von uns selbst im Ausschuss gegenüber dem Innenministerium.

Zweitens. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Haushaltsberatungen, so sagt man, und das haben wir heute vielfach gehört von den Vorrednerinnen und Vorrednern, seien die Königsdisziplin des Parlaments.

(Egbert Liskow, CDU: So soll es sein.)

Zumindest im Innenbereich hatte ich aber eine ganz andere Wahrnehmung, und zwar für Opposition und Koalition gleichermaßen, denn ob Verpflichtungsermächtigung und vertragliche Bindungen, ob präjudizierende Beschlüsse der IMK oder objektive Beschaffungsnotwendigkeiten, dieses Korsett hat aus dem König sehr rasch etwas anderes gemacht, nämlich einen Zaunkönig, also einen niedlichen kleinen, aber harmlosen Vogel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben die Mittel für die polizeiliche Prävention aufgestockt, wir haben die Polizeihistorische Sammlung Neubrandenburg einmal gemeinsam auf den Weg gebracht und wir haben diesmal – das muss man vielleicht auch noch mal betonen – gegen Widerstände aus dem Ministerium die finanzielle Untersetzung sichergestellt. Ich will es hier noch einmal deutlich sagen: Wir halten dieses Projekt wie alle anderen Projekte aus einzelnen Kreisen, Wahlkreisen und Orten unseres Landes für sehr sinnvolle Projekte. Wir halten aber das Zustandekommen und die Art und Weise, wie finanzielle Mittel für diese Projekte gefunden wurden, für diskussionswürdig. Das erscheint mir noch einmal wichtig zu sein, dieses zu erwähnen.

Also wir haben die polizeiliche Prävention aufgestockt, wir haben die Polizeihistorische Sammlung finanziell unterstützt. In der Summe, liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Summe ist es aber weniger als allein die Kostensteigerung für Treib- und Schmierstoffe. So weit zum Stichwort „Zaunkönig“.

Meine Damen und Herren, nun kann man sich aber auch die Königskrone aufsetzen, einen Änderungskatalog formulieren und im Ergebnis rund 13 Millionen Euro im Innenbereich streichen wollen, in der Ausgleichsrücklage zwischensparen und auf eine spätere Verwendung für Bildung hoffen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, was wäre eigentlich gewesen, wenn so ein Antrag eine Mehrheit gefunden hätte? Ich glaube, der Kollege Saalfeld wäre am Ende selbst erschrocken gewesen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, das stimmt.)

Und warum, liebe Kolleginnen und Kollegen? Wenn wir uns gemeinsam für eine deutliche Öffnung des Verfassungsschutzes einsetzen, für eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit auch dieses Organs, dann können wir nicht anschließend die entsprechenden finanziellen Mittel

zusammenstreichen, bevor wir uns auf den Weg gemacht haben. Wenn wir gemeinsam und zu Recht stärkere polizeiliche Präsenz in der Fläche unseres Landes einfordern, dann macht es aus Sicht meiner Fraktion wenig Sinn, gerade in einem Flächenland den Rotstift bei der Mobilität, also bei den Dienstfahrzeugen anzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies alles entbindet selbstverständlich auch den Innenausschuss nicht von einer kritischen Sicht auf Ausgaben und Kosten. Eine abschließende Bemerkung dazu: Nicht alles scheint mir auch immer notwendig. Ob IT-Sicherheit oder länderübergreifende Plattformen und Gremien, wir sollten auch beim Haushaltsvollzug kritisch und selbstkritisch im Blick behalten, ob diese Themen wirklich mehr als einfache Türöffner für Forderungen der Sicherheitsbehörden nach Personal und Mittel sind. Das wäre dann eine demagogische Beschaffungspolitik, die würden wir nicht mittragen. Deswegen kündige ich hier an, dass wir im Laufe des Vollzugs des Doppelhaushaltes mehrfach den Mittelabfluss im Innenausschuss abfordern werden, denn somit können wir verhindern, dass Haushaltsmittel verschleudert werden, die wir anderweitig beziehungsweise konventionell zur Verbesserung der Alltagssicherheit sinnvoller einsetzen könnten. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, die im Innenausschuss angedachte Polizeihubschrauberinszenierung kann hierfür ein guter Auftakt sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ringguth von der CDU-Fraktion.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist ja in der Tat richtig, Herr Kollege Müller hat gesagt, das war, was die allgemeine Debatte betraf, ich glaube, fast vier Stunden. Wir sind jetzt beim ersten Einzelplan, im Einzelplan 04, also Innen und Sport. Und ich will deswegen, weil das ja manchmal auch so hoch emotional war, zunächst, bevor ich dann auf einzelne Punkte eingehe, insbesondere auf die Änderungsanträge, die wir gemeinsam, ein Antrag war ja sogar interfraktionell, bevor ich dazu spreche, möchte ich erst noch mal was sagen, weil ich es für wichtig halte, nämlich über die Art und Weise, wie das im Innenausschuss mit den Diskussionen zum Haushalt gelaufen ist. Vielleicht ist das nicht in allen Ausschüssen so gewesen, vielleicht liegt es ja auch an dem jungen dynamischen Ausschussvorsitzenden, der das so erfolgreich führt.

(Marc Reinhardt, CDU:
Ja, daran wirds liegen.)

Vielleicht liegt es aber auch einfach daran, dass da ein paar Kollegen versammelt sind, die schon seit vielen Jahren hier im Landtag tätig sind. Ich möchte einfach mal feststellen, und das ist, glaube ich, wichtig für alle Mitglieder des Innenausschusses, dass unsere Debatte zum Haushalt, in zwei Sitzungen nur – das hing auch mit Feiertagen da zusammen, die alle unglücklich fielen, immer auf Donnerstagen lagen die ja, aber wir haben dann sehr intensiv, wie ich finde, in einer Sitzung über vier Stunden uns dem Thema gewidmet –, es war immer eine Atmosphäre da von, finde ich, Ernsthaftigkeit, gegenseitigem Verständnis. Ich wünschte mir das für die Ausschussarbeit auch in der Zukunft.

Nun ein bisschen was zu dem, was da gelaufen ist. Wir sind ja auch Sportministerium. Hier sitzt der Sportminister hinter mir. Insofern, finde ich, sollte einfach noch mal über Sport geredet werden, denn, Peter, vielleicht ist das wirklich ein bisschen ungewöhnlich gelaufen. Man könnte sagen, the same procedure as every year – fast so.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE, und
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Every year.)

Aber es ist eben daran auch zu erkennen, dass wir als Souverän eine andere Auffassung haben können. Dass die 250.000 für Sportgroßgeräte jetzt wieder da sind, das wünschte ich mir erstens für die Zukunft, dass man das vielleicht auch gleich von Anfang an so einplanen könnte,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
An mir soll es nicht liegen.)

dass wir nicht immer wieder diese Klimmzüge machen müssen.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Ich glaube, über eines gibt es fraktionsübergreifend einheitliche Auffassungen, nämlich dass der Sport für unser Land etwas ganz besonders Wichtiges ist. Es ist schon schön, dass der Investitionszuschuss an den Landessportbund nun wieder um 250.000 Euro aufgestockt ist

(Egbert Liskow, CDU: So ist es.)

und damit eben nicht nur das bisherige Niveau gehalten wurde, sondern sogar eine leichte Aufstockung da ist.

So, und das ist im Übrigen auch wichtig für das Ehrenamt, über das wir so viel reden, denn dass die Ehrenamtler in den Sportvereinen eine hervorragende Vereinsstruktur im Land aufrechterhalten, das ist eben ohne Moos auch nicht möglich. Deswegen unterstützt das meine Fraktion ganz ausdrücklich, unser sportpolitischer Sprecher ohnehin, aber auch die sportpolitischen Sprecher der anderen Fraktionen. Und ich glaube, dass das ein erfolgreicher Weg ist, den wir da wieder gegangen sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Rudolf Borchert, SPD)

Auch beim Landesprogramm „Gemeinsam Sport in Schule und Vereinen“ gab es ja Einiges an Debatten. Ich will das jetzt nur noch mal ganz freundlich sagen. Auch „KinderBewegungsLand“, das war ja früher im Einzelplan 04 verortet, und da ist es auch über den Einzelplan 04 bezuschusst worden in den vergangenen Jahren. Ich will noch mal ganz klar sagen, dass das Sozialministerium uns auch schriftlich gegeben hat, dass wir ganz ausdrücklich versichert sein sollen, dass diese beiden Projekte in den nächsten Jahren, also 2014 und 2015 finanziell abgesichert sind.

(Marc Reinhardt, CDU:
Da bin ich sehr gespannt drauf.)

Ich hoffe, dass das alles klappt.

Und wenn Peter Ritter über den Haushaltsvollzug geredet hat, das finde ich übrigens eine sehr gute Idee, das sollten wir in der Tat im Ausschuss genau auch so ma-

chen, wie das von Herrn Ritter vorgeschlagen worden ist. Aber dann sollten wir uns diesem Thema vielleicht widmen und mal gucken, wie das mit Geld, was nicht mehr im Einzelplan 04 ist, denn so läuft. Da sollten wir auch an der Basis mal nachfragen.

(Marc Reinhardt, CDU:
Sehr guter Vorschlag, Herr Ringguth.)

So, der Kollege Müller hat über die Feuerwehr gesprochen und das Brandschutzzehrenzeichengesetz.

(Heinz Müller, SPD: Wichtiges Thema.)

Dass wir das in der Tat natürlich in dem Haushalt schon so verortet haben, dass gleich bei den Jahreshauptversammlungen im nächsten Jahr – so das Gesetz morgen, und davon ist auszugehen, beschlossen wird hier im Hohen Hause – die Kameradinnen und Kameraden das Geld gleich bekommen können, halten wir für gut. Wir sind natürlich der Auffassung, dass es mehr hätte sein können, aber wir sind einfach froh über die jetzt im Haushalt veranschlagten Mittel, denn irgendwie ist das schon ein Paradigmenwechsel. Also ich bin jetzt alleine zehn, elf, zwölf Jahre hier oder so,

(Egbert Liskow, CDU: 11.)

und ich bin froh, dass es jetzt das erste Mal so ist. Das ist auch etwas Besonderes in diesem Haushalt.

So, zum Feuerwehrsport hat der Kollege Ritter etwas gesagt. Ich finde, dass das gut ist, dass die Kameraden da jetzt bei ihren internationalen Einsätzen – und die Feuerwehrsportler sind in unserem Land unglaublich erfolgreich, auch im bundesweiten Vergleich –, dass die jetzt sicher sein können, wenn es zum Beispiel um eine Olympiade in Marseille geht oder sonst wo, dass ihr Sport finanziell abgesichert ist.

Und ebenfalls einstimmig – das wurde also immer auch unterstützt von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und von den LINKEN – ist auch das Landespolizei-Orchester, Heinz Müller hat es gesagt, unterstützt worden. Ich glaube, das ist auch gut investiertes Geld.

Zur Polizeihistorischen Sammlung will ich nur sagen, gerade unser Innenausschuss hat sich mit diesem Thema ganz intensiv beschäftigt. Und ich will es nicht noch mal sagen, weil ich die Kollegin Rösler eigentlich sehr schätze.

(Egbert Liskow, CDU: Oooh!)

Aber das hätte sie sich auch verkneifen können, muss ich jetzt einfach mal sagen. Das war nicht besonders schön und das hat weder dem Kollegen Dachner, den ich sehr schätze, noch ihr selbst gutgetan, so etwas zu schreiben. Ich glaube, dass wir das Geld gerade dort besonders gut investieren, denn das Ziel ist ja, Frau Rösler, dass wir am Ende eine Polizeihistorische Sammlung haben, die sich eben auch mit den Zeiten der Diktaturen, was Polizei in Diktaturen jeweils bedeutete, auseinandersetzt. Und wenn die eines Tages in Güstrow, da, meine ich, gehört sie dann am Schluss des Tages hin, diese Ausstellung, wenn da junge Leute ausgebildet werden zu Polizeibeamtinnen und -beamten, dann ist das, glaube ich, ein großer Erfolg. Dass wir damit jetzt für die nächsten zwei Jahre unseren Anteil leisten, ist vollkommen in Ordnung.

Dann ist noch mal über den interfraktionellen Antrag der demokratischen Fraktionen zu reden. Da ging es ja um die Unterstützung der Präventionsarbeit. Das ist natürlich auch diese Möwe Klara, die die Kinder alle so lieben, aber es ist eben weit mehr. Es ist Präventionsarbeit unserer Polizei im ganzen Land vor Ort. Da geht es um 1.000 Sachen. Da geht es um Stalking, da geht es um Ladendiebstähle, Trickdiebstähle. Es geht auch um häusliche Gewalt.

Diese Präventionsarbeit der Polizei schätzen wir sehr. Deswegen haben wir diesen Haushaltsansatz, meine ich, zu Recht aufgestockt. Das ist etwas Wichtiges. Und die Einzigen, die dagegengestimmt haben, waren die Rechten. Ja, gut, das ist auch nicht weiter schlimm. Die haben gegen den Präventionsantrag gestimmt, wahrscheinlich weil man bei den Herren von der Fensterfront mit der etwas rückwärts gewandten Sicht der Auffassung ist, dass zum Beispiel Gewalt in Familien was nicht so Schlimmes ist und es für so einen Ehemann, für einen deutschen Ehemann vielleicht vollkommen in Ordnung ist, seine Frau zu verprügeln.

(Stefan Köster, NPD: Sie missbrauchen das für sich politisch.)

Es ist mir jedenfalls vollkommen egal, was der Beweggrund der Rechten war. Für uns ist es wichtig, dass wir diesen Bereich „Prävention“ stärken.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Dann haben wir etwas für den Tierpark Ueckermünde und vor allen Dingen für das Grenzhaus Schlagsdorf getan. Wir haben auch Extramittel für Präventionsprojekte im Bereich Grenzkriminalität bereitgestellt, alles Projekte, die, wie wir als Fraktion finden, wichtig sind für unser Land und die es auch wert sind, durch das Land unterstützt zu werden.

Zu dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben meine Kollegen Ritter und Müller schon einiges gesagt. Und ich habe auch wahrhaftig keine Lust, mich hier noch mal über Hubschrauber irgendwie zu unterhalten.

(Egbert Liskow, CDU: Schrapp, schrapp!)

Da hat eben der Kollege eine sehr singuläre Auffassung, glaube ich, jedenfalls was den Ausschuss, den Innenausschuss betrifft. Aber Heinz Müller hat schon gesagt, wenn da überall mal hier 1 Million und da 1 Million eingespart werden soll – das immer und ganz überwiegend natürlich wo? Bei der Polizei. Da muss ich mal sagen, da lässt das bei dem jungen Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, finde ich, eine Einstellung gegenüber der Polizei in unserem Land deutlich werden, die ich für außerordentlich kritisch halte.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und Tilo Gundlack, SPD –
Tilo Gundlack, SPD: Sehr richtig.)

Und ich möchte mal ganz deutlich sagen, in diesem Bereich ist meine Fraktion jedenfalls nicht bereit, auch nur 1 Cent zu sparen, denn die Polizisten mussten in den letzten Jahren nun wirklich eine Vielzahl von Strukturänderungen mitmachen, sei es im Personalbereich, sei es auch in der Gliederung der Polizei selbst. Wir werden als Fraktion überhaupt nicht bereit sein, dort weiter zu

streichen. Wir fassen den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den wir natürlich im Ausschuss dann abgelehnt haben, als eine Missachtung der Polizeiarbeit auf. Das haben wir im Ausschuss schon erklärt, da gehört es auch hin. Aber ich will es hier noch mal deutlich sagen: Die Einstellung insgesamt halten wir als Christdemokraten für außerordentlich problematisch. Da sollten vielleicht einige bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN noch mal sehr nachdenklich werden.

Insgesamt will ich einfach noch mal rückblickend sagen, dass die Haushaltsverhandlungen im Innenausschuss wirklich ruhig und sachorientiert abgelaufen sind. Und ich denke, der Ausschuss, also unser Ausschuss, hat für die nächsten zwei Jahre einen soliden Haushaltsplan abgestimmt. Ich bitte um die Zustimmung für den Einzelplan 04. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Ja, und das Wort hat jetzt noch mal der Abgeordnete Herr Saalfeld von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte einiges zu unserem Änderungsantrag sagen zum Einzelplan 04.

Herr Müller, ich denke, wenn man uns eines nicht vorwerfen kann, dann, dass wir es uns leicht gemacht haben. Wir haben nach Möglichkeiten gesucht, unsere Schwerpunkte zu finanzieren, und haben auch klar gesagt, wo wir Prioritäten setzen. Und ich denke, was man daraus nie ableiten kann, ist, dass es sich die GRÜNEN leicht gemacht haben.

(Egbert Liskow, CDU:
Aus unserer Sicht.)

Und ich möchte auch den Vorwurf zurückweisen, dass wir mal hier und da ein bisschen gekürzt haben. Wir haben uns die Titel schon genau angeschaut und festgestellt, dass die Bewirtschaftung bei bestimmten Titeln, zum Beispiel bei Nutzungsentgelten für IP-Telefonie, bisher ausreichend war und die Begründungen der Mehrbedarfe nicht überzeugend waren. Und da sind wir dann wieder auf entsprechende Werte runtergegangen, die dem Bewirtschaftungsstand entsprachen.

Gleichwohl haben wir natürlich die speziellen Ausgaben des Verfassungsschutzes zusammengestrichen.

(Heinz Müller, SPD: Und der Polizei.)

Das ist ein politisches Statement. Ich glaube, das können wir auch hier so vertreten. Gleichwohl haben wir zum Beispiel bei den Polizeihubschraubern gespart,

(Egbert Liskow, CDU:
Ihr wollt, ihr wollt, ihr habt nicht.)

und zwar bei einem unglaublich teuren System einer Infrarotkamera für 2,5 Millionen Euro. Das können wir nicht nachvollziehen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich glaube, da gibt es günstigere Modelle am Markt.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU –
Dr. Margret Seemann, SPD: Er
glaubt ja auch nur, er weiß ja nicht.)

Da gibt es definitiv günstigere Modelle am Markt.

Und was wir nicht gemacht haben, aber da können Sie darauf vertrauen, dass wir uns da weiter dahinterklemmen, ist, das Land muss sich überlegen, wie wir die sechs aus der öffentlichen Hand finanzierten Hubschrauber auf der Strecke Rostock–Güstrow sinnvoller miteinander verschränken. Wir haben sechs ...

(Heinz Müller, SPD: Sagen Sie doch mal
was zu der 1 Million für Polizeifahrzeuge!)

Dazu komme ich gleich, Herr Müller.

Wir haben sechs von der öffentlichen Hand finanzierte Hubschrauber auf einer Luftstrecke von 40 Kilometern.

(Egbert Liskow, CDU: Wofür?)

Ich kann die aufzählen. Wir haben einen Luftrettungshubschrauber in Güstrow, der ist auch wichtig dort.

(Manfred Dachner, SPD: Das haben
Sie doch alles schon mal erzählt.)

Wir haben einen Arztzubringerhubschrauber,

(Zuruf aus dem Plenum: Der ist auch wichtig.)

wir haben zwei Polizeihubschrauber,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Er fängt
wirklich wieder mit den Hubschraubern an.)

wir haben einen Bundeswehr-SAR-Hubschrauber und dann haben wir noch einen Johanniter in Rostock stehen. Und wenn man sich ganz kritisch die Flugpläne dieser Hubschrauber mal anschauen würde, würde man sehen, dass sie kaum auf ihre Mindestzahl von Flugstunden kommen und dass teilweise Aufträge geflogen werden, die eigentlich nicht vertretbar sind. Wir hatten ja schon die Fälle, dass die Polizeihubschrauber irgendwelche Handtaschenräuber in Kröpelin oder Bad Doberan, ich weiß es nicht mehr genau, verfolgt haben. Der Einsatz hat 8.500 Euro gekostet. Das kann ich verstehen, wenn man auf die Flugstunden kommen muss,

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Das ist ja unglaublich!)

aber einsatztaktisch kann ich das nicht verstehen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Hoffen Sie
mal, dass Sie nicht hilfebedürftig sind,
wenn Ihnen mal was passiert.)

Und ich glaube, dass man zum Beispiel diese zwei Polizeihubschrauber auf einen zurückfahren kann,

(Marc Reinhardt, CDU: Sie müssen den
Rettungshubschrauber kommen lassen.)

denn der Rettungshubschrauber in Güstrow, der kommt auch mit einer Maschine vor Ort aus und hat eine hundertprozentige Einsatzfähigkeit.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Das ist ja wieder zu teuer.)

Wie machen die das, wenn dieser Hubschrauber in Güstrow für die Luftrettung in Reparatur muss oder zur Überprüfung? Dann wird ein Miethubschrauber zur Verfügung gestellt.

(Zuruf von Michael Silkeit, CDU)

Solche Firmen gibt es heute, das geht wunderbar, da können wir uns eine Maschine zum Beispiel sparen. Aber glauben Sie mir, sechs öffentlich finanzierte Hubschrauber auf 40 Kilometer Luftstrecke, das ist definitiv zu viel, das können wir in Zukunft besser organisieren. Das ist eine Organisationsfrage.

(Beate Schlupp, CDU: Sicherlich.)

Und wenn man sich clever anstellt, kann man da viele Millionen sparen.

(Beate Schlupp, CDU: Keine Ahnung,
aber davon eine ganze Menge.)

Aber wir haben ja nun gar nicht beantragt, hier Hubschrauber zu streichen. Wir haben nur gesagt, diese 2,5 Millionen Euro für die Infrarotkamera, das sollte man sich noch mal überlegen, da müssen wir günstigere Systeme finden. Im Übrigen wird diese 2,5 Millionen Euro teure Infrarotkamera auch weiterhin zwischen diesen zwei Hubschraubern hin und her geschraubt, weil es jeweils nur eine gibt. Es gibt nur eine. Wenn die mal runterfällt,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

haben wir wahrscheinlich hier demnächst wieder 2,5 Millionen Euro drinstehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da sträuben
sich einem die Nackenhaare.)

Also irgendwie funktioniert dieses ganze Konzept nicht.

Meine Damen und Herren, es wurde noch mal gebeten, was zu den Dienstfahrzeugen zu sagen.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Für diese 4 Millionen Euro kann man etwa 66 neue Dienstwagen kaufen. Wir sind der Meinung, wir müssen schauen, wo kann man Geld einsparen für Bildung,

(Egbert Liskow, CDU:
Das ist ein so komplexes Thema.)

wo kann man Geld einsparen auch für die Kultur.

(Rainer Albrecht, SPD:
Das ist die falsche Stelle.)

Und da haben wir gesagt, vielleicht ist es den Polizisten vor Ort sogar sehr viel wichtiger, nicht in den neuesten Autos zu sitzen, sondern in vollgetankten Autos. Ihnen fehlt es nämlich teilweise an Benzin.

(Dr. Margret Seemann, SPD:
Das erzählen Sie mal der Polizei!)

Da müsste man mal was umschichten. Aber, meine Damen und Herren, es ist halt ein politisches Statement.

Und ich möchte etwas zu dieser kleinen NSA-Zentrale, die gebaut werden soll in Hannover, noch sagen. Da sind ja rund, na ja, so gut 1,5 Millionen Euro für den Bau eingeplant. Das nennt sich „Kostenanteil an länderübergreifenden Einrichtungen“. Das ist ein gemeinsames Rechen- und Dienstleistungszentrum Telekommunikationsüberwachung für die Polizei.

(Egbert Liskow, CDU: Und was hat das
mit NSA zu tun? Erklären Sie mal!)

Meine Damen und Herren, diese Zentrale

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das ist ein großer Fehler.)

beziehungsweise dieses Dienstleistungszentrum ist überhaupt noch nicht spruchreif. Wir haben in Hamburg nachgefragt. Da haben die uns gesagt, ach, das liegt doch irgendwo weit in der Zukunft. Da haben wir überhaupt noch nichts unter Dach und Fach oder unter Vertrag. Wir haben das noch nicht in den Haushalt eingestellt in Hamburg. Das war die Aussage. Mecklenburg-Vorpommern stellt schon mal ein.

Und viel spannender fand ich die Aussage des Innenministeriums, was uns dieses Zentrum in Betrieb kosten wird. 600.000 Euro jährlich wird uns diese Überwachungsanlage pro Jahr in Zukunft kosten. Da sollten wir doch mal ernsthaft überlegen und uns darüber informieren, ob wir so viel Geld für eine Überwachungstechnologie ausgeben wollen, deren Nutzen sehr umstritten ist.

(Minister Lorenz Caffier:
Das ist nicht umstritten. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Deswegen haben wir es erst mal rausgenommen aus dem Haushalt, denn die Debatte ist überhaupt noch nicht so weit, um das zu verabschieden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: So, danke.

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen hierzu vor. Ich schließe die Aussprache zum Einzelplan 04.

So, ich eröffne die Aussprache zum Einzelplan 06 – das wäre dann heute der letzte – sowie zu dem zum Einzelplan 06 zugehörigen Teil des Stellenplans. Hierzu ist im Ältestenrat eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Meine beiden Herren, ein bisschen Ruhe bitte.

(Egbert Liskow, CDU:
Haben wir zwei Herren?!)

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Albrecht von der SPD-Fraktion.

Rainer Albrecht, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch einige Anmerkungen zum Thema „Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung“ sagen. Konkret geht es mir um die finanzielle Ausgestaltung der Wohnraumförderung, hier speziell angepasst an die demografischen Herausforderungen der kommenden Jahre, sowie der Stadtentwicklungsprogramme wie die „Soziale Stadt“. In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch auf einige wichtige Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag des Bundes hinweisen.

Meine Damen und Herren, nachdem wir in der Enquete-kommission das Thema Wohnen fast abgeschlossen haben, konnten wir feststellen, dass wir im Land bis 2030 vor enormen Herausforderungen stehen. Vielfältige Maßnahmen, Aufgaben und Projekte sind notwendig, wenn wir die Gutachten zum Beispiel der Hochschule Neubrandenburg oder des Kuratoriums Deutsche Altershilfe betrachten. Ohne auf die Einzelheiten einzugehen, diese sind Ihnen ja allen bekannt, müssen wir feststellen, dass wir unser politisches Handeln neu ausrichten und sukzessive umsetzen müssen.

Gerade im Bereich des altengerechten barrierearmen Wohnens und Lebens sind große Anstrengungen unter Ausnutzung des finanziellen Spielraumes des Landes Mecklenburg-Vorpommern notwendig. So müssen bis 2030 circa 35.000 Wohnungen barrierefrei, barrierearm umgebaut oder auch neu gebaut werden.

(Unruhe bei Andreas Butzki, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Ich warte, gut.

Hier möchte ich auf den Ergänzungsantrag der Koalition hinweisen. Auf Initiative der SPD-Fraktion wird das Land für die Jahre 2014 und 2015 ein Sonderprogramm für barrierearmes Wohnen, Lifte und Fahrstühle einrichten und mit jeweils 5 Millionen Euro pro Jahr ausstatten.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Sie haben richtig gehört, auf Initiative der SPD-Fraktion, Herr Liskow, so war das.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Meine Herren!)

Konkret sollen mit diesen Landeszuschüssen die Wohnungsunternehmen sowie andere private Vermieter

(Egbert Liskow, CDU: Er träumt.)

und auch Eigennutzer bei den Umbaukosten für barrierearmes Wohnen unterstützt werden. Diese beträchtlichen Investitionskostenzuschüsse dürfen dann nicht auf die Mieten umgelegt werden. Somit bleibt barrierearmes Wohnen für die Mieterinnen und Mieter bezahlbar.

Ich möchte mich an dieser Stelle ausdrücklich bei unserem Koalitionspartner bedanken,

(Marc Reinhardt, CDU: Genau.)

dass er unsere Initiative nicht nur mitträgt,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

sondern sie auch mit den entsprechenden Haushaltsmitteln unterstützt hat.

(Egbert Liskow, CDU: Federführend
haben wir das gemacht.)

Meine Damen und Herren, mit diesem Antrag steigen wir ein in eine konsequente und nachhaltige Wohnungspolitik mit Blick auf den Gesamthaushalt unseres Landes.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Na komm, nicht ganz konsequent.)

Mitte 2015 werden wir ein erstes Fazit bekommen, wie dieses Programm angenommen wurde und welche Effekte wir damit auslösen konnten. Daran werden wir dann unsere weitere Vorgehensweise ausrichten können.

Sicherlich geht mehr immer, sehr geehrte Frau Kollegin Lück, so, wie es die Opposition auch fordert, aber zukunftsfähige, nachhaltige und solide Finanzpolitik muss allen Einzelplänen des Gesamthaushaltes für heute, morgen und übermorgen ausgewogen und entsprechend den Prioritäten folgen.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Ich werde Ihnen das noch erzählen.)

Aus diesen Gründen benötigen wir unsere Sonderrücklagen, damit wir auch 2020 und folgende Jahre ausreichend finanzielle Mittel für den Bereich Wohnen zur Verfügung haben. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass wir in 2030 im Land Mecklenburg-Vorpommern circa 83.000 Haushalte weniger haben werden. Für die Ausfinanzierung im Rahmen der Städtebauförderungsprogramme stehen Finanzhilfen des Bundes für Mecklenburg-Vorpommern in Höhe von 23,32 Millionen Euro bereit, welche vom Land kofinanziert werden. Weitere 50 Millionen EFRE-Mittel stehen bis 2020 für städtische Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung. Für den Bereich der Förderung nachhaltiger Stadtentwicklung stehen weitere EFRE-Mittel von 43,5 Millionen Euro zur Verfügung. Des Weiteren sind aus dem ELER-Programm finanzielle Mittel in Höhe von 30 Millionen Euro für kleinstädtisch geprägte Gemeinden vorgesehen. Auch für die nächsten beiden Jahre haben wir für die Modernisierung und für den Neubau von Wohnungen ein Förderprogramm aufgestellt. Dafür sind für 2014 11 Millionen und für 2015 10,5 Millionen Euro vorgesehen.

(Regine Lück, DIE LINKE: Da ist
das Zuschussprogramm aber drin.)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch kurz auf den Koalitionsvertrag des Bundes eingehen. In den Kapiteln „Gutes Wohnen“ und „Bezahlbares Wohnen“ und „Stadt- und Regionalentwicklung“ sind zentrale Punkte aus dem SPD-Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen umgesetzt worden. So wird es eine Mietpreissbremse geben. Weiter werden die Maklergebühren von dem bezahlt, der diese auch bestellt. Das soziale Mietrecht wird mit einigen Gesetzesänderungen gestärkt. Auch das Wohngeld wird an die Miet- und Einkommensentwicklung angepasst.

(Egbert Liskow, CDU: Das ist so ein Blödsinn.)

Des Weiteren wird der Bund den Ländern weiterhin bis 2019 pro Jahr 518 Millionen Euro für die soziale Wohnraumförderung zur Verfügung stellen.

Weiter wurde nach den Jahren der Kürzung vereinbart, dass die Städtebauförderung verlässlich auf 700 Millionen Euro per annum aufgestockt wird. Das Programm „Soziale Stadt“, das auch nur noch auf 40 Millionen Euro zusammengestrichen war, wird mit 150 Millionen Euro zum Leitprogramm in der Städtebauförderung. Aber auch die Programme „Stadtumbau Ost“ und „Stadtumbau West“ und „Städtebaulicher Denkmalschutz Ost und West“ werden mit einer guten Mittelausstattung fortgeführt. Für den altengerechten barrierefreien Umbau soll das Bundesprogramm „Altersgerecht Umbauen“ wieder mit Bundesmitteln ausgestattet werden. Wir wollen, dass ältere Menschen möglichst lange in ihren eigenen vier Wänden im gewohnten Wohnumfeld bleiben können. Allein die zurzeit von der KfW aus Eigenmitteln gewährten Kredite nützen vielen älteren Menschen nicht. Daher auch zum Beispiel unser Ergänzungsantrag.

Weiter will der Bund für vom demografischen Wandel besonders betroffene Gebiete einen Sanierungsbonus als gezielten Anreiz zur Erhaltung und Schaffung von energetisch hochwertigem und barrierearmem Wohnraum einrichten. Aber auch für das studentische Wohnen wird es Fördermöglichkeiten geben.

Meine Damen und Herren, wie Sie meinen Ausführungen entnehmen konnten, sind wir mit dem uns vorliegenden Doppelhaushaltsplan 2014/2015, hier mit dem Einzelplan 06, auf dem richtigen Weg. Auch wir wissen, dass wir die vor uns liegenden Aufgaben nur gemeinsam mit allen Beteiligten, wie der Bundes-, EU-, Landes- und Kommunalpolitik, der Wohnungswirtschaft, organisiert oder auch nicht, den Mieterinnen und Mietern, der Bauwirtschaft und vielen, vielen weiteren Akteuren, erfolgreich umsetzen können. Die Mittel, die wir über die Europäische Union dem Bund und dem Land für die nächsten Jahre in diesem Bereich zur Verfügung stellen, stimmen mich optimistisch, dass wir die vor uns liegenden Aufgaben bewältigen werden.

(Udo Pastörs, NPD:
Das ist doch schon gut.)

Wir wissen, wir stehen erst am Anfang, aber dieser Anfang ist gut ausfinanziert und nachhaltig ausgelegt. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Marc Reinhardt, CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Gut, danke.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete und Vizepräsidentin Frau Lück von der Fraktion DIE LINKE.

Regine Lück, DIE LINKE: Auf diesen Augenblick habe ich den ganzen Tag gewartet.

(Heiterkeit und Beifall vonseiten
der Fraktion DIE LINKE –
Egbert Liskow, CDU: He!)

Sehr geehrte Präsidentin!

(Egbert Liskow, CDU: Ach, Regine!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich möchte ich auch in meiner Rede das Augenmerk auf die Wohnraumförderung lenken.

(Egbert Liskow, CDU: Und du hast es gemacht, nicht Herr Albrecht. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Richtig. –
Egbert Liskow, CDU: Aber in Wirklichkeit habt ihr es gemacht.)

Ich möchte daran erinnern, auf gemeinsame Initiative mit den Bündnisgrünen fand ja am 2. Oktober eine Anhörung zur sozialen Wohnraumförderung statt. Zum haushaltsrelevanten Teil erklärten alle Anzuhörenden übereinstimmend, das Fördervolumen der Landeswohnraumförderung reicht nicht aus, gebraucht wird eine Zuschussförderung.

(Egbert Liskow, CDU: Aha!)

Deshalb wollten wir im Wirtschaftsausschuss beantragen, zusätzlich zur Darlehensförderung eine Zuschussförderung einzuführen. Die Gesamtförderhöhe sollte der Mittelhöhe entsprechen, die das Land noch bis 2019 vom Bund erhält.

(Rainer Albrecht, SPD: Und dann? –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aber was passierte? Kollege Waldmüller beantragte kurzerhand nach Vorlage unserer Anträge die LOP-Stellung des gesamten Kapitels.

(Egbert Liskow, CDU: Genau,
weil wir dran gearbeitet haben. –
Zuruf von Wolfgang Waldmüller, CDU)

Auf die Nachfrage, was mit unseren Anträgen und denen der Bündnisgrünen passiert, wurde uns zugesichert, die werden auch LOP-gestellt.

(Egbert Liskow, CDU: Na ist doch logisch.)

Wir erklärten uns einverstanden, gingen aber davon aus, dass aufgeschoben nicht aufgehoben ist. Mit Erstaunen mussten wir dann zur Kenntnis nehmen, dass in der folgenden Sitzung das Thema Haushalt nicht mehr auf der Tagesordnung war.

(Egbert Liskow, CDU:
Zur Chefsache gemacht.)

Für die Kollegen der Regierungsfractionen waren die Haushaltsberatungen beendet.

(Egbert Liskow, CDU: Chefsache.)

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Kollege Eifler, verwies darauf, dass sich doch nun der Finanzausschuss damit befassen wird. Und Kollege Schulte erklärte, dass ein mitberatender Fachausschuss nicht verpflichtet sei, eine Stellungnahme abzugeben,

(Egbert Liskow, CDU: Da hat er recht.)

das müsse letztlich nur der federführende Ausschuss. Nach einigem Hin und Her lehnten also CDU und SPD eine erneute Befassung mit dem Haushalt im Wirtschaftsausschuss ab.

Ich stelle fest: Damit hat sich der Wirtschaftsausschuss weder mit dem Kapitel 0604 befasst noch sich dazu positioniert. Es gibt also keinerlei Votum des Fachausschusses.

ses zum Wohnungswesen sowie der Wohnungs- und Städtebauförderung. Das ist meiner Meinung nach ein einmaliger Vorgang.

Was heißt das für die Zukunft? Bislang ist es gängige Praxis, Anträgen zu folgen, etwas auf die Liste Offener Punkte zu setzen, weil noch Beratungs- und Klärungsbedarf besteht.

(Rainer Albrecht, SPD: Korrekt.)

Macht das beschriebene Vorgehen Schule, bedeutet LOP-Stellung aber auch, dass Beratung und Positionierung im Fachausschuss blockiert werden. Wollen wir das? Doch sicher nicht. Da sind wir uns doch wohl einig. Deshalb muss für die Zukunft klar sein: LOP-Stellung bedeutet eine Vertagung der Entscheidung auf einen späteren Zeitpunkt, eine gänzliche Nichtbehandlung im Fachausschuss folgt daraus nicht.

Wir haben daraus keinen Skandal gemacht, weil es uns um die Sache ging.

(Egbert Liskow, CDU: Genau.)

Die Kollegen im Wirtschaftsausschuss versicherten uns, dass an einer Lösung gearbeitet wird, aber noch Abstimmungsbedarf bestehe. Dann kam der vermeintliche „Durchbruch“ – den setze ich mal in Anführungsstriche –, ein Sonderprogramm. Ja, das ist auch ein sehr schöner Begriff, „Sonderprogramm“, da impliziert man nämlich dem Bürger und auch den Journalisten, da gibt es was obendrauf. Das ist aber gar nicht so und das wissen Sie ja viel besser als wir.

(Torsten Renz, CDU: Mensch, Frau Lück, so habe ich Sie ja überhaupt noch nicht erlebt. –
Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ein Sonderprogramm wird aufgelegt. Insgesamt 10 Millionen Euro sollen als Zuschussförderung für das Nachrüsten von Treppenliften und Aufzügen eingesetzt werden.

(Egbert Liskow, CDU: Zusätzlich zu dem, was die Landesregierung eingestellt hat.)

Sachlich, sage ich natürlich, ist das ein richtiger Schritt. Das ist völlig in Ordnung.

(Rainer Albrecht, SPD: Hat die Wohnungswirtschaft übrigens auch.)

Aber dafür, und das gehört auch zur Wahrheit, Kollege Albrecht,

(Rainer Albrecht, SPD: Ja.)

wird die Darlehensförderung gekürzt.

(Rainer Albrecht, SPD: Nein.)

Das Ganze ist also insgesamt eine Mogelpackung. Kein Cent mehr ist vorgesehen, im Gegenteil, es soll sogar gekürzt werden. Und das beweise ich Ihnen. Gucken Sie in die Haushaltspläne rein! Bisher erfolgte die jährliche Landeswohnraumförderung in einer Höhe von 11,5 Millionen Euro. Die soll in den kommenden drei Jahren um jeweils 500.000 Euro auf 10 Millionen Euro abgeschmol-

zen werden. 11,5 hatten wir jedes Jahr drin, jetzt nur noch 10,

(Egbert Liskow, CDU:
Gar nichts hatten wir drin.)

obwohl wir, und das muss ich auch noch sagen, 21 Millionen vom Bund bekommen. Jährlich bekommen wir 21 Millionen zweckgebunden für Wohnungsbauförderung vom Bund.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Kolleginnen und Kollegen, dass diese Planung auf Ablehnung stößt, ist doch wohl klar. Davon konnten sich Kollege Albrecht und auch Herr Heydorn im Rahmen der Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft mecklenburgisch-vorpommerscher Wohnungsunternehmen am vergangenen Mittwoch in Göhren-Lebbin selbst überzeugen.

(Rainer Albrecht, SPD: Es gab aber auch Zustimmung, Frau Kollegin.)

So forderten – und wir bleiben erst mal bei diesem Thema – der neue Vorsitzende der Arbeitsgruppe, Dieter Vetter, der Verbandsvorsitzende des Verbandes norddeutscher Wohnungsunternehmen, Dr. Joachim Wege, und auch der Präsident des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Axel Gedaschko, zumindest die bis 2019 vorgesehenen Zahlungen des Bundes vollständig und zweckgebunden einzusetzen.

(Rainer Albrecht, SPD: Machen wir doch auch.)

Und ich meine, diese Forderung ist berechtigt.

Das machen wir eben nicht, Kollege Albrecht. Sie haben es ja immer noch nicht begriffen.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Die Zweckbindung ist aufgehoben worden, aber wir bekommen vom Bund für die Wohnungsbauförderung jährlich 21,5 Millionen Euro.

(Egbert Liskow, CDU:
Aber ohne Zweckbindung.)

So heißt es neu, und ich zitiere jetzt mal aus dem neu ausgehandelten Koalitionsvertrag von Schwarz-Rot, Zitat: „Wir setzen auf eine Wiederbelebung des Sozialen Wohnungsbaus. Wir unterstützen die hierfür zuständigen Länder bis Ende 2019 mit jährlich 518 Mio. Euro.“ Keine 700, Herr Albrecht, wie Sie gesagt haben. „Zugleich erwarten wir von den Ländern, dass sie diese Mittel zweckgebunden“,

(Rainer Albrecht, SPD: Hallo! Um 600 Millionen auf 700 Millionen.)

„dass sie diese Mittel zweckgebunden“, steht im Koalitionsvertrag, „diese Mittel zweckgebunden für den Bau neuer Sozialwohnungen, neue Sozialbindungen sowie für die sozialverträgliche Sanierung des Wohnungsbestandes einsetzen“

(Egbert Liskow, CDU: Aber da geht es doch um zusätzliches Geld.)

„und diese Vorhaben zusätzlich“ – zusätzlich! – „mit eigenen Mitteln“, das heißt also mit Landesmitteln, „unterstützen –“

(Egbert Liskow, CDU: Aber das hat doch nichts mit diesen Entflechtungsmitteln zu tun.)

„dokumentiert ... an den Bund.“ Zitatende.

Ich erinnere also, seit 2007 sind die Länder allein zuständig für die soziale Wohnraumförderung. Das wissen nicht alle hier im Saal, aber die alten Hasen, die lange dabei sind, wissen das. Und die Länder bekamen zunächst bis einschließlich 2013 Unterstützung vom Bund. Von den jährlichen Bundesmitteln in Höhe von rund 518 Millionen Euro entfielen auf Mecklenburg-Vorpommern 21,3 Millionen Euro pro Jahr, die per Gesetz zweckgebunden eingesetzt waren.

(Rainer Albrecht, SPD: Ja. –
Egbert Liskow, CDU: Mussten.)

Nun zahlt der Bund noch für 2019 die gleiche Summe an die Länder für die soziale Wohnraumförderung aus. Setzt das Land die Erwartung des Bundes um, würde dies eine Anhebung des Fördervolumens für die soziale Wohnraumförderung auf über 21 Millionen Euro jährlich bis 2019 bedeuten. Offenbar ist das weder den Medien noch allen hier im Saal bewusst.

(Egbert Liskow, CDU: Doch.)

Gerade gestern verkündete die OZ, es gäbe 10 Millionen mehr.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das hat ihnen Herr Liskow erzählt.)

Das stimmt ja nicht. Tatsächlich gibt es weniger und das feiern Sie auch noch.

(Marc Reinhardt, CDU: Aber Minus
und Minus ist doch auch wieder Plus.)

Statt über 21 Millionen Euro im Jahr sollen gerade einmal 11 Millionen im kommenden Jahr und sogar nur 10,5 Millionen im Jahr 2015 ausgegeben werden.

(Egbert Liskow, CDU: Mehr als
im Haushaltsansatz, Frau Lück.)

Dabei soll laut Forderung des Bundes zusätzlich noch mit Landesmitteln aufgestockt werden – das steht ja im Koalitionsvertrag drin –, sodass Bund und Land zu gleichen Teilen die soziale Wohnraumförderung schultern sollen.

(Egbert Liskow, CDU:
Sie vermischen alles.)

Davon kann natürlich schon gar keine Rede sein.

Wir hätten das natürlich auch noch in unseren Antrag aufnehmen können. Das haben wir nicht gemacht.

(Egbert Liskow, CDU: Warum nicht?)

Weil der Bund das ja schon von ihnen fordert.

(Egbert Liskow, CDU: Ach so!)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil der Bund trotz Zuständigkeit der Länder weiter Geld gibt, will der Bund kontrollieren, ob das Geld auch dort ankommt, wofür es gedacht ist. Deshalb sieht der Koalitionsvertrag die Einführung einer Berichtspflicht vor. Fakt ist, das Land riskiert die Rückzahlung der Bundesmittel.

(Rainer Albrecht, SPD: Da warten wir
erst mal ab. Da warten wir erst mal ab.)

Axel Gedaschko ging noch weiter und äußerte, ich zitiere: „Die Wohnraumförderung der Landesregierung geht politisch nicht zusammen mit bezahlbarem Wohnraum. Die Landesregierung macht etwas falsch.“ Zitatende. Deutliche Worte, wie ich finde.

Auch die ausführlichen Erläuterungen von Staatssekretär Dr. Rudolph auf der besagten Mitgliederversammlung in Göhren-Lebbin können diese folgenschwere Fehleinschätzung nicht schönreden. Daran ändert auch nicht, dass die Landesregierung die Verwendung von EU-Mitteln und eine Unterstützung durch das Landesförderinstitut prüft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch können wir umsteuern. Deshalb stellen wir heute den Antrag, das Sonderprogramm zu verdoppeln, um eine Komponente zum studentischen Wohnen zu erweitern, ohne dass die Darlehensförderung gekürzt wird. Das ist meiner Meinung nach eine sehr realistische und sehr sachliche Forderung. Sie müssen bei diesem Antrag keine neuen Schulden aufnehmen, Frau Finanzministerin, sondern nur die Bundesmittel von 21,3 Millionen Euro weiter durchreichen. Dann geht es den Wohnungsunternehmen, den Wohnungsgesellschaften, der Bauwirtschaft, den Kommunen und vielen anderen viel, viel besser, also statt Paukenschlag Triangel. So stand es doch heute auch in der Zeitung.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Ich kündige jetzt schon mal an, dass wir doch noch den Tagesordnungspunkt 15 aller Wahrscheinlichkeit nach,

(Zurufe aus dem Plenum:
Einzelplan 15!)

Entschuldigung, den Einzelplan 15 doch heute noch beraten, denn wir haben es jetzt zehn nach fünf und um 18 Uhr ist hier erst in aller Wahrscheinlichkeit die Landtagssitzung beendet. Und von daher, denke ich, ist es in Anbetracht dessen, dass wir morgen weiterverhandeln, ein Angebot.

Jetzt hat das Wort der Abgeordnete Herr Waldmüller von der CDU-Fraktion.

Wolfgang Waldmüller, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielleicht eins vorweg: Den Einzelplan 06 halten wir so, wie er dokumentiert ist, für sehr ausgewogen und für einen sehr durchdachten Haushaltsplan des Wirtschaftsministeriums. Und das zeigt ja auch, dass es zu diesem Einzelplan 06 nahezu keine Änderungsanträge gibt.

Wir haben allerdings, und das hat Frau Lück angesprochen, natürlich Handlungsbedarf gesehen bei der Wohn-

raumförderung. Ich gehe darauf ein. Und das haben wir nicht nur gesehen, weil jetzt die Haushaltsverhandlungen waren, sondern wir haben ja bereits im Sommer intensive Gespräche mit den Wohnungsbauunternehmen und -verbänden geführt, und das nicht nur vor der Anhörung. Der Tenor, den wir dabei im Auge gehabt haben, war, dass die Ziele der Stadt- und Wohnungspolitik unmittelbar mit der Bevölkerungsentwicklung zusammenhängen. Es ist schon gesagt worden, Ziel ist es eben, älteren Menschen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in ihrer gewohnten Umgebung zu geben.

Ich verweise daher auf die Berichterstattung vom 18. Juli aus dem „Nordkurier“ sowie unsere eigenen Presseverlautbarungen. Und jetzt wird es in Zusammenhang gebracht von Frau Lück, dass wir es uns einfach gemacht hätten und das einfach dann LOP-gestellt hätten. Ich will mal vorwegschicken, Frau Lück, die Zweckbindung – es gab bislang die Zweckbindung – ist entfallen. Es ist eine Empfehlung und deswegen ist das Geld, was vom Bund kommt, eben im Land in den Finanzhaushalt eingegangen und wird dort umverteilt. Das hat aber nichts damit zu tun, dass es heute noch eine Zweckbindung gäbe. Das ist eben nicht der Fall, Frau Lück.

Vielleicht zum Werdegang: Warum haben wir das LOP-gestellt, Frau Lück? Ich möchte darauf eingehen. Gerade aufgrund der Gespräche, die wir im Sommer geführt haben und so weiter, sind wir beizeiten von unserer Seite auf unseren Koalitionspartner zugegangen, und es ging um was ganz Besonderes, was notwendig war, um dem gerecht zu werden. Und es ist etwas Neues, etwas Besonderes. Es ging um einen Zuschuss. Ein Zuschuss heißt, dass dieses Geld dann weg ist.

Bei den Haushaltslagen, die wir haben, können Sie sich vorstellen, dass man dann mit einem Koalitionspartner sehr intensiv darüber sprechen muss, weil es immerhin um Landesgeld geht, was dann weg ist, was ein Zuschussbedarf ist. Und da ist es selbstverständlich, dass wir als CDU gesagt haben, wir brauchen ein Zuschussprogramm, wir wollen es in der und der Höhe. In dem Fall haben wir ein wenig länger gebraucht, das will ich ehrlich zugeben, bis wir uns intern einig geworden sind, aber das macht auch die Stärke einer Koalition aus, dass wir uns gegenseitig mit Argumenten überzeugen und somit unserem Wunsch nach einem Zuschussprogramm Folge geleistet wurde. Das war der Grund, warum wir es LOP-gestellt haben, weil wir in der Tat zu diesem Zeitpunkt ja noch intensiv im Gespräch nicht nur mit dem Koalitionspartner waren, sondern auch mit dem Finanzministerium, mit dem Wirtschaftsministerium, mit dem Herrn Schulte im Wirtschaftsministerium gab es vorab Gespräche, und deswegen war es eine LOP-Stellung.

Und, Frau Lück, es war nicht eine LOP-Stellung, weil Sie im Vorfeld einen Antrag eingereicht haben,

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Na, na, na, na!)

im Gegenteil, nein, das ist eben nicht so.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Ich habe es Ihnen ja erklärt, ja, ja.)

Ich habe Ihnen gerade den Werdegang erklärt, Frau Lück, und ich möchte Sie mal selbst zitieren in Ihrer

Pressemitteilung, die Sie dann geschrieben haben. Sie sprachen ja von Fehlentscheidungen und jetzt lese ich Ihnen Ihre eigene Pressemitteilung vor: „Umso erfreulicher ist die jetzige Entscheidung der Koalitionsfraktionen, denn die Wohnungsbestände müssen dringend einer immer älter werdenden Bewohnerschaft angepasst werden“, sagte Frau Lück. „Im Interesse von mehr Barrierefreiheit und bezahlbarer Wohnkosten sei SPD und CDU der Punkt im Machtpoker gegönnt.“ Zitatende.

Danke, Frau Lück,

(Regine Lück, DIE LINKE:
Dazu stehe ich auch.)

für die Blumen, damit hat sich Ihr Vortrag erledigt.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Der hat sich gar nicht erledigt.)

Worum ging es uns konkret? Es geht eben um dieses Zuschussprogramm und bezahlbaren barrierefreien Wohnraum in Grund-, Mittel- und Oberzentren. Und es geht um alten- und behindertengerechten Ausbau, um Zuschuss für Lifte, für Aufzüge in Gemeinschaftseinrichtungen.

(Regine Lück, DIE LINKE:
Uns geht es darum, dass es weniger Geld ist und nicht mehr geworden ist.)

Und es geht darum, dass dadurch, dass wir Wohnungsbau betreiben müssen für die älter werdende Generation – und wenn wir dieses Zuschussprogramm nicht machen würden, würde es auch darum gehen –, die Umlagen auf die Mieter so hoch würden, dass das Leben im Alter eben nicht mehr bezahlbar wäre. Und darum geht es, also die Abschwächung letztendlich auch durch diese Maßnahmen, den Nichtanstieg der Mieten. Das ist eigentlich der Hintergrund, den man dabei hat. Da sind wir, denke ich mal, auf einem sehr guten Weg bei dem demografischen Wandel, den wir haben.

Und der gute Weg, denke ich mal, der wird auch dokumentiert. Lassen Sie mich aus den Reaktionen dokumentieren. So hat die Anhörung der Enquetekommission am 29. November deutlich gemacht, dass unser Programm vorhaben von Wohnungsunternehmen, wie etwa die NEUWOGES aus Neubrandenburg, explizit begrüßt wird. Und damit nicht genug, auch die Arbeitsgemeinschaft der mecklenburgisch-vorpommerschen Wohnungsunternehmen kommt zu einem positiven Urteil. Und ich zitiere aus dieser dpa-Meldung vom 4. Dezember, Zitat: „Für den Einbau von Aufzügen hat das Land ein Förderprogramm für die nächsten zwei Jahre mit jeweils fünf Millionen Euro aufgelegt. Danach dürfe nicht Schluss sein, forderte der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft, Roland Blank“, Zitatende.

Meine Damen und Herren, das Programm ist noch gar nicht richtig angelaufen, da wird schon dessen Fortführung gefordert. Ein besseres Zeugnis für die Richtigkeit dieser Haushaltsverhandlungen kann ich mir also gar nicht vorstellen. In dem Sinne, stimmen Sie bitte diesem Antrag zu beziehungsweise dem Einzelplan 06, so, wie er aufgestellt ist. Wir geben, glaube ich, mit diesem Zuschussprogramm was Neues erstmals auf den richtigen Weg in Richtung Wohnraumförderung.

(Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das war aber nicht Ihre Idee, Herr Waldmüller! –
Egbert Liskow, CDU: Doch.)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Gerkan von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Jutta Gerkan, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist in der Tat ein sehr ungewöhnlicher Meinungsbildungsprozess im Wirtschaftsausschuss gewesen. Das kann ich lediglich so bestätigen. Ich konzentriere mich für die Bündnisgrünen auf zwei Schwerpunkte im Wohnungsbe-
reich.

Zum einen hatten wir 3,5 Millionen Euro zur Auflegung eines Förderprogramms von studentischen Wohnheimplätzen beantragt. Damit soll eine entsprechende, angemessene Versorgung an Hochschulstandorten des Landes mit Wohnheimplätzen gesichert werden. Die Schaffung von 500 Wohnheimplätzen mit einem Zuschuss von jeweils maximal 14.000 Euro pro Wohnheimplatz wäre damit möglich.

Die höchsten Bedarfe, meine Damen und Herren, das wissen Sie, bestehen in Greifswald. Während hier die Zahl der Studenten seit 2006 um 17 Prozent gestiegen ist, stagniert dort die Zahl der Wohnheimplätze. Die Finanzierung erfolgt durch eine Reduzierung der Zuführung an das Sondervermögen. Das ist also typisch für uns Bündnisgrüne, wie wir das finanzieren wollen aus dem Sondervermögen Wohnraumförderung Mecklenburg-Vorpommern.

Das zweite Beispiel, was hier schon gefallen ist, ist das Thema Schaffung und Modernisierung von altengerechtem Wohnraum in Mecklenburg-Vorpommern. Wir beantragen hier nochmals weitere 6,5 Millionen Euro, die, wohlgemerkt, Herr Waldmüller, als Zuschuss ausbezahlt sind. Das haben wir auch als Antrag im Wirtschaftsausschuss bereits vorgelegt und das wissen Sie sehr wohl. Und aufgrund dessen ist das dann in die LOP-Stellung gegangen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das stimmt doch nicht. Das habe
ich doch gerade erklärt, Frau Gerkan.)

Also das ist schon sehr ungewöhnlich, was Sie jetzt hier von sich geben.

Die Finanzierung erfolgt ...

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Sie können das gern nachlesen und auch zeitlich noch mal nachvollziehen.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Das können wir machen. Das machen
wir gemeinsam. Das zeig ich Ihnen.)

Und das kann auch jeder aus dem Wirtschaftsausschuss gut nachvollziehen.

(Beate Schlupp, CDU: Wir haben uns
schon damit beschäftigt, da haben die
den Haushalt noch nicht mal gesehen.)

Die Finanzierung erfolgt durch eine Reduzierung der Zuführung an das Sondervermögen Wohnraumförderung Mecklenburg-Vorpommern.

(Egbert Liskow, CDU: Wir haben uns
schon im Sommer damit beschäftigt.)

Nach der LOP-Stellung legte die Regierungskoalition erstaunlicherweise ebenfalls ein Zuschussprogramm statt eines Darlehensprogramms für barrierefreies Wohnen

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Sie haben das nicht verstanden. –
Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

in Höhe von 5 Millionen Euro jeweils für 2014 und 2015 vor.

(Wolfgang Waldmüller, CDU:
Nee, nee, nee.)

Herr Albrecht, Sie hatten es vorhin auch schon gesagt, aber wir bedauern in diesem Zusammenhang, dass sich im Antrag der Regierungskoalition das Darlehensprogramm um die gleiche Summe reduziert.

(Rainer Albrecht, SPD: Ist doch nicht wahr. –
Udo Pastörs, NPD: Das war schon gesagt.)

Frau Lück hat es eben auch schon gesagt.

(Zuruf von Rainer Albrecht, SPD)

Es bleibt also insgesamt wirklich, es bleibt insgesamt an der Stelle ein Nullsummenspiel.

Ihre Entscheidung, dass Sie sich hier zu einem Zuschussprogramm durchgerungen haben, freut uns natürlich und wir sehen uns hier in unserem politischen Ansinnen bestärkt. Aber ich finde es sehr, sehr ungewöhnlich, Herr Waldmüller, dass Sie sich an dieser Stelle mit bündnisgrünen Ideen rüsten.

(Unruhe vonseiten der Fraktion
der CDU – Vincent Kokert, CDU:
Dürfen Sie gern behalten. –
Zurufe von Egbert Liskow, CDU,
und Wolfgang Waldmüller, CDU)

Auf der anderen Seite freut es mich natürlich außerordentlich, dass Sie das hier aufgegriffen haben.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke, Frau Gerkan.

So, meine Damen und Herren, ich würde gern diesen Einzelplan 06 abschließen. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU:
Schade eigentlich.)

und ich schließe jetzt die Aussprache zum Einzelplan 06.

(Unruhe bei Wolfgang Waldmüller, CDU)

Herr Waldmüller, ich würde gern die Aussprache zum Einzelplan 06 jetzt schließen,

(Egbert Liskow, CDU: Können Sie doch. –
Udo Pastörs, NPD: Tun Sie es!)

ich habe hier keinen Redebedarf mehr gesehen.

So, wie eben angekündigt, würde ich jetzt gern den Einzelplan 15 behandeln. Dazu sehe und höre ich keinen Widerspruch, dann eröffne ich die Aussprache zum Einzelplan 15 sowie zu dem zum Einzelplan 15 zugehörigen Teil des Stellenplanes. Hierzu ist im Ältestenrat eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vereinbart worden. Auch hierzu sehe und höre ich keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Herr Borchert von der SPD-Fraktion.

(Egbert Liskow, CDU: Rudi,
pass auf, das haben garantiert die
GRÜNEN vorher schon eingebracht!)

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich spreche für die SPD-Fraktion für das Kapitel Energie im Einzelplan 15.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem heutigen Beschluss zum Haushalt 2014/15 werden wir eine deutliche Steigerung der Ausgaben für die Umsetzung der Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern beschließen. In Kapitel 1502 – Energie – werden wir pro Jahr 13 Millionen Euro circa einsetzen für die Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern, das heißt, für den Doppelhaushalt logischerweise dann 26 Millionen Euro, eine Steigerung von 64 Prozent gegenüber den Vorjahren. Zu den 26 Millionen Euro kommen weitere 10 Millionen Restmittel aus den Vorjahren aus dem Klimaschutzdarlehensfonds, 10 Millionen, die praktisch weiterhin auch zur Verfügung stehen, sodass wir insgesamt für die nächsten zwei Jahre 36 Millionen Euro zur Verfügung haben für die Umsetzung der Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern.

Schwerpunkte werden dabei unter anderem Zuschüsse für innovative Klimaschutzprojekte sein, für die Investition im Bereich der erneuerbaren Energien, zur Erzeugung erneuerbarer Energien sowohl in Unternehmen als auch im kommunalen Bereich. Wir werden insbesondere Maßnahmen fördern, die zur Energiesenkung, Energieeinsparung führen, zu Energieeffizienzmaßnahmen sowohl in Unternehmen, aber natürlich auch bei den Kommunen. Wir werden eine Landesenergieagentur aufbauen, die dann 2016 in vollem Umfang zur Verfügung stehen soll. Und wir werden insbesondere auch Bürgerenergieprojekte unterstützen.

An der Stelle möchte ich noch mal deutlich sagen, dass es sehr wichtig ist, dass wir einen ressortübergreifenden Ansatz haben, sodass zu den 36 Millionen im Einzelplan 15 weitere Mittel in weiteren Einzelplänen hinzu-

kommen. Also ein ressortübergreifender Ansatz bei der Energiewende ist zwingend notwendig und das spiegelt sich auch im Haushalt wider.

Zum einen befinden sich im Landwirtschaftsministerium im Einzelplan 08 umfangreiche Mittel im Rahmen des ELER, Maßnahmen im ländlichen Raum, insbesondere für den Ausbau, für die Stärkung der Bioenergie, dabei auch unter anderem die Fortsetzung des erfolgreichen BioenergieCoaching in den nächsten Jahren.

Im Wirtschaftsministerium, Einzelplan 06, sind es umfangreiche Mittel, die zur Verfügung stehen für die Technologie- und Verbundforschung im Bereich der Erneuerbaren, aber auch für die allgemeine Wirtschaftsförderung im Bereich investiver Maßnahmen und insbesondere bezüglich Energieeffizienz im Bereich Wohnungsbau- und Städtebauförderung. Wir werden aber auch weitere Mittel einsetzen im Bildungsministerium durch einen neuen Akzent, durch einen neuen Schwerpunkt, denn es ist dringend notwendig, dass zur Energiewende auch die Energieforschung natürlich forciert werden muss. Dort werden weitere Mittel zum Einsatz kommen.

Und ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass das Innenministerium natürlich inzwischen auch eine wichtige Rolle übernommen hat bei der Energiewende, nicht nur im Sinne von Beratung und Aufsichtsministerium, sondern auch im Sinne von Unterstützung, insbesondere wenn es darum geht, Investitionen im Bereich erneuerbarer Energien über den Kofinanzierungsfonds zum Beispiel zu ermöglichen, oder auch durch die Bereitstellung von Sonderbedarfsmitteln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, über eins muss man sich natürlich auch im Klaren sein: Die Grundlage für diese enorme, deutlich positive Verbesserung der Finanzausstattung oder Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen für die Energiewende hat natürlich die Europäische Union gelegt, denn mit der Neuausrichtung der Europäischen Strukturfonds hin zu mehr Klimaschutz, zu Energieeffizienz und hin zu erneuerbaren Energien gibt es nicht nur insgesamt mehr Mittel, sondern insbesondere auch die Vorgabe, dass innerhalb des EFRE 20 Prozent gebunden sind und zweckgerichtet für das strategische Ziel der genannten Schwerpunkte einzusetzen sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier ist der Zahlenvergleich noch mal interessant. Die, die schon etwas länger dabei sind, können sich daran erinnern, dass vor Beginn der vorherigen EU-Strukturfondsperiode von 2007 bis 2014 in den Jahren 2005 und 2006, als es losging mit der Debatte, was machen wir denn im Bereich erneuerbare Energien, es gelang, nach Krampf und Kampf 22 Millionen Euro, meine Damen und Herren, 22 Millionen Euro nicht für ein Jahr, sondern für die gesamte EU-Strukturförderperiode dem damaligen Wirtschaftsminister abzurufen. Daraus wurden dann im Laufe der EU-Förderperiode immerhin 35 Millionen, aber wenn man das jetzt mal vergleicht mit der neuen EU-Fondsperiode von 2014 bis 2020, meine Damen und Herren, dass uns insgesamt im Bereich der erneuerbaren Energien, Klimaschutz und Energieeffizienzmaßnahmen circa 200 Millionen Euro zur Verfügung stehen, dann ging es also von 35 Millionen Euro auf 200 Millionen Euro.

Ich möchte im Folgenden eingehen auf den Änderungsbeziehungsweise Entschließungsantrag der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 6/2552. In diesem Entschließungsantrag wird ein ganz wichtiges Problem angesprochen, nämlich die kritische Situationsbeschreibung, dass wir einen zu geringen Mittelabfluss haben beim Klimaschutzdarlehensfonds. Es ist völlig richtig, dass wir sehr unzufrieden sind, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt von den vorgesehenen 10 Millionen in den beiden Vorjahren bisher kein oder fast kein Geld ausgegeben haben. Ich habe mich noch mal aktuell informiert zum Stand. Inzwischen gibt es einen ersten Zuwendungsbescheid in dem Bereich, und zwar in der Gemeinde Tutow für eine LED-Anlage, 42.000 Euro aus dem Darlehensfonds, kombiniert mit 42.000 Euro Zuschuss. Das ist ein Anfang. Das macht noch mal deutlich, welche Möglichkeiten es auch zukünftig geben kann, wenn man den Darlehensfonds nutzt.

Warum ist dieser bisher so wenig angenommen worden? Es gibt zwei, drei Ursachen: Einerseits später Beginn durch zu späte Richtlinie, dann das jetzt bekannte Problem des zurzeit doch sehr niedrigen Zinsniveaus, dadurch geringere Attraktivität dieses Landesdarlehensfonds, und es gibt auch Defizite in der Information und in der Beratung. Und ich glaube, dieses positive Beispiel Tutow anderen Gemeinden noch mal schmackhaft zu machen, gerade über LED-Projekte zur Einsparung von Betriebskosten zu kommen, das ist auch ein richtiger Weg.

Zum Zweiten gibt es seit wenigen Tagen die Fördermittelzusage aus dem Darlehensfonds für den Neubau eines Biomassekraftwerkes in Malchin, sehr erfreulich. Und wir werden auch mit großer Wahrscheinlichkeit diesen kommunalen Klimaschutzfonds einsetzen, um Kommunen zu unterstützen, sich an Investitionen von Kommunalwindparks zu beteiligen.

Insofern gibt es Grund für vorsichtigen Optimismus, dass wir diese 10 Millionen bis zum 31.12.2015 dann vielleicht doch oder sicherlich noch termingerecht umsetzen können, denn das ist zwingend notwendig bei diesen sogenannten EU-Altmitteln aus der jetzt auslaufenden EU-Förderperiode.

Ich bin der Meinung, dass hier vor allen Dingen durch Information und durch Beratung dieses attraktive Finanzierungsmodell vielleicht auch noch bekannter gemacht werden muss. Insofern, Kollege Johann-Georg Jaeger, der Entschließungsantrag hat ein wichtiges Problem angesprochen, aber ich gehe davon aus, die Regierung hat das Problem erkannt, arbeitet, wie immer, schon an der Lösung des Problems. Insofern gibt es einen guten Grund,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Vor oder nach dem Anstoß?)

insofern gibt es einen guten Grund, Ihren guten Antrag dann auch abzulehnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluss möchte ich noch mal deutlich sagen, wir werden hier, heute nicht, aber morgen, einen wirklich guten Energiehaushalt für Mecklenburg-Vorpommern beschließen, den besten, den es bisher überhaupt gab. Wir werden der Regierung damit als Landtag eine wirklich gute Arbeitsgrundlage liefern, in der Hoffnung, dass das auch entsprechend und möglichst zielgenau und zügig umgesetzt wird, was wir da morgen beschließen.

Und Drittens ist es mir noch mal wichtig zu sagen, wir werden mit diesem Energiehaushalt eine ganz wichtige Weichenstellung vornehmen für den Erfolg der Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern.

In der Hoffnung, dass uns der Bund demnächst nicht zu viele Schwierigkeiten bereitet, bin ich ganz optimistisch, dass wir mit diesen Voraussetzungen die Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern erfolgreich umsetzen können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke von der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich will heute gar nicht zum Energiehaushalt sprechen. Nur eine Bemerkung zu der letzten Bemerkung des sehr geschätzten Kollegen Borchert: Dass das der beste Energiehaushalt bisher gewesen ist, das war nicht so sehr schwer, wenn man an den letzten Doppelhaushalt denkt. Also dass da aufgesattelt worden ist, das ist schon ganz wichtig. Aber was daraus wird, das werden wir dann am Ende sehen.

Ich will hier zu einem Verkehrsproblem sprechen, und wenn Sie die Anträge von uns gesehen haben zum Einzelplan 15, dann wissen Sie auch, worum es geht. Es geht um die Südbahn. Und da will ich Sie noch mal daran erinnern, dass wir – nicht nur die Bürgerinitiativen, sondern auch wir – die Hoffnung hatten, als das Thema „Mecklenburger Südbahn“ zum Gegenstand einer Anhörung im Verkehrsausschuss gemacht wurde, dass eine ausführliche Behandlung des Problems die Koalition zur Umkehr bewegen könnte – das heißt zum damaligen Zeitpunkt noch nicht mal zur Umkehr, sondern erst einmal zum Innehalten, geht es doch um eine Bahnstrecke, deren Bedeutung für die Landesentwicklung, für den Tourismus und für die Daseinsvorsorge nicht unterschätzt werden darf.

Ich habe an dieser Stelle von diesem Platz aus schon gesagt, die Hoffnung schien uns nicht unberechtigt, denn auch einige Abgeordnete der Koalitionsfraktionen waren wie wir der Meinung, dass es sich bei der Entscheidung für oder wider die Südbahn um eine politische Entscheidung für oder wider die Entwicklung des ländlichen Raumes handelt.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Der Zug ist abgefahren.)

Offensichtlich haben dies auch die Menschen entlang der Bahnstrecke besser begriffen als das zuständige Ministerium, das hier – nach unserer Auffassung zumindest – nur Einsparpotenziale sieht. Die vielen Protestaktionen zeugen davon, dass mit der Mecklenburger Südbahn eine Strecke zerschlagen werden soll, die als äußerst wichtig von den Menschen wahrgenommen wird. Ich bin froh darüber, dass sich viele Tausend gegen die Pläne der Landesregierung stemmen und versuchen, ihre Geschicke selbst zu beeinflussen. Ich bin erstaunt über den Durchhaltewillen, ich bewundere die Kreativität des Protests und ich begrüße sehr, dass die Bürgerinitiativen ein eigenes Konzept vorlegen wollen. Ich werfe an dieser

Stelle dem Verkehrsministerium nicht vor, den Dialog mit den Protestierenden zu verweigern, inzwischen hat es ja auch ein Gespräch im Ministerium gegeben, aber ich werfe der Landesregierung vor, die Argumente für den Erhalt der Bahn nicht wirklich aufgenommen zu haben.

Die Landesregierung hatte ihre Entscheidung getroffen und damit basta. Dabei merkte sie nicht einmal, dass sie damit immer mehr ihre eigenen postulierten Ziele zur Sicherung der Mobilität für alle Menschen in allen Regionen konterkariert. Die Menschen erkennen das sehr wohl.

Es ist leider etwas dran am Vorwurf der mangelnden Zusammenarbeit zwischen der Landes- und der Kommunalpolitik. Leider haben anfänglich Einzelinteressen die Zusammenarbeit behindert. Spätestens als klar war, welche Fragen der Gutachter beantworten sollte, hätte die kommunale Ebene „Stopp!“ rufen müssen. Da gehören noch ganz andere Fragen untersucht, nämlich diejenigen nach den Ursachen der zu geringen Nutzung der Bahn und was getan werden müsste, um das zu ändern.

Den Kreistagen und den Stadt- und Gemeindevertretungen ist kein Vorwurf zu machen. Das sind Menschen, die sich ehrenamtlich mit solchen Problemen befassen. Sie verfügen nicht über den Wissensvorsprung und die personellen Ressourcen, um sofort reagieren zu können.

Inzwischen hat sich die Situation auch deutlich verändert. Alle Gebietsvertretungen entlang der Südbahn – sogar Plau am See, das eigentlich gar nicht direkt an der Strecke liegt – bekunden ihren Willen zum Erhalt der Strecke. Es gab und gibt massenhaft Briefe von Kreistagen, Stadtvertretungen, Gemeindevertretungen, Planungsverbänden, Bürgerinitiativen und Bürgerinnen und Bürgern. Es gab und gibt Unterschriftensammlungen mit Zehntausenden Unterschriften, Mahnwachen, Demos und andere vielfältige Protestaktionen.

(Barbara Borchardt, DIE LINKE:
Das stört sie alles nicht.)

Ich bin mir sicher, dass die Landesregierung von einer solchen Massivität überrascht war, denn bisher waren die Proteste bei Streckenstilllegungen und Teiltaktausdünnungen bei uns im Land eher verhalten und vereinzelt. Eine gewisse Wirkung hat diese massive Protestaktion schon gezeigt: Immerhin sah sich das Verkehrsministerium genötigt, die sogenannte Müritz-Bahn zu erfinden. Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, dass die Mecklenburgische Südbahn nach dem Willen von SPD und CDU als durchgehende Strecke zerschlagen werden soll. Für mich ist dieser Entschluss mutlos, kurzfristig und falsch.

Mit unserem Änderungsantrag zum Einzelplan 15 bieten wir Ihnen, meine Damen und Herren der Koalitionsfraktionen, eine weitere Chance. Haben Sie Mut und stimmen Sie dem Antrag meiner Fraktion zu! Stimmen Sie gegen die Pläne der Landesregierung, die Südbahn zu zerschlagen! Zeigen Sie den Menschen entlang der Strecke und im ganzen Land, dass Sie sich tatsächlich für ihre Interessen einsetzen!

Aber auch wenn Sie diesen Mut heute nicht aufbringen – oder morgen besser gesagt –, weder die Menschen, die gestern hier vor dem Schloss demonstriert haben, noch meine Fraktion, wir werden nicht aufgeben. Denn eines habe ich inzwischen gelernt: Alles, was politisch gewollt ist, das wird auch finanziert. Der Erhalt der Mecklenbur-

gischen Südbahn in Gänze ist eben keine Frage des Geldes, sondern eine Frage des politischen Willens. Sie haben völlig recht, Herr Waldmüller.

Und ich kündige hier schon mal an, dass wir morgen bei der Abstimmung zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oha!)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Jaeger von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Egbert Liskow, CDU: Wir machen das mit dem Landeshaushalt genauso – Einzelabstimmung.)

Johann-Georg Jaeger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, ich spreche im Namen von uns allen, wenn ich gute Genesungswünsche an Volker Schlotmann hier mal ausspreche, der im Moment krankgeschrieben ist.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU,
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit ihm hätte ich mich heute gern über seinen Einzelplan gestritten.

Positiv, das kann ich gleich an den Anfang stellen, ist das Thema der Lückenschlüsse für den Radverkehr. 15 Millionen sind eingestellt worden. Ich weiß, dass ihm das immer besonders am Herzen gelegen hat. Er ist auch ADFC-Mitglied.

(Egbert Liskow, CDU:
Aber habt ihr nicht gemacht.)

Und da haben wir natürlich als GRÜNE durchaus das Gefühl, dass wir einen Beitrag leisten konnten, weil unsere Abgeordnete Jutta Gerkan dazu auch eine Veranstaltung, eine Podiumsdiskussion durchgeführt hat.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Ob wir das jetzt ausgelöst haben, weiß ich nicht, aber ich will es ausdrücklich loben. Ich freue mich, dass es so drin ist.

(Egbert Liskow, CDU: Aber die
Presseerklärung habt ihr gemacht.)

Aber worüber ich mich gern mit ihm gestritten hätte heute, ist das Thema Landesenergieplan. Es geht also einfach darum, es war angekündigt worden, zum Jahresende soll dieser Plan kommen. Daran ist jetzt jahrelang, kann man wirklich sagen, gearbeitet worden. Wir haben das sehr kritisch begleitet. Und der Plan ist deswegen wichtig, weil wir tatsächlich jetzt einen erheblichen Mittelaufwuchs haben beim Thema „Regenerative Energien, Zuschüsse, Kredite“. Wir brauchen natürlich eine Idee, wie wir das Ganze sinnvoll einsetzen, und sollten nicht einfach sagen, wer sich jetzt meldet, kriegt das Geld, denn dadurch kriegen wir das umgeleitet aus EU-Mitteln in landeseigene Mittel. Den Gedanken haben wir durchaus verstanden, fanden ihn auch ganz interessant, sehen aber, dass angesichts der absolut niedrigen Zinsen das

zurzeit kein Erfolgsmodell ist. Wir sind gespannt. Wir haben ja unseren Antrag vorgelegt. Ich denke, wir sind uns einig. Ab Jahresende müssen wir da anders rangehen, ansonsten gehen uns unter Umständen sogar wirklich Mittel für unser Land verloren. Und das wäre eine Situation, die keiner von uns will.

Das andere Thema, wozu wir auch einen Änderungsantrag gestellt haben, ist das Thema Südbahn. Und auch da muss ich deutlich sagen, ich lag mit Volker Schlotmann deutlich quer, denn dieser hatte Zahlen recherchiert, die aus seiner Sicht nur den einzig sinnvollen Schluss zuließen: Es lohnt nicht, dieses Projekt zu erhalten. Man macht an den beiden Bahnstrecken Rostock–Berlin und in der Richtung Hamburg den Zubringerverkehr. In der Mitte kann man gut ein Stück rauskürzen. Das würde über 40 Millionen kosten. Das können wir uns sparen.

Was ich allerdings in der letzten Woche erlebt habe – wir waren bei einer Veranstaltung, Herr Eifler, Herr Koplin und Jochen Schulte, VDN war das –, also die Nahverkehrsbetriebe haben sich da zusammengesetzt mit einem Kreisvertreter, und da hatte ich den Eindruck, ich bin plötzlich auf weiter Flur der Einzige, der für die Südbahn kämpft,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Was?!)

weil die ganzen Busunternehmen, hätte ich ja vermutet, das war mir klar, dass die Busunternehmen sagen, wir finden es besser, alles auf Busse umzustellen, zumal sie billiger sind, nicht ökologisch, was weiß ich. Aber dass auch der Vertreter, der zuständige Beigeordnete ganz klar dafür geworben hat, das Bussystem zu machen,

(Egbert Liskow, CDU: Weil es billiger ist.)

das ist natürlich ein Riesenproblem. Das muss ich auch deutlich sagen an die vielen Menschen, die sich momentan da sehr stark engagieren, worüber ich mich sehr freue. Und ich glaube, dass so ein Druck auch etwas auslösen kann. Aber der Druck ist nicht nur hier in Schwerin notwendig, der ist aus meiner Sicht ganz besonders in den Kreisverwaltungen und Kreistagen notwendig. Dort werden überall wohlfeile Beschlüsse gefasst zum Thema „Erhalt der Südbahn“. Wenn es aber hart auf hart geht, nämlich um die Fragen, wer transportiert die Schüler, kommen die auf die Bahn und werden mit dem Bus nur zur Bahn gebracht, oder lassen wir sie gleich im Bus sitzen, weil wir unsere kreiseigenen Nahverkehrsbetriebe dadurch natürlich besser und auskömmlicher finanzieren können, an diesen Fragen scheitert momentan die Südbahn. Und da ist jetzt wirklich auch das Signal in die Kreistage hinein: Setzt euch bitte mit euren Kreisverwaltungen zusammen, diskutiert das und macht von eurer Seite bitte Angebote, die dazu führen, dass am Ende mehr Leute mit dieser Südbahn fahren!

Die Südbahn ist das Rückgrat einer Region, das kann ich nur noch mal sagen. Diese Region wird massiv vom demografischen Wandel betroffen sein, anders als die Regionen an der Küste – Rostock, Greifswald, Stralsund da oben. Da ziehen Menschen momentan hin. Da unten wird es richtig schwierig und eine gut ausgebaute Bahnlinie ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Aber es ist so schön da.)

Es ist sehr schön da. Aber ohne dass man dort hin- und wekommt, ist es für älter werdende Menschen ein Riesenproblem.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.)

Eine Investition von 40 Millionen – und ich glaube, dass wir das Geld dafür durchaus ausgeben könnten, für die Ertüchtigung der Südbahn, sodass wir eine attraktive, schnelle Strecke dahin bekommen – wäre ein Signal, auch an junge Familien, an ältere Leute: Zieht in die Richtung dieser Bahnstrecke, dann habt ihr dauerhaft abgesichert einen ÖPNV!

(Udo Pastörs, NPD: Verkauft eure Häuser an die Trasse!)

Der Bus hat viele Vorteile. Aber in dem Fall ist sein größter Vorteil – die Flexibilität – auch der größte Nachteil. Man kann nämlich über Nacht die Strecke einfach woanders langlegen und schon gelten neue Regeln, um da hin- und wegzukommen.

Ich will noch mal zum Thema „Regenerative Energien“ etwas sagen. Der große Mittelaufwuchs freut uns ausdrücklich. Was ich natürlich nach wie vor immer noch bedauere, ist das Thema, 5 Millionen geben wir als Zuschüsse aus für Wendelstein 7-X. Das musste hier noch mal gesagt werden, Herr Liskow.

(Egbert Liskow, CDU: Super ist das. – Wolfgang Waldmüller, CDU: Kann man sich auch sparen.)

Wir sind ganz klar auf dem Stand, dass wir sagen: Wir bekennen uns zu den abgeschlossenen Verträgen, aber wir wünschen uns, wenn es an Vertragsverhandlungen geht – und wir haben jetzt 2014, wo ja irgendwas passieren soll bei Wendelstein 7-X –, dass wir auch evaluieren können. Bringt es was, so viel Geld da zu versenken? Ich denke, es ist ein Versenken, und dann sollten wir noch mal darüber reden, ob man nicht auch eine Ausstiegsklausel aus diesem Projekt irgendwann hinbekommt. – Ansonsten danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Silke Gajek: Danke.

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Aussprache zum Einzelplan 15.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir unterbrechen an dieser Stelle die Beratung zum Haushalt 2014/2015 und werden morgen zu Beginn der Landtagssitzung mit dem Tagesordnungspunkt 3, also dem Einzelplan 07, fortfahren. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen und wir verfahren so.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Donnerstag, den 12. Dezember 2013, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen und um 18.00 Uhr erwartet Sie die Schlosskirche.

Schluss: 17.42 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Harry Glawe, Jörg Heydorn, Volker Schlotmann und Karen Stramm.